REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 356 · 07.07.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5 mit quellengeprüften Ergänzungen aus akArchiv.3. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 56 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5 mit quellengeprüften Ergänzungen aus akArchiv.3, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Bomben auf Bagdad
2. SPD-Kampfeinsatz für den Rechtsstaat
3. Mord inbegriffen - Killfahndung nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern
4. Aufruf für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF
5. Demo gegen Deutsche Liga in Köln
6. Somalia: Humanitäre Hilfe jetzt durch UNO-Bomben
7. Innenministerium nach Kopfschuß kopflos - Innenminister Seiters tritt zurück, Hinrichtungsvorwurf verdichtet sich
8. Eidesstattliche Erklärung einer Augenzeugin (Bad Kleinen). Dokumentation
9. GSG-9: Auf Todesschüsse gedrillt
10. Dokumentation: Brief von Birgit Hogefeld "Es gibt noch viel zu sagen"
11. "Todesstrafe auf der Straße"
12. Irland/ Nordirland: Die Taube flatterte nur einen Frühling lang - Dietrich Schulze-Marmeling
13. Bitte um Hilfe in einer dringenden Angelegenheit
14. Existenzkrise der Blockparteien. Lega Nord PDS erobern die Rathäuser
15. Neutralität - ein Konzept für Osteuropa? - Hannes Hofbauer
16. "Ein Kurde, der Lehrer werden will, muß seine Identität aufgeben." Interview mit einem kurdischen Lehrer - Katja Kleiber
17. Zurück in die Siebziger? Eine Mordserie der Todesschwadrone erschüttert Uruguay
18. Kambodscha nach den Wahlen: Politische Stabilisierung ist möglich
19. Offener Brief: Freundeskreis kritisiert Hinhaltetaktik der Bundesregierung zu Stefan Waldberg
20. Palästinensische Zukunft hinterm Drahtverhau Ein Jahr israelische Friedenspolitik - Klaus Mellenthin
21. Frustrierter Nahost-Experte (Scholl-Latour antwortet)
22. Die Inszenierung rassistischer Feindbilder: "Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien" (Buchvorstellung)
23. Aktion Fluchtburg Dachau - Peter Zinke
24. Wiesbadener Antifaschist endlich frei
25. Die faschistische Anti-Antifa
26. Chronologie rassistischer Anschläge (31.5.24.6.93)
27. Faschistische Literatur im "Vertriebenen"-Haus der Landesregierung in Stuttgart
28. Kunsthandel als Devisenbeschaffung. Abweichender Bericht der PDS im Bundestag zum ersten Teilbericht des KoKo-Ausschusses
29. Bundesregierung will "Neues Deutschland" ausschalten
30. Haltet den Dieb! Die "politische Linke" und die Hafenstrasse - Martin Rheinlaender
31. Gregor Gysi in Schleswig-Holstein
32. Linkes Laboratorium implodiert (Konkret-Kongreß) - Christoph Seils
33. "Was tun?" Konkret-Kongreß aus feministischer Sicht - Sabine Stövesand
34. Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken: - Karl Heinz Roth .
35. Offener Brief von Rosa Luxenburg an die RAF, die RZ ...: Eine Polemik (Teil 2)
36. Ruud Gullit, Bayern München und der FCKB
37. Der Zusammenbruch in Osteuropa, das Ende Jugoslawiens und die Politik der Großmächte
38. Zur Lage in Kosovo. Interview mit einem Mitglied der Demokratischen Liga Kosovos
39. Der erste jugoslawische Staat und sein Ende im Zweiten Weltkrieg
40. Der Weg zum Bürgerkrieg - Eine Chronologie

41. Neue Entwicklungen erfordern neue Analysen - Thesen zum Krieg in Jugoslawien und dem Dilemma der Linken
42. So sehn"s die anderen: Ein Blick auf die linke Interventionsdebatte
43. Der (anti-)deutsche Blickwinkel. "Konkret" und der Krieg in Ex-Jugoslawien
44. Von Separatisten und Friedensfeinden. Das "Neue Deutschland" zum Konflikt in Jugoslawien
45. Friedensmission gegen ethnische Säuberungen in Deutschland
46. Quelldatei 31.htm
47. Quelldatei 41.htm
48. Quelldatei 42.htm
49. Quelldatei 43.htm
50. Die Wiederkehr
51. Demonstration
52. Israel: Ein Jahr
53. Quelldatei italia.htm
54. Neutralität - ein Begriff mit neuen Inhalten?
55. SPD im Kampfeinsatz für den Rechtsstaat...
56. VDA / Verein für das Deutschtum im Ausland

1. Bomben auf Bagdad

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/46.htm · Quell-ID: akarchiv3:ak:356:46

ak 356

Autor/Redaktion: js.

Die Rache einer Großmacht

Bomben auf Bagdad

Washington, 26. Juni, nachmittags: "Der grauhaarige Mann ging nervös im Weißen Haus auf und ab. Blickte auf den Rosengarten und seine Timex-Uhr. Präsident Bill Clinton (46) wollte Rache ...

Rotes Meer - 21 Uhr: Auf dem US-Zerstörer ‚Peterson` schrillt das Satelliten-Telefon: Der 1. Offizier hebt ab, reicht es seinem Kommandanten: ‚Für Sie` ... Am anderen Ende ist US-Generalstabschef Powell aus Washington. Der Admiral nimmt Haltung an ...

22.22 Uhr: Doppel-Angriff. Von der ‚Peterson` und dem 1400 km entfernten Lenkwaffenkreuzer ‚Chancellorsville` (im Persischen Golf) zischen 23 Marschflugkörper in die Nacht ...

Ihr Ziel: Das Hauptquartier des irakischen Geheimdienstes in Bagdad (800 km weg).

3 Uhr nachts, Ortszeit Bagdad: Sirenen heulen! Die zischenden Flugraketen schweben in einer Höhe von 15 bis 100 Meter wie Adler in die Zentrale des grausamsten Geheimdienstes der Welt. 20 Explosionen zerreißen das Büro-Haus..." Der Bild-Leser hat wieder einmal das Gefühl, an verschiedenen Orten gleichzeitig dabei gewesen zu sein. Moralische Bedenken werden schon in der Schlagzeile ausgeschaltet: Der Raketenangriff zielte auf "das Herz des Bösen". Seine irgendwie bedauerliche Nebenwirkung wird in Klammern mitgeteilt: "(3 Raketen krachen in Wohngebiete: 8 Tote)."

Während die öffentliche Meinung in den USA mit einer gewissen Verzögerung die "Maßnahmen" gegen den "Angriff der irakischen Regierung auf die Vereinigten Staaten" (Clinton) begrüßte, übermittelten die vorab informierten westlichen Verbündeten ihre Ergebenheitsadressen in rekordverdächtigem Tempo. Kohl nannte den Raketenangriff eine "berechtigte Reaktion", der britische Premierminister Major fand ihn "völlig berechtigt", und die russische Regierung begründete ihre Billigung der "Handlungen der USA" damit, daß "sie sich auf das Recht eines Staates auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung auf der Grundlage des Artikels 51 der UNO-Charta gründen" würden.

Unterschiedlich reagierten die arabischen Staaten. Uneingeschränkte Zustimmung gab es allein von Kuwait. Sudans Außenminister bezeichnete den Angriff als Fehler. Sein jordanischer Amtskollege warf den USA und dem Westen vor, mit zweierlei Maß zu messen, und forderte ebenso wie der ägyptische Außenminister ein Eingreifen der USA in Bosnien-Hercegovina mit der gleichen Härte.

Fortsetzung Seite 2, Spalkte 1

UN-Generalsekretär Boutros Ghali, der sich erst kürzlich dem Bundesverfassungsgericht als Zeuge gegen die Somalia-Klage der SPD aufzudrängen versucht hatte, mied zunächst jeden Kontakt mit den Medien. Der UN-Sicherheitsrat fand es geraten, den US-Angriff weder zu billigen noch zu verurteilen. Allein China rief beide Seiten zum Dialog auf. Der Erklärung des regierenden irakischen "Revolutionären Kommandorates", "das Schweigen der UN und der Staaten der Welt zu dem aggressiven imperialistischen Verhalten gegen Irak und andere Staaten auf der ganzen Welt" sei für die amerikanische Politik mitverantwortlich, ist in diesem Punkt nicht zu widersprechen.

Insgesamt sind die Reaktionen ebenso erbärmlich wie die offizielle Rechtfertigung der Aggression: Ex-Präsident George Bush habe bei seinem Kuwait-Besuch im April durch einen vom irakischen Geheimdienst vorbereiteten Bombenanschlag getötet werden sollen, der durch den rechtzeitigen Zugriff der kuwaitischen Behörden verhindert werden konnte. Vergeltung für einen Mord, der gar nicht stattgefunden hat - nach historischen Parallelen wird mensch da wohl lange suchen müssen.

UN-Generalsekretär Boutros Ghali, der sich erst kürzlich dem Bundesverfassungsgericht als Zeuge gegen die Somalia-Klage der SPD aufzudrängen versucht hatte, mied zunächst jeden Kontakt mit den Medien. Der UN-Sicherheitsrat fand es geraten, den US-Angriff weder zu billigen noch zu verurteilen. Allein China rief beide Seiten zum Dialog auf. Der Erklärung des regierenden irakischen "Revolutionären Kommandorates", "das Schweigen der UN und der Staaten der Welt zu dem aggressiven imperialistischen Verhalten gegen Irak und andere Staaten auf der ganzen Welt" sei für die amerikanische Politik mitverantwortlich, ist in diesem Punkt nicht zu widersprechen.

Insgesamt sind die Reaktionen ebenso erbärmlich wie die offizielle Rechtfertigung der Aggression: Ex-Präsident George Bush habe bei seinem Kuwait-Besuch im April durch einen vom irakischen Geheimdienst vorbereiteten Bombenanschlag getötet werden sollen, der durch den rechtzeitigen Zugriff der kuwaitischen Behörden verhindert werden konnte. Vergeltung für einen Mord, der gar nicht stattgefunden hat - nach historischen Parallelen wird mensch da wohl lange suchen müssen.

Die Berufung auf den Artikel 51 der UN-Charta, die ein kollektives Selbstverteidigungs- und Notwehrrecht vorsieht, ist von seltener Dreistigkeit. Selbst die FAZ, die sich bei der Bewertung des Raketenangriffs für die Linie "neben naheliegender Zustimmung unwohle Gefühle" entschieden hat, läßt einen offenbar sachverständigen Professor Dr. Ulrich Fastenrath die Rechtfertigungsversuche der USA detailliert auseinandernehmen. Das Urteil des Experten: Kein Angriff - kein Recht zur Selbstverteidigung. An dieser Bewertung würde sich auch dann nichts ändern, wenn die Urheberschaft des irakischen Geheimdienstes an dem angeblichen Mordkomplott gegen George Bush tatsächlich bewiesen wäre. (Auf die besonderen Umstände des Prozesses gegen die mutmaßlichen verhinderten Attentäter soll hier nicht weiter eingegangen werden. Sie reichen von den vermutlich unter Folter zustandegekommenen Geständnissen mehrerer Angeklagter über Ungereimtheiten bezüglich der Tatwaffe - Autobombe, Bombengürtel für "Kamikaze"-Einsatz oder beides? - bis hin zu den Auftraggebern.)

Warnung "an alle Nationen"

Als Motiv für Clintons "Blitzkrieg" (Bild) werden in der Presse an vorderster Stelle innenpolitische Erwägungen genannt: Ablenken von den sozialen Problemen im eigenen Lande, Imageverbesserung für einen als führungsschwach geltenden Präsidenten, der früher mal gegen den Vietnamkrieg war. Tatsächlich hat der in Bagdad angerichtete Trümmerhaufen Clintons Popularitätskurve nach oben schnellen lassen. Zwei von drei US-AmerikanerInnen befürworten den Militärschlag; nur zwischen 17 und 23 Prozent (je nach Umfrage) sprechen sich dagegen aus.

Ohne dieses Motiv völlig ausschließen zu wollen - zweierlei ist Clinton und seinen Beratern zweifellos klar: erstens, daß der von ein paar Raketentreffern bewirkte Imagegewinn nicht lange vorhält; und zweitens, daß sich bei einem Publikum, das durch das ebenso blutige wie risikolose Unternehmen auf den Geschmack gekommen ist, schnell ein "Da-capo-Effekt" einstellt - die Erwartung also, daß demnächst auch in anderen Teilen der Welt spektakulär für "Ordnung" gesorgt wird. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher "Erwartungsdruck" der amtierenden US-Regierung nicht in jedem Falle unangenehm sein wird. Vizepräsident Al Gore wollte den Militärschlag gegen Bagdad als ein "Zeichen an alle Nationen" verstanden wissen, "daß die Vereinigten Staaten reagieren werden, wenn nötig."

Damit dürfte das wesentliche Ziel der Aktion prägnant zusammengefaßt sein. Die Erklärung des Außenministeriums, eine vorrangige Aufgabe der Regierung Clinton sei die Entfernung Saddam Husseins aus seinem Amt, ist so wenig ernst zu nehmen wie der Kalauer von Verteidigungsminister Aspin, den engsten Mitarbeitern des Diktators habe klar gemacht werden sollen, daß es "ihrer Gesundheit nicht zuträglich" wäre, wenn sie diesem Mann weiter folgten. An der am Ende des zweiten Golfkrieges entstandenen Situation hat sich im Prinzip nichts geändert: Als Gegenpol zum Iran und als Unterdrücker unkalkulierbarer Separatismen der irakischen Kurden und Schiiten ist Saddam Hussein für die USA und ihre Verbündeten nach wie vor das kleinere Übel.

Die von offiziellen irakischen Stellen angedrohte Vergeltung braucht die US-Regierung nicht zu fürchten. Iraks Geheimdienstchef Saber kündigte an, "das Ungeziefer zu bestrafen", und der Staatssekretär für Kultur und Information präzisierte, daß mangels Zugriffsmöglichkeit auf die Schuldigen die "legitimen Verteidigungsaktionen" des Irak gegen andere gerichtet sein werden: Israel, Kuwait und Saudi-Arabien - Opfer,

die von der US-Regierung billigend in Kauf genommen, wenn nicht zum Zwecke weiterer Eskalation nicht ungern gesehen würden.

Gesetzt den Fall, daß der Irak es bei Drohungen beläßt und sich nicht zu Racheaktionen hinreißen läßt, wird die US-Administration nach weiteren Objekten gezielter "Strafaktionen" nicht lange suchen müssen. Neben Libyen, demgegenüber fast jederzeit der kalte Krieg zum heißen eskaliert werden könnte, bietet sich derzeit "Sudan als nächstes Ziel der USA" an. Die taz, die diese Schlagzeile produziert und richtigerweise dahinter ein Fragezeichen gesetzt hat, nennt mögliche Anlässe für einen erneuten Militärschlag. "Nach der Verhaftung von acht mutmaßlichen ‚Terroristen` in New York, darunter fünf Sudanesen" werde von "US-Geheimdienstkreisen" geprüft, "ob Sudan auf die Liste der Länder gesetzt werden sollte, die nach US-Ansicht den internationalen Terrorismus unterstützen". An Planungen zu einem Anschlag gegen das UN-Hauptquartier sollen auch zwei Mitarbeiter der sudanesischen Botschaft beteiligt gewesen sein.

Deutsche Interessen

Die zwischen Regierungsparteien und SPD geführte Debatte um die Beteiligung deutscher Soldaten an weltweiten Militärinterventionen hätte durch den kriegerischen Alleingang der USA "eigentlich" um einiges zurückgeworfen werden können. Der selbsternannte Weltpolizist, der Wohnhäuser in Schutt und Asche legt, paßt nicht in das von Politikern und Medien gemalte Bild, wonach die heutigen Militäreinsätze ausschließlich humanitären Zwecken dienen. Statt die frei Haus gelieferten Argumente gegen eine künftige deutsche Mittäterschaft zu nutzen, beließ die SPD es bei kraftlosen Klagen, daß der UN-Sicherheitsrat nicht konsultiert und das Völkerrecht verletzt worden sei.

Es war die kleine, häufig belächelte und nicht ernst genommene Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste, die antimilitaristisch Stellung bezog. "Wenn Bundeskanzler Kohl für diesen mörderischen Akt nun Verständnis und Billigung geäußert hat, dann zeigt das den erschreckenden Zustand seines Rechtsbewußtseins und läßt zumindest ahnen, welche Akte der deutschen Bundeswehr im Ausland er dann ebenfalls als gerechtfertigt ansehen würde", erklärte Gregor Gysi, und Andrea Lederer ging noch einen Schritt weiter: "Die Bundesregierung ist Komplizin dieses völkerrechtswidrigen Akts, weil sie nicht versucht hat, diesen zu verhindern."

Die führenden Repräsentanten der SPD ließen sich durch die Ungunst der Stunde nicht von ihrem Weg abbringen. War die "Petersberger Wende" der Sozialdemokraten in der Asylpolitik zeitgleich mit dem Rostocker Pogrom vollzogen worden, so fand Fraktionschef Klose jetzt den Zeitpunkt für gekommen, von einer anderen - in der Tat - realitätsfernen sozialdemokratischen Position Abschied zu nehmen: der Unterscheidung zwischen "friedenserhaltenden" Blauhelm-"Missionen" und "friedensschaffenden" Kampfeinsätzen. Auch der neue Parteivorsitzende Scharping ist in dieser Frage für eine "Weiterentwicklung der Beschlußlage der SPD". Daß die ständige Vertretung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat von Präsident Clinton seit neuestem offen befürwortet wird, mag auch mit der Haltung dieser "Opposition" zusammenhängen, die ja immerhin auch mal nicht nur de facto "Regierungsverantwortung" übernehmen könnte.

Js.

2. SPD-Kampfeinsatz für den Rechtsstaat

Rubrik: SPD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:45

ak 356

Redaktion: jö.

Erfassung: jö

SPD im Kampfeinsatz für den Rechtsstaat...

... oder im Rechtseinsatz für den Kampfstaat? Oder womöglich im Rechtskampf für den Staatseinsatz? Mit ihrem Anliegen, die in Somalia stationierten Bundeswehrsoldaten wegen der dort inzwischen stattfindenden militärischen Auseinandersetzungen zurückzuziehen, ist die SPD zum dritten Mal innerhalb eines knappen Jahres zum Bundesverfassungsgericht (BVG) gerannt, um sich dort über ihre politische Handlungsunfähigkeit in Sachen Bundeswehreinsatz "out of area" hinweghelfen zu lassen und durch oberste Rechtsprechung endlich serviert zu bekommen, daß Bundeswehreinsätze im Rahmen von UNO-"Friedens"missionen absolut grundgesetzkonform seien. Dann erst wird nämlich auch der SPD-Basis liebe Seele endlich Ruh' haben, und die verantwortungsbewußte Parteiführung wird drangehen können, ihren Hühnerhaufen endlich mit gutem Gewissen als regierungskompatibel zu deklarieren. Nach der jüngst ergangenen Entscheidung des BVG, über den weiteren Einsatz der Bundeswehr in Somalia könne (vorerst) der Bundestag mit einfacher Mehrheit befinden, schwant es dem SPD-Abgeordneten Albrecht Müller, daß ein Teil der eigenen Bundestagsfraktion "da hingegangen ist, um zu unterliegen". Einige Genossen wie die Außenpolitiker Voigt und Gansel hätten "deutlich zu erkennen gegeben, daß sie Kampfeinsätze in Wahrheit wollen". (FR, 25.6.)

Womit der brave Müller zweifelsohne Recht hat. Für das SPD-Management hingegen beginnt jetzt das Zittern, ob das BVG womöglich so fies ist und die anhängigen SPD-Klagen hinsichtlich der Verfassungskonformität des Adria-Einsatzes der Bundesmarine (vom August 1992), der AWACS-Überwachungsflüge über Ungarn (eingereicht im April) und eben auch des neuen deutschen Afrika-Korps in Somalia (Juni) erst nach dem für November angesetzten SPD-Parteitag entscheidet. Das birgt die Gefahr, daß dort die Kür des neuen Parteivorsitzenden Scharping zum überzeugenden Herausforderer von Kanzler Kohl durch nervende Diskussionen über die Haltung der SPD in der Frage des Bundeswehreinsatzes gestört wird.

Über den zu erwartenden Inhalt der anhängigen BVG-Entscheidung besteht keinerlei Zweifel. Der am 8. April in der AWACS-Angelegenheit ergangene Spruch (der noch keine abschließende Entscheidung in der Sache, sondern lediglich die Zurückweisung des SPD-Antrags auf eine einstweilige Anordnung war) "hat sich (...) ganz auf den außenpolitischen Nachteil gestützt, welcher der Bundesrepublik erwachse, wenn sie sich aus dem von der NATO gewollten AWACS-Einsatz zurückziehe". (FAZ, 22.6.) Damit "kam er der Argumentation der Bundesregierung sehr entgegen. Er schuf nicht nur Raum für die politischen Interpretationen je nach Gusto, sondern überdies die Voraussetzung, um mit immer weitergehenden militärischen Einsätzen neue Fakten zu schaffen, die dann selbstverständlich auch die noch ausstehende Entscheidung beeinflussen." (ak 354, 5.5.93)

Die jetzt (Ende Juni) ergangene Entscheidung des BVG, einen erneuten Antrag der SPD auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung wiederum zurückzuweisen, führt diese politische Taktik fort. Den entsprechenden Dreh finden "die Hüter der Verfassung" bekanntlich immer. War bei der April-Entscheidung die (vorgeschobene) zentrale Begründung, Bundeswehrsoldatenleben seien nicht gefährdet, so war das jetzt im Fall des Somalia-Einsatzes nicht mehr eindeutig aufrechtzuerhalten, obwohl die Regierungsseite, voran Bundeskriegsminister Rühe, sich mühte nachzuweisen, der Einsatz der Bundeswehr finde in einem "befriedeten Gebiet" statt. Deshalb hat sich diesmal das Gericht "auf achtbare Weise um Zurückhaltung bemüht", "im Somalia-Urteil werden die Grenzen der Rechtsprechung kenntlich". (FAZ, 25.6.) Der Bundestag solle deshalb, so das BVG für dieses Mal, zunächst (also bis zum definitiven Urteil des BVG) diese Frage selbst entscheiden. Die einfache Mehrheit möge dafür ausreichen. Das war nun ein netter Zug des BVG gegenüber allen Beteiligten und zugleich ganz im Interesses der gemeinsamen Sache: Der Bundesregierung wird damit angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag die Fortführung des Somalia-Einsatzes ermöglicht (mit dem erwünschten präjudizierenden Effekt auf das kommende BVG-Urteil), und die SPD darf dies - selbstverständlich folgenlos - ablehnen. Nicht auszudenken wäre nämlich gewesen, wenn das BVG eine Zweidrittelmehrheit vorgegeben hätte: Kaum den aufreibenden innerparteilichen Auseinandersetzungen um

die Zustimmung zur Asylrechts-Grundgesetzänderung entronnen, hätte der SPD der nächste Umfaller ins Haus gestanden.

So also lehnte die SPD am 2. Juli im Bundestag den derzeitigen Bundeswehreinsatz in Somalia nahezu geschlossen ab, allerdings aus unterschiedlichen Motiven: Die demnächst endgültig untergehende SPD-Linke deshalb, weil dieser keine humanitäre Mission, sondern ein Militäreinsatz darstelle. Die "verantwortungsbewußte" SPD-Mehrheit hingegen brachte zwar genau dasselbe Argument vor, doch ihre Ablehnung ist nicht politisch-inhaltlich begründet, sondern basiert auf "verfassungsrechtlichen Gründen", und die sind - dem Rechtsstaat sei's gedankt - spätestens mit dem kommenden BVG-Urteil hinfällig.

Es ist im bürgerlichen Politikgeschäft trotzdem unabweisbar, sich nicht einfach nur an die sich ändernden machtpolitischen Erfordernisse anpassen zu lassen. Statt dessen will der ewige Opportunismus aktiv und vorausschauend mitgestaltet sein, damit man ihn nicht immer nur aus der Perspektive des Hasen betrieben muß, sondern dies eines schönen Tages auch als Igel tun kann. Deshalb gelte es jetzt, so Klose, hinsichtlich der internationalen Blauhelm-Einsätze "die Beschlußlage der Partei weiterzuentwickeln ... Die Lage in Somalia zeige, daß eine Unterscheidung von friedenserhaltenden Blauhelm-Missionen und friedensschaffenden Kampfeinsätzen nicht durchhaltbar sei." (FR, 1.7.) Wie wahr.

J./Westberlin

3. Mord inbegriffen - Killfahndung nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; RAF; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/gsg9-tit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:gsg9-tit

Nun ist Innenminister Seiters zurückgetreten. Nein, Schuld treffe ihn keine, nur - er müsse an seine Familie denken. Diese Heuchelei ist unerträglich angesichts der von Anfang an wissentlich und bewußt vom Innenminister, der Bundesanwaltschaft (BAW) und dem Bundeskriminalamt (BKA) betriebenen Falschinformation über die Vorgänge in Bad Kleinen. Wolfgang Grams ist tot, gestorben durch einen aufgesetzten Kopfschuß, während er verletzt am Boden lag: das heißt im allgemein üblichen Sprachgebrauch Exekution. In der BRD ist die Kill-Fahndung zumindest offiziell nicht erlaubt. Es scheint aber, daß sie klammheimlich gewünscht und staatlicherseits gedeckt wird: Eine Woche nach der Tat sind diejenigen, unter denen der Täter zu vermuten ist, die eingesetzten Beamten der GSG-9, noch nicht einmal staatsanwaltlich vernommen worden.

Entgegen besseren Wissens ließ die BAW noch am Tage des Einsatzes verbreiten, Birgit Hogefeld hätte in "menschenverachtender" Weise "wild um sich" geschossen. Birgit Hogefeld hat nicht einmal ihre Waffe gezogen. Als sich die Aussage der BAW nicht mehr halten ließ, wurde dem erschossenen Wolfgang Grams der Tod des GSG-9-Mannes angelastet. Aber selbst eine Woche nach der Tat wollte sich von Stahl - auf Nachfragen von "Spiegel-TV"-Journalisten - nicht definitiv festlegen, ob Wolfgang Grams auf den GSG-9-Mann geschossen hat oder ob er überhaupt eine Waffe bei sich hatte.

Seiters' Rücktritt reicht bei weitem nicht aus. Der Einsatz muß nicht nur weitere Konsequenzen haben, wie den sofortigen Rücktritt von Stahls; das Wesentliche aber ist die vollständige Aufklärung und Aburteilung derjenigen, die Wolfgang Grams in Anlehnung an die Praxis von Todesschwadronen hingerichtet haben. Wenn wir, wie es die bekanntgewordenen Informationen nahelegen, von einem staatlichen Mord ausgehen müssen, dann gibt es außer dem Täter nicht nur Mitwisser, sondern wahrscheinlich auch Mittäter. (Auf Hintermänner bzw. Auftraggeber verweist bisher nur das amtliche Vertuschungsinteresse bezüglich des "dritten Mannes".) Auch sie müßten vor Gericht gestellt und bestraft werden. Eine rechtliche Würdigung müßte auch das Verhalten der Vorgesetzten der an dem Einsatz beteiligten GSG-9- bzw. BKA-Beamten bis hin zu Innenminister Seiters, BKA-Chef Zachert und Auftraggeber von Stahl einbeziehen. Anzuwenden wäre § 258a StGB (Strafvereitelung im Amt), zu bestrafen mit sechs Monaten bis fünf Jahren Gefängnis.

Politisch kann es nur eine Konsequenz geben: Polizeitruppen - und das bezieht sich sowohl auf die GSG-9 als auch auf die wahrscheinlich am Tatort anwesenden BKA-Sondereinheiten -, deren Korpsgeist die Deckung eines Mordes einschließt, müssen sofort aufgelöst werden.

Weitere Berichte ab Seite 4

4. Aufruf für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:13

Am 8. Juli 1993 werden es 21 Jahre sein, die Irmgard Möller, Gefangene aus der Roten Armee Fraktion (RAF), in Haft ist. Soweit wir wissen, ist sie überhaupt die einzige politische Gefangene weltweit, die heute noch wegen einer Aktion gegen den Vietnam-Krieg gefangen ist.

Wie für die meisten aus den Anfängen der RAF lief die wesentliche Politisierung auch bei Irmgard Möller durch die Erfahrungen in der Studentenbewegung 1967/68. 1971 schloß sie sich der RAF an.

Im Mai 1972 führte die RAF mehrere Aktionen gegen die US-Kriegsmaschinerie durch, in Solidarität mit dem vietnamesischen Befreiungskampf und gegen die Bundesrepublik, die den Völkermord in Vietnam unterstützte.

Zwei Monate später, am 6. Juli 1972 in Offenbach, wurde Irmgard Möller verhaftet. Innerhalb weniger Monate war fast die gesamte Gruppe gefangengenommen worden. Der Bundesgerichtshof, das höchste Gericht in der BRD, legte das Programm gegen die Gefangenen fest: 24 Stunden Isolation.

Nachdem Irmgard Möller im ersten Prozeß zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt wurde, kam sie nach dieser Zeit nicht frei, sondern wurde in einem neuen Verfahren 1979 zu lebenslänglich plus 15 Jahre verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, im Mai 1972 unmittelbar am Angriff der RAF auf das US-Headquarter Heidelberg beteiligt gewesen zu sein. Das Headquarter war für die Koordination der völkerrechtswidrigen Bombardierungen Nord-Vietnams zuständig.

Gestützt wurde das Urteil einzig auf die Aussage des Kronzeugen Müller. Müller, der nachweislich einen Posten erschossen hatte, wurde davon freigesprochen, nachdem er sich - durch jahrelange Isolationshaft gebrochen - der Justiz als Kronzeuge zur Verfügung stellte. Dieser Handel, der damals noch nicht durch ein Kronzeugen-Sondergesetz gedeckt war, mußte geheimgehalten werden. So sind 15 Seiten aus dem Vernehmungsprotokoll bis heute Staatsgeheimnis und nicht der Öffentlichkeit zugänglich.

Dieser zweite Prozeß fand in einer Atmosphäre statt, die durch den Ausnahmezustand von 1977 geprägt war, eine Verteidigung war nicht möglich: Weil ihr die Akten vorenthalten wurden, konnte sie sich auf den Prozeß nicht vorbereiten und trotz ihrer noch nicht verheilten Verletzungen wurde sie mit Gewalt in den Stammheimer Prozeßbunker geschleppt.

Irmgard Möller hat als einzige der vier Gefangenen aus der RAF im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim die Nacht vom 18.10.1977 überlebt. Sie war durch mehrere tiefe Messerstiche schwerverletzt worden und sagte ein Jahr später vor einem Untersuchungsausschuß aus, daß der Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe - entgegen der Regierungspropaganda - kein Selbstmord war. Trotzdem werden bis heute alle, die von staatlicher Tötung oder Mord sprechen, in der Bundesrepublik strafrechtlich verfolgt.

In den 21 Jahren ihrer Gefangenschaft war Irmgard Möller sämtlichen Sonderhaftbedingungen (Einzel-und Kleingruppenisolation) und Maßnahmen, die von Anfang an gegen alle Gefangenen aus Guerillagruppen und antiimperialistischem Widerstand entwickelt wurden, ausgesetzt: Schon im ersten Verfahren gegen sie stellten ärztliche Gutachter fest, daß sie durch die Auswirkungen der Isolationshaft verhandlungsunfähig war.

Während der Aktionen der RAF 1977, mit denen die Freilassung von 11 Gefangenen erreicht werden sollte, war sie - wie alle politischen Gefangenen - der Kontaktsperre unterworfen, das heißt völlig abgeschnitten von den anderen Gefangenen und der Außenwelt.

Noch schlimmer wurden die Haftbedingungen für sie nach dem 18.10.1977: Ihre GenossInnen, mit denen sie in Stammheim vorher zusammengelebt hatte, waren tot - Ingrid Schubert, die ebenfalls vorher in Stammheim war, wurde im November im Gefängnis München-Stadelheim erhängt aufgefunden. Irmgard Möller wurde nach kurzem Krankenhausaufenthalt nach Stammheim zurückgebracht. Ihre Zelle glich jetzt einem Tigerkäfig. Statt einer Tür war ein offenes Gitter vor ihrer Zelle angebracht, mit einer Wache, die sie Tag und Nacht

beobachtete. Sie mußte sich mehrmals täglich nackt ausziehen. Besucher durfte sie bis 1989, also 12 Jahre lang, nur noch hinter der Trennscheibe sehen.

Seit 1980 ist Irmgard Möller in Lübeck inhaftiert und kam dort mit anderen Frauen aus der RAF in einem vollständig isolierten Trakt zusammen. Die Kleingruppe umfaßte dort nie mehr als drei bis vier Frauen, nur wenige Monate waren sie zu fünft.

Im Sommer 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, ob Irmgard Möller entlassen werden solle. Da sie ihre politische Identität bewahrt hat und sich nicht vom revolutionären Kampf distanziert, war die Entscheidung negativ.

Eine erneute Überprüfung ist seit 1992 beantragt - bis heute wurde darüber nicht entschieden. Offiziell ist das Landgericht Lübeck zuständig. Da aber die Bedingungen für die politischen Gefangenen von Anfang an zentral entschieden wurden, wird tatsächlich in der Bundesregierung in Bonn darüber entschieden, ob eine Gefangene oder ein Gefangener aus der RAF entlassen wird.

Wir stellen fest, daß die in der BRD praktizierte Isolationshaft - in der Irmgard Möller seit 21 Jahren lebt - gegen das Verbot der unmenschlichen Behandlung von Gefangenen, gemäß Artikel 7 des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte, zu dessen Einhaltung die BRD völkerrechtlich verpflichtet ist, verstößt.

Wir stellen weiterhin fest, daß die Isolationshaft eine Menschenrechtsverletzung ist, für die die BRD und die Staatsschutzbehörden sowie die Justiz verantwortlich sind.

Wir erinnern daran, daß der UN-Menschenrechtsausschuß die BRD deshalb mehrfach - 1978, 1986 und 1990 - zum Teil massiv kritisiert hat.

Wir fordern:

Irmgard Möller muß sofort und bedingungslos freigelassen werden!

Alle Gefangenen, die fünf, zehn oder gar über 20 Jahre unter diesen zerstörerischen Haftbedingungen gefangen sind, müssen entlassen werden!

Solidaritätskomitee für die

politischen Gefangenen in der BRD

Wir bitten Sie/euch, Stellungnahmen, Kopien dieses Aufrufs etc. an folgende Adressen zu schicken:

- Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, Heinemannstraße 6, 53175 Bonn

- Justizminister des Landes Schleswig-Holstein Klingner, Lorenzendamm 35, 24103 Kiel

- Landgericht Lübeck - Strafvollstreckungskammer, Am Burgfeld 7, 23568 Lübeck.

Wir bitten Sie/euch, Kopien an die ak-Redaktion zu schicken. (Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 20357 Hamburg)

5. Demo gegen Deutsche Liga in Köln

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:49

Am Mittwoch, den 9.6.1993, wollte die "Deutsche Liga" in Köln eine "Großveranstaltung" als "Auftakt zur Kommunalwahl 1994" durchführen. In der Presseerklärung vorab hieß es dazu: "Nach Absprache mit allen relevanten Rechtsgruppierungen tritt die Kölner Rechte zu den Kommunalwahlen nicht getrennt, sondern geschlossen mit der politischen Plattform ‚Deutsche Liga` an." Von erheblicher überregionaler Brisanz ist das Protokoll einer "vertraulichen Zusammenkunft" von Funktionären der "Deutschen Liga", der REP und der NPD, das der "Kölner Stadtanzeiger" veröffentlichte. Anwesend war auch Ingrid Schönhuber (München), die Gattin des REP-Vorsitzenden. Dabei war vereinbart worden, daß eine Konkurrenz-Kandidatur der REP, der NPD oder der DVU bei der Kommunalwahl in Köln gegen die "Deutsche Liga" ausgeschlossen wird; dafür "müßte die ‚Deutsche Liga Köln` zu den Republikanern übertreten", "sollten die Republikaner in den Bundestag einziehen" (Ingrid Schönhuber). Hier zeigt sich endgültig die taktische "Rechtsabgrenzung" der REP als Farce - waren doch die Gründer der "Deutschen Liga" 1990 als "Rechtsabweichler" und ehemalige NPD-Funktionäre durch Schönhuber aus den REP hinausgesäubert worden.

Die "Deutsche Liga"-Veranstaltung wurde zwei Tage vorher durch das Polizeipräsidium Köln verboten. Interessant ist dabei, daß dieses Verbot nicht nur mit einer Sicherheits-, sondern teilweise mit einer politischen Begründung verhängt wurde: Von "dem Veranstalter oder seinem Anhang" seien "Äußerungen, die ein Verbrechen zum Inhalt haben" zu befürchten. (Die Morde in Solingen lagen gerade zwei Tage zurück.)

Am 9.6. war eine antifaschistische Kundgebung angemeldet, an die sich nach der Bestätigung des Veranstaltungs-Verbots durch das Verwaltungsgericht Münster, die am frühen Abend erfolgte, ein Demonstrationszug durch die Kölner Innenstadt anschloß. Gegen die AntifaschistInnen war ein massives Polizeiaufgebot aufgefahren: 2.000 DemonstrantInnen laut VeranstalterInnen (700 laut "Kölner Stadtanzeiger") standen 3.000 Polizisten gegenüber.

Abseits der Demonstration wurde eine Gruppe von circa 60 türkischen Jugendlichen, darunter viele Minderjährige, vom SEK eingekesselt gehalten, wobei ein Teil davon nationalistische bis rechtsgerichtete Türken waren, anschließend in Plastikfesseln gelegt und geschlossen verhaftet ("Sicherheitsvorbeugung"). Journalisten, darunter ein WDR-Fernsehreporter, wurden am Kessel vom SEK am Fotografieren gehindert und bedroht. Vermutlich handelte es sich um eine Art "Rache" für den 3.6., als nach der Trauerfeier für die Solinger Opfer mehrere tausend türkische Jugendliche (unter Anführung von Nationalisten und teilweise "Grauen Wölfen") durch Köln-Ehrenfeld zogen und 1 Mio. DM Sachschaden verursachten.

Insgesamt kam es im Laufe des Abends zu 132 Festnahmen; bereits während der Demo griff das SEK Leute "wegen Vermummung" heraus. Viele der Festgenommenen waren aber auf dem Heimweg abgegriffen worden, wobei gezielt Minderjährige und "Kids" herausgegriffen wurden. Zwei Jugendliche wurden verhaftet, weil sie Palästinensertücher trugen und sich vorher ja vermummt haben könnten. Viele wurden bis 6 Uhr morgens auf der Polizeiwache festgehalten, anders als den deutschen waren den meisten der türkischen Jugendlichen Plastikfesseln angelegt worden.

Am Ende der Woche führte die Polizei mit einer Waffen-Ausstellung vor, "wie gewalttätig ein Teil der Demonstranten war, die am Mittwoch (...) durch die Innenstadt zogen": "von Gaspistolen über Baseball-Schläger, Feuerwerkskörper, selbstgebastelten Schlagringen bis hin zu feststehenden Messern" (Kölnische Rundschau); die Lokalpresse titelte phantasievoll: "Mit Waffen zum Protest - Auch ein Kampfhund kam zur Demonstration" (Kölner Stadt-Anzeiger, 12./13.6.). Der Verdacht liegt nahe, daß dieses Arsenal eher von gleichzeitig festgenommenen Nazis stammt.

Eine Festgenommene berichtete, zusammen mit Nazi-Skinhead-Frauen, die bei einer Personenkontrolle festgenommen worden waren, auf einer Zelle festgehalten worden zu sein; laut deren Aussage befanden sich in deren Auto u.a. mehrere Baseballschläger und Pistolen. Auch ein Teil des "Saalschutzes" der Nazis scheint am 9.6. festgenommen worden zu sein.

Bernhard Schmid, Köln

6. Somalia: Humanitäre Hilfe jetzt durch UNO-Bomben

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Somalia; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:23

Nun haben die UN-Einheiten in Somalia endlich einen eindeutigen Feind - Mohamed Aidid und seine Truppen. Damit hat sich die Situation in Somalia seit Beginn der UN-Operation "Restore Hope" im Dezember 1992 innerhalb kurzer Zeit grundlegend verändert. Die "Intervention aus rein humanitären Gründen", um Hilfslieferungen zu sichern und Hunger zu stoppen, hat sich zu einer kriegerischen Auseinandersetzung entwickelt. Der Traum von der UNO als einer allgemein anerkannten globalen Friedensmacht ist mit den Bombardierungen von Mogadischu ein weiteres Mal zerplatzt, die UNO ist selbst zur Kriegspartei geworden.

Die UNO hat, um ihre Autorität unter Beweis zu stellen, am 12.6.93 einen Militärschlag gegen Stützpunkte des ehemaligen Vorsitzenden des United Somali Congress (USC), Aidid, in Mogadischu geführt. Nach Tagesanbruch durchkämmten UN-Einheiten, unter ihnen eine ca. 1.100 Mann starke Schnelle Eingreiftruppe der USA, die Stadtviertel auf der Suche nach General Aidid und übernahmen den ebenfalls bombardierten Rundfunksender Radio Mogadischu. Laut UNOSOM (UN-Mission Somalia) habe Aidid von diesem Sender aus "gegen die Vereinten Nationen gerichtete Propaganda verbreitet und die Bevölkerung aufgehetzt". (FAZ, 14.6.93)

In den folgenden Nächten erfolgten weitere Luftangriffe auf Mogadischu. Mindestens 80 Menschen wurden getötet, im Zuge dieser Aktion wurden 200 Somali verhaftet. Bombardiert wurden das vermeintliche Hauptquartier Aidids, Munitionslager und weitere Ziele in Mogadischu. Die UNO bewertete die militärischen Strafexpeditionen als eine gelungene Aktion. US-Präsident Clinton meinte, "die US-Einheiten und verbündeten Truppen hätten einen erfolgreichen Schlag gegen Aidids Stellungen geführt und ein Zeichen gegen Gesetzlosigkeit und gegen das Töten gesetzt". (Time, 21.6.93)

Rache und Vergeltung der UNO

Die Angriffe sind eine "Vergeltungsaktion" für den Tod von 23 pakistanischen UN-Soldaten, die am 5. Juni in Mogadischu in einen Hinterhalt geraten sein sollen. Bei diesem Gefecht kamen, wie meistens nicht berichtet wird, ebenfalls 35 Somalis ums Leben. Die Vereinten Nationen sind, obwohl Aidid das bestreitet, überzeugt, daß er der Verantwortliche für diesen schwersten "Zwischenfall" seit der Anwesenheit von UN-Truppen in Somalia ist.

Die Schüsse von pakistanische Soldaten in eine unbewaffnete Menschenmenge, die sich in einer Demonstration gegen die Bombardierungen einem UN-Stützpunkt näherte, muß als eine Racheaktion der UN-Soldaten gewertet werden. Mindestens 20 Somalis wurden dabei getötet und ca. 50 verletzt, vor allem Frauen und Kinder waren betroffen. (FR, 14.6.93)

Ein hoher Pentagon-Beamter bezeichnete die militärische Aktion als Teil einer Gesamtkampagne, Aidid aus dem Spiel zu entfernen. Die UNO wies die Interventionstruppen an, Aidid festzunehmen; ein internationales Strafverfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit sei vorgesehen. (FR, 15.6.93) Innerhalb von weniger als einem halben Jahr hat sich die Rolle Aidids von einem der wichtigsten Verhandlungspartner der UNO zu einem von der UNO mit Kopfgeld Gesuchten gewandelt.

Zunächst rangen die beiden Kontrahenten Ali Mahdi und Mohamed Farah Aidid um die Gunst der USA und der UNO. Beide erhofften sich, von der UNO als einzige rechtmäßige politische Kraft im Land anerkannt zu werden. Auf der UN-Versöhnungskonferenz im Dezember 1992 riefen sie zum Frieden auf. Kritisiert wird, daß durch die alleinige Ladung der beiden Rivalen deren Machtposition gefestigt wurde. Gesellschaftlich ebenfalls relevante Gruppen, zum Beispiel Klan-Älteste, Frauenorganisationen u.a. wurden übergangen. (vergl. ak 347, 21.10.92)

Als Grund für Aidids verändertes Verhalten der UNO gegenüber gelten die Auseinandersetzungen um die südsomalische Stadt Kismayo. Am 22. Februar wurde die Stadt von Kämpfern des General Morgan, der ein Anhänger des gestürzten Ex-Diktators Siad Barre ist, übernommen. Die Einheiten des Aidid-Verbündeten Omer Jess, der zuvor Kismayo kontrollierte, waren zu Beginn der Intervention zum größten Teil von den US-Marines entwaffnet worden. Die belgischen UN-Truppen vor Ort griffen nicht ein, als die Kämpfe zwischen

Omer Jess und General Morgan ausbrachen und Morgan sich durchsetzte. Doch als Jess im Mai Kismayo wieder zurückerobern wollte, schlugen neben Morgans Einheiten auch die UN-Truppen Jess zurück. Der Sieg der Barre-Anhänger mit Hilfe der UNO ist einer der Hauptkritikpunkte Aidids an der UNO. (taz, 23.6.93, HA, 18.6.93)

Aidid hat nach den Bombenangriffen leichtes Spiel, wenn er die Bevölkerung auffordert, "gegen die Kolonisierung der Somalier durch die Vereinten Nationen zu demonstrieren". (taz 15.6.93) Zumal sich schon seit mehreren Wochen eine zunehmend UN-feindliche Stimmung in der Bevölkerung zeigt. (Tagesspiegel, 22.4.93) Die Vorsitzende der Somalischen Frauen-Vereinigung, Hawa Awale Aptidon, bringt auf den Punkt, was wohl viele denken: "UNOSOM kam, um zu helfen, aber sie bombardieren unsere Stadt und unsere Kinder." (FR, 16.6.93) Auch einige internationale Hilfsorganisationen kritisieren die Militäraktion offen: Die eigentliche Aufgabe, die Leistung von Aufbauhilfe für Somalia, rücke in immer weitere Ferne.

Ein weiteres Problem, in das sich die UNO mit diesem Vorgehen hineinmanövriert hat, ist, daß sie nun nicht mehr auf die scheinbar rein humanitäre schnelle Lösung setzen kann, denn da Aidid immer noch gut mit westlichen Waffen versorgt ist, wird er auch weiterhin einen Krieg um die politische Macht in Somalia führen, nun nicht mehr nur gegen seinen Kontrahenten Mahdi, sondern gegebenenfalls auch gegen die UNO.

Wenn Aidid erklärt, die UNO sollte die Bevormundung des Landes beenden und Somalia die Probleme selber lösen lassen, trifft er die Stimmung vieler Somalis. Vielen ist unklar, wozu die Blauhelme (noch) in ihrem Land sind. Die Nahrungsmittelversorgung scheint wieder gewährleistet zu sein. Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz schließen ihre Volksküchen zum Teil schon. Der Wiederaufbau der Infrastruktur findet aber nur langsam statt. Dafür patrouillieren schwerbewaffnete UN-Truppen in den sogenannten befriedeten Gebieten. Zu diesen werden alle Gebiete erklärt, in denen sich die zur Zeit 30.000 UN-Soldaten aus 31 verschiedenen Ländern befinden.

Die eigentliche Wiederaufbauhilfe in Somalia könnten Hilfsorganisationen in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung besser durchführen. Für die Wiedererrichtung von Schulen, Krankenhäusern, Brücken und Straßen, also der Infrastruktur des weitgehend von Kriegswirren zerstörten Landes - so werden die Aufgaben der UN-Truppen umschrieben - ist eine Uniform bestimmt nicht nötig. Eine Aufgabe für die Militärs, die der somalischen Bevölkerung wirklich helfen würde, wäre die Minenräumung. Von einer solchen Aktion war aber bisher nichts zuhören.

Politische Gründe

für die Intervention

Nicht zu leugnen ist, daß die Militärintervention Menschenleben gerettet hat. Aber eine Nahrungsmittelhilfe in einer ähnlichen Größenordnung wie die Militärausgaben hätte wohl mindestens ebensoviel bewirkt. Mit welchem unterschiedlichen Maß gemessen wird, machen Zahlen der bundesdeutschen Hungerhilfe deutlich. Im August letzten Jahres rühmte sich die Bundesregierung, sie sei jetzt einer der größten Geber für die Somalia-Hilfe, angesichts einer Summe von 20 Millionen Mark, die das Auswärtige Amt zur Verfügung stellte, und weiteren 32 Millionen Mark des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. (FAZ, 28.8.92) Demgegenüber wurden die 188 Millionen DM, die bisher für die Mission der Bundeswehr veranschlagt sind, wie selbstverständlich als nun mal anfallende laufende Kosten bewertet.

Die nun auf unabsehbare Zeit in Somalia stationierten UN-Truppen manifestieren vor der Weltöffentlichkeit die Vorstellung der USA und der westlichen Staaten, daß die Somalis, und damit sind hier gleichzeitig weite Teile der Bevölkerung des afrikanische Kontinents gemeint, nicht in der Lage seien, ihre Probleme selber zu lösen, daß sie eines "Beschützers" bedürften, der zum "Wohle" der Entmündigten entscheide.

Die Somalierin Rakiya Omaar, Mitbegründerin der Menschenrechtsorganisation "African Rights", beschreibt die derzeitige Situation in Somalia wie folgt: "Die Somalis werden schlicht übersehen. Sie werden nicht gefragt. Die UNO beschäftigt sie lediglich als Übersetzer, Fahrer und Putzfrauen. Dabei sitzen Tausende von hochqualifizierten Agronomen oder Ärzten untätig herum, während Freiwillige aus dem Westen ... über die Landwirtschaft entscheiden oder Krankenhäuser leiten. Die Somalis fühlen sich erniedrigt." (Stern, 25/93)

Wirtschaftliche Interessen

Neben dieser Machtmanifestation heben afrikanische Institutionen wie die African Press Agency, die Afrikanische Union oder auch der somalische Schriftsteller Nuruddin Farah als Grund für die Militärintervention die Sicherung der somalischen Rohstoffe für die Großmächte hervor.

In Somalia wurden in den letzten Jahren riesige Erdöl- und Erdgasreserven exploriert. In einer 1991 veröffentlichten Studie der Weltbank zu den Weltölvorkommen wird Somalia an der ersten Stelle unter denjenigen acht afrikanischen Staaten geführt, in denen reiche Erdölvorkommen vermutet werden. (FAZ, 20.1.93) Schon vor dem Sturz Barres haben die US-amerikanischen Ölfirmen Conoco, Amoco Corp., Chevron Corp. und Philips Petroleum Corp. fast zwei Drittel des Landes zur Erforschung der Öllagerstätten zugeteilt bekommen. Unter dem Titel "Wirtschaftliche Interessen in Somalia" machte die FAZ deutlich, worum es geht: "Die Unternehmen hofften nun darauf, daß Washington in Somalia die staatliche Ordnung wiederherstelle, damit sie aus ihren Konzessionen Gewinn abschöpfen könnten ... die vier Unternehmen erwarten, daß die von den Vereinigten Staaten angeführte Operation ‚Neue Hoffnung` auch ihre Investitionen in Höhe von vielen Millionen Dollar schützen werde." (ebd.) Der Ölmulti Conoco hat auch während der Intervention im Schutz der amerikanischen Truppen weitergearbeitet.

Im Hintergrund der medienwirksamen humanitären Hilfe stehen also mal wieder Wirtschaftsinteressen. Das Interesse der Amerikaner in Somalia besteht darin, ihren Einfluß in Ostafrika mit Hilfe der UN-Truppen zu stabilisieren und die Förderrechte der nordamerikanischen Ölkonzerne zu sichern.

Für die Bundeswehr:

Testfall Somalia

Welche Rolle der Testfall Somalia für die Bundeswehr hat, verdeutlichte unlängst ein, wie es hieß, "internes Schreiben von Regierungsbeamten", in dem die Bundeswehrführung beschuldigt wird, nur die öffentliche Wirkung des Bundeswehreinsatzes im Auge zu haben. Einen wirklichen Grund für einen großen Einsatz in Somalia gebe es nicht. Zu diesen Äußerungen ist es im Zusammenhang mit der Wahl des Einsatzortes in Somalia gekommen. Von der UNO war die Vorstellung geäußert worden, daß die Bundeswehr den Hafen von Mogadischu übernehmen könnte und dort die Entladung, Lagerung und Organisation von UN-Gütern regeln sollte. Der Verteidigungsminister hat diese Aufgaben für die Bundeswehr abgelehnt, weil es sich um "wenig attraktive Aufgaben handele, die außerdem nur wenig Personal erfordern". Das Verteidigungsministerium habe der UNO deutlich gemacht: "Entweder beteiligt sich die Bundeswehr möglichst umfangreich und öffentlich wirksam, oder sie hält sich völlig zurück." (alle Angaben und Zitate nach SZ, 21.4.93) So eindeutig wurden die Großmachtbestrebungen der BRD selten formuliert. Die Bundeswehr will endlich zeigen, was sie kann.

Der Bundeswehreinsatz in Somalia soll den Weg für weitere militärische Operationen ebnen. Er soll nicht nur unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe innerhalb der BRD die Akzeptanz für militärische "Lösungen" schaffen, sondern auch außenpolitisch ein Zeichen der Stärke setzen.

Diese Hintergründe verdeutlichen, daß nicht die Situation der somalischen Bevölkerung der Beweggrund der Intervention ist, sondern die zum Teil unterschiedlichen Interessen der imperialistischen Staaten. Der Bevölkerung Somalias wird keine Chance eingeräumt, einen eigenständigen Weg zu gehen. In einem Interview mit der "Wochenpost" (27.5.93) meinte der somalische Schriftsteller Nuruddin Farah, "es würde Afrika heute besser gehen, wenn man es in Ruhe ließe. Somalia wäre Siad Barre schon vor langer Zeit losgeworden, hätten die Amerikaner und Russen ihn nicht an der Macht gehalten, und Somalia hätte das Bürgerkriegsproblem gelöst, hätten die Amerikaner nicht eingegriffen."

at.

7. Innenministerium nach Kopfschuß kopflos - Innenminister Seiters tritt zurück, Hinrichtungsvorwurf verdichtet sich

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:50

Der Ruf nach dem Rücktritt von von Stahl wird zwar immer lauter, aber hat noch keinen Erfolg gezeitigt. Der Ruf nach dem Rücktritt von Seiters war noch gar nicht sehr laut geworden, als er dann überraschend am Sonntagabend seinen Rücktritt bekannt gab. Ob und wenn ja, wer, noch gehen muß, wird sich erst in den nächsten Tagen herausstellen - vielleicht noch vor Erscheinen des ak herausgestellt haben. Wichtiger allerdings wäre es, endlich den tatsächlichen Tathergang am 27.6.93 im und auf dem Bahnhof Bad Kleinen bekanntzugeben. Daß BAW, BKA und die beteiligten Beamten des MEK und der GSG-9 versuchen, das tatsächliche Tatgeschehen zu vernebeln, um ihre eigenen Verstrickungen in den Tod von Wolfgang Grams nicht bekannt werden zu lassen, ist inzwischen mehr als deutlich geworden. Alles, was bis heute an ZeugInnenaussagen, Obduktionsberichten, anonymen Anrufen und Aussagen von Polizeibeamten und Widersprüchen in den Erklärungen der Bundesanwaltschaft (BAW) und des Bundeskriminalamtes (BKA) vorliegt, läßt nur einen Schluß zu: Wolfgang Grams wurde, bereits angeschossen und wehrlos am Boden liegend, von Beamten der GSG-9 aus nächster Nähe erschossen.

Schon am 27.6.93, also am Tage der Festnahme von Birgit Hogefeld und des Todes von Wolfgang Grams, wird von Birgit Hogefelds Anwalt mitgeteilt, daß seine Mandantin überwältigt worden ist, ohne daß sie ihre Waffe gezogen hätte. Trotzdem ist am 28.6.1993 die offizielle und in den Medien verbreitete Version - "nach Mitteilung des Generalbundesanwaltes" - , daß Birgit Hogefeld sofort das Feuer eröffnete und daß daraufhin sowohl ein Beamter der GSG-9 als auch Wolfgang Grams erschossen wurden.

Während die "Welt" am 28.6. noch meldet, daß Grams und Hogefeld "anscheinend unter falscher Identität vor der Wende in der DDR Unterschlupf gefunden" hatten, bezog sich die FAZ am 28.6. auf einen Zeitungsbericht - vermutlich die Nachtausgabe der "Bild", die diese Nachricht aber schon in ihrer Tagesausgabe nicht mehr bringt -, demzufolge: "hatte Birgit Hogefeld sich vor der Vereinigung Deutschlands unter falschem Namen in der DDR versteckt. Sie soll jetzt mit Hilfe von Stasi-Unterlagen enttarnt worden sein." Gleichzeitig schrieb die FAZ: "Wie das Bundeskriminalamt (BKA) auf ihre Spur gekommen ist, wollte die Bundesanwaltschaft nicht mitteilen." "Wie andere RAF-Mitglieder hatten die beiden in der DDR Unterschlupf gefunden, dort eine neue Identität erhalten", reduziert die "Bild" am 28.6. dann ihre Berichterstattung. Die Stasi-Akten-Spur wird aber nach zwei Tage später von der BAW widerrufen.

Was aus den Angaben der BAW insgesamt hervorgeht, ist nicht viel und überwiegend falsch. Selbst die Gaststätte, in der sich Hogefeld und Grams aufgehalten haben sollen, bevor die Beamten sie angriffen, wird erst nach ZeugInnenaussagen von der BAW korrigiert. Die von der BAW angegebene Gaststätte "Waldeck" ist Sonntags nicht geöffnet, die Observierten waren in dem zweiten Gasthaus im Bahnhof, dem "Billard-Cafe".

Die Auskünfte der BAW lassen sich nach den tagelangen und noch immer anhaltenden Fehlinformationen aus Karlsruhe nicht verifizieren. So scheint neben der GSG-9 außerdem ein MEK im Einsatz gewesen zu sein. Aber welche Truppe außer der GSG-9 nun tatsächlich eingesetzt war, bleibt wiederum im Dunkeln, wenn mensch sich die Formulierungen in der Tagespresse ansieht: "Ein beim Mobilen Einsatzkommando eingesetzter Beamter der Grenzschutztruppe 9" (Hamburger Abendblatt 28.6.93), "Ein Mobiles Einsatzkommando des Bundeskriminalamtes" ("Welt" 28.6.). Um einen "im MEK eingesetzten GSG-9-Beamten" handelt es sich nach "Welt" vom 30.6. Die Verwirrung komplett macht dann der "Spiegel vom 5.7. mit seiner Angabe, wer in Bad Kleinen eingesetzt war: "... Unter sich muß er Dutzende Kollegen eines Mobilen Einsatzkommandos und von der Terrorismusabteilung, der Spezialtruppe GSG-9, einerweiteren Grenzschutzeinheit und der örtlichen Polizei dirigieren" und etwas später heißt es dort: "Rund 48 Stunden haben schon 54 Beamte, darunter ein 11 Mann starkes Greifkommando der GSG 9, des BKA und der Grenzschutz-Sicherungstruppe Bonn, auf ihren Einsatz gewartet." Bei all diesen Bezeichnungen bleibt völlig unklar, um was für eine Einheit es sich überhaupt gehandelt haben soll. Über ein "Mobiles Einsatzkommando des BKA" ist jedenfalls vorher nie etwas bekannt gewesen. Bisher waren MEKs Länder- und nicht Bundessache. Die Anzahl der gesamt eingesetzten Beamten wird bis heute mit Zahlen zwischen 15 und 54

angegeben. Rührt die Namensverwirrung vielleicht daher, daß nur die GSG-9 eingesetzt war, die dann als MEK des BKA bezeichnet worden ist? Allerdings bleibt dann die Frage, warum der Einsatzleiter Hoffmann vor Ort vom BKA war. Die GSG-9 hat üblicherweise einen eigenen Einsatzleiter, der wird aber bisher nirgendwo erwähnt. Am Schußwechsel - sofern es überhaupt ein Schußwechsel gewesen ist - waren offensichtlich nach der bisherigen Darstellung nur die Beamten der GSG-9 beteiligt. Auch einen Tag später, am 29.6., erging sich die Presse in Spekulationen und Fragen. Die BAW hat nach Agenturmeldungen eine Nachrichtensperre verhängt, die sie mit den laufenden Vernehmungen von Birgit Hogefeld und der Notwendigkeit, die weiteren Ermittlungen nicht zu behindern, begründete. Das die verhängte Nachrichtensperre nicht fahndungstechnische Gründe hat, sondern verhindern soll, daß Berichte über den tatsächlichen Hergang zur Tötung von Wolfgang Grams zu verhindern, wird erst später offensichtlich. Aber immer wieder wird jetzt betont, daß es sich bei der Aktion um einen Fahndungserfolg gehandelt habe und nicht um das Ergebnis von Erkenntnissen aus Stasi-Akten. Wie zur Bestätigung dankte Innenminister Seiters den Sicherheitsbehörden für ihre "intensive und gezielte Ermittlungsarbeit".

Während die BAW sich in Schweigen hüllt und nur Fragmente vom Hergang des Einsatzes an die Öffentlichkeit läßt, melden sich immer mehr AugenzeugInnen und AnwohnerInnen, die verschiedenste Dinge beobachtet haben. So sagen einige AnwohnerInnen, sie hätten bei der Schießerei auf den Gleisen eine "Gruppe schwarzvermummter Männer mit schußsicheren Kevlar-Westen" gesehen, "die sogar aus dem Aktenkoffer geschossen" (Hamburger Abendblatt 29.6.93) hätten (Hier wurden nicht etwa Außerirdische beobachtet, es wird tatsächlich aus Koffern geschossen. Siehe Kasten). Von den offiziellen Stellen gab es dazu keinen Kommentar, obwohl es doch auch hier sicherlich Erklärungsbedarf gibt. Schließlich wurde noch Stunden zuvor behauptet, die GSG-9 Beamten hätten keine schußsicheren Westen getragen, um nicht aufzufallen. Andere schildern den Einsatz so, daß mensch den Eindruck erhält, auf dem Bahnhof in Bad Kleinen sei ein Wildwestfilm abgedreht worden. Menschen hätten sich in Sicherheit bringen müssen, weil die Beamten wild um sich geschossen hätten. Wenn die Angabe der Behörden stimmt, daß insgesamt 44 Schüsse abgegeben worden sind, kommen diese Schilderungen der Situation auf dem belebten Bahnhof wohl ziemlich nahe.

In der taz entblödete sich Michael Sontheimer dann auch nicht, auf die allgemeine Pressestimmung draufzusatteln und die Schießerei folgendermaßen zu kommentieren: "Auf der anderen Seite galt es auch bei der RAF als stillos sich einfach widerstandslos festnehmen zu lassen." Zu dem Zeitpunkt war über die Verteidigung von Birgit Hogefeld bereits bekannt gemacht worden, daß diese nicht geschossen hat. Ob Wolfgang Grams geschossen hat, wird sich noch herausstellen - falls nicht auch hier von seiten der Behörden entsprechende Manipulationen vorgenommen werden. Auch kann Sontheimer die Gelegenheit nicht verstreichen lassen und orakelt unisono mit der "Süddeutschen Zeitung" und dem "Hamburger Abendblatt" über vielleicht doch vorhandene Zusammenarbeit von Stasi und aktiver RAF gegen die imperialistische BRD.

Vielleicht war es doch anders

"Behörden liefern neue Version zur Aktion gegen RAF-Mitglieder" titelte am 30.6.93 die FR - es sollte nicht die letzte sein. Die Version, die die BAW nun präsentierte, kam dem tatsächlichen Geschehen nur in einem Punkt näher: sie gab zu, daß Birgit Hogefeld nicht geschossen hatte, sondern sofort überwältigt werden konnte. Verlagert den Treffpunkt der Observierten von der geschlossenen in die geöffnete Gaststätte und den Festnahmeort vom Bahnhofsvorplatz in die Unterführung. Nun präsentiert sie den toten Wolfgang Grams als denjenigen, der sofort das Feuer eröffnet und den GSG-9 Mann erschossen haben soll. Die Korrektur erklärten die Karlsruher Ermittler damit, daß die Medien aus Aktualitätsgründen am Sonntag sehr früh informiert worden seien - dümmeres ist in Karlsruhe wohl nicht aufzutreiben gewesen. Nachdem also nun Birgit Hogefeld ihre Waffe nicht gezogen hat, hat Wolfgang Grams angeblich mit seiner "Pistole Marke Para" das Feuer eröffnet und den GSG-9 Mann aus nächster Nähe erschossen. Während die BAW diesen Hergang genau schildern kann, wird zu den Schüssen auf Grams gesagt, daß deren Herkunft noch nicht geklärt werden konnte. Zwei Tage nach dem Einsatz! Die Formulierung im "Hamburger Abendblatt" vom 30.6. läßt Zweifel aufkommen, ob Grams überhaupt geschossen hat und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt: "Die beiden am Sonntag in Bad Kleinen bei Schwerin gestellten mutmaßlichen RAF-Terroristen Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams haben nach neuen Angaben der Bundesanwaltschaft nicht von sich aus das Feuer eröffnet." Wem nicht schon vorher Zweifel über diese ganze Aktion gekommen waren, dem drängten sich jetzt die Fragen auf: Welchen anderen Grund kann es geben, völlig falsche Informationen an die Öffentlichkeit zu geben, als den, das Tun eines oder

mehrerer Beamten abzudeckeln? Todesursache Kopfschuß erinnert mensch sofort an die anderen Kill-Fahndungen gegen mutmaßliche RAF-Mitglieder (siehe Kasten). Auf der Sondersitzung des Bundestagsinnenausschußes am 30.6. muß von Stahl so katastrophal aufgetreten sein, daß die sonst verbreitete Haltung: deckst du mich, dann deck ich dich, nicht mehr aufrecht erhalten wurde. Der Vorsitzende Hans-Gottfried Bernrath forderte von Stahl zum Rücktritt auf. Was auf der Sitzung alles bekannt wurde, bleibt weiterhin Verschlußsache; an die Presse wurden nur ausgesuchte Informationen gegeben, die den eigentlichen Punkt, den Hergang, der zu dem Tod von Wolfgang Grams führte, nicht weiter berührten: die eingesetzten Beamten sollen keine schußsicheren Westen getragen haben, die Beamten kannten nur Birgit Hogefeld als festzunehmende Person, nicht aber Wolfgang Grams. Über die Vorgeschichte, die zu dem Einsatz in Bad Kleinen führte, gaben weder von Stahl, noch der Vertreter des Verfassungsschutzes Werthebach oder der Vertreter des BKA Köhler den Abgeordneten im Innenausschuß Informationen. Nach Ansicht des innenpolitischen Sprechers der SPD soll hier offensichtlich etwas vertuscht oder verheimlicht werden.

Oder vielleicht so?

Nachdem am 1.7.93 der Anwalt in einer Pressemitteilung erklärte, daß Wolfgang Grams durch einen aufgesetzten Schuß, mindestens aber durch einen Schuß aus unmittelbarer Entfernung zu Tode gekommen ist, präsentierte die Schweriner Staatsanwaltschaft die nächste Version des Ablaufes des Geschehens: Da nicht sein kann, was nicht sein darf, erinnerte man sich offensichtlich an Stammheim und äußerte die Vermutung, daß Wolfgang Grams verletzt auf den Gleisen liegend nur Selbstmord begangen haben könne; einen anderen Schluß lasse die Art der Schußwunde nicht zu. Die Anwälte können sich aber außer auf das Obduktionsergebnis auch auf die Zeuginnenaussage stützen, die seit Sonntag den 27.6. bei der Staatsanwaltschaft Schwerin vorliegt. Danach wurde beobachtet, daß Beamte aus unmittelbarer Nähe auf den am Boden liegenden Grams schossen. (Siehe Kasten) Inzwischen gibt es eine Bestätigung des Vorganges, so wie ihn die o.g. Zeugin schildert, durch einen GSG-9 Beamten, der sogar davon spricht, daß ein GSG-9 Beamter auf Grams gekniet habe, als er geschossen habe (Spiegel TV, 4.7.). Die Selbstmordversion wurde nicht gefressen und verschwand wieder.

Notfalls schoß er ohne Waffe

Aufrechterhalten wird die Behauptung, Grams habe den GSG-9-Mann erschossen, obwohl nach wie vor technisch nicht festgestellt worden ist, aus welcher Waffe die Kugel abgefeuert wurde. Und sogar noch am 3.7. unklar war, ob Grams überhaupt eine Waffe hatte. Auf die Vorhaltung, Herr Bernrath würde anzweifeln, daß Grams eine Waffe hatte, antwortete von Stahl erst gar nicht, und nachdem insistiert wurde, zog er sich darauf zurück, daß für ihn klar sei, daß Grams eine Waffe gehabt haben muß. Aber was für eine eigentlich?

Die tödliche Kugel, die Wolfgang Grams traf, soll noch nicht gefunden worden sein; trotzdem wissen die eingesetzten GSG-9lern angeblich genau, daß es keiner von ihnen gewesen ist.

Der Dritte Mann

Nach der dritten Person, vermutlich einem Mann, der in den Medien irgend etwas zwischen V-Mann und ehemaligem bzw. neu aktiviertem RAF-Mitglied sein soll, wird immer noch nicht gefahndet. In der Presse liest sich das dann so, daß dies den sicheren Schluß zulasse, daß diese Person mit den Behörden zusammengearbeitet haben muß. Nach Aussagen des Wirtes der Bahnhofsgaststätte hat der Mann nach dem Einsatz mit Beamten am Tisch der Gaststätte gesessen und geredet. Nach jemandem, mit dem mensch eh Kontakt hat, braucht natürlich keine Fahndung in Gang gesetzt zu werden.

Die Vorbereitungen für den Einsatz in Bad Kleinen liefen seit den Morgenstunden. AnwohnerInnen berichteten von Hubschrauberflügen seit dem frühen Vormittag. Auch die Angaben der BAW, "daß der Zugriff der GSG-9 'im Auftrag' von Generalbundesanwalt von Stahl erfolgte", lassen eindeutig darauf schließen, daß der Einsatz, der dort stattfinden sollte, seit längerem geplant und "generalstabsmäßig vorbereitet" (Spiegel TV, 4.7.) war.

Da sich aber Menschen, die als RAF-Mitglieder gesucht werden, nicht mal so eben mit irgendjemand zum Kaffee treffen, muß es eine Person gewesen sein, zu der zumindest eine der beiden, Hogefeld oder Grams, Vertrauen gehabt hat. Der penetrante Hinweis darauf, daß nur Frau Hogefeld aber nicht Herr Grams den eingesetzten Beamten bekannt gewesen sei, klingt unglaubwürdig angesichts der Tatsache, daß es eine von

langer Hand vorbereitete Aktion war. Kein zufälliges Aufeinandertreffen. Einen Moment Zeit wäre es sicher wert, darüber nachzudenken, ob es ein "aktiver V-Mann" innerhalb der RAF - z.B. bei Aktionen wie Rohwedder oder Herrenhausen - gewesen ist, der von Grams hätte enttarnt werden können. Ein Toter aber kann nicht mehr reden.

Es bleiben viele Fragen

Wie lange wurden Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams bereits überwacht? Woher wußte das BKA von dem Treffen? Wer ist die dritte Person, der Mann, der sich mit den beiden in der Gaststätte traf? Wo befindet er sich jetzt? Wieso wurde angeblich mit Hubschraubern nach ihm gesucht, obwohl er nach Aussagen des Wirtes noch nach dem ganzen Geschehen in der Bahnhofsgaststätte von Bad Kleinen mit Beamten am Tisch saß und redete? Kannten die ermittelnden Behörden den Aufenthaltsort von Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams?

Wieso ist es bis heute nicht möglich, die Anzahl der abgegebenen Schüsse festzustellen. Wurde nach dem Einsatz nicht die verbrauchte Munition überprüft oder haben auch die GSG-9 Beamten "Schwarze Magazine" während ihrer Einsätze bei sich? Tragen die eingesetzten Beamten auch eigene private Waffen und Munition?

Welche bewaffneten Kräfte waren außer der GSG-9 eingesetzt? Gibt es eine Verfügung aufgrund derer die GSG-9 mit Dum-Dum-Geschossen in Einsätzen schießen darf? Aus welchen Waffen stammen die Kugeln, die den GSG-9 Beamten trafen? Welcher Schuß war davon tödlich? Wenn jetzt behauptet wird, daß der tödliche Schuß auf den GSG-9 Mann nicht aus einer GSG-9-Waffe stammt, aber auch bisher offenbar nicht festgestellt werden konnte, daß er aus der Waffe stammt, die Grams zugeordnet wird, stellt sich die Frage: Wurde aus Waffen geschossen, die weder Grams noch der GSG-9 gehörten - und von wem?

Warum ist der Einsatz der Beamten, der generalstabsmäßig vorbereitet worden war, an einem Ort geplant worden, an dem immer Publikum hin- und herläuft? Zu einem Zeitpunkt, wo an diesem Bahnhof innerhalb kurzer Zeit drei Züge ankommen und wieder abfahren? Offensichtlich versteckt sich von Stahl hinter dem Wohl und der Unversehrtheit der Öffentlichkeit, wenn er behauptet, daß der Zugriffsort in die Unterführung gelegt wurde. Wenn das eine ernste Begründung für die Wahl des Zugriffsortes ist, warum wurde dann nicht im Lokal zugegriffen, wo tatsächlich niemand Unbeteiligtes gefährdet worden wäre.

Hat von Stahl den tatsächlichen Tathergang verschwiegen und aus Karlsruhe die falschen Versionen des Tatherganges bewußt an die Medien weitergeben, um die eingesetzten Beamten zu schützen?

Welcher Beamte kniete laut Augenzeugenbericht auf Wolfgang Grams, während dessen Waffe mindestens zwei Meter entfernt und damit für ihn unerreichbar war? Welche Beamten haben die Schüsse auf Wolfgang Grams abgegeben und aus welcher Waffe stammt der aufgesetzte Schuß?

Wenn sich herausstellt, daß der Ablauf so war, wie er sich nach allen inzwischen vorliegenden Informationen darstellt, ist Wolfgang Grams bei seiner Festnahme durch einen Beamten der GSG-9 ermordet worden. Oder wie es in der Presse in Frageform auftaucht: Ist Wolfgang Grams hingerichtet worden? Eine Hinrichtung würde über den "durchgeknallten" GSG-9 Mann hinausgehen, es wäre Mord in staatlichem Auftrag. Daß der Tathergang bis jetzt nicht aufklärbar ist, liegt daran, daß sich die Mitwisser im Staatsdienst in Schweigen hüllen oder nur vage Aussagen machen. Sicher ist, daß sich unmittelbar um die Stelle, wo Wolfgang Grams zu Tode gekommen ist, 14 Einschüsse befinden. Daß heißt, innerhalb kürzester Zeit, nachdem Grams schon zu Boden gerissen worden war, wurden in seine Richtung und auf ihn 14 Schüsse abgegeben. Wenn alle GSG-9ler sagen, keiner habe aus einer kleineren Entfernung als 1,50 m geschossen, sich aber mindestens ein Einschuß am Kopf als aus nächster Näher erfolgt herausstellt, dann wird da von einer Seite gelogen.

ga., 4.7.1993

Quellen: "Bild", FAZ, FR, Hamburger Abendblatt, Süddeutsche Zeitung, taz, "Welt" vom 28.6. bis 3.7.1993, Spiegel 5.7.93, Presseerklärungen des RA Andreas Groß.

8. Eidesstattliche Erklärung einer Augenzeugin (Bad Kleinen). Dokumentation

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:39

zur Vorlage bei Gericht

Ich, (...), wohnhaft in Bad Kleinen, (...), schildere hiermit den Ablauf der Geschehnisse um die Festnahme bzw. Erschießung von Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams.

Zuerst dachte ich an einen Streich von Jugendlichen. Ich hörte Schüsse aus dem Fußgängertunnel und glaubte an Sylvesterknaller. Dann wurde laut geschrien, ich hörte das Gebrüll eines Mannes: "Halt, stehenbleiben." Im gleichen Moment wurde wieder geschossen. Ich sah dann einen Mann auf das Gleis beim Bahnsteig 4 stürzen. Der Mann lag reglos auf dem Gleis. Später erfuhr ich dann, daß es der Wolfgang Grams war. Ich dachte schon, der Grams sei tot. Dann traten zwei Beamte an den reglos daliegenden Grams heran. Der eine Beamte bückte sich und schoß aus nächster Nähe mehrmals auf den Grams. Dabei sah der schon wie tot aus. Der Beamte zielte auf den Kopf und schoß, aus nächster Nähe, wenige Zentimeter vom Kopf des Grams entfernt.

Dann schoß auch der zweite Beamte auf Grams, aber mehr auf den Bauch oder die Beine. Auch der Beamte schoß mehrmals.

Dann kamen auch schon vermummte Männer und stellten sich mit Maschinengewehren an die Lok des auf dem Nebengleis stehenden Zugs. Da habe ich mich dann abgewandt und mich versteckt. Ich wollte auch nichts mehr sehen, denn ich hatte Angst, daß man mich entdecken würde. Das alles habe ich auch der Polizei hier in Bad Kleinen gesagt, am selben Abend auf dem Polizeirevier.

Davor war ich, es war gegen 18 oder 19 Uhr, noch mit anderen Menschen in dem Billard Café auf dem Bahnhof. Dort haben mir Beamte, die sich weder vorstellten noch sich auswiesen, die mir auch nicht sagten, was das alles sollte, mir SchwarzWeiß-Fotos vorgelegt. Es waren mehrere Fotos, wieviele, weiß ich nicht mehr genau. Aber ich weiß, daß auf einigen Fotos ein Mann und eine Frau abgebildet waren, die über einen Zebrastreifen gingen. Ich erkannte, daß die Fotos direkt auf der Straße vor dem Bahnhof aufgenommen waren. Der Beamte fragte, ob ich eine der beiden Personen kennen würde. Ich sagte aus, daß ich die Frau erkennen würde, doch da meinte der Beamte, daß das genügen würde. Das hat mich geärgert, denn schließlich wollte der Beamte ja etwas von mir wissen. Mir fiel dann ein, daß ich die Frau mit den blonden Haaren schon mal am Sonntag, vor dem ganzen Geschehen, gesehen hatte. Da trug sie eine Brille und wirkte irgendwie merkwürdig. Jetzt weiß ich, daß die Beamten also schon einige Zeit vor der Schießerei am Bahnhof waren. Sicher auch schon einen Tag vorher, denn wie hätten sie denn sonst die entwickelten Fotos dabei haben können. Ich frage mich, warum sie diese Frau und den Mann nicht da schon festgenommen haben, wo sie sie doch fotographieren konnten.

Wenn ich mir vorstelle, daß die Schießerei nur eine halbe Stunde später stattgefunden hätte, das wäre nicht auszudenken gewesen. Denn kurz vor 16 Uhr sind auch Sonntags in den Fußgängertunnels immer sehr viele Menschen. Reisende, die die wichtigen Züge zur vollen Stunde erreichen wollen. Das hätte viele Tote geben können.

Bad Kleinen, 30.6.1993

9. GSG-9: Auf Todesschüsse gedrillt

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/dumdum.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:dumdum

Die GSG-9 müsse "Elitebewußtsein entwickeln" und "mit dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten", "kampfunfähig schießen ist Quatsch". So der damalige Innenminister Genscher 1972 bei der Gründung der Truppe. (Spiegel 39/72)

Heute ist das Selbstverständnis des BGS das einer Eliteeinheit, die Aufträge in eigener Verantwortung "erledigt" und sich dabei der Deckung durch die Regierung von vornherein sicher sein kann: "Wir müssen nämlich nicht auf Einsatzbefehle von oben warten ... Wir entscheiden völlig selbständig - die Planung und auch die Ausführung." (so "ein hochrangiger Mitarbeiter" der GSG-9 in "Bild am Sonntag", 21.8.88) GSG-9-Chef Uwe Dee zum "Stern": "Elite ist ein Wort, das aus mir unverständlichen Gründen heute nicht mehr gern benutzt wird. Wir sind Elite." Unter dem Titel "So hätten wir es gemacht" protzte der "hochrangige Mitarbeiter" nach der Gladbecker Geiselnahme, die GSG-9 hätte gleich am Anfang die Geiselnehmer "mit gezielten Kopfschüssen aus Präzisionswaffen kampfunfähig" gemacht. Und weiter: "Für den gezielten Todesschuß haben wir auch mehr politische Rückendeckung als die SEK-Gruppen. ... Wir trainieren nahezu täglich den gezielten Todesschuß." (BamS, ebd.)

Zu Elitebewußtsein, Drill und der gezielten Ausschaltung jeder Tötungshemmung gesellt sich ein makaberer Waffenkult. "Jeder der 200 GSG-9-Leute hat seine speziell auf ihn eingestellte Waffe." Hauptkommissar Weygold zum Beispiel, der im Dienst einen silbrig glänzenden Privatcolt trug und "nach der Geiselbefreiung in den Griff seines Dienstrevolvers wie früher Wildwesthelden eine Kerbe und das Datum des Coups geschlagen hatte". (Stern, 3.3.83)

Zur Ausrüstung der so strukturierten staatlichen Waffenträger gehören (lt. Spiegel, 7.5.90) auch Maschinenpistolen des Typs HK-5, die getarnt in Aktenkoffer oder Taschen eingebaut sind. Durch einen Auslöser am Griff können in drei Sekunden 30 Schuß verballert werden. Es werden, so der Stuttgarter Schießausbilder Hübner, "wie mit einem Gartenschlauch Kugeln in die Gegend gespritzt". (Spiegel, ebd.) Rundfunkmeldungen zufolge wurden in Bad Kleinen eben solche Koffer-MPs eingesetzt. U.a. seien ein Dutzend Schüsse in die Lokomotive eines bereitstehenden Zuges eingeschlagen. Die Chance, dabei einen der eigenen Leute zu erwischen, ist groß.

Dum-Dum-Geschosse

im Einsatz?

Der erschossene BGSler sei durch ein - von Wolfgang Grams abgefeuertes - "Dum-Dum-Geschoß" aus einer 9mm-"Para" tödlich getroffen worden, so "Bild" am 30.6. Diese Meldung macht stutzig - war u.W. doch der RAF weder bei ihren gezielt tödlichen Anschlägen auf Buback etc. noch später jemals vorgeworfen worden, Dum-Dum-Geschosse einzusetzen.

Solche Geschosse wurden von den Briten im indischen Kolonialkrieg entwickelt und bereits in der Petersburger Konvention von 1868 sowie im gesamten Kriegsrecht seitdem geächtet. Es handelt sich um Kugeln mit freiliegendem Bleikern, der beim Einschlag breitgequetscht wird und im Körper riesige Wunden reißt.

Interessanterweise wird nun seit Jahren von Sonderpolizeiführern und Waffenexperten immer wieder gefordert, die Polizei mit "action"-Munition mit "sofortiger Mann-Stop-Wirkung" auszustatten. Nach der Gladbecker Geiselnahme verlangte die Polizeigewerkschaft, es müsse die jeweils "wirksamste Munition, also auch Deformationsgeschosse, für alle polizeilichen Einsatzsituationen grundsätzlich in das Waffenarsenal der Polizei - und insbesondere der Sondereinheiten - gehören". (Welt, 2.2.89) NRW-Innenminister Schnoor hatte die Forderungen der nordrheinwestfälischen SEKs nach solcher "action"-Munition mit der Bemerkung zurückgewiesen, er wolle keine Dum-Dum-Geschosse (ebd.), was zu einem empörten Aufjaulen der Protagonisten führte.

Die Gelegenheit "Gladbeck" hatte auch der Waffenexperte H. J. Stammel genutzt, um für die allgemeine Einführung von Deformations- und (ebenso wirkenden) Hohlspitzgeschossen zu werben. Nur in Bayern

könnten die SEKs die "9-mm-Para-‚Action`-Hohlspitz-Munition" verwenden. Und: Auch GSG-9-Einheiten dürften solche Munition benutzen. (Bild am Sonntag, 28.8.88)

Die Quelle der Behauptung vom Tod durch ein Dum-Dum-Geschoß ist nicht nachvollziehbar, der "Bild"-Reporter berichtet allerdings im selben Artikel von einem Gespräch mit der Mutter des getöteten BGSlers. Von offizieller Seite fehlt bislang ein Obduktionsbericht, der die Meldung widerlegen oder verifizieren könnte. Trotz der offenkundigen Brisanz des Themas ist es merkwürdig still darum. Auch das spricht dafür, daß der Mann durch "friendly fire" starb, und daß vertuscht werden soll, daß die GSG-9 mit international geächteten Waffen auf Menschenjagd geht.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

10. Dokumentation: Brief von Birgit Hogefeld "Es gibt noch viel zu sagen"

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:38

"Wie's in mir aussieht: völlig zerrissen, aufgewühlt und unendlich traurig. Seit diesem Satz sind bestimmt wieder 10 Minuten vergangen - mir jagen 1000 Gedanken und viele Erinnerungen durch den Kopf, und ich muß immer wieder weinen. Jetzt ist es Dienstag, kurz nach 11.00 Uhr; vor 2 Tagen hat Wolfgang noch gelebt. Die Schüsse fielen am Sonntag, ca. 15.15 Uhr, mir wurde gesagt, daß er um 17.10 Uhr in einem Krankenhaus in Lübeck gestorben ist, ohne daß er noch mal bei Bewußtsein war. Kopfschuß.

Wolfgang und ich kannten uns seit 18 bis 19 Jahren und hatten seit 11 Jahren eine Liebesbeziehung. Nie vorher war ich mit einem anderen Menschen so eng zusammen, wir wußten alles voneinander und haben uns in vielem ohne viele Worte verstanden.

Ich bin gestern im BGS Hubschrauber von Wismar nach Karlsruhe gebracht worden, es war sehr schönes Wetter und weite Sicht - in der Ferne konnte ich Lübeck erkennen und habe mir vorgestellt, wie er da jetzt im Kühlfach liegt...

Heute nacht und auch jetzt sehe ich ihn ganz deutlich vor mir, sein Gesicht in allen Einzelheiten, seinen Körper, seinen Geruch, seine Stimme beim Reden und beim Singen - er hatte eine sehr schöne Tenor-Stimme -, und manchmal hat er Blues-Lieder improvisiert, das hat ihm großen Genuß gemacht.

Wenn wir in anderen Verhältnissen als den unmenschlichen in diesem Land geboren wären, dann hätte die Musik in seinem Leben mit Sicherheit eine sehr große Rolle gespielt. Ein Bild oder eine Erinnerung, die ich im Herzen bewahren werde, ist unsere letzte Begegnung auf diesem Bahnhof in Bad Kleinen. Ich war vor ihm da, und er kam kurz vor 14.00 Uhr dort an - ich habe ihn nicht gleich gesehen. Und dann sah ich ihn lachend und winkend auf mich zukommen, und wir haben uns lange umarmt.

Zu dem Ablauf von Wolfgangs Erschießung und meiner Verhaftung: Mir war vorher nichts Merkwürdiges aufgefallen. Ich kam dort kurz vor 13.00 Uhr an - aus Wismar -, was bekannt ist, weil bei mir ein Schließfachschlüssel gefunden wurde - Bahnhof Wismar, Rucksack mit Schreibmaschine drin, einigen Büchern, und - so das BKA - die Sachen sind dort vom BKA abgeholt worden.

Bad Kleinen ist ein kleines Dorf, und sonntags ist nur eine Kneipe offen - die am Bahnhof. Ich bin, bevor ich Wolfgang abgeholt habe, schon da gewesen, und wir sind dann zusammen da auch rein.

Als wir kurz nach 15.00 Uhr aus der Kneipe raus und durch die Unterführung Richtung Ausgang gegangen sind, springt mich nach wenigen Schritten ein Typ an. Ich schau in den Lauf seiner Pistole und liege auf der Erde. Ich werde dann von 2-3 Typen mit Waffen in Schach gehalten, und mir war klar, daß ich keine falsche Bewegung machen darf, wenn ich am Leben bleiben will. Gleichzeitig ist um mich rum ein totales Gerenne, und daß Wolfgang noch wegrennen konnte, habe ich nicht gesehen - das ist mir erst klar geworden, als ich die Schießerei, die oben auf dem nächsten Bahnsteig stattgefunden haben muß, gehört habe. Wolfgang ist also noch mindestens 20 Meter in der Unterführung und dann die ganze Treppe hochgerannt. Ich habe viele Schüsse gehört. Kurz darauf kam einer vom Greiftrupp eine Treppe runtergerannt und hat gerufen: "Er liegt da in seinem Blut auf dem Gleis." Wie er das sagte, war mir klar, daß er Wolfgang meinte. Die vom Greiftrupp kamen mir spätestens seit der Schießerei, aber eigentlich auch schon vorher bei dem Gerenne, total nervös und hektisch vor - einer z.B. lief dann zu mir, hob meinen Kopf hoch und haute mir ins Gesicht; von der ganzen Art her kamen die mir mehr durchgeknallt als besonders brutal vor. Mir wurden die Hände auf den Rücken gefesselt - sie sind jetzt noch taub, geschwollen, eingeschnitten -, und eine schwarze Kapuze haben sie mehrere Runden mit Klebeband in Mund-Nasenhöhe festgeklebt, so daß ich sehr schlecht Luft gekriegt habe. Sie haben mich dann mit nem Auto nach Wismar ins Bullenpräsidium gebracht, auf dem Weg dorthin wurde die Kapuze nicht runtergemacht, aber so weit gelockert, daß ich durch den Mund atmen konnte. Auf der Fahrt dann haben sie mir dann eine Pistole abgenommen. In Wismar waren schon BKAler anwesend und haben mich sofort mit meinem richtigen Namen angesprochen. Ich habe den ganzen Sonntagabend x-mal gefragt, was mit Wolfgang ist und daß ich einen Rechtsanwalt oder meine Mutter verständigen will. Sie haben immer wieder gesagt, daß sie mir darüber keine Auskunft geben wollen und ich auch niemanden benachrichten darf;

es käme einer von der BAW, der müsse entscheiden. Der von der BAW kam gegen Mittemacht und hat mir nach einigem Hin und Her gesagt, daß Wolfgang gestorben ist. Er wollte dann ein Gesprächsgeplänkel anfangen: sie hätten bei mir ein Kinderbild gefunden, und wer das denn sei - er hätte auch drei Kinder... ich bin dann gegangen. Um 1.00 Uhr kamen sie wieder in die Zelle, ich sollte noch mal mit hochkommen. Ich: nein, ich will meine Ruhe haben. Sie dann: Aber ich könnte jetzt telefonieren. Ich konnte dann wirklich meine Mutter anrufen und mit ihr sprechen und war sehr froh, daß sie schon über Wolfgangs Tod und meine Verhaftung Bescheid wußte - das hat es mir leichter gemacht, schon weil ich viele Wörter nicht aussprechen mußte, die es mir verdammt schwer gemacht hätten, weiterzusprechen.

Und für sie war es auch besser, so war der Anruf nicht der Schock, sondern eine Erleichterung. Nach dem Telefonat hat der Bundesanwalt damit angefangen, daß mir wohl klar sei, daß es für mich keine Hoffnung gäbe, jemals wieder ein Leben in Freiheit zu führen, wenn ich nicht mit ihnen zusammenarbeite...

Es gibt zu den Ereignissen noch viel zu sagen

Ich hab gesagt, daß ich gehen will, und mach die Tür auf und seh gerade noch, daß sich da welche mit Kameras aufgebaut hatten, und verzerre mein Gesicht zur Grimasse. Als ich wieder in der Zelle war und mich hinlegen wollte, kommen sie wieder (gegen 2.00 Uhr): das ginge so nicht weiter, sie bräuchten endlich die Fotos, und wenn ich die nicht jetzt und hier machen lasse, dann schleppen sie mich zur ED-Behandlung, und sie könnten auch den Arzt rufen, der mir Beruhigungsmittel spritzt und dann kriegen sie die Fotos eben so. Ich: nee - sie sollen endlich abhauen und mich in Ruhe lassen. Sie haben mich dann zu viert an Händen und Füßen geschnappt und quer durch das Gebäude zur ED-Behandlung geschleppt. Fingerabdrücke habe ich machen lassen, weil ich endlich meine Ruhe haben wollte. Wegen der Fotos habe ich bestimmt eine halbe Stunde mit Grimassengesicht dagestanden, und sie haben dann eben das mit mehreren Leuten ständig fotografiert. Dann haben sie es aufgegeben und mich zurück auf die Zelle gebracht, dort hatte sich jemand im Halbdunkel versteckt, mit Kamera im Anschlag.

Gegen 3.30 Uhr war ich dann endlich für mich - irgendwann viel später bin ich in Tränen eingeschlafen. Am nächsten Tag kam gegen Mittag der Bundesanwalt in die Zelle: eigentlich wüßten wir doch ganz genau, daß das, was wir machen, sinnlos ist, wir hätten das in unseren veröffentlichten Texten zugegeben... Es gäbe praktisch keine Resonanz auf alles, was wir geschrieben haben und auf Weiterstadt auch nicht... Die Gefangenengruppe wäre zerstritten... und ehe ich jetzt in deren Situation und mit meiner Perspektive, die eben keine ist... da wäre die einzige Lösung für mich, mich an sie zu wenden. Er war in dieser Ansprache überhaupt nicht zu stoppen - irgendwann habe ich dann gesagt: "Ich habe ein Problem", da war er sofort still. Ich weiter: nämlich meine Brille und daß das BKA die nicht rausrückt... er hat tatsächlich kurz über die Brille geredet, das war ihm dann aber doch zu blöd, und er ist weg.

Nachmittags bin ich nach Karlsruhe geflogen worden - Haftbefehleröffnung -, dort konnte ich kurz mit meiner Mutter und meinem Bruder sprechen, das war sehr gut. Anschließend haben sie mich nach Preungesheim geflogen, als ich reingebracht wurde, sehe ich jemanden am Fenster stehen und winken und meinen Namen rufen, es war Eva Haule.

Ich konnte ihr noch kurz Hallo zurufen und zurückwinken.

Es gibt zu den Ereignissen noch viel zu sagen - aber nicht heute."

Birgit Hogefeld

Dokumentation

"Es gibt noch viel zu sagen"

Brief von Birgit Hogefeld

"Wie's in mir aussieht: völlig zerrissen, aufgewühlt und unendlich traurig. Seit diesem Satz sind bestimmt wieder 10 Minuten vergangen - mir jagen 1000 Gedanken und viele Erinnerungen durch den Kopf, und ich muß immer wieder weinen. Jetzt ist es Dienstag, kurz nach 11.00 Uhr; vor 2 Tagen hat Wolfgang noch gelebt. Die Schüsse fielen am Sonntag, ca. 15.15 Uhr, mir wurde gesagt, daß er um 17.10 Uhr in einem Krankenhaus in Lübeck gestorben ist, ohne daß er noch mal bei Bewußtsein war. Kopfschuß.

Wolfgang und ich kannten uns seit 18 bis 19 Jahren und hatten seit 11 Jahren eine Liebesbeziehung. Nie vorher war ich mit einem anderen Menschen so eng zusammen, wir wußten alles voneinander und haben uns in vielem ohne viele Worte verstanden.

Ich bin gestern im BGS Hubschrauber von Wismar nach Karlsruhe gebracht worden, es war sehr schönes Wetter und weite Sicht - in der Ferne konnte ich Lübeck erkennen und habe mir vorgestellt, wie er da jetzt im Kühlfach liegt...

Heute nacht und auch jetzt sehe ich ihn ganz deutlich vor mir, sein Gesicht in allen Einzelheiten, seinen Körper, seinen Geruch, seine Stimme beim Reden und beim Singen - er hatte eine sehr schöne Tenor-Stimme -, und manchmal hat er Blues-Lieder improvisiert, das hat ihm großen Genuß gemacht.

Wenn wir in anderen Verhältnissen als den unmenschlichen in diesem Land geboren wären, dann hätte die Musik in seinem Leben mit Sicherheit eine sehr große Rolle gespielt. Ein Bild oder eine Erinnerung, die ich im Herzen bewahren werde, ist unsere letzte Begegnung auf diesem Bahnhof in Bad Kleinen. Ich war vor ihm da, und er kam kurz vor 14.00 Uhr dort an - ich habe ihn nicht gleich gesehen. Und dann sah ich ihn lachend und winkend auf mich zukommen, und wir haben uns lange umarmt.

Zu dem Ablauf von Wolfgangs Erschießung und meiner Verhaftung: Mir war vorher nichts Merkwürdiges aufgefallen. Ich kam dort kurz vor 13.00 Uhr an - aus Wismar -, was bekannt ist, weil bei mir ein Schließfachschlüssel gefunden wurde - Bahnhof Wismar, Rucksack mit Schreibmaschine drin, einigen Büchern, und - so das BKA - die Sachen sind dort vom BKA abgeholt worden.

Bad Kleinen ist ein kleines Dorf, und sonntags ist nur eine Kneipe offen - die am Bahnhof. Ich bin, bevor ich Wolfgang abgeholt habe, schon da gewesen, und wir sind dann zusammen da auch rein.

Als wir kurz nach 15.00 Uhr aus der Kneipe raus und durch die Unterführung Richtung Ausgang gegangen sind, springt mich nach wenigen Schritten ein Typ an. Ich schau in den Lauf seiner Pistole und liege auf der Erde. Ich werde dann von 2-3 Typen mit Waffen in Schach gehalten, und mir war klar, daß ich keine falsche Bewegung machen darf, wenn ich am Leben bleiben will. Gleichzeitig ist um mich rum ein totales Gerenne, und daß Wolfgang noch wegrennen konnte, habe ich nicht gesehen - das ist mir erst klar geworden, als ich die Schießerei, die oben auf dem nächsten Bahnsteig stattgefunden haben muß, gehört habe. Wolfgang ist also noch mindestens 20 Meter in der Unterführung und dann die ganze Treppe hochgerannt. Ich habe viele Schüsse gehört. Kurz darauf kam einer vom Greiftrupp eine Treppe runtergerannt und hat gerufen: "Er liegt da in seinem Blut auf dem Gleis." Wie er das sagte, war mir klar, daß er Wolfgang meinte. Die vom Greiftrupp kamen mir spätestens seit der Schießerei, aber eigentlich auch schon vorher bei dem Gerenne, total nervös und hektisch vor - einer z.B. lief dann zu mir, hob meinen Kopf hoch und haute mir ins Gesicht; von der ganzen Art her kamen die mir mehr durchgeknallt als besonders brutal vor. Mir wurden die Hände auf den Rücken gefesselt - sie sind jetzt noch taub, geschwollen, eingeschnitten -, und eine schwarze Kapuze haben sie mehrere Runden mit Klebeband in Mund-Nasenhöhe festgeklebt, so daß ich sehr schlecht Luft gekriegt habe. Sie haben mich dann mit nem Auto nach Wismar ins Bullenpräsidium gebracht, auf dem Weg dorthin wurde die Kapuze nicht runtergemacht, aber so weit gelockert, daß ich durch den Mund atmen konnte. Auf der Fahrt dann haben sie mir dann eine Pistole abgenommen. In Wismar waren schon BKAler anwesend und haben mich sofort mit meinem richtigen Namen angesprochen. Ich habe den ganzen Sonntagabend x-mal gefragt, was mit Wolfgang ist und daß ich einen Rechtsanwalt oder meine Mutter verständigen will. Sie haben immer wieder gesagt, daß sie mir darüber keine Auskunft geben wollen und ich auch niemanden benachrichten darf; es käme einer von der BAW, der müsse entscheiden. Der von der BAW kam gegen Mittemacht und hat mir nach einigem Hin und Her gesagt, daß Wolfgang gestorben ist. Er wollte dann ein Gesprächsgeplänkel anfangen: sie hätten bei mir ein Kinderbild gefunden, und wer das denn sei - er hätte auch drei Kinder... ich bin dann gegangen. Um 1.00 Uhr kamen sie wieder in die Zelle, ich sollte noch mal mit hochkommen. Ich: nein, ich will meine Ruhe haben. Sie dann: Aber ich könnte jetzt telefonieren. Ich konnte dann wirklich meine Mutter anrufen und mit ihr sprechen und war sehr froh, daß sie schon über Wolfgangs Tod und meine Verhaftung Bescheid wußte - das hat es mir leichter gemacht, schon weil ich viele Wörter nicht aussprechen mußte, die es mir verdammt schwer gemacht hätten, weiterzusprechen.

Und für sie war es auch besser, so war der Anruf nicht der Schock, sondern eine Erleichterung. Nach dem Telefonat hat der Bundesanwalt damit angefangen, daß mir wohl klar sei, daß es für mich keine Hoffnung gäbe, jemals wieder ein Leben in Freiheit zu führen, wenn ich nicht mit ihnen zusammenarbeite...

Es gibt zu den Ereignissen noch viel zu sagen

Ich hab gesagt, daß ich gehen will, und mach die Tür auf und seh gerade noch, daß sich da welche mit Kameras aufgebaut hatten, und verzerre mein Gesicht zur Grimasse. Als ich wieder in der Zelle war und mich hinlegen wollte, kommen sie wieder (gegen 2.00 Uhr): das ginge so nicht weiter, sie bräuchten endlich die Fotos, und wenn ich die nicht jetzt und hier machen lasse, dann schleppen sie mich zur ED-Behandlung, und sie könnten auch den Arzt rufen, der mir Beruhigungsmittel spritzt und dann kriegen sie die Fotos eben so. Ich: nee - sie sollen endlich abhauen und mich in Ruhe lassen. Sie haben mich dann zu viert an Händen und Füßen geschnappt und quer durch das Gebäude zur ED-Behandlung geschleppt. Fingerabdrücke habe ich machen lassen, weil ich endlich meine Ruhe haben wollte. Wegen der Fotos habe ich bestimmt eine halbe Stunde mit Grimassengesicht dagestanden, und sie haben dann eben das mit mehreren Leuten ständig fotografiert. Dann haben sie es aufgegeben und mich zurück auf die Zelle gebracht, dort hatte sich jemand im Halbdunkel versteckt, mit Kamera im Anschlag.

Gegen 3.30 Uhr war ich dann endlich für mich - irgendwann viel später bin ich in Tränen eingeschlafen. Am nächsten Tag kam gegen Mittag der Bundesanwalt in die Zelle: eigentlich wüßten wir doch ganz genau, daß das, was wir machen, sinnlos ist, wir hätten das in unseren veröffentlichten Texten zugegeben... Es gäbe praktisch keine Resonanz auf alles, was wir geschrieben haben und auf Weiterstadt auch nicht... Die Gefangenengruppe wäre zerstritten... und ehe ich jetzt in deren Situation und mit meiner Perspektive, die eben keine ist... da wäre die einzige Lösung für mich, mich an sie zu wenden. Er war in dieser Ansprache überhaupt nicht zu stoppen - irgendwann habe ich dann gesagt: "Ich habe ein Problem", da war er sofort still. Ich weiter: nämlich meine Brille und daß das BKA die nicht rausrückt... er hat tatsächlich kurz über die Brille geredet, das war ihm dann aber doch zu blöd, und er ist weg.

Nachmittags bin ich nach Karlsruhe geflogen worden - Haftbefehleröffnung -, dort konnte ich kurz mit meiner Mutter und meinem Bruder sprechen, das war sehr gut. Anschließend haben sie mich nach Preungesheim geflogen, als ich reingebracht wurde, sehe ich jemanden am Fenster stehen und winken und meinen Namen rufen, es war Eva Haule.

Ich konnte ihr noch kurz Hallo zurufen und zurückwinken.

Es gibt zu den Ereignissen noch viel zu sagen - aber nicht heute."

Birgit Hogefeld

11. "Todesstrafe auf der Straße"

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/raftote.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:raftote

Wolfgang Grams ist nicht der erste politische Gegner dieses Staates, der unter Polizeikugeln starb. Die Todesschußpraxis westdeutscher Sonderpolizeieinheiten geht bis Anfang der 70er Jahre zurück.

Hamburg, 15.7.1971: Nach einer Verfolgungsjagd im Zuge der RAF-Großfahndungsaktion "Kora" hat sich Petra Schelm in einen Torbogen geflüchtet. Als sie heraustritt, wird sie durch einen Schuß aus einer Maschinenpistole unterhalb des linken Auges tödlich getroffen.

Westberlin, 4.12.1971: Ein Zivilpolizist schießt Georg von Rauch gezielt in den Kopf, als der mit erhobenen Händen an einer Hauswand steht und bereits ohne Erfolg nach Waffen durchsucht worden ist. Es entwickelt sich eine Schießerei, an der verschiedene Einheiten von Polizei und Verfassungsschutz beteiligt sind.

Augsburg, 2.3.1972: Seit längerer Zeit wird Thomas Weißbecker u.a. von der "Sicherungsgruppe Bonn" und dem bayrischen Verfassungsschutz observiert. Bei seiner Festnahme wird er aus wenigen Metern Entfernung ins Herz geschossen. Eine Reihe von bewaffneten Zivilbeamten fahren in einem Auto weg.

Stockholm, 4.5.1975: Beim Sturm auf die besetzte deutsche Botschaft wird Siegfried Hausner schwer verletzt. Gegen den dringenden Rat schwedischer Ärzte wird er nach Stammheim transportiert, wo er kurz darauf stirbt.

Köln, 9.5.1975: Bei einer Fahrzeugkontrolle wird Werner Sauber erschossen und seine Begleiter (Karl-Heinz Roth und Roland Otto) schwer verletzt.

Singen, 3.5.1977: Vier Polizisten verfolgen Günter Sonnenberg und schießen ihn von hinten gezielt in den Kopf. Er überlebt mit schwersten Verletzungen und leidet bis heute unter epileptischen Anfällen sowie Konzentrations- und Gedächtnisstörungen.

Düsseldorf, 6.9.1978: In einem China-Restaurant wird Willy Peter Stoll von zwei Zivilpolizisten erschossen. Nach unterschiedlichen Schilderungen des Ablaufs bleibt offen, ob er seine Pistole gezogen hat oder dies lediglich versuchte.

Dortmund, 24.9.1978: Michael Knoll wird von Polizeibeamten bei einem Schußwechsel tödlich verwundet.

Nürnberg, 4.5.1979: Beim Betreten ihrer seit einer Woche von Sondereinheiten observierten Wohnung wird Elisabeth van Dyck von drei Polizisten erwartet. Der tödliche Schuß trifft sie in den Rücken.

Frankfurt am Main, 9.6.1979: Ebenfalls beim Betreten der Wohnung wird Rolf Heißler von einem Sonderkommando gezielt in den Kopf geschossen. Da er sich in einer Reflexbewegung dreht, trifft ihn der Schuß nicht zwischen die Augen; er überlebt.

Eine ausführliche Dokumentation der polizeilichen Todesschußpraxis zwischen 1971 und 1978 findet sich in "Jeder kann der Nächste sein" (Antifaschistische Russel-Reihe 4), hrsg. von der Antifa-Kommission des KB Ende 1978

12. Irland/ Nordirland: Die Taube flatterte nur einen Frühling lang

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:26

Am 20. März tötete eine Bombe der IRA in der englischen Kleinstadt Warrington den dreijährigen Jonathan Ball. Wenige Tage später erlag auch der zwölfjährige Tim Parry seinen schweren Verletzungen. Die Bombe war Teil der "mainland campaign" der IRA, mit der die republikanische Guerilla den Krieg in Nordirland auf das englische Territorium ausweitet. Obwohl die "mainland campaign" bei weitem nicht so intensiv und flächendeckend ausfällt wie die IRA-Kriegsführung in Nordirland, scheint sie das britische Establishment und die englische Öffentlichkeit ungleich mehr zu beeindrucken. Über IRA-Operationen in Nordirland berichten die englischen Zeitungen gewöhnlich nur mit wenigen Zeilen; es sei denn, es ereignet sich etwas äußerst Spektakuläres. Obwohl Teil des britischen Staates, sind Nordirland und der dortige Krieg für die englische Öffentlichkeit weit entfernt. Gar weiter entfernt als das ehemalige Jugoslawien oder Kuwait, möchte man nach dem Studium englischer Nachrichtensendungen manchmal behaupten. Die "mainland campaign" sorgt indes für Schlagzeilen. Der bislang spektakulärste Coup gelang der IRA, als sie im April mit einer schweren Bombe das Londoner Finanzzentrum verwüstete und einen Sachschaden von ca. einer Milliarde DM anrichtete.

Doch zurück nach Warrington. Ort und Zeitpunkt des Anschlags waren denkbar schlecht gewählt. Zivile Opfer wurden zumindest billigend in Kauf genommen. Die IRA kündigte später an, in Großbritannien ab sofort auf Operationen an Orten zu verzichten, zu denen "die Zivilbevölkerung Zugang" habe. Allerdings gehören derartige Beteuerungen längst zum Standardrepertoire der IRA, weshalb eine gewisse Skepsis angebracht ist. Wenn sich der IRA eine Chance bietet, schlägt sie gewöhnlich auch zu - leider viel zu oft unbenommen der etwaigen Folgen für unbeteiligte Zivilisten. Und offensichtlich ist jede Intensivierung der IRA-Kampagne gleichbedeutend mit einem erhöhten Risiko für Zivilisten.

Auch Sinn Fein-Präsident Gerry Adams ging mit der IRA ungewöhnlich scharf ins Gericht. Zum erstenmal sprach er im Zusammenhang mit einer IRA-Aktion von Mord: "Alle Toten sind tragisch, aber der Tod von Kindern berührt jeden Menschen in besonderer Weise. Ich habe nicht einen Republikaner getroffen, der dies nicht so sieht. Ja, man kann sagen, daß es Mord war, was in Warrington geschah, auch wenn es nicht beabsichtigt war. Es war Mord, es war Mord verursacht durch Inkompetenz."

Der Tod des kleinen Jonathan Ball löste auf der gesamten irischen Insel eine Welle der Betroffenheit und Empörung aus. Blieb diese in Nordirland eher passiver Natur, so sah dies in der Republik Irland anders aus. Tausende trugen sich in ein Kondolenzbuch ein, das vor dem General Post Office, Hauptquartier der Osterrebellen von 1916, auslag. An die 20.000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration, zu der die Dubliner Kindergärtnerin Susan McHugh spontan aufgerufen hatte, die dabei von verschiedenen "Friedensgruppen" (s.u.) unterstützt wurde.

Die Betroffenheit der irischen Öffentlichkeit - die nordirischen Katholiken eingeschlossen - über den Tod der beiden Kinder war zweifelsohne authentisch. Die massenhafte Anteilnahme, die im übrigen größer war als in England selbst, dokumentiert, daß man sich - dem scheinbar endlosen Charakter des Konflikts und den endlosen Schreckensmeldungen zum Trotze - viel Menschlichkeit bewahrt hat. Dumpfer Nationalismus, der nur die eigenen Opfer zählt und ansonsten in einen Blutrausch verfällt, hat in Irland keine Chance. Die massenhafte Anteilnahme stand überdies in einem deutlichen Kontrast zur Nichtreaktion der englischen Öffentlichkeit bezüglich protestantischer/loyalistischer Massaker in Nordirland und dem brutalen Treiben ihrer Armee in der Konfliktprovinz. Seit Ausbruch des Konfliktes haben Armee und Polizei nicht weniger als 340 Menschen getötet, darunter auch viele Kinder und Jugendliche.

Einseitige Friedensbewegung

Der Straßenprotest blieb allerdings auf den Süden begrenzt. Im Norden betrachtete man das Treiben der südirischen Friedensbewegung hingegen mit Skepsis und Erstaunen. Nicht nur in den republikanischen Gettos, sondern auch von gemäßigten Katholiken/Nationalisten wurde die Frage gestellt, warum es keine Demonstrationen anläßlich der zahlreichen loyalistischen Massaker der letzten Jahre gegeben habe. Die Friedensbewegung demonstrierte auch nicht, als die britische Armee Anfang 1991 im Grenzdorf Cullyhannd das Sinn Fein-Mitglied Fergal Caraher regelrecht hinrichtete. Seit Ausbruch des Konfliktes wurden in

Nordirland 121 Kinder getötet, aber nicht eines dieser Opfer löste im Süden eine solche Betroffenheit und Empörung aus wie der Tod von Jonathan Ball und Tim Parry.

Nordirlands Katholiken/Nationalisten mußten so den Eindruck erhalten, daß es für die englische und südirische Öffentlichkeit zwei Klassen von Opfern gibt. Dieser Eindruck wurde ganz praktisch bestätigt, als auf der Dubliner Demonstration die Witwe von Fergal Caraher und Angehörige anderer Opfer loyalistischer Paramilitärs und der britischen Armee verhöhnt, bespuckt und verprügelt wurden. Bespuckt wurden auch Plakate mit den Konterfeis der Opfer.

Für die Einseitigkeit der südirischen Friedensbewegung gibt es verschiedene Gründe:

1. In der Republik hat sich in den letzten Jahren ein kollektiver Schuldkomplex ausgebreitet. Menschen schämen sich für die IRA, da ihre Taten das irische Image besudeln bzw. dessen negative Seiten - die angebliche Roheit und Rückständigkeit der Iren - bestätigen würden. An diesem Schuldkomplex haben einige professionelle Geschichtsrevisionisten, für die das Übel bereits mit dem Osteraufstand begann, nicht unwesentlich mitgestrickt. Die IRA-Gewalt wird zusehends weniger als Symptom des Konfliktes denn als dessen eigentliche Ursache betrachtet. Das Problem ist nicht mehr die britische Regierung, sondern die Iren selbst sind es - vor allem die katholische community im Norden - , die ein Ende des Blutvergießens blockieren. Selbst Repräsentanten des "konstitutionellen Nationalismus" wie der SDLP-Vorsitzende John Hume, ein ausgesprochen moderner und moderater Politiker, der - im Gegensatz zur IRA - die Auffassung vertritt, daß das Ziel irischer Einheit und Unabhängigkeit kein Blutvergießen legitimiere und die IRA deshalb auch schon mal als "faschistisch" denunzierte, geraten zusehends in die Schußlinie.

Statt dessen preisen die Medien die angeblichen "Modernisierer" im protestantischen/unionistischen Lager, ohne deren Politik genauer zu analysieren. Um ja nicht als sektiererisch zu erscheinen und um bei den nordirischen Protestanten und der englischen Öffentlichkeit Kredit zu gewinnen, konzentriert sich die Distanzierung der südirischen Öffentlichkeit einseitig auf die Gewalt der IRA, während die loyalistischen Paramilitärs, deren Opfer - im Gegensatz zu denen der IRA - ganz überwiegend unbeteiligte Zivilisten sind und deren Taten eindeutig rassistisch motiviert sind, weitgehend unbeachtet bleiben. Die Loyalisten können, wie nur fünf Tage nach Warrington geschehen, vier katholische Bauarbeiter umbringen - für die südirische Öffentlichkeit ist dies kein Thema.

Trotzdem sollte man diesen Schuldkomplex nicht per se verdammen. Er ist allemal sympathischer als ein selbstgerechter Chauvinismus, wie er bei weiten Teilen der englischen Öffentlichkeit vorherrschend ist, auch wenn er eine Verkennung und Verdrehung von Tatsachen bedeutet. Die südirische Bevölkerung ist für die Taten der IRA nicht verantwortlich. Die IRA ist ein nordirisches Phänomen, und ihre Existenz liegt in den Strukturen des dortigen politischen und ökonomischen Systems begründet. Nicht die Bevölkerung der Republik Irland, nicht einmal die katholische/nationalistische community im Norden, die im übrigen in ihrer Mehrheit den bewaffneten Kampf ablehnt, ohne deshalb die offiziellen "Sicherheitskräfte" zu unterstützen, sind verantwortlich für die Existenz der IRA. Die Wiedergeburt der IRA Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre war das logische Produkt der Unfähigkeit des britischen Establishments, Nordirland zu demokratisieren.

2. Die Distanzierung von der IRA hat sicherlich auch mit Furcht vor dem anti-irischen Rassismus in England und einer Ausweitung des loyalistischen Terrors auf die Republik zu tun. Dies erklärt auch den penetrant demonstrativen Charakter vieler Aktionen der südirischen Öffentlichkeit und südirischen Regierung nach Warrington, die die Iren in England vor der Boulevardpresse und dem Mob schützen sollten. Die Message lautete: "Die IRA ist eine kleine Minderheit. Nicht jeder Ire ist ein potentieller Kollaborateur der IRA. Die südirische Bevölkerung, die eure Boulevardpresse immer wieder einer ambivalenten Haltung gegenüber der IRA beschuldigt, verurteilt die militärische Kampagne der IRA."

Kollektive Kriminalisierung

der nordirischen Katholiken

3. Die Einseitigkeit der Friedensbewegung ist aber auch bewußte Strategie einiger ihrer führenden Akteure. Die bereits erwähnte Susan McHugh und ihre Organisation "Peace '93" sind als eher naiv und unpolitisch zu klassifizieren. Anders verhält es sich mit Gruppen wie "New Consensus" und "Peace Train". Beide stehen unter einem starken Einfluß von Politikern aus der Workers Party und deren Abspaltung Democratic Left. Die

Workers Party ging aus der Official IRA hervor. Zur Spaltung kam es u.a., nachdem nicht mehr zu leugnen war, daß WP-Mitglieder im Norden in paramilitärische Aktivitäten verwickelt waren, die vornehmlich der Geldbeschaffung für die sich linkssozialdemokratisch und strikt anti-terroristisch gebende Partei dienten. Auch gab und gibt es Hinweise darauf, daß die Restbestände der ehemaligen Official IRA - nicht nur bei der Geldbeschaffung, sondern auch bei der Bekämpfung der Provisional IRA - mit den loyalistischen Paramilitärs kollaborieren.

"New Consensus" und "Peace Train" geht es nicht vorrangig um "Peace", sondern um eine Abkoppelung des Südens von der nordirischen Minderheit, weshalb sie auch hin und wieder die Unterstützung erklärtermaßen unionistischer Politiker (z.B. des Vorzeigeliberalen Chris McGimpsey, in Wahrheit eine äußerst schillernde Figur) mobilisieren können. Die einseitigen Aktionen der Friedensbewegung ereigneten sich vor dem Hintergrund einer lebhaften Debatte um die Neuformulierung oder Abschaffung der Art.2,3 der südirischen Verfassung, in denen ein Selbstbestimmungsrecht für die gesamte Insel postuliert wird. Bezüglich der politischen Praxis südirischer Regierungen besitzen diese Verfassungsartikel schon lange keine Bedeutung mehr. Bedeutung erhalten sie erst durch das symbolische Signal ihrer eventuellen Streichung. Eine Reihe von "New Consensus"- und "Peace Train"-Aktivisten mischt in dieser Debatte kräftig mit.

Genau besehen richtet sich die Politik dieser Gruppen nicht nur gegen die IRA, sondern die gesamte katholische/nationalistische community, ungeachtet deren tatsächlicher Haltung gegenüber republikanischer Gewalt. Sie betreiben das Geschäft jenes Teils des südirischen Establishments, der von der nordirischen Minderheit nicht mehr länger in die Pflicht genommen werden will. Zu diesem Zwecke erfolgt die kollektive Kriminalisierung der nordirischen Katholiken/Nationalisten. Dies erklärt auch die geringen Bemühungen der "New Consensus"- und "Peace Train"-Akteure, in der katholischen/nationalistischen community - einschließlich des republikanischen Unterstützerfelds - Fuß zu fassen. Statt dessen wird versucht, eine Brücke zwischen der öffentlichen Meinung im Süden und der protestantischen/unionistischen community zu schlagen - unter Ausschluß der katholischen/nationalistischen community.

Kritik an der Politik von Armee und Polizei oder eine Kampagne gegen die loyalistischen Paramilitärs, vergleichbar der gegen die IRA, würden dabei nur stören. Der gemeinsame Nenner mit dem nordirischen Ansprechpartner ist die Erklärung der IRA zum Hauptproblem und Hauptfeind, während die Aktionen loyalistischer Paramilitärs als Vergeltung republikanischer Gewalttaten verharmlost werden, womit "New Consensus"- und "Peace Train"-Politiker mit bigotten Loyalistenführern vom Schlage eines Ian Paisley durchaus auf einer Linie liegen.

Im Norden eine Randerscheinung

Aufgrund ihrer Einseitigkeit und des bewußten/unbewußten Fehlens einer Konfliktanalyse ist die neue Friedensbewegung nicht imstande, sich im Norden zu etablieren. Aber möglicherweise ist dies auch gar nicht ihre Absicht, auch wenn sie damit als Friedensbewegung zum Scheitern verurteilt ist. Es geht ja nicht vorrangig um Frieden, sondern um die Entkoppelung von Norden und Süden. Aber auch im Süden ist die Bewegung über Dublin noch nicht hinausgekommen. Die peinlichen Zwischenfälle bei der Dubliner Kundgebung und die Einseitigkeit der Bewegung haben auch im Süden am Image gekratzt. Kommentatoren der "Irish Times", eigentlich eher ein "Modernisiererblatt", fanden wiederholt harte Worte für die Bewegung.

Eine Friedensbewegung, die nicht in den katholischen/nationalistischen Gettos von Belfast und Derry angesiedelt ist, wird die IRA nicht dazu bewegen können, ihre militärische Kampagne zu beenden. Die Initiative dazu muß aus der republikanischen community selbst kommen. Ohnehin wäre die Einstellung des bewaffneten Kampfes seitens der IRA noch nicht gleichbedeutend mit "peace"; die anderen Beteiligten - die offiziellen "Sicherheitskräfte" und die loyalistischen Paramilitärs - müßten folgen. Aber selbst dann wäre es noch ein weiter Weg, bevor man einen Zustand des Friedens erreicht hätte: Nur eine Bewegung, die auch die strukturellen Ursachen für Konflikt und Gewalt thematisiert - d.h. vor allem die politische und soziale Diskriminierung der katholischen/nationalistischen community, die fehlende Legitimation und das sektiererische Verhalten der "Sicherheitskräfte", der Mangel an Rechtsstaatlichkeit etc., - darf für sich mit Fug und Recht das Etikett "Friedensbewegung" in Anspruch nehmen.

Welch marginales Dasein die neue Friedensbewegung im Norden fristet, belegen allein schon die folgenden beiden Ereignisse: Eine Demonstration von "Peace '93" am 4. April in Belfast geriet zum totalen Flop.

Erheblich größer fiel hingegen die Beteiligung an einer Veranstaltung von "Relatives for Justice" aus, die am gleichen Tag im katholischen/republikanischen Westen der Stadt stattfand. "Relatives for Justice" ist eine Organisation von Angehörigen der Opfer staatlicher Gewalt. Es sei positiv vermerkt, daß auf dieser Veranstaltung nicht nur der katholischen Zivilisten und Republikaner, sondern aller Opfer des Konfliktes gedacht wurde.

Auch die Kommunalwahlen einige Wochen später endeten mit einem überraschenden Ergebnis. Sinn Fein, seit dem spektakulären Erfolg bei den Unterhauswahlen von 1983 in einem leichten, aber stetigen Abwärtstrend, konnte gegenüber 1989 um 1,3% auf 12,5% zulegen - das zweitbeste Ergebnis seit 1982 (erste Wahlbeteiligung) überhaupt. In Belfast wurde Sinn Fein gar stärkste Partei. Sicherlich war dies auch eine Trotzreaktion.

Dietrich Schulze-Marmeling

Dokumentation

"Diese Kinder hatten damit nichts zu tun." Ich glaube, das wollten die Leute den IRA-Mördern zurufen. Aber warum wollten sie es nicht der Britischen Armee zurufen, als diese im Norden kleine Kinder mit ihren Plastikgeschossen tötete? Weil aus unserer Sicht sogar das kleinste Kind, sofern es in Nordirland geboren wurde, etwas damit zu tun hat? Weil eine legale Armee nicht morden kann? Weil, wenn ein Soldat ein Kind erschießt, es sich stets um einen Unfall handelt? Ist es das, was wir glauben? Ich glaube es nicht. Ich glaube, daß einige Personen und Gruppen bei den Sicherheitskräften im Norden jeden, der in einer nationalistischen Gegend lebt, wie einen Untermenschen behandeln. (...) Aber es gab niemals eine Demonstration für einen nordirischen Jonathan oder einen nordirischen Tim. Bedeutet dies, daß die Iren im Norden - Mütter und Väter - zu akzeptieren haben, daß der Tod von nordirischen Kindern eine geringere Bedeutung hat als der Tod von englischen Kindern? (...)

Loyalistische Paramilitärs können absolut alles tun, dürfen jede Gewalttat begehen, können es mit der IRA an Grausamkeit und Häßlichkeit aufnehmen, aber trotzdem protestieren wir im Süden nicht. Man hat uns davon überzeugt, daß wir die IRA mehr zu hassen haben als jeden anderen. Daß wir, wenn wir uns über exakt die gleichen Bosheiten von anderen Leuten beschweren, die IRA nur entlasten."

Nuala O'Faolain in der "Irish Times" anläßlich der Dubliner Demonstration (Übersetzung: dsm)

13. Bitte um Hilfe in einer dringenden Angelegenheit

Rubrik: Frauenbewegung; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:32

Das Falls Women's Centre ist ein Frauen-Selbsthilfeprojekt in West-Belfast. "Gewalt und Brutalität prägen den Alltag und auch die Menschen. Sozialgesetzgebung und Behörden, Gerichte, alle Institutionen benachteiligen die katholische Bevölkerung. Kaum eine Familie, in der nicht ein Mitglied umgebracht, ernsthaft verletzt, eingeknastet, auf der Flucht war. Das Leben an und unter der Armutsgrenze - all das führt neben dem solidarischen Zusammenhalt und den Freuden, die das Leben auf jeden Fall bietet, auch zu einer Abstumpfung und Verrohung, die die Hemmschwelle gegenüber körperlicher und sexueller Gewalt an Frauen herabsetzen." (Schulze-Marmeling, D., Sotschek R., Der lange Krieg, Göttingen 1989, S. 284). Das Falls Women's Centre arbeitet in politischen Kampagnen mit, z.B. bei Demos gegen Vergewaltigungen oder bei den Kampagnen gegen strip searching. Darüber hinaus organisiert es Erwachsenenbildung und Gesundheitskurse, betreibt ein Kinderbetreuungsprojekt und engagiert sich auf kommunaler Ebene im sozialpolitischen Bereich. Vor allem ist das Falls Women's Centre aber auch ein Ort, an dem sich Frauen in und mit ihrer politischen wie sozialen Diskriminierung im Norden Irlands auseinandersetzen können.

Im Rahmen der Irish Nicaraguan Support Group (INSG), die seit Jahren Solidaritätsarbeit macht und in diesem Zusammenhang auch Studien- und Arbeitsbrigaden nach Nicaragua entsendet, ist jetzt ein gesamtirisches Frauenprojekt geplant. Frauen aus dem Norden und dem Süden Irlands, sowie Frauen aus Nicaragua soll die Möglichkeit eröffnet werden, gemeinsam im jeweiligen Land zusammenkommen zu können. Die Frauen im Falls Women's Centre finden, "daß es speziell für Frauen aus West-Belfast wichtig ist an dem Treffen teilzunehmen. ... Wir denken, daß diese Reise eine einzigartige Möglichkeit ist die Barriere zu durchbrechen, die uns auferlegt wurde, und aus erster Hand mit Frauen zu reden, die aus einer ähnlichen Gesellschaft kommen wie wir, die viele politische und wirtschaftliche Traumas überstanden hat." (Brief des Falls Women's Centre, Falls Road 149, Belfast 12)

Das Zusammentreffen irischer und nicaraguanischer Frauen ist in zwei Etappen geplant. Im Juli 1993 fährt eine gesamtirische Delegation nach Nicaragua, im folgenden Jahr findet der Gegenbesuch der Nicaraguanerinnen in Irland statt. Jede Frau muß selbst für ihre Kosten aufkommen und versucht daneben noch 600 Pfund als Spenden zu sammeln. Die Reisekosten belaufen sich auf 1.000 Pfund pro Person. Ohne finanzielle Hilfe von außen ist es dem Falls Women's Centre nicht möglich einer Vertreterin aus West-Belfast die Teilnahme zu ermöglichen.

Deshalb wenden wir uns an Euch. Wir haben ein Konto eingerichtet, auf das Eure finanzielle Unterstützung eingezahlt werden kann. Zwar ist der Reisetermin schon diesen Monat, aber auch Geld, das später eingeht kommt diesem Projekt zugute, denn sonst ist der Schuldenberg des Falls Women's Centre so hoch, daß andere Aktivitäten darunter leiden müßten.

Überweisungen bitte an: R. Heck, Konto-Nr. 227153, BLZ 795 645 36 Raiba Mömbris e.G., Stichwort "Falls Women's Centre". Weitere Informationen können über: BgR, c/o IBDK-Verlag, 63703 Postfach Aschaffenburg, angefordert werden.

Mit solidarischen Grüßen

ak-LeserInnen aus Aschaffenburg

14. Existenzkrise der Blockparteien. Lega Nord PDS erobern die Rathäuser

Lega Nord und PDS erobern die Rathäuser

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:25

Daß eine Nachricht "einschlägt wie eine Bombe", ist eine ziemlich geschmacklose Redensart. Zumal wenn es um Italien geht, sollte sie vermieden werden: Erst im Mai gab es bei Sprengstoffanschlägen in Rom und Florenz fünf Tote und mehr als 50 Verletzte. Die Mutmaßungen über Täter (genannt wurden u.a. die Mafia, Geheimdienste und Rechtsterroristen) und Motive (eine neue "Strategie der Spannung", Warnung vor zu tiefgreifenden politischen Reformen etc.) sind schnell aus den Zeitungen verschwunden. Sie haben der Kommentierung einer "Schlacht" (Nando Dalla Chiesa) mit "historischem" Ausgang (Eugenio Scalfari) - und bislang ohne Tote - Platz gemacht: der Umwälzung des Parteiensystems bei den Kommunalwahlen in Mailand, Turin und anderswo.

Wer kann sich vorstellen, daß die Hamburger SPD bei den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen auf unter 4% absackt? In Mailand ist gerade Vergleichbares geschehen. Die Sozialistische Partei (PSI) erlitt bei den Kommunalwahlen vom 6. Juni in ihrer einstigen Hochburg einen totalen Zusammenbruch und fiel von 19,4% im Jahre 1990 auf ganze 1,6%. Eine Splittergruppe, die neun andere Listen an sich vorbeiziehen lassen mußte. Ursache dieses Debakels ist die seit Jahren bekannte, seit Anfang letzten Jahres bewiesene Verantwortung der Sozialisten für ein breit angelegtes System von Schmiergeldern zum Zwecke der Parteienfinanzierung. Der Korruptionssumpf, der zunächst in Mailand sichtbar wurde, ließ immer größere Teile der politischen Landschaft zu unwegsamem Gelände werden. Tangentopoli ("Stadt der Schmiergelder") - der Schimpfname der lombardischen Hauptstadt wurde zur Chiffre für ein kaum noch für modernisierungsfähig gehaltenes politisches System, das auf Bestechung, Vetternwirtschaft und Parteienproporz bei der Verteilung der Pfründe beruht.

Obwohl dieses System von den seit Kriegsende ununterbrochen regierenden Democrazia cristiana (DC) "erfunden" wurde, ist der Hauptleidtragende seiner allgemeinen Ächtung derzeit der PSI. Die DC und die mit ihr liierten "Blockparteien" kamen vergleichsweise glimpflich davon. In Mailand fielen die Christdemokraten von 20,7% auf 9,4% und die Sozialdemokraten von 1,7% auf 0,4%. Republikaner und Liberale hatten es vorgezogen, eine Bündnisliste mit dem christdemokratischen "Erneuerer" Mario Segni zu unterstützen, die 6,9% erreichte. Siegerin der Mailänder Kommunalwahl wurde mit 40,9% im ersten Wahlgang die regionalistische Lega Nord. Als Zweite ging hier mit 11,4% - eine echte Überraschung - Rifondazione comunista (RC) durchs Ziel, gefolgt vom Partito democratico della sinistra (PDS), der sich mit 8,8% begnügen mußte. Beide Gruppierungen zusammen hatten 1990, als es noch den PCI gab, 19,6% erreicht. Auch in Turin lag RC mit 14,6% deutlich vor dem PDS (9,5%). Der "Kommunismus" lebt also, zumindest seine italienische Variante; ihrer nicht enden wollenden Verunglimpfung als "orthodox" zum Trotz bemüht sich Rifondazione comunista, Enrico Berlinguers eurokommunistischen "Dritten Weg" fortzusetzen.

So spektakulär die Wahlen in Mailand ausgingen, die wirklichen Dimensionen der aktuellen Wählerwanderungen (und die sich darin ausdrückenden politischen Umorientierungen) werden erst bei einer Analyse des Gesamtergebnisses deutlich. Annähernd 11 Millionen ItalienerInnen waren zur Stimmabgabe aufgefordert; das sind knapp ein Viertel aller Wahlberechtigten. Gewählt wurde außer in Mailand (1,6 Millionen EinwohnerInnen) auch in Turin (1,1 Mio.), Catania (400.000), in sechs Provinzen und in einer Reihe mittelgroßer Städte, von denen hierzulande Ancona, Novara, Pavia und Siena die bekanntesten sein dürften. In Friuli-Venezia-Giulia fanden Regionalwahlen statt.

Eine exakte Hochrechnung auf die nationale Ebene ist wegen der Vielzahl lokaler Listenverbindungen und Einzelbewerber nicht möglich. Fest steht aber, daß die in Rom regierende Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen, die noch im April 1992 49% der Stimmen einfuhr, derzeit auf kaum mehr als 25% kommen würde. Diese Rechnung berücksichtigt allerdings nicht die Tatsache, daß bei den Kommunalwahlen viele Menschen Listen wählten, die bei nationalen Wahlen gar nicht antreten werden. Hier ist für die gebeutelten "Altparteien" also noch einiges zu holen.

Ganz irreführend wäre es, allein die Endergebnisse der Bürgermeisterwahlen zum Ausgangspunkt von gesamtitalienischen Prognosen zu machen. In Kommunen mit mehr als 15.000 EinwohnerInnen ist für die Wahl des sindaco (Bürgermeister) die absolute Mehrheit notwendig. Deshalb gab es am 20. Juni fast überall einen zweiten Wahlgang mit Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten. Von 145 Kommunen gingen 73 an den PDS und seine Verbündeten (25 an den PDS, 26 an linke und 22 an andere Bündnislisten); 22 Sitze errangen lokale Bürgerlisten, 16 die Lega Nord, nur neun die DC (ebenso viele wie der neofaschistische MSI), sieben die Antimafia-Partei La Rete, jeweils zwei die Sozialisten und die Republikaner.

Die offensichtliche Diskrepanz, die sich in dem Abschneiden der Christdemokraten ausdrückt - 18% der Stimmen, aber nur neun Bürgermeisterposten - deutet darauf hin, daß ihre Schwäche vorübergehender Natur ist. Es mangelt ihr derzeit an "vorzeigbaren" Kandidaten, die sich auch im direkten Vergleich mit vermeintlich unbelasteten Saubermännern durchsetzen könnten. Nach wie vor gibt es aber eine starke Bindung an die Partei, besonders im Süden des Landes, wo nur wenige Kommunalparlamente neu gewählt wurden. Die Schlagzeile der Tageszeitung La Repubblica "Es war einmal die DC" scheint jedenfalls verfrüht. Auf einem Kongreß im Herbst soll die Partei neu gegründet werden, möglicherweise unter dem Namen Centro popolare ("Volkszentrum").

Wenn jetzt in ganz Italien gewählt würde, könnte die Lega Nord ihren Vorjahresstimmenanteil von 8,7% verdoppeln. Viel mehr scheint auch mittelfristig nicht drin. Schon bei diesen Wahlen gewann die Lega vor allem in ihrem Stammland, der Lombardei. In den übrigen Nordregionen fielen ihre Erfolge sehr viel bescheidener aus. Ab der Emilia-Romagna (Hauptstadt Bologna) ist für die nordischen Regionalisten nichts mehr zu holen. Daran wird auch ihre wahltaktisch begründete Umorientierung - weg vom Sezessionismus, hin zum Föderalismus - nichts ändern. Umberto Bossis vergleichsweise moderaten Töne haben die Menschen in Mittel- und Süditalien nicht täuschen können. Im Unterschied zu seiner früheren rabiaten Agitation hatte Bossi davon gesprochen, "dem Süden noch eine Chance zu geben", bis der "auf eigenen Beinen stehen" könne.

Bossis wirtschaftspolitische Konzepte könnten langfristig auch manche seiner treuen Anhänger in den Nordregionen gegen die Lega aufbringen. "Unsere Analyse geht davon aus, daß Italien ein Land des realen Sozialismus ist oder war", erklärt Bossi. Bei der Abwicklung dieses Wirtschaftssystems sollen die bekannten Rezepte helfen: Privatisierung, Reduzierung der Staatsverschuldung, "wirkliche Industriepolitik", Abbau des Sozialstaats. Damit das italienische Kapital gegen seine europäischen Konkurrenten bestehen kann, müßten im Dienstleistungsbereich mehr als eine Million Beschäftigte eingespart werden, weiß der lombardische Leader und fügt hinzu: "theoretisch".

Die Politik der Lega in den von ihr kontrollierten Kommunen wird sich von der aller bürgerlichen Austeritätspolitiker nicht spürbar unterscheiden. Beunruhigender als der Anblick ihrer Bürgermeister ist der Umstand, daß dem regionalistischen Wohlstandschauvinismus von den großen Parteien nicht prinzipiell widersprochen werden kann. Das Bemühen konservativer Intellektueller, den Separatisten die "italienische Kultur" in Gestalt der Ruinen von Paestum und Agrigento entgegenzuhalten, ist noch einer der ehrlicheren Abgrenzungsversuche, allerdings auch von rührender Hilflosigkeit. Die Meinungsführerschaft der Lega drückt sich auch darin aus, daß selbst der PDS sich in seinem Regierungsprogramm (1) nicht nur als "europäische" und "internationalistische", sondern auch als "regionalistische" Partei definiert. Dem Bekenntnis folgen keinerlei Ausführungen über die besondere Qualität des linksdemokratischen Regionalismus - die unkritische Verwendung eines boomenden politischen Slogans nutzt letztlich nur denen, die das Urheberrecht darauf reklamieren.

Hoffnungsschimmer

oder Finsternis?

Eine Überraschung war das erfolgreiche Abschneiden der Linken. Achille Occhetto, Sekretär des PDS, wird quer durch alle Zeitungen dem Publikum, das Helden zu sehen wünscht, als zweiter Sieger neben Bossi präsentiert. In den traditionell "roten Regionen" Emilia-Romagna, Toskana und Umbrien konnte seine Partei teilweise erheblich zulegen. Das beste Ergebnis erzielte sie mit 38,7% in Ravenna. In einigen Städten wie Terni (32,9%) und Siena (35,9%) erreichte der PDS das Ergebnis des PCI, in Ancona (35,2%) konnte er es gar um 5,5 Prozentpunkte übertreffen. Hinzu kommen in den linken Hochburgen durchweg jeweils zwischen fünf und acht Prozent für Rifondazione comunista.

Einiges deutet allerdings darauf hin, daß der PDS seine künftigen Bündnispartner ausschließlich rechts von sich sieht. Occhetto fand für die gar nicht so neue Strategie seiner Partei salbungsvolle Worte: "Die Zweite Republik wird die Umkehrung der Konzeption von De Gasperi (christdemokratischer Ministerpräsident von 1945 bis 1953; Anm. Js.) sein, welche die Erste dominiert hat: nicht mehr die Herrschaft eines Zentrums, das nach links blickt, sondern die Herrschaft einer Linken, die nach der Mitte blickt."

In Turin ist diese Orientierung auf besonders abstoßende Weise in Realpolitik umgesetzt worden. Dort lag nach dem ersten Wahlgang der langjährige kommunistische Bürgermeister Diego Novelli mit 36,1% klar vorn. Unterstützt wurde er von RC, La Rete und der "Grünen Allianz für Turin". Der Kandidat des PDS, der weiter rechts angesiedelten Grünen mit der "lachenden Sonne" und der reformkatholischen "Allianz für Turin", der mit 20,3% den Bewerber der Lega (19,5%) nur knapp hinter sich gelassen hatte, setzte sich in der Stichwahl überraschend gegen Novelli durch. "Für den zweiten Wahlgang holte sich der PDS die Unterstützung von FIAT-Boß Agnelli, der Bauunternehmer der Stadt und der katholischen Kirche und schaffte es damit, den Kandidaten der Linken abzufangen. Das Turiner Modell wird nun dem PDS landauf landab als das Rezept empfohlen, mit dem die Lega geschlagen werden kann", schreibt der Berichterstatter des Berner Vorwärts, der "einen neuen Alptraum der italienischen Linken" befürchtet. Der Preis für den wenig schmeichelhaften Sieg des PDS in Turin: "... von Agnelli über die Liberalen bis zur katholischen Kirche präsentieren sie alle bereits dem neuen Bürgermeister ihre Rechnung für die Unterstützung bei den Wahlen. Der sensationelle Erfolg des PDS bei diesem Wahlgang - ist er vielleicht nicht nur ein Übergangsphänomen zur Bildung eines neuen gemäßigten Pols, für den der PDS heute noch benutzt wird, da er im allgemeinen Chaos des Untergangs des alten Systems die einzige intakte organisatorische Kraft geblieben ist?" (Vorwärts, 25.6.93)

Eine linke Opposition innerhalb des PDS ist seit dem Parteiaustritt von Pietro Ingrao und weiterer Kritiker von Occhettos Kurs kaum noch sichtbar. Der 78jährige Leader der "demokratischen Kommunisten" erklärte seinen Austritt schon im Mai, nachdem der PDS durch Stimmenenthaltung die Regierung Ciampi vor dem frühen Ende bewahrt hatte. Ingraos bittere Worte über diese Politik zum Wohle des Staates: "Ich sehe weder ein Projekt für das Land, noch den neuen Block, noch den neuen Kompromiß. Ich sehe nur Finsternis und trete aus meiner Partei aus."

Neuwahlen scheinen wegen der vorher zu beschließenden Wahlrechtsreform nicht mehr im Herbst, sondern frühestens im Februar möglich zu sein. Aus der daraus hervorgehenden neuen Regierung wird der PDS kaum herauszuhalten sein. Fordern kann die Partei dafür nichts: Erstens verlangt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auch und gerade in Italien ihre Opfer; zweitens kann der PDS sich nicht dem Vorwurf aussetzen, an der "Unregierbarkeit" des Landes schuld zu sein. Eine gewisse Härte bewies die Partei zuletzt vor allem in der Frage der Wahlrechtsreform, die durch das Referendum von April dieses Jahres auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die bloße Einführung des Mehrheitswahlrechts reicht dem PDS nicht aus. Es soll unbedingt in zwei Wahlgängen gewählt werden - eine besonders krasse Benachteiligung kleiner Parteien zum Wohle der großen. Aller Vorraussicht nach wird sich das aber nicht durchsetzen lassen. In der Abgeordnetenkammer einigten sich u.a. die DC, die Lega Nord und die Mehrheit der Sozialisten auf nur einen Wahlgang.

Js.

Anmerkung:

1) Partito democratico della sinistra: L'Italia verso il 2000. Analisi e proposte per un programma di legislatura, Rom (Editori Riuniti) 1992

15. Neutralität - ein Konzept für Osteuropa?

Von Hannes Hofbauer

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Militarismus; Österreich; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:05

Überschriften mit Fragezeichen pflegen die Antwort vorwegzunehmen. So auch hier. Bloß, die Antwort kann unterschiedlich ausfallen: Nein, wenn Neutralität als Status zwischen militärischen Blöcken oder als "Dritter Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus verstanden wird. Ja hingegen, wenn wir Neutralität als bewußte Nichtteilnahme am Projekt des europäischen Imperialismus definieren, wie er sich gerade in Form der Europäischen Union entpuppt.

Vorerst interessiert uns, warum eine dem Vorbild Österreichs, Finnlands oder der Schweiz nacheifernde Neutralität keine mögliche Option für die neuen Regierungen und/oder Staaten Osteuropas darstellt, warum der von vielen seit zwei Jahrzehnten herbeigesehnte Dritte Weg zwischen Kapitalismus und "Sozialismus" nicht gangbar ist, niemals gangbar war.

Das Ziel hieß Österreich. Wohin man in den Jahren 1989 und 1990 zwischen Danzig und Budapest auch kam, überall wünschten sich die Aktivist/inn/en der Wende eine Austrifizierung ihres Landes. In Tallinn, Riga und Vilnius sagte man "Finnlandisierung" dazu, gemeint war im Prinzip dasselbe: Marktwirtschaft mit jeder Menge wohlklingender Attribute - sozial, ökologisch, modern. Und: keine militärische Blockbildung. Niemand dachte daran, daß die Losung "Raus aus dem Warschauer Pakt" implizit das Aufnahmeansuchen an die NATO oder die damals seit Jahrzehnten in Vergessenheit geratene Westeuropäische Union (WEU) beinhaltete. Aktivist/inn/en der polnischen Solidarnosc, des tschechischen Bürgerforums, der slowakischen "Bewegung gegen Gewalt" oder des ungarischen "Demokratischen Forums" wähnten die Zukunft ihrer Länder ökonomisch im Westen und politisch sowie militärisch neutral, wie Österreich eben oder Finnland.

Die Formel von der Austrifizierung bzw. Finnlandisierung Osteuropas geht auf Vorstellungen zurück, die Anfang der 80er Jahre von den Friedensbewegungen entwickelt worden sind. (Nicht wenige träumten damals auch von der Jugoslawisierung Ost-Mittel-Europas, was sich ja zwischenzeitlich alptraummäßig zu bewahrheiten scheint.) Auf der Bühne der Staatsmänner gaben Brandt und Palme die entsprechenden Stichworte. Von einem "breiten Korridor" zwischen NATO und Warschauer Pakt war da die Rede, der "von der Ostsee bis zur Adria" reichen sollte. Begonnen werden sollte dieses Projekt eines neutralisierten Mitteleuropa mit einem "atomwaffenfreien Gürtel" 120 Kilometer dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges. Für die bundesdeutsche Friedensbewegung machten solche Vorschläge Sinn, bildeten sie doch zentrale Argumentationshilfen gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluß, die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden. In Österreich, wo unmittelbar keine Aufrüstung bevorstand, bewirkte die Forderung nach Austrifizierung Mitteleuropas zweierlei: zum einen den verklärten Blick auf die Rolle, die das eigene Land im internationalen System spielte, und zum anderen einen Export dieser Verklärung in Richtung osteuropäische Menschenrechts- und Friedensgruppen. "Neutralität à la Österreich" schien diesen wie ein Fels in der Brandung geeignet, sie gleichermaßen gegen die Stürme von West und Ost zu wappnen. Eigenständigkeit und Blockfreiheit hieß die Devise.

Schon die Analyse, die diesem Wunschbild zugrunde liegt, war falsch. Die Propagandisten des Dritten Weges sahen im West-Ost-Konflikt den die Welt bestimmenden Widerspruch. Ihnen zufolge standen einander mit den USA und der Sowjetunion zwei etwa gleich starke "Supermächte" gegenüber, beide hochgerüstet und von einem Vorhof verbündeter bzw. geknechteter Staaten umgeben. Trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme wiesen NATO und Warschauer Pakt, so die Vertreter der Dritte-Weg-These, ähnliche Strukturen auf; beide waren imperialistisch und an Aufrüstung interessiert. Das Schlüsselwort zur Schaffung einer neutralen Zone zwischen West und Ost hieß Äquidistanz. Nur durch sie, so die Analyse weiter, hätte ein von den Supermächten befreiter Staatengürtel geschaffen werden können, der die Logik vom "Gleichgewicht des Schreckens" zu brechen in der Lage gewesen wäre (in Richtung schrecklichen Ungleichgewichtes, wie sich später herausstellte).

Schon damals, Anfang der 80er Jahre, war allerdings klar, daß die Gleichsetzung von USA und Sowjetunion als "Supermächte" dem wahren Kräfteverhältnis nicht gerecht wurde. Zwar herrschte auf militärischer Ebene -

konkreter: auf der Ebene strategischer Atomwaffen - ein relatives Gleichgewicht, ökonomisch jedoch war die Sowjetunion den USA in einem Ausmaß unterlegen, daß eine Einengung der Sichtweise auf das Militärische unzulässig wäre. Die Supermachtstheorie krankte an der Vernachlässigung der ökonomischen Dimension.

Viel entscheidender als der West-Ost-Widerspruch war und ist jener zwischen Nord und Süd, oder besser: zwischen Zentralräumen und Randgebieten. Regionen, Staaten oder Staatengruppen, die sich ökonomisch zwischen einer Zentrums- und einer Peripherieposition befinden, sind zwar zahlreich, ihnen besondere Affinität zu einem neutralen Status oder einem Dritten Weg anzudichten, wäre indes verfehlt. Vielmehr befinden sich diese Semiperipherien auf dem Entwicklungsweg Richtung Zentrum oder Peripherie, sind also auf der Stufenleiter eines hierarchisierten, kapitalistischen Weltsystems auf- bzw. absteigend, das heißt, sie verbessern bzw. verschlechtern ihre Position im System internationaler Arbeitsteilung. Sozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa war also keine Systemalternative zum Kapitalismus, sondern kann als Synonym für einen Modernisierungsversuch im Weltsystem gesehen werden, bedroht von inneren Unzulänglichkeiten und äußerem Druck. Die militärische Absicherung dieses diktatorischen Entwicklungsversuches war möglicherweise genau jener Pfeiler, an dem der Aufstieg Osteuropas und der Sowjetunion vom wirtschaftlichen Randgebiet zu einem neuen Zentrum scheiterte. Im "Totrüsten" der Sowjetunion und ihrer Zwangsverbündeten lag die eigentliche Funktion des NATO-Doppelbeschlusses, dem Anfang der 80er Jahre noch das "Star Wars"Programm beigefügt wurde. Die Zentrumsmacht USA hat damit wesentlich zum Scheitern des Modernisierungsversuches im Osten beigetragen. Daß sie sich mit ihrer eigenen Hochrüstung auch selbst wirtschaftlich übernommen hat, spiegelt sich in der aktuellen weltweiten Krise wider. Der stark geschwächte Dollar als Welt-Leitwährung zeugt davon.

Von Neutralität im Sinne eines Dritten Weges kann in diesem Zusammenhang allerdings nicht die Rede sein. Daß sie in Ländern wie Finnland und Österreich dennoch gerade während der Zeit des ökonomisch-militärischen Totrüstens der Sowjetunion Furore machte, erklärt sich aus ihrer Funktion, die sie sowohl im West-Ost-Konflikt als auch in der jeweiligen Außenpolitik der neutralen Länder innehatte.

Zur Funktion

der Neutralität Österreichs

Mit der Freiwilligkeit der Neutralitätserklärung durch die Mehrheit der österreichischen Parlamentarier im Jahre 1955 war es nicht weit her. Der neutrale Status wurde weder erkämpft noch gewollt, er ergab sich aus dem militärischen Patt zwischen den Alliierten nach der Befreiung des Landes vom Hitlerismus. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) war selbst in der Frage der österreichischen Staatlichkeit gespalten, Antikommunisten vom Schlage Karl Grubers wollten unmittelbar nach Kriegsende Adenauers Deutschlandpolitik auf Österreich übertragen, Salzburg zur Hauptstadt (West-)Österreichs machen und die sowjetisch besetzte Zone den Russen überlassen. (1)

Westösterreich sollte diesem Plan zufolge fester Bestandteil eines antisowjetischen Bündnisses sein. Wie sehr auch die österreichische Sozialdemokratie mit solchen Ideen sympathisierte, zeigt eine Passage aus Adolf Schärfs Brief an den französischen Sozialistenführer Léon Blum im Jahre 1949. Darin macht der Vorsitzende der österreichischen Sozialdemokraten, Adolf Schärf, deutlich, daß er sich ein Land wie Österreich auf Dauer nur innerhalb eines militärischen Blocks vorstellen könne, am besten innerhalb der eben gegründeten NATO: "Wir wissen, daß wir die Einordnung in ein größeres politisches und vermutlich auch militärisches System brauchen; aber ich glaube, es wäre unmöglich, in einem Zustand der Vier-Mächte-Besatzung etwa öffentlich zu erklären, wir wollen dem Atlantikpakt beitreten, wenn wir frei sind." (2) Die Erklärung der Neutralität sechs Jahre später, am 26. Oktober 1955 - gegen die Stimmen des FPÖ-Vorgängers VdU (Verband der Unabhängigen) -, war wohl eher der Einsicht in die Funktionalisierbarkeit der Neutralität geschuldet als einem geänderten Bewußtsein. Spätestens seit Bundespräsident Thomas Klestil in seiner Ansprache am Nationalfeiertag 1992, immerhin Tag der Neutralitätserklärung, kein einziges Mal das Wort "Neutralität" in den Mund nahm und statt dessen vom unumgänglich notwendigen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft sprach, ist in den Augen der politischen Elite jene "Freiheit" erlangt, von der Schärf sprach, die "Freiheit", sich dem westeuropäischen Block unterzuordnen.

Zwischen 1955 und dem Ende der östlichen Garantiemacht des österreichischen Staatsvertrages, ohne den es de facto keine Neutralitätserklärung gegeben hätte, diente Österreichs Neutralität den Signatarmächten als

Instrument. Die Sowjetunion betrachtete den neutralen Status der kleinen Republik als Garant für wirtschaftliche Kontakte in den Westen, die ihr mittels COCOM-Barrieren fast unmöglich gemacht wurden. Außerdem war mit Österreich im Kleinen gelungen, was sich die UdSSR bis zur Stalin-Note 1952 und sogar bis 1956 für Deutschland wünschte: Neutralisierung des ehemaligen Kriegsgegners und Verhinderung eines bedrohlichen atlantischen Blocks unter US-Führung - wirtschaftlich reparationsfähig und kooperativ, militärisch neutral.

Die USA mit ihren Verbündeten Frankreich und Großbritannien sahen in der Neutralität Österreichs umgekehrt die Sicherheit, daß es zu keinem neuen Deutschen Reich kommen würde. Sie verfügten im übrigen mit dem neutralen Kleinstaat über einen ökonomisch abhängig gemachten westlichen Vorposten, dessen Beziehungen zu Osteuropa zwar durch die mit dem Marshall-Plan verknüpfte Westorientierung der österreichischen Wirtschaft weitgehend zerschlagen wurden, auf die dennoch im Fall der Fälle zurückgegriffen werden konnte. Später, in den 60er und 70er Jahren, wurde die Neutralität Österreichs zur Voraussetzung einer Mittlerrolle zwischen West und Süd, insbesondere zwischen den arabischen Erdölstaaten und den Zentrumsländern im Norden. Verhandelt werden mußte ja mit den arabischen Führern, vor allem den USA fiel das aber wegen einer starken pro-israelischen Lobby im Lande schwer. Also fanden die OPEC, Arafat und Ghaddafi in Österreich Aufnahme. Die Kreiskysche Außenpolitik, zu deren Erfindung auch Kurt Waldheim als UN-Generalsekretär zählte, holte als Symbol dieser weltweiten Mittlerrolle Österreichs einen Teil der UN-Administration nach Wien. Die Wiener UNO-City ist sichtbarer Ausdruck einer US-Politik, die - zumindest in den vergangenen drei Jahrzehnten bis zum Krieg gegen den Irak - zwar ohne USA nicht funktionierte, aber dennoch Verbündete brauchte, die kein Blut an ihren Händen kleben hatten. Österreichs Neutralität war dafür brauchbar.

Im Inneren verstand es Bruno Kreisky, diesen internationalen Status zu nützen. Die Perfektionierung des sozialpartnerschaftlichen Systems ließ in Zeiten der Hochkonjunktur beinahe jeden Klassenantagonismus vergessen. Und die Mittlerrolle Österreichs in Richtung arabischer Raum schlug auch wirtschaftlich positiv zu Buche. Das österreichische Handelsvolumen mit der Dritten Welt hat sich stark erweitert, wobei die Geschäfte auf demselben strukturellen Terms-of-Trade-Verfall beruhen, wie er zwischen Zentrum und Peripherie generell besteht. Sie waren letztlich auch nur im Schutze militärischer Drohgebärden und Interventionen seitens der USA, Großbritanniens, Frankreichs oder Belgiens möglich, ließen Österreich in den Augen vieler Dritte-Welt-Regierungen dennoch als bevorzugten Gesprächs- und Geschäftspartner erscheinen, frei vom Stigma historischer oder aktueller kolonialer oder imperialistischer Untaten.

Die so instrumentalisierte Neutralität hat heute ausgedient. Mit dem Ende der Sowjetunion verändert auch die einzige politische Weltorganisation ihr Gesicht. Die UNO kehrt zu ihrer Bestimmung als Werkzeug US-amerikanischer Außenpolitik zurück, so wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg konzipiert worden war. Die Struktur der UNO-Ableger IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank scheint heute, informell zumindest auch jene des Sicherheitsrates und seiner Entscheidungen zu prägen. Die beiden internationalen Finanzorganisationen werden mittels Quoten-Demokratie regiert, die USA und Großbritannien besaßen bereits 1944/45, bei der Gründung, die Mehrheit. In der UNO ist das Prinzip "one country - one vote" nur noch formal in Kraft, seit Mitte der 80er Jahre jedoch erhöht sich der ökonomische Druck der sieben mächtigsten Industriestaaten auf den Rest der Welt - nicht zuletzt wegen der zunehmenden Verschuldung der Länder in den südlichen Kontinenten. Damit wird die UNO für die Außenpolitik dieser Staatengruppe nutzbar. Die Nord-Süd-Konfrontation, in die sich der zerfallende RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) auf Seite des Südens eingereiht hat, wird direkter, Vermittler sind nicht mehr nötig. Das Ende der Neutralität hat auch das Ende der mit ihr identifizierten Politiker gebracht. Die SPÖ trennte sich von allen Kreiskyschen Politikern - Lanc, Blecha, Gratz -, und Kurt Waldheim wurde per Dekret aus Washington zentrumsweit zur persona non grata erklärt, und dies sicherlich nicht aus antifaschistischen Motiven.

So wie für die reichsten Industriestaaten hat die Neutralität auch für Österreich ihre Funktion verloren. Mit am klarsten und schnellsten hat das Erich Reiter, Sektionschef im Verteidigungsministerium und "think tank" der österreichischen Sicherheitspolitik, begriffen. In der Industriellenpostille "Die Industrie" schreibt er am 3. Oktober 1990: "Daß die Vorstellung von den Vorteilen und dem besonderen Wert unserer Neutralität tatsächlich nur Chimäre waren, ist Kennern schon lange klar gewesen. Seit dem Ende des Kalten Krieges und seit den Intentionen Österreichs zur Teilnahme am Wohlstandsprozeß der EG wurde vielen Österreichern

stärker bewußt, daß die Neutralität weniger Sinn hat als angenommen und daß sie insbesondere unseren Interessen mehr hinderlich als förderlich ist." (3)

Kurze Zeit später stimmte die österreichische Bundesregierung Reiters Grundaussagen zu. Und das sogleich mit Taten. Im Januar 1991 wurde für alle sichtbar die österreichische Neutralität verworfen. Die Erteilung von Überflugrechten an die US-Air-Force für ihren Einsatz im Golfkrieg stellte nicht nur einen Bruch der Neutralität dar, sondern machte auch klar, daß ab sofort kein dementsprechender Anschein mehr gewahrt werden mußte. Der Irak, ein Land, das noch kurz zuvor als De-facto-Verbündeter des Westens gegen die "islamische Gefahr" hochgerüstet worden war - unter anderem auch mit österreichischem Kriegsgerät -, kam nun in die Schußlinie hegemonialer Ansprüche der USA. Die Verwüstung von Städten, die Ermordung Hunderttausender und ein mittels UN-Embargo bewußt als politisches Druckmittel gegen Saddam Hussein herbeigeführtes Elend von Millionen - an all dem beteiligte sich das neutrale Österreich nicht deshalb, weil es irgendeine Position zum politischen System in Kuwait oder der territorialen Integrität dieses Öl-Zwergstaates gehabt hätte, sondern weil es sich zur "Solidargemeinschaft der zivilisierten Welt" zählt, zur Privilegiengemeinschaft des Nordens.

Seit damals hat die UNO unter dem Druck der USA, Großbritanniens und Frankreichs zwei weitere Feinde der imperialistischen Solidargemeinschaft ausgemacht - Libyen und Rest-Jugoslawien. Und wieder war der formal neutrale Status des Landes kein Hindernis, die ökonomische und politische Aggression Westeuropas und der USA mitzumachen. Wieder wurde die Neutralität gebrochen, im Falle Jugoslawiens bereits lange bevor die US/UN sich einschaltete - spätestens zu jenem Zeitpunkt, als Landeshauptleute wie Helmut Zilk, der am "Tag der deutschen Einheit" das Wiener Rathaus schwarz-rot-gold beflaggen ließ, in Zagreb und Vukovar die kroatischen Schachbrettfahnen schwangen. In solchen - historischen - Momenten vermengen sich politischer Irrsinn und persönliche Schamlosigkeit zu einer postmodernen Farce, bar jeder Vernunft.

Auf dem Boden der Kalkulierbarkeit stehen indes Österreichs Annäherungsversuche an die NATO. Zwar dürften informelle Kontakte auf Geheimdienstebene dafür gesorgt haben, daß Österreich auch während der vergangenen Jahrzehnte kein weißer Fleck auf der Landkarte der Brüsseler NATO-Strategen blieb, offizielle Kontakte jedoch gab es keine. Das hat sich geändert seit sich Thomas Klestil im Präsidentschaftswahlkampf mit NATO-Generalsekretär Manfred Wörner ablichten ließ, und Verteidigungsminister Werner Fasslabend selbigen Anfang Dezember 1992 in Brüssel traf. Weil wir es nun nicht mehr mit einem "übermächtigen Gegner aus dem Osten" zu tun hätten, so der Minister - man beachte die postneutrale Terminologie -, will Fasslabend die Chance nützen, "selbst aktiv zu werden", internationale Lösungen "selbst mitgestalten". Geblieben ist von der österreichischen Neutralität nicht mehr als ein - verblassendes - politisches Ideal. Ironischerweise, so sagen uns Meinungsumfragen, bestimmt dieses heute mehr denn je die Identität der Österreicher/innen.

Der Zusammenbruch Osteuropas und das

Konzept Neutralität

Nach 1989 wünschten sich viele, das idealisierte Neutralitäts-Konzept auch für Osteuropa umzusetzen. Insbesondere jene Aktivist/inn/en, die - ihrem Selbstverständnis nach - die Wende im Osten herbeigeführt hatten, sprachen von einer bevorstehenden Austrifizierung bzw. Finnlandisierung eines halben Kontinents. Aus dem "zivilen Widerstand" der Umbruchbewegung sollte ein Modell "sozialer Verteidigung" für die Aufbruchbewegung entstehen. Als strategische Köpfe dieser osteuropäischen Entwicklungsperspektive traten neben politikungewohnten Künstler/inne/n wie Bärbel Bohley in Ostberlin oder Václav Havel in Prag vor allem im Westen seßhafte Ost-Dissidenten auf den Plan. Der frühere sowjetische Nomenklaturist und spätere Nomenklaturaforscher Michael Voslensky prognostizierte Ende 1989 für die baltischen Republiken in einer österreichischen Tageszeitung "einen Status wie Finnland" und meinte, daß "Polen, vielleicht die CSSR, Ungarn und möglicherweise der nördliche Teil Jugoslawiens eine neutralistische bis neutrale Zone zwischen den Blöcken bilden" könnten. Der Westen sprach zu dieser Zeit noch russisch, Begriffe wie Perestroika und Glasnost fanden Eingang in den nichtslawischen Sprachschatz. Viel war in Reformkreisen von einer sozialistischen Marktwirtschaft die Rede, einem Modell, das die "Neue Zürcher Zeitung" zu Recht als "weißen Rappen" enttarnte, als Ding der Unmöglichkeit. Die ganze Verwirrung im Anschluß an den Herbst 1989 beruhte im wesentlichen auf der Tatsache, daß über die Ursachen der Wende in Osteuropa völlig falsche Einschätzungen kursierten. Von den Menschenrechts- und Bürgerbewegungen im Osten ebenso wie von der Westpresse wurde am Mythos einer sozialen Revolution gebastelt. Die von stalinistischen Diktaturen Unterdrückten, hieß es, gingen auf die Straße und vertrieben ihre Peiniger. Abgesehen davon, daß in Ungarn,

Polen und der Sowjetunion keine nennenswerten Protestkundgebungen gegen die Regierungen stattgefunden haben, können eine Handvoll gut besuchter Montagsdemonstrationen in Leipzig, drei Tage Generalstreik in der CSSR und eine tumultuöse, bis heute nicht aufgeklärte Schießerei vor dem Bukarester Regierungsgebäude kein als stalinistisch bezeichnetes System stürzen. Nicht die Krise der staatlichen Autorität war der Ausgangspunkt für den Zusammenbruch des Realsozialismus, wie es Englands First-Peace-Lady Mary Kaldor in ihrem Buch "Der imaginäre Krieg" darstellt, sondern die ökonomische Krise des Weltsystems, die sich an seinen Rändern - in Osteuropa und der Sowjetunion eben - besonders negativ auswirkte, führte zu einer politischen Krise in Osteuropa.

Die seit Mitte der 70er Jahre nur mehr auf der Basis von Westkrediten fortsetzbare Modernisierung der osteuropäischen Industrie und Landwirtschaft war gescheitert. Zurück blieb ein Schuldenberg, der den ökonomischen und damit den politischen Spielraum der Partei- und Staatsführer gegen Null tendieren ließ. Ungarn und Polen waren (und sind) die höchstverschuldeten Länder Europas, kein Zufall, daß gerade dort das politische Establishment am allerersten - und ohne Massendemonstrationen - das Handtuch warf. 71% seiner gesamten Exporteinnahmen mußte Polen im Jahre 1990 direkt für Schuldendienst und Amortisationen aufwenden, 65% waren es für Ungarn - wohlgemerkt ohne daß damit auch nur ein US-Dollar Schuld abgetragen werden konnte.

Das einzige osteuropäische Land, das seine in den 70er Jahren aufgenommenen Kredite zurückzahlen konnte, freilich unter besonders harten sozialen Bedingungen, war Rumänien. Kein Zufall auch, daß es Ceausescu war, der als letzter die Segel streichen mußte und das - als einziger - nicht ohne Gegenwehr tat.

Vor diesem Hintergrund der ökonomischen Krise wurden Menschenrechts- und Bürgerrechtsaktivisten für wenige Wochen zu Subjekten der Geschichte. Daraus den Mythos einer sozialen Revolution zu formen, ist mehr als gewagt. Heute, drei Jahre später, ist aus der anfänglichen Euphorie längst Katzenjammer geworden. Die revolutionären Subjekte von einst haben sich entweder in die Verwaltungs- und Presseorgane der neuen Machthaber begeben oder finden sich erneut in Opposition zur nun - vorderhand - liberalapologetischen Politikerkaste. Von Neutralität und Drittem Weg ist keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die ungarische, tschechische, slowenische und kroatische Regierung lassen keine Gelegenheit verstreichen, um ihre Sehnsucht nach gleichberechtigter Teilnahme an EG, WEU und/oder NATO kundzutun. Allein, diese Sehnsucht bleibt unerfüllt, gerade weil EG, WEU und NATO Instrumente der Zentrumsländer des Westens sind - Instrumente zur Desintegration der Peripherie bzw. zu deren Abschottung vom Zentrum. Sie bleiben auf ihre sozial- und wirtschaftspolitische Funktion als Arbeitskräftelieferanten und Absatzmärkte sowie auf die Rolle als sicherheitspolitisches Glacis des Westens beschränkt.

Und Neutralität?

Was ist daraus geworden?

Der vom Ballast der Blockfreiheit und des Dritten Weges entlastete Begriff Neutralität kann mit neuen Inhalten gefüllt werden. Teilweise in Gebrauch ist er für die Beschreibung eines vermeintlichen Schreckgespenstes, nämlich eines von der EG entkoppelten Deutschlands. Dieses zwischen atlantischem Großraum und Rußland gelegene Gebilde könnte das Kernland eines mitteleuropäischen Blocks werden. Mit der Brandtschen Vorstellung eines neutralen Korridors zwischen West und Ost hätte ein neutrales Deutschland allerdings nichts mehr gemein. Ob die Bedrohung der osteuropäischen Peripherie - wie 1914 und 1939 - intensiver wäre als durch ein west"europäisiertes" Deutschland innerhalb der Europäischen Union, bleibt dahingestellt.

Auch für Osteuropa könnte der Begriff Neutralität bald wieder an Bedeutung gewinnen. Nach dem absehbaren Ende der dogmatischen wirtschaftsliberalen Ideologie ist eine Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte absehbar. Ob diese in Form nationalistischer Auswüchse gegen Nachbarn sowie diverse "innere Feinde" stattfindet, oder die Wiederentdeckung der sozialen Frage als Motor einer "Durch-uns-selbst"-Bewegung an Popularität gewinnt, bleibt abzuwarten. Für das zweite, das soziale Modell sprechen die Wahlsiege der Demokratischen Rettungsfront (DFSN) in Rumänien, die relative Stärke der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien in Bulgarien, Serbien, der Slowakei und Böhmen/Mähren. In klarer Abgrenzung zur Festung Europa, deren Protektionismus gegen verarbeitete Produkte aus dem Osten bei gleichzeitigem forcierten Export die osteuropäischen Volkswirtschaften ruiniert, wäre es denkbar, daß sich ein sozialnationaler Kurs in einzelnen osteuropäischen Staaten als mehrheitsfähig erweist. Gegenüber der Europäischen Union könnte ein neues

Selbstverständnis Platz greifen, ein ostmitteleuropäisches Neutralitätsbewußtsein, verstanden als Strategie der Selbstbehauptung gegen das ökonomische - und bald auch militärische - Vordringen Westeuropas.

Ähnlich ausprägen könnte sich auch eine neue Identität EG-geschädigter benachteiligter Regionen im Westen. Diesseits und jenseits der westeuropäischen Wachstumsregion, die sich wie die Form einer Banane (4) von den englischen Midlands über Benelux und Deutschland bis Mailand erstreckt, wäre ein Trend denkbar, der nicht nationalistische Provinzialität auf seine Fahnen schreibt, sondern regionales Selbstbewußtsein gegen den EG-Zentralismus. Die Verweigerung solcher Randgebiete innerhalb Westeuropas, am wirtschaftlich und später militärisch expansiven Projekt der Europäischen Union teilzunehmen, könnte ein erster Schritt in Richtung Solidarität mit den osteuropäischen Peripherien sein. Zukünftige Einsätze einer Euro-Armee gegen soziale Unruhen im Osten würden durch die Tatsache erschwert, daß es in Westeuropa selbst "neutrale Zonen" gäbe, die von einer Zwangs-"Europäisierung" keinen Wohlstand, sondern soziale und ökologische Probleme, keine Demokratie, sondern ökonomische Abhängigkeit zu erwarten hätten.

Dieses andere, das solidarische Europa, hätte kein restriktives Schengener Abkommen gegen hilfesuchende Menschen und keine liberale Apologetik nötig, weil es seinen Besitzstand nicht als gegen Feinde zu verteidigendes Gut betrachtete. Außenpolitisch auf Neutralität bauende Konzepte der osteuropäischen Länder und oppositionelle Bewegungen innerhalb der Europäischen Union könnten einander stärken.

Anmerkungen:

1) Hannes Hofbauer: Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien 1992, S. 73

2) Brief von Adolf Schärf an Léon Blum am 30. 12. 1949; zit. in: Stadler, Karl: Adolf Schärf. Mensch, Politiker, Staatsmann. Wien 1982, S. 377

3) Erich Reiter: Neutralität ohne Mythos. In: Die Industrie vom 3.10.1990, S. 25

4) vgl. Johan Galtung: Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents. Wien, 1993.

16. "Ein Kurde, der Lehrer werden will, muß seine Identität aufgeben." Interview mit einem kurdischen Lehrer

Interview über das Erziehungswesen in Nordwest-Kurdistan - von Katja Kleiber

Autor: Katja Kleiber · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:09

Das Interview wurde mit einem Grundschullehrer und Gewerkschafter aus Diyarbakir geführt, der sich zur Zeit mit einer Delegation aus Kurdistan in Deutschland aufhält. Aus Angst vor Repressionen möchte er anonym bleiben: "Wenn wir ein solches Gespräch in der Türkei führen würden, wäre ich meines Lebens nicht mehr sicher."

Frage: Wieviele Kinder in Kurdistan haben überhaupt die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen?

Antwort: In Diyarbakir kommen etwa 60 Prozent der schulpflichtigen Kinder zum Unterricht. Der Rest hat keine Möglichkeit zu kommen. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Erstmal gibt es einfach nicht genug Schulen. Es ist zum Beispiel üblich, daß bis zu 100 Kinder in einem Raum gemeinsam unterrichtet werden. Es ist nicht nur so, daß nicht genug Schulen existieren, es werden auch immer wieder welche geschlossen, weil das Militär die Gebäude für sich beansprucht. Allein in diesem Jahr sind rund 250 Schulen in Kurdistan geschlossen worden.

Für viele Familien ist es finanziell einfach nicht möglich, die Kinder zur Schule zu schicken. Sie haben nicht genug Geld, die Bücher und Hefte zu bezahlen, eine Schuluniform zu kaufen oder das Fahrgeld für den oft langen Schulweg aufzubringen.

Also ist die Armut das stärkste Hindernis für den Zugang zur Bildung?

Die Armut ist ein Grund, aber es gibt auch kurdische Eltern, die ihre Kinder ganz bewußt nicht zur Schule schicken, aus Protest gegen die Inhalte des Unterrichts. Der Unterricht ist nämlich ganz den Atatürk-Regeln unterworfen. Das Wichtigste ist, die türkische Sprache zu lernen. Naturwissenschaften werden viel weniger gelehrt. Alle Kinder müssen jeden Morgen die türkische Nationalhymne singen und den Spruch aufsagen: "Ich bin glücklich, Türke zu sein."

Wie sieht das Erziehungswesen in den ländlichen Gebieten aus, verglichen mit Diyarbakir?

Auf dem Land gelten dieselben Dinge, die ich schon gesagt habe, nur sind die Verhältnisse noch extremer. In manchen Gebieten existiert überhaupt kein Schulsystem mehr, weil alle Schulen geschlossen sind.

Wie lange besuchen die Kinder die Schule?

Die Grundschule dauert fünf Jahre. Mädchen und Jungen werden gemeinsam unterrichtet, aber die Mädchen sind in der Minderheit, weil sie am meisten von den Umständen betroffen sind.

Welche Möglichkeiten hat ein kurdischer Lehrer, den Kindern die kurdische Kultur und Sprache zu vermitteln?

Es gibt keine Möglichkeit, es ist streng verboten. Der Staat führt den Krieg gegen die Kurden auf allen Ebenen, auch gegen die kurdische Kultur und Sprache. Die Schulen sind von der Staatsgewalt nicht ausgenommen. Das geht so weit, daß Polizei in den Unterricht kommt und die Kinder schlägt.

Welche Möglichkeiten bestehen für einen jungen Kurden, Lehrer zu werden?

Jeder kann sich als Lehrer ausbilden lassen. Es gibt keinen Unterschied, ob man Türke oder Kurde ist. Wichtig ist nur, ob man sich dem Staat anpaßt oder sich gegen ihn stellt. Das heißt, ein Kurde, der Lehrer werden will, muß sich erniedrigen und seine Identität aufgeben. Nach dem Studium werden die Lehrer vom Staat auf ihre Stellen berufen. Menschen, die demokratisch denken, bekommen erst gar keinen Arbeitsplatz.

Es hat einen Umschwung gegeben: Früher, vor dem Militärputsch von 1980, wurden demokratisch denkende Lehrer aus der Westtürkei nach Kurdistan strafversetzt. Nach dem Putsch und dem Beginn des bewaffneten Kampfes (1984) ist es umgekehrt: Alle, die einen Lehrauftrag in Kurdistan haben, sind durch und durch Unterstützer des Staates.

Sie sind auch Mitglied der Lehrergewerkschaft Egit-Sen. Wie ist die Gewerkschaft entstanden?

Wir haben uns unter dem Kriegszustand organisiert. Nach dem Beginn des Befreiungskampfes sind verschiedene Organisationen unter den einzelnen Bevölkerungsschichten entstanden, eine davon sind wir.

Es gibt für uns weder ein Streikrecht noch ein Tarifrecht. Wir existieren praktisch nur auf dem Papier. Wir werden weder als Gewerkschafter noch als Partner für Lohnverhandlungen akzeptiert.

Wieviele Lehrer sind in der Gewerkschaft organisiert?

Ungefähr 30 Prozent der Lehrer in Diyarbakir sind bei uns organisiert. Wir halten dies für eine hohe Zahl, denn die Staatsgewalt geht so stark gegen uns vor, daß sich viele nicht trauen, Mitglied zu werden.

Im vergangenen Jahr sind 17 Lehrer von Konterguerilla-Einheiten, die in Deutschland von der GSG-9 ausgebildet wurden, ermordet worden. Zwölf der Ermordeten waren Mitglieder unserer Gewerkschaft. Außerdem sind 15 Freunde so schwer verwundet worden, daß sie jetzt arbeitsunfähig sind. In einem Jahr sind 30 unserer Mitglieder verhaftet und gefoltert worden, davon sind zwölf heute noch im Gefängnis. In einem Jahr sind 40 unserer Mitglieder in den Westen der Türkei zwangsversetzt worden.

Welche Ziele hat die Gewerkschaft Egit-Sen?

Der türkische Staat ist nicht demokratisch, es gibt keine Regeln, alles muß erkämpft werden. Wir wollen als Beamte und Lehrer mit dem Staat über unsere Löhne verhandeln. Ich bin überzeugt, daß wir das in kurzer Zeit erreichen werden.

Woher nehmen Sie diese Zuversicht? Wenn die Gewerkschaft nicht streiken darf, wie kann sie dann Druck auf den Staat ausüben?

Wir organisieren Demonstrationen, aber nicht in Kurdistan, wo es wegen des Ausnahmezustands nicht möglich ist, sondern in der West-Türkei. Ich möchte ein Beispiel geben für die Schwierigkeit unserer Arbeit in Kurdistan: Im vergangenen Oktober haben wir als Gewerkschaft ganz offiziell einen Termin mit der Wissenschafts- und Erziehungsbehörde in Diyarbakir gemacht. Dann war auf einmal sehr viel Polizei anwesend und bevor es zu dem vereinbarten Treffen kommen konnte, ist die Polizei auf uns losgegangen, hat uns geschlagen und beschimpft und 15 Leute für drei Tage festgehalten.

Was versprechen Sie sich von der Reise nach Deutschland?

Das Ziel ist, die Schwierigkeiten, die wir mit den türkischen Behörden haben, in Deutschland und den Niederlanden bekanntzumachen. Wir wollen auch über den einseitigen Waffenstillstand von kurdischer Seite berichten. Wir treffen uns mit Vertretern der IG Metall, der GEW und anderen Organisationen, um Erfahrungen auszutauschen. Wir wollen uns über das Erziehungswesen in Europa informieren, um eine Alternative zum Erziehungsprogramm des türkischen Staates zu entwickeln.

Wie könnte eine solche Alternative aussehen?

Ein neues Schulsystem ist notwendig, weil das jetzige total veraltet ist. Es wurde in der Verfassung von 1980 festgelegt, die die einschlägigen Paragraphen unverändert aus der Verfassung der 60er Jahre übernahm. Notwendig ist eine Veränderung in Richtung Demokratie. Aber der Staat versucht, alle Ansätze in Richtung Selbstentwicklung zu zerstören. Sogar die vom Staat selbst errichteten Schulen sind zerstört worden, weil klar wurde, daß die Assimilationspolitik gegenüber den Kurden nicht mehr funktioniert. Das Fach Philosophie zum Beispiel ist ganz abgeschafft worden.

Eine letzte Frage: Wie kann den Menschen in Kurdistan von Europa aus geholfen werden?

Das kurdische Volk befindet sich in einem Vernichtungskrieg, der auf allen Ebenen geführt wird und von dem alle Bevölkerungsschichten betroffen sind. Dieser Krieg wird mit europäischem Geld und europäischen Waffen geführt. Der türkische Staat finanziert den Krieg mit den Einnahmen aus dem Tourismus. Ich fordere die Öffentlichkeit auf, nicht zuzuschauen, sondern sich gegen diesen Krieg zu stellen.

Vielen Dank für das Gespräch!

17. Zurück in die Siebziger? Eine Mordserie der Todesschwadrone erschüttert Uruguay

Eine Mordserie der Todesschwadron beunruhigt Uruguay

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:10

Uruguay im Juni 1993 - acht Jahre nach der Demokratisierung befindet sich das kleine südamerikanische Land in einer tiefen institutionellen Krise: Auf Zeitungstiteln prangen wieder die Konterfeis hochrangiger Militärs, und die Frage, ob sie schon morgen wieder offiziell an der Macht sein werden, ist die dringendste Sorge der demokratischen Teile der Gesellschaft.

Es begann im Frühjahr 1992. Eine Reihe von Bombenanschlägen zog die Aufmerksamkeit der uruguayischen Öffentlichkeit auf sich: Gerichtet waren sie u.a. gegen den Ex-Präsidenten Sanguinetti, den Befehlshaber der Marine, James Coates, und einen fortschrittlichen Parlamentsabgeordneten, Hugo Cores. Nachdem zunächst nach altem Strickmuster versucht wurde, die ehemalige Guerillaorganisation MLN-Tupamaros verantwortlich zu machen, bekannte sich wenig später ein aus Militärs zusammengesetztes Kommando "Guardia de Artigas" (Artigas ist der historische Nationalheld Uruguays) zu den Anschlägen. Das Kommando zeichnet sich durch eine populistisch-faschistische Rhetorik aus. Weiter untersucht wurden diese Ereignisse vor allem deshalb nicht, weil kurz darauf der Aufenthalt einiger baskischer E.T.A.-AnhängerInnen in Montevideo zum Skandal hochgekocht wurde und somit das öffentliche Interesse bannte.

Ein Jahr später, am diesjährigen 23. April, wurde vor allem die uruguayische Linke unsanft an diese Bomben erinnert: Ronald Scarzella, ehemaliges Führungsmitglied der MLN-Tupamaros und in letzter Zeit Aktivist in dem von Raul Sendic mitbegründeten Movimiento por la Tierra (Bewegung für das Land) wurde tot aufgefunden. Scarzella, der Transporte für eine Fischereikooperative fuhr, war offensichtlich professionellen Killern zum Opfer gefallen. Sie hatten ihn zuvor unter dem Vorwand, einen Transport zu benötigen, in eine Falle gelockt und mißhandelt, schließlich per Genickschuß exekutiert und im Laderaum seines Fahrzeugs liegengelassen.

Der Stil des Mordes erinnert fatal an die Todesschwadron, die zwischen Juli 1971 und Juni 1973, als Präsident Bordaberry den Militärs die Macht übergab, hunderte von Linken, GewerkschafterInnen, StudentInnen etc. ermordete oder hat "verschwinden" lassen. Diese Vermutung wurde bestätigt, als Xenia Itte, Witwe von Sendic und Präsidentin des Movimiento por la Tierra, wiederholt anonyme Morddrohungen bekam, das Landgut des Movimiento mit scharfer Munition beschossen wurde und der Jeep der Organisation knapp einem inszenierten Verkehrsunfall entging. Auch die Tochter von Scarzella erhielt telefonische Morddrohungen.

Doch damit nicht genug: Einige Tage später, am 7. Mai, wird im Badeort Salinas die Leiche eines Mitglieds des Linksbündnisses Frente Amplio, Ruben Larrosa Pacheco, gefunden, der im Betrieb eines Tupamaros als Tapezierer arbeitete und dessen Bruder ebenfalls zur Führung der Tupamaros gehörte. Auch Ruben Larrosa Pacheco wurde unter dem Vorwand eines Arbeitsauftrags in einen Hinterhalt gelockt und durch zwei Kugeln in Kopf und Herz professionell erschossen. Da der Tote Geld bei sich hatte, ist Raubmord als Tatmotiv ausgeschlossen.

Am 13. Mai schließlich wird Francisco Martinez de Cuadra, wiederum Aktivist der MLN-Tupamaros, in Montevideo auf offener Straße von vier kurzgeschorenen Männern in ein Auto gezerrt. Mit einer Kapuze über dem Kopf fahren sie ihn an einen unbekannten Ort, wo er bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und mit elf Messerstichen verletzt wird - einer davon in die Lunge -, und setzen ihn schließlich halbtot und immer noch bewußtlos wieder aus. Noch im Krankenhaus wird Martinez beschuldigt, einige Tage zuvor in einer Wechselstube der Hauptstadt einen Raubüberfall ausgeführt zu haben, bei dem er von einer Videokamera aufgezeichnet worden sei. Dies ist der Versuch, den Mordversuch als Abrechnung zwischen Kriminellen abzutun. Bekannte und Freunde streiten jedoch energisch ab, daß der Räuber mit Martinez identisch sei. (1)

Diesen Film kennen wir schon

Am 12. Mai erschien Mate Amargo mit einem Artikel von Eleuterio Fernandez Huidobro, in dem das Führungsmitglied der MLN-Tupamaros die These vom Wiedererwachen der Todesschwadron vertritt und

ausführlich begründet. Eine politische Charakteristik der Todesschwadron, so heißt es in dem Text, sei, daß sie "ihre Schläge nicht direkt gegen das organisierte Zentrum führt, das bekämpft werden soll, sondern gegen das unterstützende Umfeld, um denjenigen, die sich einem bekannten Satz zufolge ‚wie Fische im Wasser` bewegen müssen, das Meer abzugraben." So erklärt sich Fernandez Huidobro, daß keines der bisherigen Opfer aus dem heute aktiven Kern der MLN-Tupamaros stammte. Die Morde dienten vielmehr auch der Einschüchterung der gesamten Bevölkerung.

Der Artikel zeichnet unter dem Titel "Ya la vimos" (Diesen Film haben wir schon gesehen) die Parallelen zwischen den Morden aus den frühen 70ern und heute nach. Er warnt davor, der Absicht der Todesschwadron aufzusitzen und sich durch unüberlegte Gegenreaktionen auf ein derartig "kanaillenhaftes" Terrain politischer Auseinandersetzung zu begeben. Auch würden die Aktionen gegen Linke dazu dienen, die in letzter Zeit sich zuspitzenden Widersprüche innerhalb des Repressionsapparats durch die Beschwörung eines äußeren Feindes zu kitten. (Tatsächlich gibt es im Militär starke Unzufriedenheit, zum einen wegen niedriger Löhne, zum anderen, weil der Präsident den Umfang der Streitkräfte reduzieren will. Die Polizei hatte im Dezember 1992 für bessere Bezahlung gestreikt und dabei den Rückhalt der Armee erhalten, die sich weigerte, den Streik niederzuschlagen, so daß die uruguayische Exekutive für ein paar Tage vollkommen ohne Sicherheitsapparat dastand.)

Dem Staatspräsidenten Lacalle wirft Fernandez Huidobro Unfähigkeit im Krisenmanagement vor, kritisiert die Entsendung uruguayischer Soldaten im Rahmen internationaler Eingreiftruppen nach Kambodscha und Mosambique, und bezeichnet es als Verstoß gegen die Verfassung, daß Lacalle in einem Gesetzentwurf die Streitkräfte für die innere Sicherheit zuständig macht und sich selbst zum Oberbefehlshaber erklärt. Ferner beschimpft er ihn in einigen rhetorischen Blüten als "Esel mit Handlungsdrang" und als noch schwerer zu ertragen als die Militärs, da er "als Militär verkleidet" sei und "obendrein im allgemeinen besoffen" (2).

Verleumdungsklage

Diese für die Gesamtaussage des Artikels im Grunde unwichtigen Formulierungen dienten dem Generalstaatsanwalt als Vorwand für eine Anklage gegen Fernandez Huidobro und Jorge Zabalza, den verantwortlichen Redakteur von Mate Amargo. "Desacato" lautet der Vorwurf, was mit Unehrerbietigkeit (hier gegenüber dem Staatspräsidenten) übersetzt wird und der Steigerungsform von Beleidigung und Verleumdung entspricht. Nach dem uruguayischen Pressegesetz von 1947 stehen darauf Gefängnisstrafen zwischen drei und 18 Monaten.

Der Prozeß, der am 3. und 10. Juni stattfand, brachte für die ZuschauerInnen sowie für die Presse eine Überraschung: Die beiden Angeklagten bestätigten, für den Artikel verantwortlich zu sein, verzichteten aber vollständig auf ihre Verteidigung und beriefen sich lediglich auf die Pressefreiheit und das Recht zur Aussageverweigerung. Auch kündigten sie von vorneherein an, keine Revision gegen das Urteil einlegen zu wollen.

Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß eine detaillierte Verhandlung zum Inhalt gehabt hätte, ob der Präsident ein Esel ist und wieviel Alkohol er konsumiert - eine Farce, die die brisante politische Kernaussage des Artikels über die Todesschwadron und die Verantwortung der Regierung völlig überschattet hätte. Auch ein Revisionsverfahren macht nur dann Sinn, wenn es etwas zu verteidigen gibt, und an einer Verurteilung der beiden ließ das Pressegesetz ohnehin keinen Zweifel. So gab der Richter denn auch dem Antrag des Staatsanwalts in vollem Umfang statt und verurteilte E. F. Huidobro und J. Zabalza zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung, wobei er es dem Obersten Gerichtshof übertrug, über eine Aussetzung der Strafe zu entscheiden.

Der Fall Berríos

Am 8. Juni, also zwei Tage vor der Verurteilung der beiden Tupamaros, bekam die uruguayische Öffentlichkeit wiederum eine Überraschung präsentiert: Die Regierung machte einen sieben Monate zurückliegenden Vorfall bekannt, der einem Spionageroman entnommen sein könnte. Es handelt sich um die Entführung und das anschließende Verschwinden eines chilenischen Biochemikers namens Eugenio Berríos.

Berríos ist alles andere als ein unbeschriebenes Blatt: Während der Allende-Regierung Mitglied der rechtsextremen Gruppe Patria y Libertad, wurde er später Agent des chilenischen Geheimdienstes DINA. Er

hat als Wissenschaftler das Nervengas Sarin entwickelt, das nicht nur in Chile, sondern z.B. auch im Irak gegen die innere Opposition eingesetzt wurde. Der "Musterschüler von Josef Mengele" (so die uruguayische Wochenzeitung Brecha) galt als Schlüsselperson im seit Jahren geführten Prozeß um die Ermordung von Allendes Verteidigungsminister Orlando Letelier im September 1976 in Washington D.C. Durch seine Aussage sollte bewiesen werden, daß der Mord an Letelier nicht nur auf das Konto der CIA geht, sondern auch die DINA und die chilenischen Generäle Manuel Contreras und Augusto Pinochet darin verwickelt waren. Vermutlich wären durch seine Aussage auch noch andere Machenschaften der Pinochet-Diktatur ans Licht gekommen.

Doch Eugenio Berríos entzog sich rechtzeitig dem Zugriff der chilenischen Justiz: Zunächst verschwand er in den Norden seines Landes, dann gelangte er mit Hilfe der "Red Condor" - einem 1976 gegründeten Zusammenschluß der militärischen Geheimdienste der Region zu Koordinierung der massiven Repression in den verschiedenen Diktaturen - über Buenos Aires nach Uruguay. Dort genoß der Biochemiker zunächst den Schutz seiner Freunde aus dem Militär. Irgendwann im Oktober 1992 jedoch - offenbar trauten ihm seine Verbündeten nicht - wurde sein Status der eines Gefangenen. Am 15. November 1992 gelingt es Berríos, seinen Bewachern zu entkommen und in der Polizeiwache des Ortes Parque del Plata auf seine Situation hinzuweisen. Zuvor hatte er bereits telefonisch das chilenische Konsulat um Hilfe gebeten. Doch die Militärs tauchen bald in der Wache auf und nehmen ihren "Schützling" wieder mit, mit dem Einverständnis des Polizeichefs der zuständigen Provinz, Rivas, selbst ehemaliger Colonel und Chef des berüchtigten Frauengefängnisses der Diktatur in Punta Rieles. Rivas läßt die Aktennotizen zum Fall Berríos vernichten. Der Chilene wurde nie wieder gesehen, und es ist wahrscheinlich, daß er für immer verschwunden ist. (3)

Doch warum veröffentlicht die uruguayische Regierung diesen Fall noch nach so langer Zeit? Eine zumindest plausible Hypothese ist, daß sie befürchtete, E.F. Huidobro und J. Zabalza könnten am zweiten Tag ihrer Gerichtsverhandlung den Fall Berríos als endgültigen Beweis der Existenz von Todesschwadronen oder zumindest von eigenmächtig handelnden Militärs aus der Tasche zaubern, und deshalb beschloß die Regierung die Flucht nach vorn. Tatsächlich verfügten die Tupamaros über entsprechende Informationen, die aber noch überprüft werden mußten.

Bürgerliche Regierung

versus Militär

Die Veröffentlichung des Falles Berríos brachte die Regierung Lacalle jedoch in noch größere Bedrängnis. Zunächst verkündete der Präsident während eines Aufenthaltes in London, er werde den Fall bis ins letzte untersuchen und die Schuldigen mit der nötigen Härte bestrafen. Doch bei seiner Rückkehr nach Montevideo hatte sich die gesamte Führung der Streitkräfte hinter die Berríos-Entführer gestellt und dem Innen- und dem Verteidigungsminister, die in Lacalles Abwesenheit den Provinzpolizeichef Rivas entlassen hatten, schlichtweg das Vertrauen entzogen.

Während die politischen Parteien und Basisorganisationen wie Gewerkschaften, Kooperativenverbände und StudentInnen zum ersten Mal seit dem Ende der Diktatur 1985 zusammenrückten, um die militärische Überwachung der Demokratie zurückzudrängen, setzte sich Präsident Lacalle mit den Generälen an den Verhandlungstisch. Das Ergebnis: Nur die Militärjustiz darf im Fall Berríos ermitteln - was überhaupt keinen Ermittlungen gleichkommt -, kein Militär und kein Polizist darf entlassen werden. Im Gegenzug gestatten die Streitkräfte dem Innen- und dem Verteidigungsminister, im Amt zu bleiben. Als Bauernopfer einigte man sich auf die Versetzung des Chefs des Militärgeheimdienstes, Mario Aguerrondo, falls die politischen Umstände sie erfordern würden. (4)

Dieser Kotau der gewählten Regierung vor der eigentlichen Macht im Lande wird den Spielraum der Militärs noch vergrößern, ist also ein weiterer Schritt in Richtung Demokratur. Lacalle hätte eine Chance gehabt, mit einem einmalig breiten gesellschaftlichen Konsens hinter sich die gesamte militärische Führung zu entlassen, da diese die Bürgschaft für die Berríos-Entführer übernommen hatte. Er hat es jedoch vorgezogen, sich ganz nach dem Vorbild seines historischen Vorgängers Bordaberry mit den Militärs zu arrangieren.

Wie brisant die politische Situation in Uruguay nach wie vor ist, zeigt sich auch am Eintreffen von 15 CIA-Agenten in der US-Botschaft. Auch häufen sich weiterhin die Morddrohungen gegen alle Personen, die ein

Interesse an Aufklärung zeigen, sowie ihre Angehörigen: Parlamentsabgeordnete, ZeugInnen aus dem Polizeirevier in Parque del Plata, die Schwester von Eleuterio Fernandez Huidobro.

mir., Berlin

Quellen:

1) La Republica, 15.5.93 und 17.5.93; Brecha, 30.4.93 und 21.5.93. Beide Zeitungen erscheinen in Montevideo, Uruguay

2) Mate Amargo, 12.5.1993, Montevideo

3) Brecha, 11.6.93

4) Brecha, 11.6.93

Protestschreiben

Wie sich die Lage in Uruguay weiter entwickelt, hängt nicht zuletzt von der Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit ab. Auch brauchen Eleuterio Fernandez Huidobro und Jorge Zabalza unsere Solidarität gegen ein Pressegesetz, daß JournalistInnen mundtot machen und zur Selbstzensur verleiten soll. Es kann nicht angehen, daß Menschen, die während der uruguayischen Diktatur zwölf Jahre im Kerker saßen, nun wieder ins Gefängnis sollen, weil sie die Bevölkerung ihres Landes vor einer erneuten Entwicklung in Richtung Diktatur warnen!

Deshalb sind alle LeserInnen aufgefordert, sich zu Wort zu melden, z.B. mit folgendem Protestbrief an den Obersten Gerichtshof des Landes:

Corte Suprema de Justicia

Hector Gutíerrez Ruiz 1310

Montevideo - Uruguay

Tel.: 00 59 82 / 90 10 41/42/43, 90 25 22 oder 91 91 04 / Fax: 00 59 82 / 98 33 26

Señores Ministros

de la Suprema Corte de Justicia,

por la presente deseamos manifestar nuestra preocupación por las denuncias de la actuación de un Escuadrón de la Muerte en la Republica Oriental del Uruguay. Por la información que se maneja a nivel internacional, el mismo ha sido responsable del asesinato de varias personas con trayectoria militante u opiniones progresistas, ha colocado bombas, ha atentado contra locales y autos, ha amenazado de muerte indiscriminadamente a menores, familiares de denunciantes de su existencia, sindicalistas y legisladores y hasta la fecha sus integrantes siguen sin ser identificados.

A su vez le solicitamos la anulación del juicio que la Fiscalia de la Nación ha entablado contra Eleuterio Fernandez Huidobro y Jorge Zabalza por el articulo de prensa que denuncia la existencia de dicho Escuadrón, juicio sentenciado por la justicia de vuestro país a 6 meses de prision por el delito de desacato. Entendemos que el no procesamiento de los dos condenados es de suma importancia, para preservar el derecho de informar de todos los trabajadores de la comunicación, en el marco de garantias para su persona.

Pensamos que la aplicación de la sentencia a estos dos periodistas es un ataque a la libertad de prensa.

Sin mas, los saludamos muy atentamente. (Unterschrift)

Sehr geehrte Herren Richter

vom Obersten Gerichtshof,

durch den vorliegenden Brief wollen wir unsere Besorgnis über die Hinweise auf die Aktivitäten einer Todesschwadron in der Republik Uruguay zum Ausdruck bringen. Der internationalen Informationslage zufolge hat diese Todesschwadron die Ermordung mehrerer Personen zu verantworten, die politisch aktiv waren oder fortschrittliche Meinungen vertraten. Sie hat ferner Bomben gelegt, Attentate gegen Häuser und Autos verübt,

sowohl Minderjährige, Familienangehörige derjenigen, die auf ihre Existenz hinweisen, als auch GewerkschafterInnen und Abgeordnete mit dem Tode bedroht. Bis zum heutigen Tage sollen ihre Mitglieder unbekannt sein.

Gleichzeitig fordern wir Sie auf, das Gerichtsverfahren einzustellen, das die Generalstaatsanwaltschaft gegen Eleuterio Fernandez Huidobro und Jorge Zabalza wegen des Zeitungsartikels, der die Existenz der oben genannten Todesschwadron zum Thema hat, eingeleitet hat. Wir fordern Sie auf, das von der Justiz ihres Landes in diesem Verfahren gefällte Urteil über eine sechsmonatige Haftstrafe wegen Unehrerbietigkeit gegenüber dem Staat zurückzunehmen. Wir sind der Ansicht, daß die Annullierung dieses Urteils von höchster Wichtigkeit ist, um das persönliche Recht, frei informieren zu können, für alle im Medienbereich Tätigen zu erhalten.

Wir denken, daß die Vollstreckung des Urteils gegenüber diesen beiden Journalisten einen Angriff auf die Pressefreiheit darstellt.

Mit respektvollen Grüßen.

Eine Kopie der Protestschreiben sollte in jedem Fall an die Redaktion der Zeitschrift Mate Amargo gesandt werden. Die Adresse lautet:

Mate Amargo, Tristan Narvaja 1578

Montevideo - Uruguay

Tel.: 00 59 82 / 49 99 56 oder 49 99 57

Fax: 00 59 82 / 49 99 57

Möglich ist auch, daß eine Kopie an die Redaktion des ak gesandt wird. Wir werden diese dann der Mate Amargo übermitteln.

Von den Tupamaros zur Frente Amplio

Die Tupamaros sind als Stadtguerilla legendär geworden und waren Vorbild vieler Organisationen in der ganzen Welt. U.a. hat sich auch die RAF auf das von den Tupamaros entwickelte Konzept bezogen, auch wenn in dieser Zeitung immer kritisch angemerkt wurde, daß die RAF letztlich nur eine schlechte Kopie des Vorbilds gewesen ist.

Die Tupamaros verstanden sich als Guerillaorganisation in der Tradition Che Guevaras. Nach der Übergabe der staatlichen Macht an die Militärs operierten sie vollständig im Untergrund. Ihre Aktionen richteten sich in der Folgezeit gegen den Militärapparat und die Hintermänner vom CIA. Beispielhaft für diese Stadtguerilla war, daß es ihr, anders als vielen anderen, in großem Umfang gelang, die eigenen Aktionen mit den sozialen und demokratischen Kämpfen anderer gesellschaftlicher Schichten zu verbinden.

Einer ab 1983 erstarkenden Massenbewegung war es gelungen, die heruntergewirtschafteten Militärs zum Abdanken zu bewegen und im Frühjahr 1985 die Freilassung der politischen Gefangenen, nach zwölf Jahren brutalster Mißhandlung, zu erwirken.

Die Tupamaros gaben umgehend das Guerillakonzept auf und beteiligten sich als politische Partei an den sozialen und demokratischen Bewegungen. Sie sind heute Teil eines aus zwölf Organisationen, Parteien und Gruppen bestehenden Linksbündnisses, der Frente Amplio.

Sie sind in fast allen Basisaktivitäten des Landes zu finden, geben verschiedene Zeitungen heraus (u.a. die mate amargo) und betreiben einen eigenen Radiosender.

Die Frente Amplio erhielt bei den ersten Wahlen 1984 landesweit 21,5%. bei den zweiten Wahlen 1989 21,2%. In der Hauptstadt erreichte sie allerdings die Mehrheit und stellt die Stadtregierung.

Nach wie vor gibt es jedoch keine gefestigte bürgerlich demokratische Staatsform. Jederzeit droht ein Putsch des Militärs, das trotz aller Anstrengungen bisher nicht in die Schranken gewiesen werden konnte. Und die Drohung eines erneuten Militärputsches wirkt tief: Immerhin wurden in der Zeit der Militärdiktatur 40.000 der insgesamt 2,8 Mio. UruguayanerInnen in den Gefängnissen malträtiert.

18. Kambodscha nach den Wahlen: Politische Stabilisierung ist möglich

Rubrik: Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:17

Je näher die von der UNO arrangierten und beaufsichtigten Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung in Kambodscha herangerückt waren, desto düsterer wurden auch die Einschätzungen hinsichtlich der Möglichkeit ihrer Durchführung. Ihren Grund hatten die dunklen Prophezeiungen darin, daß die Roten Khmer das von ihnen selbst mit unterzeichnete Pariser Friedensabkommen vom Oktober 1991 permanent mißachtet und faktisch aufgekündigt hatten und sie im Vorfeld der Wahlen, an denen sie sich nicht beteiligen wollten, mit Drohungen und der Zunahme terroristischer Aktivitäten von sich reden machten.

Doch dann konnte Ende Mai der Wahlgang ohne größere Zwischenfälle bei einer überraschend hohen Wahlbeteiligung auf fast dem gesamten Territorium Kambodschas durchgeführt werden. Die Roten Khmer konnten oder wollten vielleicht auch nicht den Urnengang entscheidend stören, so daß sie nun politisch stark geschwächt dastehen. Das Wahlergebnis - 45,47 Prozent für die dem früheren und künftigen Staatsoberhaupt Prinz Sihanouk nahestehende FUNCINPEC und 38,22 Prozent für die bislang regierende Kambodschanische Volkspartei (CCP) - kann unter den gegebenen Voraussetzungen als optimal eingeschätzt werden, da es die beiden Hauptparteien zur Zusammenarbeit zwingt - eine vielleicht auf den ersten Blick befremdliche Aussage für eine linke Zeitung, denn schließlich hat die CCP doch jahrelang eine sozialistische Orientierung vertreten und ihre Vorläuferorganisation hatte zusammen mit vietnamesischen Truppen Anfang 1979 Kambodscha von der Terrorherrschaft der Roten Khmer befreit.

Gemessen an den hohen Zielen des Pariser Friedensabkommens von 1991 (vgl. ak 336 vom 18.11.91 und ak 345 vom 26.8.92), das "von der (erkennbar falschen) Annahme ausging, der Frieden könne mit den Roten Khmer gemacht werden" (Dritte Welt, 2/1993), ist die mit rund 2 Mrd. Dollar Kosten bisher teuerste UN-Operation seit Ende des kalten Krieges kaum als erfolgreich zu bezeichnen. Von einem sicheren Frieden ist Kambodscha bis auf weiteres noch weit entfernt. So konnte und kann die als (weltweit bisher einmalig) oberste Regierungsbehörde eingesetzte UNO (in Gestalt der UNTAC/United Nations Transitional Authority in Cambodia) nicht die im Abkommen vorgesehene Kontrolle über das gesamte Territorium Kambodschas ausüben, denn die Roten Khmer verweigerten ihr von Anfang an den Zugang zu den von ihnen besetzten Gebieten, was wiederum stillschweigend von der UNTAC hingenommen wurde. Ähnlich verhielt es sich mit der geplanten Demobilisierung von mindestens 70 Prozent der in Kambodscha stationierten militärischen Verbände: Während sich die beiden kleineren, militärisch allerdings eher unbedeutenden Guerillagruppen der Prinz Sihanouk nahestehenden FUNCINPEC (siehe unten) und der Kambodschanischen Volksbefreiungsfront (KPLNF) des proamerikanischen Generals Son Sann weitgehend entwaffnen bzw. sogar auflösen ließen, lehnten die Roten Khmer jegliche Abrüstung mit der von der UNTAC trotz großer Bemühungen nicht zu verifizierenden Behauptung ab, es befänden sich noch vietnamesische Soldaten im Land. Statt dessen rückten sie in die von ihren ehemaligen Verbündeten (FUNCINPEC und KPLNF) preisgegebenen Gebiete nach. Angesichts dessen machte auch die kambodschanische Armee wenig Anstalten, sich zu demobilisieren. Sie hält weiterhin über 200.000 Mann unter Waffen.

Unter diesen Voraussetzungen gelang es der UNTAC somit ebenfalls nicht, das für die Wahlen vorgesehene "neutrale politische Umfeld" zu schaffen: Die Roten Khmer suchten mit Drohungen, bewaffneten Angriffen und Überfällen die Bevölkerung einzuschüchtern, um sie von der Wahl abzuhalten; nach UN-Angaben sind sie für 131 Morde im Vorfeld der Wahlen direkt verantwortlich zu machen. Aber auch der CCP bzw. der Armee oder der Polizei lastet die UNTAC mindestens 15 Morde an FUNCINPEC-Anhängern (nach FUNCINPEC-Angaben sollen es sogar mehr als 50 sein) sowie zahlreiche Überfälle auf Büros dieser Partei an. (Far Eastern Economic Review, 3.6.93) Andererseits jedoch wäre ohne die Präsenz von CCP-beherrschter Armee sowie den administrativen Strukturen die Arbeit der UNTAC und letztlich ihr Schutz sowie die Abhaltung der Wahlen angesichts der militärischen Kapazitäten der Roten Khmer nicht möglich gewesen.

Schließlich scheiterte die Absicht, die Roten Khmer politisch dauerhaft einzubinden. Mitte April 1993 verließ die Organisation den auf Grund des Friedensabkommens gebildeten "Obersten Nationalrat" unter Vorsitz von Prinz Sihanouk, dem bis zur Wahl einer neuen Regierung formal einzig legitimen kambodschanischen

Machtorgan. Mit diesem Vorgehen hatten die Roten Khmer de facto ihre Unterschrift unter das Pariser Abkommen zurückgezogen.

Ungeachtet dieser Defizite konnte die UN-Mission zwei äußerst wichtige Erfolge verbuchen. Der eine war die Abhaltung der Wahlen selbst. Zum zweiten konnten sämtliche 379.000 kambodschanischen Flüchtlinge, die zum Teil seit über zehn Jahren in Lagern kurz hinter der thailändischen Grenze gelebt hatten und dort zu großen Teilen dem ungehinderten politischen Zugriff der Roten Khmer (in einigen wenigen Lagern auch der KPLNF oder der FUNCINPEC) ausgesetzt waren, bis Ende April in ein Gebiet ihrer Wahl repatriiert werden. Dabei entschieden sich nur ca. 1 Prozent für die Rückkehr in Rote Khmer-kontrollierte Gebiete, nebst einigen Tausend, die auf ihre Registrierung verzichten wollten. Rund 10 Prozent wollten in die von der KPLNF kontrollierten Zonen. (Far Eastern..., 1.4.93) Die Repatriierten konnten zwischen der Zuteilung von zwei Hektar Land pro Familie oder einer Auszahlung von 250 Dollar pro Person wählen. Allerdings soll es inzwischen schon wieder rund 160.000 Flüchtlinge geben, die sich auf Grund militärischer Auseinandersetzungen mit den Roten Khmer diesmal innerhalb Kambodschas auf der Flucht befinden. (NZZ, 6.4.)

Die Wahlen

Es gelang den UN-Wahlhelferinnen und Wahlhelfern von geschätzten 5 Millionen wahlberechtigten Khmer rund 4,7 Millionen zu registrieren - in erheblichem Umfang also auch solche Menschen, die in den Einflußzonen der Roten Khmer im Nordwesten und Westen des Landes meist in der Nähe der thailändischen Grenze leben. Diese Gebiete sollen 10 bis 20 Prozent des kambodschanischen Territoriums und rund 5 bis 10 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung umfassen. Im Vorfeld der Wahlen hatten sich die von den Roten Khmer provozierten Zwischenfälle, bei denen UN-Soldaten und UN-Angehörige entweder überfallen, entführt oder getötet wurden, gehäuft. Am Vorabend der Wahlen hatte der Rote-Khmer-Vorsitzende Khieu Samphan die Wahlen noch einmal als "stinkende theatralische Farce" bezeichnet und behauptet, daß "die UNTAC diese Wahlen nicht durchführen kann, weil unsere Nation ... nicht wählen gehen will". (Far Eastern ..., 3.6.93) Ein Sprecher der Roten Khmer erklärte, daß die Wahlen "das kambodschanische Volk zum Schweigen bringen" sollten und von seiner Organisation "niemals" akzeptiert würden. (FR, 22.5.93)

Während der Wahltage (23. bis 28.5.) blieben dann aber die befürchteten Angriffe auf Wahllokale oder Wähler fast gänzlich aus. Statt dessen wurden die Wahlen angesichts der hohen Wahlbeteiligung von rund 90 Prozent als großer Erfolg bezeichnet und als Ausdruck des Willens der Kambodschanerinnen und Kambodschaner zu friedlichen politischen Verhältnissen gewertet. Zahlreiche Einwohner der von den Roten Khmer kontrollierten Gebiete nahmen trotz deren Einschüchterungsversuchen an der Wahl teil, entweder in nahegelegenen, von der Regierung kontrollierten Orten oder in von der UNTAC per Hubschrauber eingeflogenen mobilen Wahlstationen. In einem Fall - in der Grenzstadt Poipet - beteiligten sich, nachdem sie sich nachträglich an Ort und Stelle hatten registrieren lassen, bereits am ersten Wahltag 200 uniformierte, aber unbewaffnete Rote-Khmer-Soldaten an der Abstimmung. (Guardian, 25.5.)

Für die 120 Sitze in der verfassungsgebenden Versammlung (welche sich nach drei Monaten in ein Parlament verwandeln soll, welches dann auch die Regierung bestimmt) bewarben sich 20 Parteien. Dabei waren nur solche Gruppierungen zugelassen, welche mindestens 5000 Mitglieder zählen. Wie erwähnt, verzichteten die Roten Khmer, die im Dezember 1981 die Kommunistische Partei Kambodschas aufgelöst hatten und danach als Partei des Demokratischen Kambodscha firmierten, auf eine eigene Kandidatur, obwohl sie sich Ende letzten Jahres noch einmal neu gegründet hatten und sich nun Partei der Nationalen Einheit Kambodschas nannten. (FR, 1.12.92) Ihre Nichtteilnahme begründeten sie mit unrealistischen Vorwänden oder Bedingungen, die allesamt an die massive anti-vietnamesische Stimmung im Land anzuknüpfen suchten und in der Forderung nach Vertreibung sämtlicher Vietnamesinnen und Vietnamesen aus Kambodscha gipfelten. (taz, 28.1.)

Anti-vietnamesische Pogromstimmung

Ihre Propaganda ergänzten die Roten Khmer durch etliche gezielte Massaker an Kambodschanern vietnamesischer Nationalität, so im Juli 1992, als sie in einem Dorf nahe der vietnamesischen Grenze acht Menschen, darunter vier Kinder und einen Säugling ermordeten (ND, 24.7.92; FR, 1.9.92) oder im März 1993, als sie ein Fischerdorf am Tonle Sap Lake überfielen und rund 35 Vietnamesinnen und Vietnamesen in ihren Hausbooten erschossen. Kennzeichnend für die in Kambodscha tief verankerte Abneigung gegen

Vietnamesen war die auf dieses Massaker hin erfolgende Stellungnahme von Prinz Sihanouk (der für kambodschanische Verhältnisse als noch relativ vietnamesenfreundlich gilt), der "die einzige vernünftige Alternative, die den Vietnamesen bleibt", darin sah, "geradewegs Kambodscha zu verlassen und in Vietnam zu leben", da weder er noch die UNTAC in der Lage seien, sie vor dem im Kambodscha herrschenden "antivietnamesischen Haß" und "Blutdurst" zu schützen. (Independent, 2.4.93; taz, 16.3.93) Mehrere tausend Vietnamesinnen und Vietnamesen begaben sich daraufhin Ende März über den Mekong auf die Flucht Richtung Vietnam.

Mit offenem Rassismus versuchte sich (beispielsweise) auch die schon erwähnte KPLNF zu profilieren, die, ehe sie sich in eine radikal anti-vietnamesische buddhistische Partei transformierte, die Vietnamesen in ihren Publikationen als gefährliche "Bazillen" bezeichnete, vor denen sich die kambodschanische Rasse mit allen Mitteln schützen müsse. (Far Eastern..., 3.12.92) Selbst die CCP stellte sich, trotz ihrer historischen Verbindungen und der Tatsache, daß sie ihre Macht dem Anfang 1979 erfolgten Eingreifen Vietnams verdankte, der antivietnamesischen Stimmung nicht entgegen, denn das wäre, so äußerte Ministerpräsident Hun Sen gegenüber einer thailändischen Zeitung ganz unverblümt, "politischer Selbstmord". (taz, 7.4.) Keine einzige der kambodschanischen Parteien verurteilte die zahlreichen Angriffe auf die vietnamesische Minderheit, bei denen seit 1992 mindestens 100 Menschen ermordet wurden.

FUNCINPEC und CCP

Aussichten auf den Wahlsieg hatten von vornherein nur zwei der zwanzig Parteien, nämlich die CCP sowie die FUNCINPEC (Nationale Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kambodscha), die durch einen Sohn von Prinz Sihanouk, Norodom Ranariddh, geleitet wird. Sihanouk selber gilt bei allen Parteien Kambodschas (einschließlich der Roten Khmer) als Integrationsfigur und genießt in der kambodschanischen Bevölkerung nach wie vor hohes Ansehen, obwohl er und die von ihm gegründete FUNCINPEC ab 1982 in einer Exil-Koalitionsregierung mit den Roten-Khmer-Massenmördern zusammengearbeitet hatte. Was ihm und seiner Partei aber einerseits als Makel angerechnet wird, kommt ihr andererseits auch wieder zugute: Sihanouk gilt als der Einzige, dem es gelingen könnte, die Roten Khmer aus ihrer Isolation herauszuholen und sie zur Aufgabe ihres bewaffneten Kampfes zu bewegen.

Auf Grund ihrer Identifizierung mit Sihanouk wird die FUNCINPEC häufig als monarchistisch bezeichnet; tatsächlich tritt sie jedoch für eine Präsidialdemokratie ein, deren Präsident zunächst einmal der siebzigjährige Sihanouk werden soll.

Die Kambodschanische Volkspartei (CCP) hieß bis zu einem außerordentlichen Parteitag im Oktober 1991, auf dem sie sich zu Marktwirtschaft, Rechtsstaat sowie Pluralismus bekannte und Hammer und Sichel aus ihrem Parteiemblem entfernte, Revolutionäre Volkspartei. (Sie war am 2.12.1978 unter dem Namen Nationale Einheitsfront Kampucheas für die nationale Rettung aus einer Minderheit der Kommunistischen Partei, deren Repräsentanten sich zuvor sowohl in Kambodscha als auch in Vietnam aufgehalten hatten, gegründet worden.) Aus zwei Gründen genießt sie wenig Ansehen. Zum einen auf Grund ihrer politischen Nähe zu Vietnam, zum anderen auf Grund des hohen Grades von Korruptheit ihrer Machthaber. Auffällig sind die vielen Wagen der Marke Mercedes, die in Phnom Penh mit Regierungs- oder Militärnummern durch die Gegend fahren. Lokale Regierungsbeamte vergeben aus eigener Machtbefugnis an thailändische oder japanische Kapitalisten Konzessionen zur Rodung des Urwaldes, staatliche Immobilien einschließlich Schulen und Kasernen wechseln von einem Tag auf den anderen in die Hände ausländischer Spekulanten, und ihre bisherigen Benutzer finden sich vor verschlossenen Türen wieder. In Katalogen sind Statuen aus der Tempelanlage von Angkor Wat abgebildet, die auf eine entsprechende Bestellung hin geklaut werden.

Trotz dieser Zustände kann die CCP auf eine beträchtliche Anhängerschaft zählen. Sie kann sowohl die 200.000 Mitglieder der Armee als auch das Heer der staatlichen Angestellten nebst Angehörigen zu ihrem Klientel rechnen. Auch dürfte die einige Hunderttausende zählende vietnamesische nationale Minderheit (genaue Zahlen gibt es nicht) zur Wählerschaft der Demokratischen Volkspartei zählen. Schließlich gilt die CCP zu Recht als die einzige Kraft, die zuverlässige Gewähr dafür bietet, daß die Roten Khmer nicht mehr entscheidend am politischen Leben des Landes beteiligt sein werden.

Neue Machtkämpfe

nach den Wahlen

Die FUNCINPEC ist mit 45,47 Prozent der Stimmen und 58 der 120 Sitze in der verfassungsgebenden Versammlung als Wahlsiegerin zunächst bis zur geplanten Verabschiedung der Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit im September auf eine Zusammenarbeit mit der CCP (51 Sitze) angewiesen. Doch auch danach, wenn sich die Versammlung in ein Parlament verwandelt und Präsident und Regierung bestimmt sind, dürfte das Land ohne die CCP vorerst nicht zu regieren sein. Schließlich sind sämtliche administrative Strukturen von den ehemaligen Kommunisten aufgebaut, ebenso die Armee, die der bisherige Ministerpräsident Hun Sen kürzlich als "Streitkräfte der Partei" und nicht als Organe des Staates bezeichnete. (taz, 7.6.93)

Daß zumindest Teile der CCP nicht auf Macht und Pfründe verzichten wollen, machte ein Sezessionsversuch kurz nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses klar: Unter dem (unbegründeten) Vorwurf des Wahlbetrugs spalteten sich am 10. Juni sieben östliche Provinzen unter Leitung zweier führender CCP-Kader ab und erklärten diese Gebiete für autonom. Den UNO-Truppen wurde verboten, das Gebiet zu betreten, FUNCINPEC-Mitglieder mußten fliehen. Wenn dieser Aufstandsversuch auch nach wenigen Tagen abgebrochen wurde (und sich die Verantwortlichen nach Vietnam absetzten, welches aber schon am 3. Juni die Wahlergebnisse anerkannt hatte), so bleiben Fragen, ob dies nicht ein koordiniertes Manöver war, da zur selben Zeit die kambodschanische Regierung die Anerkennung der Wahlergebnisse verweigerte - möglicherweise vor dem Hintergrund einer Erklärung von FUNCINPEC-Chef Ranariddh, der zuvor erklärt hatte, daß eine Koalition mit Hun Sen "für uns nicht in Frage kommt". (taz, 7.6.; siehe auch FR, 16.6.)

Zehn Tage später waren die Unstimmigkeiten jedoch beigelegt: Ranariddh und Hun Sen werden zunächst in der Übergangsregierung die Ministerien für Inneres und Verteidigung jeweils gemeinsam leiten, der Generalstabschef der Armee wird durch die CCP, sein Stellvertreter durch die FUNCINPEC gestellt, den Oberbefehl erhält Prinz Sihanouk. Selbst Prinz Chakrapong, der den Sezessionsversuch anführte, soll ein Ministerium erhalten. 10 Prozent der Ministerien sollen an die Buddhistische Partei von Son Sann gehen (SZ, 21.6.; ND, 19.6.), die 3,81 Prozent der Stimmen und zehn Sitze erhalten hat. Nach diesen Vereinbarungen erkannte die CCP das Wahlergebnis an. (Tagesspiegel, 22.6.)

Flankiert wurden die vorerst erfolgreichen Verhandlungen von einer Erklärung Sihanouks, er versichere dem Ausland, daß die Roten Khmer nicht an der neuen Regierung in Phnom Penh beteiligt würden. "Damit reagierte er auf eine Erklärung der US-Regierung, die ihren Widerstand angekündigt hatte." (FR, 18.6.) Zugleich lud er die Roten Khmer jedoch zu Gesprächen ein. Norodom Ranariddh unterstrich, daß die Rebellen nicht aus der "nationalen Gemeinschaft ausgegrenzt werden" dürften. (SZ, 30.6.)

Rätselhafte Rote Khmer

Deren Verhalten erscheint im Zusammenhang mit dem gesamten Wahlprozeß, wie oben dargestellt, sehr widersprüchlich. Diesbezüglich wurde spekuliert, ob sie für ernsthafte militärische Operationen zu schwach seien (darauf hatten etliche Beobachter auch vor den Wahlen gelegentlich hingewiesen) oder ob sie mit ihrer Zurückhaltung zusätzliche Stimmabgaben für die FUNCINPEC ermöglichen wollten. (Leider liegen uns keine detaillierten Wahlergebnisse aus den Provinzen vor, die aussagen würden, ob diese Taktik erfolgreich war.) Nach den Wahlen verhielten sie sich zunächst ruhig, um dann angesichts des Abspaltungsmanövers der östlichen Provinzen mit einer von Khieu Samphan über Rundfunk verlesenen Erklärung "an alle kambodschanischen Landsleute, alle Mitglieder der Streitkräfte, der Polizei oder der Verwaltung des Marionettenregimes in Phnom Penh" daran zu erinnern, von welchem Schlage sie sind: "Es ist Eure Aufgabe, Eure Waffen umzudrehen und gegen die Verräter Hun Sen ... (es folgen fünf weitere Namen, unter anderem der des Vorgängers von Hun Sen, des früheren Ministerpräsidenten Heng Samrin; Anm. ak) zu richten. Sie müssen auf der Stelle, ohne zu zögern getötet werden." (FR, 12.6.)

Nachdem Mitte Juni wiederum von vereinzelten Angriffen der Roten Khmer berichtet wurde, versicherte Khieu Samphan in einem Brief an Norodom Ranariddh, daß seine Organisation die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung nun akzeptieren werde. (SZ, 23.6.) Zwei Tage später kündigte Samphan auch seine baldige Rückkehr nach Phnom Penh an. Zugleich soll die CCP die Roten Khmer aufgefordert haben, ihre Streitkräfte in die reguläre Armee einzugliedern. (SZ, 25.6.) Von diesen gibt es erste Signale, daß sie dies tatsächlich vorhaben könnten. (SZ, 30.6.)

Sollte auf dem Verhandlungsweg eine Übereinkunft mit den Roten Khmer nicht zustande kommen (was angesichts der abgrundtiefen Feindschaft zwischen den zwei ehemaligen kommunistischen Flügeln Kambodschas der wahrscheinlichere Gang der Dinge ist), dann wird bis auf weiteres für Kambodscha das Problem Rote Khmer, die nach Schätzungen nur noch 12 bis 15.000, allerdings sehr gut ausgebildete Soldaten unter Waffen haben, bestehen bleiben. Zwar sind die früheren Völkermörder im Gegensatz zu den achtziger Jahren, als sie die Anerkennung der imperialistischen Staaten genossen, heute weitgehend isoliert. Ihr früherer Hauptunterstützer, die Volksrepublik China, will sich mittlerweile als regionale Ordnungsmacht präsentieren und ist inzwischen an einem guten Verhältnis zum ebenfalls noch realsozialistischen Vietnam interessiert. Nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens hatte China seine Unterstützung für die Roten Khmer eingestellt. In einer nochmaligen Erklärung des chinesischen Außenministeriums hieß es, daß China den Roten Khmer nicht beistehen werde, sollte in Kambodscha wieder Krieg ausbrechen. (FR, 23.4.93) Zuvor schon hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 9. März mit der Stimme Chinas seine Unterstützung und Anerkennung der Wahlen in Kambodscha auch nach der Absage der Roten Khmer erklärt. (SZ, 10.3.) Nichts machte den Bruch zwischen China und den Roten Khmer deutlicher als die Tötung zweier chinesischer UN-Soldaten durch die Roten Khmer im Mai (SZ, 24.5.) oder der gezielte Angriff der Pol-Pot-Soldaten auf den Stützpunkt eines chinesischen (UN-) Pionierbataillons. (taz, 6.5.)

Thailändisches Kapital plündert das Land aus

Doch ein wertvoller Verbündeter ist den einstigen Herren der "killing fields" geblieben. Als sie von der vietnamesischen Armee 1979 besiegt wurden, fanden die verbliebenen Truppen und ihre Führung Aufnahme jenseits der Grenze, beim USA-Bündnispartner Thailand. Diese Allianz besteht nach wie vor. Noch immer lebt der einstige "Bruder Nummer eins", der vormalige (und vermutlich bis heute faktische) Vorsitzende der Roten Khmer, Saloth Sar (bekannt als Pol Pot), auf einem thailändischen Luftwaffenstützpunkt nahe der Grenze.

Ganz offen ergreift Thailand Partei für seinen Verbündeten. Als der UN-Sicherheitsrat Anfang Dezember Wirtschaftssanktionen gegen die von den Roten Khmer kontrollierten Gebiete beschloß (die das Verbot der Lieferung von Erdöl bzw. Erdölprodukten in diese Gebiete bzw. den Bezug von Holz und Edelsteinen aus diesen Gebieten beinhaltete) sperrte Thailand den Flughafen von Bangkok für Versorgungsflüge der UNTAC nach Kambodscha (FAZ, FR, 2.12.93), und Thailands Außenminister schloß darüber hinaus die Stationierung von UN-Soldaten auf thailändischem Boden zur Überwachung des Embargos kategorisch aus. Als im Februar dieses Jahres 80 von den Roten Khmer gefangen gehaltenen kambodschanischen Regierungssoldaten die Flucht nach Thailand gelang, wurden 59 von ihnen, denen die thailändische Armee habhaft geworden war, schon wenige Stunden später an die Roten Khmer zurückübergeben. (Guardian, 7.5.) Jüngst lehnte Thailand das Ersuchen der USA ab, Erkundungsflüge an der kambodschanischen Grenze durchzuführen, um die Aktivitäten der Roten Khmer zu beobachten. "Der Chef des Nationalen Sicherheitsrates in Bangkok warf den USA Einmischung in die inneren Angelegenheiten Thailands und Kambodschas vor. Washington versuche, die Roten Khmer mit allen Mitteln aus einer kambodschanischen Regierung herauszuhalten; dazu habe es aber kein Recht." (SZ, 21.6.)

Die derzeitige Basis der stabilen Allianz zwischen Thailand und den Roten Khmer sind die umfangreichen Geschäfte, die thailändische Firmen (und mit ihnen verbundene thailändische Militärs) mit den Roten Khmer abgeschlossen haben. Diese haben laut einer Untersuchung des thailändischen Geheimdienstes an 16 Holzverarbeitungsfirmen (darunter einer staatlichen) Konzessionen zur Abholzung des Tropenwaldes in den von ihnen kontrollierten Zonen vergeben. Die ersten Genehmigungen wurden bereits 1989 vergeben, der Großteil jedoch Anfang 1992, kurz nachdem die VR China ihre Unterstützung eingestellt hatte. Die Verträge haben eine Dauer von drei bis fünf Jahren und werden den Roten Khmer Einnahmen von mehr als einer Milliarde US-Dollar bescheren. Ihre gegenwärtigen monatlichen Einnahmen aus den Holzeinschlagsgeschäften werden in dem Bericht mit 8 Millionen Dollar veranschlagt. (Dies beschert Kambodscha, zusammen mit den von der Regierung in Phnom Penh vergebenen Konzessionen, die einen noch größeren Umfang haben, dem Land eine der gegenwärtig höchsten Waldvernichtungsraten der Welt.) Hinzu kommt eine schätzungsweise gleich hohe Summe noch einmal aus den Schürfrechten, die die Roten Khmer für die Edelsteingebiete um die Grenzstadt Pailin vergeben haben. (Far Eastern..., 21.1.93 und 12.11.92)

Entsprechend dem Ausmaß der Geschäfte sind natürlich auch die Investitionen, die die thailändischen Kapitalisten in technisches Gerät und zum Teil in die Infrastruktur getätigt haben und die nun ihrer Realisierung

harren. Da die thailändischen Militärs, die ohnehin als die eigentlichen Machthaber des Landes gelten, zugleich durch von ihnen abkassierte Einfuhrzölle oder über Beteiligung an diesen Firmen kräftig mitverdienen, dürfte die Erklärung der Regierung, sie werde sich am UN-Embargo gegen die von den Roten Khmer kontrollierten Zonen beteiligen, von geringer Wirkung sein. Sie wurde auch vom thailändischen Außenminister zugleich mit dem Hinweis relativiert, daß die 725 km lange Grenze zu Kambodscha schwer zu überwachen sei.

Vorläufiges Resumee

Der größte Skandal der den Trikontländern mit sozialistischer Orientierung im Zuge des Rückzugs der Sowjetunion aus der Dritten Welt aufgenötigten "Friedens"abkommen bestand darin, daß diese gezwungen wurden, sich mit Massenmördern an einen Tisch zu setzen und diese, jeweils ausgewiesene Schlächter ihrer eigenen Völker, als gleichberechtigte "Konfliktpartei" zu akzeptieren hatten. Im Falle Kambodschas war der von den imperialistischen Staaten gezogene Rahmen noch gnadenloser: Während die Roten Khmer nach ihrer Vertreibung zunächst als rechtmäßige Regierung mit Sitz und Stimme in der UNO anerkannt wurden und auch ab 1982 als Teil einer erweiterten Exilregierung internationale Reputation erfuhren, blieb die von der Revolutionären Volkspartei gebildete Regierung eine international geächtete Außenseiterin selbst dann noch, als deutlich wurde, daß sie auch ohne die Vietnamesen in der Lage ist, das Land zu regieren und zu verteidigen.

Daß die Roten Khmer mit dem von ihren westlichen Unterstützern organisierten Arrangement nicht klar kamen und sie sich ins politische Abseits manövriert haben, mag auf den ersten Blick als List der Vernunft erscheinen. (Analoges ließe sich von Angola sagen.) Doch der Preis ist für die betroffenen Gesellschaften jeweils zu hoch. Zum einen wurden die regierenden sozialistischen Parteien zur ideologischen Abdankung gezwungen. Vor allem aber sind es (in Kambodscha) die Folgen des milliardenschweren UNO-Einsatzes und der wirtschaftlichen Öffnung, die die Wirtschaft und zum Teil auch die Gesellschaft des Landes völlig aus dem Lot gebracht haben. (Auf diesen Aspekt konnte in diesem Artikel nicht eingegangen werden.) Ein völliger wirtschaftlicher Zusammenbruch nach dem Abzug der UNO-Truppen und des Ausbleibens ihrer Dollars ist zu befürchten. Die jetzt möglich werdende Übereinkunft zwischen den Kräften um Prinz Sihanouk und der Volkspartei hätte sich unter Umständen schon vor einigen Jahren herstellen lassen (etwa 1987, als es zu einem Treffen von Sihanouk und Hun Sen kam, das jedoch von den USA und China durch entsprechenden Druck auf den ersteren massiv behindert wurde) - ob mit oder ohne Wahlen, vor allem aber ohne ausländische Einmischung und UN-Friedenskontingente.

J./Westberlin

19. Offener Brief: Freundeskreis kritisiert Hinhaltetaktik der Bundesregierung zu Stefan Waldberg

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:30

Seit acht Monaten ist Stephan Waldberg, Mitarbeiter und Journalist bei Radio Dreyeckland (Freiburg), in der Türkei inhaftiert. Das Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir verurteilte Stephan Waldberg am 22.1.1993 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten unter dem Vorwand der "Kuriertätigkeit für die PKK". Der eingelegte Revisionsantrag wurde am 28.4.1993 vom Kassationsgericht in Ankara zurückgewiesen und das Urteil für rechtskräftig erklärt. Zwischenzeitlich ist Stephan Waldberg gegen seinen Willen von Diyarbakir nach Buça bei Izmir verlegt worden. Seit seiner Inhaftierung folgten der "konsularischen Betreuung" seitens der Bundesregierung nur leere Versprechungen.

Am 29. April ist die Botschaft in Ankara vom türkischen Justizministerium informiert worden, daß die Haftverbüßung bei "guter Führung" auf 42% reduziert werden soll. Stephan Waldberg wurde dies auch mitgeteilt. Bereits am 14. Mai 1993, fünf Tage vor dem Türkei-Besuch von Bundeskanzler Kohl, unterrichtete das türkische Justizministerium die deutsche Botschaft, daß ihnen ein "peinlicher Irrtum" unterlaufen sei, die Mindesthaft betrage 75% der Gesamtstrafe (Freilassung frühstens im August 1995). Die Information wurde demnach über die Tage, an denen sich Bundeskanzler Kohl in der Türkei aufhielt, absichtlich vor der Öffentlichkeit verschwiegen, um die "entspannte Atmosphäre" nicht durch kritische Fragen von Journalisten zu stören und einen Optimismus zu verbreiten, der auf eine baldige Lösung hoffen ließ. Dabei wurde genausowenig wie die Verletzung der Menschenrechte die Verfolgung von kritischem Journalismus zum Thema gemacht.

Der Bundeskanzler teilte in Ankara mit, daß Experten beider Seiten bald die Frage einer Rückkehr nach Deutschland prüfen werden. Vor der Presse wurde der Eindruck erweckt, daß eine baldige Freilassung bevorsteht. Mittlerweile scheint Bundeskanzler Kohl keinen Handlungsbedarf zu sehen. Eine "Expertengruppe" des Außenministeriums würde Lösungsvorschläge ausarbeiten, und das kann dauern. Benötigte sie schon vier Wochen, um sich zu treffen, so wurde noch kein definitiver Termin genannt. Und wie lange sich die "wohlwollende Überprüfung" dieser Vorschläge seitens türkischer Stellen hinziehen wird, ist ebenso offen. Eine Klarheit, die während des Kohlbesuches vorgetäuscht wurde, besteht nicht. Und treffen sich nicht üblicherweise solche vorbereitenden Expertengruppen vor den Treffen von Spitzenpolitikern?`

Von Anfang an betrieben die mit dem Fall befaßten Stellen eine beschwichtigende Informationspolitik und versuchten immer wieder den Eindruck zu erwecken, eine Freilassung stehe unmittelbar bevor. Auf eine Bundestagsanfrage am 14.1.1993 zu dem bevorstehenden dritten Prozeßtermin antwortete Staatsministerin Seiler-Albring: "Ich möchte hier sehr nachdrücklich betonen, daß die deutsche Bundesregierung erwartet, daß Stephan Waldberg nacht dem morgigen Tag unverzüglich in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen kann." Mehrfach betonte Hans Stercken, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, daß der Fall Stephan Waldberg bis zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Türkei vom Tisch sei.

Was deutschen Diplomaten und Politikern scheinbar unmöglich ist, vermag offenkundig die britische Diplomatie. Am 14.5.1993 wurde der britische Journalist Andrew Norman Penny bei seiner Einreise aus dem Nordirak/Südkurdistan festgenommen. Auch er wurde genau wie Stephan Waldberg der "Unterstützung und Kuriertätigkeit für die PKK" beschuldigt und in das Gefängnis von Silopi gebracht. Elf Tage später, am 25.5.1993, wurde Penny aufgrund des starken Druckes der britischen Botschaft und des Außenministeriums freigelassen und konnte nach England zurückkehren. Dieses und andere Beispiele zeigen, daß es der deutschen Diplomatie möglich sein muß, Stephan Waldbergs sofortige Freilassung zu erwirken.

Unterschriftenaktion:

Wir fordern die sofortige Freilassung von Stephan Waldberg!

Bitte schicken an: Freundeskreis Stephan Waldberg, c/o Bannwarth, Schulstr. 4, 79297 Winden

20. Palästinensische Zukunft hinterm Drahtverhau Ein Jahr israelische Friedenspolitik

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:40

Mit dem Versprechen, die "Reihenfolge der nationalen Prioritäten" zu ändern, errang die von Jitzchak Rabin geführte Arbeitspartei vor einem Jahr den Wahlsieg über Jitzchak Schamirs Likud. Der Likud hatte Staatsausgaben und Außenpolitik zunehmend ideologischen Kriterien unterworfen, die hohe Arbeitslosigkeit, die mit der Masseneinwanderung von Juden aus der UdSSR verbundenen Probleme und die rasante Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung jedoch ignoriert. Zudem hatte Schamir mit einer hektisch betriebenen Siedlungspolitik die USA in eine Lage gebracht, in der sie des äußeren Anscheins wegen den versprochenen und von Israel dringendst benötigten Zehn-Milliarden-Dollar-Kredit einfrieren mußten.

"Jitzchak folgt Jitzchak" kommentierten wir seinerzeit den Wechsel der Geschäftsführung und signalisierten damit unsere ganz erhebliche Skepsis gegenüber der Ankündigung Rabins, innerhalb eines Jahres (auch) eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts erreicht zu haben. Allerdings war schon die Ausgangslage für die von der Arbeitspartei geführte Regierungskoalition denkbar schlecht: Selbst die knappe Mehrheit für die die Regierungskoalition bildenden Parteien war nur dadurch zustande gekommen, daß die mit vielen Klein- und Kleinstparteien kandidierende Rechte auf Grund der erhöhten Sperrklausel 65.000 Stimmen (gleich ein bis zwei Parlamentssitzen) verloren hatte. Die Anhänger des Likud und die rechtsextremen Siedlerorganisationen, die jetzt im Juni mehrere Tage lang unter der Parole "Rabin hat kein Mandat" (für territoriale Kompromisse) durch Jerusalems Straßen zogen, drücken nur aus, daß es während der letztjährigen Wahlen und erst recht heute keine Mehrheit in der jüdisch-israelischen Bevölkerung gibt, die eine seriöse Friedensregelung zwischen Israeli und Palästinensern und einen Rückzug auch nur von Teilen der Golan-Höhen unterstützen würde.

Rabins Wahlkampf war ohnehin auf diese Gemütslage abgestimmt. Wo ein großer Teil der kompromißbereiten jüdischen Israeli und die ausländische Presse nur "Siedlungsstopp" hörten, hatte Rabin tatsächlich klargestellt, daß er zwar "Sentiments", aber "keinen einzigen Zentimeter Sicherheit" aufgeben wolle: Eingestellt werden solle die Unterstützung "politischer Siedlungen", die "sicherheitsrelevanten Siedlungen" jedoch sollten ausgebaut werden. Dies Versprechen reichte der US-Regierung, den 10-Milliarden-Dollar-Kredit, den sie zurückgehalten hatte, weil Schamir nicht einmal so tun wollte, als ob der Siedlungsbau in den besetzten Gebieten ein wenig verlangsamt würde, alsbald nach Rabins Regierungsantritt mit einer ersten Rate auszuzahlen.

Siedlungen

Schon im Sommer 92 war absehbar, daß auch der Bau "politischer Siedlungen" nur geringen Beschränkungen unterworfen sein würde. Offiziell verlautete, daß 6.600 Bauvorhaben, die sich zum größten Teil erst im Planungsstadium befanden, aufgegeben worden seien; fortgesetzt werde der bereits begonnene Bau von 10.000-11.000 Wohnungen bzw. Häusern auf der Westbank und "im Raum Jerusalem" - womit hier ebenfalls die Westbank gemeint ist.

Der israelische Wissenschaftler und Publizist Israel Shahak, ein außerordentlich scharfer Kritiker israelischer Regierungspolitik, urteilt heute, die Arbeitspartei wolle palästinensische "Enklaven" in den besetzten Gebieten schaffen. Rabins Politik unterscheide sich von der Schamirs nur dadurch, daß sie in stärkerem Maße auf Täuschungsmanöver zurückgreife und effektiver sei. Die Siedlungspolitik der Arbeitspartei gehe lediglich von größeren Enklaven aus, als Scharon sie im August vergangenen Jahres propagiert hatte: Einteilung der Westbank in sieben, des Gazastreifens in vier "autonome Enklaven", die zusammen 15% der Fläche der besetzten Gebiete umfassen. "Die Arbeitspartei plant für die Westbank vier ‚Enklaven`: zwei in ‚Samaria` und zwei in ‚Judäa` (d.h. nördlich und südlich von Jerusalem) und lediglich zwei im Gazastreifen." Die Jerusalem-Politik der Arbeitspartei weiche kaum von der Scharons ab, schon jetzt sei das gesamte Gebiet um Jerusalem herum, von den Außenbezirken Ramallahs bis zu den Grenzen Bethlehems, in ein "Groß-Jerusalem" verwandelt.

Shahaks allgemeine Feststellungen werden von den Daten bestätigt, die von der "Arab Studies Society" (Ostjerusalem) über Enteignungen in den besetzten Gebieten erhoben worden sind. (Der Bericht bezieht sich

allerdings auf das ganze Jahr 1992, in dessen erster Hälfte noch die Likud-Regierung die Geschäfte geführt hatte.) 1992 wurden ca. 53.000 Dunum (1 Dunum = 1000 qm) palästinensischen Landes von den Besatzerbehörden konfisziert. Ein Drittel dieser Fläche wurde direkt für den Bau oder die Erweiterung von Siedlungen benutzt. Damit wurde in diesem einen Jahr ebensoviel Land für den Siedlungsbau beschlagnahmt wie in den ersten vier Jahren der Intifada insgesamt. 1992 sind fünf neue Siedlungen errichtet und 43 bestehende erweitert worden. Der Schwerpunkt der Vergrößerung von Siedlungen liegt nach den Feststellungen der "Arab Studies Society" vorwiegend in den Gebieten, die für die Anlage "sicherheitsrelevanter" (grenznaher) Siedlungen nicht in Frage kommen, wie z.B. in den auf der Westbank gelegenen Einzugsbereichen von Jerusalem und Tel Aviv.

Die Kreditvergabe der USA an Israel war an die Bedingung gebunden, einen zumindest befristeten Siedlungsstopp vorzunehmen - was die Rabin-Regierung für sich in die Aufforderung übersetzt hat, den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten nicht wie Schamir auch noch marktschreierisch zu betreiben. Tatsächlich ist die erste Rate in Höhe von zwei Milliarden Dollar überwiesen worden, heißt es in einer Untersuchung der Organisation der Quäker im Nahen Osten, "ohne Bedingungen daran zu knüpfen, und es wurde kein formaler Mechanismus geschaffen, um die Verwendung des Geldes zu überwachen - sonst ein normaler Vorgang für jeden Empfänger von US-Hilfe." Statt dessen sollte die israelische Regierung "die USA weiterhin informieren". Eine formlose Überwachung der Kreditverwendung werde dadurch behindert, daß offizielle israelische Quellen Ausgaben in den besetzten Gebieten nicht gesondert aufführen.

Aus einem Bericht, der im März 93 von der "Foundation for Middle East Peace" (Washington) veröffentlicht wurde, geht zudem hervor, daß auch die Kosten für die offiziell zugegebenen weiteren Bautätigkeiten in den besetzten Gebieten weder von der Kreditgarantie abgezogen noch sonstwie von den USA geahndet werden. Dies bezieht sich auf die 10.000-11.000 Wohneinheiten, mit deren Bau (tatsächlich oder angeblich?) zur Zeit des Regierungsantritts der Arbeitspartei bereits begonnen worden war und auf die Anlage von Straßen in den besetzten Gebieten, die eindeutig nur der Verbesserung der Infrastruktur der Siedlungen bzw. sonstigen strategischen Zwecken dienen. In Ostjerusalem und auf den Golanhöhen seien Anfang dieses Jahres 6000 bzw. 1000 neue Wohneinheiten im Bau gewesen. Des weiteren werde die Regierungsunterstützung für private Bauvorhaben in den besetzten Gebieten bis 1994 nicht geahndet. Der Bericht schließt mit der Feststellung, "daß Rabin die größte Ausweitung des Siedlungsbaus in der Geschichte betreiben wird, ohne Auflagen aus Washington befürchten zu müssen."

Frieden

Innerhalb eines Jahres, hatte Rabin bei seinem Regierungsantritt versprochen, werde der israelisch-palästinensische Konflikt gelöst sein. Kritische Geister haben dies zwar mit einiger Skepsis aufgenommen, konnten sich aber dennoch kaum vorstellen, was Rabin binnen kurzer Zeit alles zur "Lösung" dieses Konflikts einfallen würde.

Ein häufig angewandtes Mittel der "Terrorbekämpfung" war bis zum Juli letzten Jahres die Sprengung oder Versiegelung von Häusern, in denen "Terroristen" oder deren Familien leben. Seit dieser Zeit, also seit dem Regierungsantritt der Rabin-Regierung, ist dieses Vorgehen wesentlich verschärft worden. Einzelne Häuser oder auch Häuserblocks, in denen sich - angeblich oder tatsächlich - gesuchte Personen aufhalten, werden in den frühen Morgenstunden von Militär umzingelt, die Bewohner zum Verlassen ihrer Wohnungen aufgefordert und festgehalten, die Häuser anschließend mit Panzerabwehrraketen beschossen, teilweise zerstört oder gänzlich in einen Trümmerhaufen verwandelt. Diese Methode wurde vom Juli 92 bis zum Mai 93 im Gazastreifen mindestens sechsundzwanzig und auf der Westbank vier Mal angewandt. Sieben Palästinenser wurden dabei getötet, einige unter den Trümmern der Häuser aufgefunden, und fünf verhaftet. 43 Häuser sind durch die Beschießung unbewohnbar geworden, 147 beschädigt; 400 Personen wurden obdachlos. In dem Ende Mai von amnesty international veröffentlichten Bericht über die besetzten Gebiete heißt es, "daß das Ausmaß der Zerstörungen zu der Vermutung Anlaß gibt, daß eines der Ziele, wenn nicht das Hauptziel dieser Aktionen eine kollektive Bestrafung der Bewohner ist. Diese Vermutung wird dadurch bekräftigt, daß zumindest in einigen Fällen die Häuser von innen in die Luft gesprengt wurden, nachdem die Soldaten die Durchsuchung beendet hatten."

Die Ergebnislosigkeit der sog. Friedensgespräche vergrößerte die Verzweiflung der Bewohner der besetzten Gebiete und stärkte zugleich die Gegner der Verhandlungen und deren Bereitschaft zu - auch bewaffnetem -

Widerstand und Angriff. 1991 war 297 Mal Schußwaffeneinsatz durch Palästinenser registriert worden, 1992 war es 508 Mal; in den ersten drei Monaten von 1993 soll sich diese Zahl im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mindestens verdoppelt haben. Auf dieser Ebene ist die israelische Besatzungsmacht den palästinensischen Kämpfern jedoch weit überlegen.

Seit der Massenverbannung im Dezember sind bis Ende Mai über 100 PalästinenserInnen von den israelischen Streitkräften erschossen worden, mindestens 70 davon im Gazastreifen. 34 der Erschossenen waren jünger als 16, davon zwölf jünger als 13 Jahre. (Nach einer Aufstellung der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem sind vom Beginn der Intifada im Dezember 87 bis Mitte Mai 93 insgesamt 122 Kinder bzw. Jugendliche im Alter bis zu 16 Jahren getötet worden, 30 von ihnen waren jünger als 13 Jahre.) Amnesty international ist in dem zitierten Bericht "der Auffassung, daß viele dieser Tötungen nicht zu rechtfertigen sind und daß man einige als willkürliche Exekutionen auffassen muß, für die jede rechtliche Grundlage fehlt." Auch B'tselem kommt in einem Bericht vom Anfang dieses Jahres zu dem Ergebnis, daß "zwei Drittel der Tötungen während der letzten sechs Monate unter der Regierung Rabins in (für die Soldaten - Anm. ak) nicht lebensbedrohlichen Situationen vorgekommen sind", während dies während der letzten sechs Monate der Schamir-Regierung lediglich auf die Hälfte der Erschießungen zuträfe.

Nachdem in der ersten Dezemberhälfte vier Soldaten erschossen und ein Grenzschutzpolizist in Israel selbst gekidnappt und anschließend ermordet worden war, wurden in den besetzten Gebieten 1600 Palästinenser, die der Islamischen Widerstandsorganisation (Hamas) oder anderen islamistischen Gruppen zugerechnet wurden, festgenommen. 413 wurden von ihnen in das "Niemandsland" zwischen der von Israel im Libanon beanspruchten "Sicherheitszone" und dem souveränen Libanon verbannt. Belegbare Verdachtsmomente für die Teilnahme oder sonstige Verantwortlichkeit an Anschlägen oder der Entführung des Grenzschutzpolizisten lagen bei keinem der 413 vor. Gleichwohl urteilte das Oberste Gericht Israels Ende Januar, die Verbannung sei zwar nicht ganz legal, aber auch nicht illegal gewesen.

Mit der Verbannung, ließ die israelische Regierung verlauten, solle "der Terror beendet" werden. Rabin bezeichnete diese Maßnahme als "Wahl zwischen Frieden und Hamas", und die Minister der Koalitionspartei Meretz assistierten von "links": Es habe gegolten, die Position der PLO gegenüber der Hamas zu stärken. Voraussehbar wurde jedoch weder "der Terror beendet" noch die PLO "gestärkt". Vielmehr wuchs das Ansehen der Hamas durch die israelische Aktion, und die Bevölkerung in den besetzten Gebieten solidarisierte sich mit den Verbannten, deren Schicksal sie an die Erfahrung mehrerer Generationen mit der Vertreibung erst im israelisch-arabischen Krieg 1948/49, dann wiederum im Juni-Krieg 1967 und vielen Einzelverbannungen seither gemahnte. Und während es sich vor der Verbannungsaktion vorwiegend um Angriffe auf Soldaten, Polizisten und Siedler gehandelt hatte, nahm der "Terror" nun nicht etwa ab, sondern vermehrte sich, hatte immer häufiger Zivilisten zum Ziel. Die jungen Militanten waren, wie religiöse Führer der Muslime gewarnt hatten, in Abwesenheit ihrer Führung "unkontrollierbar" geworden. Insgesamt wurden zwischen Dezember und Mitte März etwa fünfzehn Israeli von Palästinensern getötet.

Abriegelung

Nachdem Ende März erneut ein Siedler im Gazastreifen und zwei Polizisten in (West-)Jerusalem tot aufgefunden worden waren, wurden Westbank und Gazastreifen total gegen Israel abgeriegelt, galt es doch wiederum, "den Terror zu beenden". Das fällige Eingeständnis, daß die Verbannungstaktik der Rabin-Regierung nicht nur völlig wirkungslos, sondern im Gegenteil die Situation noch erheblich verschlimmert hatte, blieb allerdings ebenso aus wie die überfällige und mit einiger Wahrscheinlichkeit zur Befriedung beitragende Konsequenz, die Verbannten zurückkehren zu lassen. Ausgerechnet von einem führenden Likud-Parlamentarier hatte sich Rabin - als er die fatale Aktion durch die Rückkehrerlaubnis für erstmal hundert der Verbannten scheibchenweise revidieren wollte - sagen lassen müssen: "Entweder war es falsch, vierhundert Palästinenser zu deportieren, oder es ist falsch, hundert von ihnen zurückzubringen, am wahrscheinlichsten ist beides falsch. Tatsächlich hat der Likud niemals Massendeportationen durchgeführt, und wir hatten unsere Gründe."

Westbank und Gazastreifen sind seit nunmehr über drei Monaten abgeriegelt. Es handelt sich damit um die längste Abtrennung dieser Gebiete seit Beginn der Intifada, die Lage der großen Mehrheit der Palästinenser ist katastrophal. Seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre sind die besetzten Gebiete von Israel in eine immer stärkere Abhängigkeit gebracht worden. Da die palästinensische Landwirtschaft u.a. durch Landenteignungen

und die Inanspruchnahme des größten Teils des Wassers der Westbank immer stärkeren Behinderungen ausgesetzt war und der Aufbau einer palästinensischen Wirtschaft verhindert wurde, um Israel einen Absatzmarkt für die eigenen Produkte zu sichern, war ein großer Teil der palästinensischen Arbeitskräfte auf Arbeitsplätze in Israel angewiesen. Bestimmte - insbesondere körperlich schwere, dreckige und schlecht bezahlte - Arbeiten galten in Israel bald als "arabische Arbeit". An dem Umstand, daß Palästinenser in der israelischen Bau- und Landwirtschaft unverzichtbar geworden waren, scheiterte in den Jahren der Intifada bisher auch jede Absicht, die besetzten Gebiete längerfristig abzuriegeln, da damit auch die begehrten palästinensischen Arbeitskräfte wegblieben. (Die jetzt wieder aufgekommene Debatte, daß der technologische Rückstand in einigen Bereichen der israelischen Wirtschaft aus der Verfügbarkeit von Arbeitskräften resultiere, die zu entlohnen billiger sei als die Anschaffung oder Modernisierung von Maschinen, wurde schon 1989 - ergebnislos - geführt, als die palästinensischen Arbeiter aus dem Gazastreifen einige Zeit aus Israel ausgesperrt waren.)

Eine Woche nach Beginn der Totalabriegelung wurde 7000 und Ende Mai knapp 40.000 palästinensischen Arbeitern - sofern sie älter sind als 25 Jahre, verheiratet sind und Kinder haben - die Einreise zur Arbeit nach Israel gestattet. Dies gründet jedoch nicht im geringsten in humanen Anwandlungen der Regierung, sondern ist das Ergebnis massiver Proteste der israelischen Land- und Bauwirtschaft, die aufgrund der Aussperrung ihrer palästinensischen Arbeiter Verluste in Millionenhöhe hinnehmen mußte: Die Ernte verrottete auf den Feldern und in den Treibhäusern, die Arbeit auf den Baustellen kam nicht voran, womit die Gefahr einherging, das israelische Fachpersonal auf den Baustellen entlassen zu müssen. Der Verband der israelischen Bauunternehmer drohte schließlich mit der Stillegung aller Baustellen des Landes, wenn nicht einer ausreichend hohen Anzahl palästinensischer Arbeiter die Einreise nach Israel erlaubt würde.

Jüdische Israeli sind ungeachtet einer sehr hohen Arbeitslosigkeit in aller Regel selbst dann nicht bereit, "arabische Arbeit" zu übernehmen, wenn, wie jüngst versucht, mit einer staatlichen Zusatzprämie von umgerechnet 700 Mark gelockt wird. Und wo sie es dennoch tun, ist das Ergebnis erbärmlich. Ein Treibhausbesitzer aus Gusch Katif, einer Siedlung im Gazastreifen, klagte: "Die vier Arbeiter, die mir das Arbeitsamt sandte, haben heute 78 Kilo Gemüse gepflückt. Eine arabische Frau, die gewöhnlich in meinem Treibhaus arbeitet, kann 150 Kilo pflücken, doppelt soviel wie vier Juden."

Um aus dieser selbstgeschaffenen Abhängigkeit von "arabischer Arbeit" herauszukommen, sollen zusätzlich zu den einigen Tausend Philippinos, die - größtenteils mit Arbeitserlaubnis - bereits in Israel jobben, auf Verlangen von Bauunternehmern und Landwirten noch mehrere tausend "Gastarbeiter" - vorzugsweise als "arbeitsfreudig" geltende Thailänder - angeworben werden. Erwogen wird auch eine Kürzung des Militärdienstes um sechs Monate für junge Männer, die sich bereit erklären, in der Bau- oder Landwirtschaft zu arbeiten. Und für Mitte April war das erste Flugzeug mit Freiwilligen aus den USA ("Volunteers for Israel") erwartet worden, die - eine schon bizarre Idee - die "arabische Arbeit" verrichten sollen.

Verglichen mit der Lage, in die die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch die Abriegelung versetzt worden ist, sind die - zumal selbstverschuldeten - Probleme der israelischen Wirtschaft jedoch unbedeutend. Für alle Bewohner der besetzten Gebiete sei "die Absperrung mit menschlichem Elend und wirtschaftlicher Not gleichzusetzen", urteilte schon wenige Tage nach der Abriegelung der Korrespondent einer Schweizer Zeitung. Die Einwohner des Gazastreifens sind in besonderem Maße betroffen, beträgt ihr jährliches Durchschnittseinkommen doch nur 720 Dollar (in Israel 11.000 Dollar), und die Lebensverhältnisse in diesem Gebiet sind auch ohne Abriegelung so katastrophal, daß z.B. die dortige Kindersterblichkeit fünfmal so hoch ist wie in Israel. Überdies leiden einer UNO-Studie zufolge 35% aller Gazaeinwohner an psychischen Störungen wie Depressionen oder Angstzuständen.

Mit 56 Straßensperren entlang der "Grünen Linie" (den ursprünglichen Grenzen zwischen Westbank bzw. Gazastreifen und Israel) sind die besetzten Gebiete in kleine Regionen aufgesplittert worden, Ost-Jerusalem ist zu einer isolierten Enklave geworden. Alle Zugänge aus den umliegenden Dörfern nach Jerusalem sind blockiert. Bewohner, die ohne behördliche Erlaubnis in Jerusalem angetroffen werden, werden zu Haft- oder erheblichen Geldstrafen verurteilt. Die Busse zwischen Bethlehem und Ramallah durchqueren Ost-Jerusalem als gleichsam "versiegelte Transporte". Selbst für den Besuch medizinischer Einrichtungen in Ost- Jerusalem müssen Sondergenehmigungen eingeholt werden.

Der Wirtschaftsverkehr ist aufs schwerste behindert. Besonders betroffen sind die Landwirte, die ihre Erzeugnisse kaum noch innerhalb der besetzten Gebiete absetzen oder - was eine wesentliche Einnahmequelle war - in Ostjerusalem oder an israelische Händler verkaufen können. Die größte betroffene Gruppe sind die rund 120.000 palästinensischen Arbeiter, die mit Arbeitserlaubnis oder "illegal" in Israel tätig waren, und ihre von ihnen abhängigen Familien. Die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten hat nun schätzungsweise 75 Prozent erreicht. Die Nahrungsmittel sind knapp geworden, die medizinische Versorgung ist zum Teil zum Erliegen gekommen. Krankenhäuser in Hebron hatten zeitweise kein Filmmaterial mehr für Röntgengeräte und keinen Sauerstoff.

Es werden permanent Razzien durchgeführt, um, wie ein Militärkommandeur sagte, "die Abschreckungskraft der Armee aufrechtzuerhalten". Die männlichen Einwohner werden zusammengetrieben und einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen. Zusätzlich zur Abriegelung unterliegen die Bewohner des Gazastreifens einer am frühen Abend in Kraft tretenden Ausgangssperre.

Zu alledem sind die Maßnahmen der Aufstandsunterdrückung und der Kollektivbestrafungen unter Bedingungen, unter denen auch jederzeit den Medien - sofern sie überhaupt noch an einer Berichterstattung interessiert sind - der Zugang zu den Orten militärischen Wirkens versagt werden kann, der Aufmerksamkeit einer kritischen Öffentlichkeit noch weiter entzogen, als es bisher der Fall war. Rapide wirtschaftliche Verelendung bis hin zu einer Situation, in der Teile der Bevölkerung schon Hunger leiden müssen, sind kaum ein Thema der Medien, die gerade noch über massive Militäraktionen - wie die Beschießung mit Panzerabwehrraketen an fünf Stellen des Gazastreifens an einem einzigen Tag oder die Liquidation von vier Fatah-Angehörigen im ihrem Wagen - berichten.

Die verbannten 400 Palästinenser, die allmählich in Vergessenheit gerieten, versuchten Mitte April, mit einem Marsch zur israelischen Kontrollstelle in der "Sicherheitszone" auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Israelische Panzer und Artillerie feuerten mehr als zwanzig Salven ab, um die - unbewaffneten! - Verbannten aufzuhalten. Einige der Granaten schlugen nur fünfzig bis hundert Meter entfernt von den Marschierenden ein, die sich schließlich rund zweihundert Meter vor der israelischen Sperre auf der Straße niederließen und sich später zurückzogen.

Anfang Juni gab Rabin bekannt, daß in einer zehntägigen Verhaftungsaktion 124 "islamische Fundamentalisten" (oder, wie es an anderer Stelle heißt: "Kommando-Angehörige" des militärischen Flügels der Hamas, As Addin el-Kassem) ergriffen worden seien. Darunter befänden sich vier Mitglieder einer "Zelle", die der Ermordung des im Dezember 92 gekidnappten Grenzpolizisten, zweier Verkehrspolizisten und weiterer Anschläge beschuldigt werden. In der Wohnung eines der Beschuldigten seien die Ausweise der drei Ermordeten, Polizeihandschellen etc. gefunden worden, und in einem Versteck, das die Beschuldigten preisgegeben hätten, die Pistolen der Polizisten. Die Rechtfertigung der Abriegelung, die Rabin vorbrachte, ist in diesem Zusammenhang allerdings nicht sehr schlüssig. Denn die Palästinenser, denen die Morde zur Last gelegt werden, sind keine Bewohner der (abgeriegelten) besetzten Gebiete, sondern Einwohner Jerusalems; sie fuhren daher einen Wagen mit israelischen Nummernschildern, mit dem sie - anders als die Bewohner von Gazastreifen und Westbank, deren Wagen andersfarbige Kennzeichen tragen - ungehindert die israelischen Straßensperren passieren konnten.

Schon zu der Zeit, als die Massenverbannung ausgeführt worden war, war offensichtlich, daß keinem der Verbannten eine Beteiligung oder sonstige Verantwortung für die Ermordung des Grenzpolizisten, die zum Anlaß der Verbannung genommen worden war, nachgewiesen werden konnte - denn bei Vorliegen selbst sehr unzureichender Beweise hat Israel noch nie einen Palästinenser, auch nicht in die Verbannung, entkommen lassen. Wo nun selbst die israelische Regierung nicht mehr behaupten könnte, die Verbannten hätten etwas mit der Ermordung des Grenzpolizisten zu tun, da die Täter nach regierungsamtlicher Darstellung ergriffen sind, wäre der nächstliegende Schritt gewesen, die Verbannten endlich an ihre Heimatorte zurückkehren zu lassen. Aber es ist offensichtlich Bestandteil israelischer Friedenspolitik, vor Unbewaffneten Panzer aufzufahren, nicht aber, einen Fehler einzugestehen.

Rabin Jetzt!

Ebenso wie die Meretz-Minister ihrem Meister Rabin bei der Massenverbannung mit der Behauptung, es gelte die PLO gegenüber Hamas zu stärken, zur Seite sprangen; ebenso wie es aus dem gesamten

jüdisch-israelischen Protestlager außerordentlich wenig Protest gegen die Verbannung gegeben hatte - ebenso hatten die Meretz-Minister ihr Sprüchlein zur Rechtfertigung der Totalabriegelung parat: Sie sei "ein Schritt zur Unabhängigkeit" (der Palästinenser) und sie "verhütet die Ausbeutung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten".

Schalom achschaw (Frieden Jetzt) rief zu einer Demonstration "Gegen Terrorismus und für den Friedensprozeß" auf. Im Meretz-Aufruf zu dieser Demonstration hieß es: "Mit der ansteigenden Zahl terroristischer Handlungen, mit aller Wut und dem Haß gegenüber den Terroristen wissen wir, daß nur Frieden die Sicherheit des Staates und der Einzelnen garantieren kann. Jetzt ist die Zeit, unsere Regierung zu verteidigen, weil wir keine andere haben und auch der Frieden keine andere Regierung hat."

Die jüdisch-israelische Friedens- oder genauer: Protestbewegung war während der 80er Jahre ideologisch und zum Teil auch organisatorisch vorwiegend mit der seinerzeit oppositionellen Arbeitspartei verbunden, wodurch sie (neben anderen für Israel spezifischen Aspekten) in ihren Handlungsmöglichkeiten sehr beschränkt war, ihr öffentliches Auftreten als "Frieden Jetzt" häufig einem "Arbeitspartei Jetzt" glich. Mit dem Beginn der Intifada entstanden zum einen eine Vielzahl neuer und radikal(er)er Protestgruppen, zum anderen begann sich der bisherige Hauptstrom der Protestbewegung eher an die linksozialdemokratische Mapam und die Bürgerrechtspartei Ratz anzulehnen. Hieraus entstand eine Zeitlang eine relative Radikalisierung dieses Hauptstroms, ein "Schritt vorwärts", aus dem nun aber "zwei Schritte zurück" geworden sind. Denn Mapam und Ratz bilden (neben der liberalen Partei Schinui) den Meretz-Verband, der seit den Wahlen im Juni letzten Jahres Teil der von der Arbeitspartei geführten Regierungskoalition ist. Wo nun "unsere Leute sogar in der Regierung sind", entschlief der größte Teil der Protestbewegung völlig - und Meretz entwickelte sich in kurzer Frist zum Wasserträger Rabinscher Regierungspolitik.

Die Unterstützung sogar der Massenverbannung durch die Meretz-Minister hatte jedoch in Teilen der Meretz-Mitgliedschaft (wie anzunehmen ist, insbesondere bei Ratz- und wohl auch Mapam-Mitgliedern) für einen kleinen Aufruhr gesorgt. Jedenfalls sahen sich nun einzelne Meretz-Minister veranlaßt, sich gut sichtbar an Protesten gegen die Verbannung zu beteiligen. Zudem war eine "Jüdisch-Arabische Kampagne gegen Deportationen" gegründet worden, und schließlich wuchs die Anzahl einzelner Aktivisten, die aus der - von Schalom achschaw weiterbetriebenen - parteigebundenen Protestmanier ausbrechen wollten. Mit den Worten des Herausgebers der Zeitschrift des "Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace", Adam Keller: Die Verbannung "konfrontierte die israelischen Friedensaktivisten mit der dringenden Notwendigkeit einer Neugruppierung." Aus diesen Kreisen wurde eine Reihe recht ansehnlicher Protestaktionen durchgeführt, von denen ein sechs Wochen lang durchgehaltenes Zeltlager vor Rabins Amtssitz nicht nur viel Aufmerksamkeit erregte, sondern auch zum Zentrum der Begegnung sehr unterschiedlicher jüdisch- wie palästinensisch-israelischer Personen und Gruppen wurde.

In der Erklärung der neuen Gruppierung, die sich im April unter dem Namen "Gusch Schalom" (Friedensblock) als "nicht parteigebundene Organisation von Juden und Arabern in Israel" gebildet hat, wird gefordert: "Beendung der Gewalt, Unterdrückung und Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten; Eröffnung direkter Verhandlungen mit der PLO; vollständiger Friede mit dem palästinensischen Volk und mit den arabischen Staaten; vollständige Gleichberechtigung von Juden und Arabern in Israel. - Frieden erfordert Rückzug aus allen seit dem Krieg im Juni 1967 besetzten Gebieten und die Anerkennung des Prinzips ‚Zwei Staaten für zwei Völker`."

Anders als der allergrößte Teil der Protestbewegung sieht "Gusch Schalom" die Palästinenser in den besetzten Gebieten nicht als Objekt einer Friedenspolitik, sondern setzt - was der Hauptstrom der jüdisch-israelischen Protestbewegung meist vermieden hat - auf die direkte Begegnung. Im Rahmen einer Protestaktion gegen die Abriegelung am Erez Checkpoint (Gazastreifen) wurde Haider Abdel-Shafi, dem Leiter der palästinensischen Verhandlungsdelegation bei den Nahostgesprächen, eine Spende für den Kauf von Lebensmitteln und Medizin übergeben. Da den Palästinensern auf der anderen Seite des Checkpoint der Übergang zu Israel verwehrt war, setzten die Demonstranten vom "Gusch Schalom" gegen den anfänglichen Widerstand der Grenzpolizei ihren "Besuch" im Gazastreifen durch, wo die Kundgebung fortgesetzt wurde. (Was hier dem mit israelischen Verhältnissen weniger Vertrauten als selbstverständlich erscheinen mag, grenzt übrigens im Verständnis sehr vieler Israeli an Landesverrat.)

Ungeachtet guter Absichten und vernünftiger Forderungen steht der "Friedensblock" auf sehr schwerem, wenn nicht verlorenem Posten. Von einer Verständigung mit den Palästinensern ist die Arbeitspartei um Welten entfernt. Matti Peled, ehemaliger hochrangiger Militär und jetziger Friedensaktivist sogar der konsequenteren Art, schrieb nach der Massenverbannung, Rabins Vorgehen sei angesichts seiner generellen Taktik gegenüber den Palästinensern gar nicht so überraschend gewesen: "Was Rabin in den Gesprächen zu erreichen hoffte, war das palästinensische Einverständnis mit einer fünfjährigen Periode fortgeführter Besetzung von Westbank und Gazastreifen, mit unbeschränkter israelischer Expansion, im Austausch für eine sogenannte Selbstverwaltung. All dies, ohne irgendetwas zu versprechen, was als Hinweis darauf interpretiert werden kann, daß die nächste Phase zur Selbstbestimmung führen würde. (...) Rabins Konzept der palästinensischen Autonomie schließt weder ein definiertes Territorium noch die volle palästinensische Kontrolle über Land, Wasser und innere Sicherheit ein. Ohne dies ist ‚Autonomie` ein Betrug."

Rabin kann sich in seinem generellen Vorgehen wie bei den einzelnen Repressionsmaßnahmen gegenüber den Palästinensern von etwa der Hälfte der jüdisch-israelischen Bevölkerung unterstützt sehen, während einem weiteren und recht großen Teil schon miminale Zugeständnisse (wie die Erlaubnis zur Rückkehr von 30 seit 20 bis 25 Jahren Verbannten, wie die ersten Schritte zur Bildung einer palästinensischen Polizei) Anlaß genug sind, Rabin des "Verrats" zu bezichtigen und mit mehrtägigen Demonstrationen gegen die Regierung durch Jerusalems Straßen zu ziehen.

Nach der Massenverbannung und der unbefristeten Abriegelung wird daher auch Rabins jüngste Friedensinitiative breiten Zuspruch finden: Westbank und Gazastreifen sollen mit einem Zaun gegen Israel abgeriegelt werden, die Palästinenser hinter einem Drahtverhau verschwinden.

Klaus Mellenthin

Quellen:

Div. Ausg. der Monate April bis Ende Juni von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Basler Zeitung (Schweiz), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Freitag, Jerusalem Post - int. ed. (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Neues Deutschland, News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, The Other Front (Israel), The Other Israel (Israel)

Ausführliche Darstellungen zu den in der ersten Hälfte des Artikels jeweils nur knapp behandelten Entwicklungen in den ersten neun Monaten der Arbeitspartei-Regierung sind veröffentlicht in:

- ak 345 (26.8.92): Pragmatismus gegen Ideologie. Neue Regierung in Israel

- ak 350 (13.1.93): "Eine Wahl zwischen Frieden und Hamas" (Rabin). Die Deportation der 413 Palästinenser

- ak 351 (10.2.93): Eine legal illegale Verbannung

- ak 353 (7.4.93): "Gaza soll im Meer versinken" (Rabin). (Israelische Besatzungspolitik im Gazastreifen)

- ak 355 (9.6.93): Abriegelung und wirtschaftliche Folgen. Von Adel Samara

Eine Analyse der (Besonderheiten der) jüdisch-israelischen Protestbewegung enthält:

ak 313 (11.12.89): Israelische Protestbewegung und Intifada

21. Frustrierter Nahost-Experte (Scholl-Latour antwortet)

Rubrik: Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:44

Es ist keine rechte Freude mehr, hierzulande den Ruf eines "Nahost-Experten" zu genießen. Erst wird Konzelmann nachgewiesen, daß seine sog. Sachbücher ein Gebräu aus Plagiat, Paraphrase und Stuß sind, wie Gernot Rotter in seiner Streitschrift Allahs Plagiator feststellte. Und nun wackelt auch der Thron Scholl-Latours, der sich nach dem Erscheinen der Aufsatzsammlung über sein verzerrtes Araber- und Islambild Das Schwert des "Experten" zu keiner Stellungnahme herbeilassen wollte, sogar das Angebot des "Spiegel" zu einem schriftlichen Interview ausschlug.

Sei es nun, daß Scholl-Latour nach einer Möglichkeit suchte, eine Stellungnahme an einem Ort abzugeben, an dem keiner sein Statement vermutet hätte - er aber dann darauf verweisen konnte, er hätte doch ...; sei es, daß die Reporterin Heike Schulze von dem nicht sehr bekannten und südlich der Elbe wohl kaum noch zu empfangenden Delta-Radio Kiel Scholl-Latour in einer schwachen Stunde erwischte - am 26. Mai war es soweit. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Interview.

Heike Schulze: Warum bisher keine Stellungnahme zum "Schwert des ‚Experten` "?

Scholl-Latour: Ja, ich verweigere mich überhaupt nicht, nur, die Leute fragen mich immer: Haben Sie das Buch gelesen, und ich habe es effektiv nicht gelesen und ich habe auch nicht die Absicht, es zu lesen. Ich bin im Moment damit beschäftigt, ein anderes Buch fertigzustellen und habe Besseres zu tun, als dieses Buch zu lesen.

HS: Sind Sie nicht bereit, sich mit Kritik auseinanderzusetzen?

SL: Ich kenn die Masche doch, nicht, das sind ein paar verbitterte Orientalisten, oder solche, die es gerne sein möchten, und etwas Konkretes können sie mir ja nicht vorwerfen. Ich hab also den Artikel (gelesen), den der Professor Steinbusch, den ich gut kenne übrigens, in "Focus" geschrieben hat, der hat ja auch gesagt, also Fehler kann man mir nicht vorwerfen, Plagiate kann man mir nicht vorwerfen. Ja, was man mir vorwirft: Eine Tendenz, und wo kommen wir denn dahin, wenn wir anfangen über Tendenzen zu streiten.

Professor Steinbusch, den Scholl-Latour "gut kennt", heißt im Übrigen Steinbach, und hatte im "Focus" tatsächlich geurteilt: "Verständlich also die Empörung und die Sorge der islamwissenschaftlichen Kenner gegenüber Klischees und Pauschalisierungen, die dumpfe Ängste schüren. So, wenn Scholl-Latour im ‚Schwert des Islam` die Amerikaner vor den ‚unberechenbaren Leidenschaften der islamischen Massen` glaubt warnen zu müssen. Dies ist nicht nur gefährliche Stimmungsmache. Es ist auch Eurozentrismus von vorgestern, der übersieht, daß es noch nicht lange her ist, daß hierzulande im Namen eines Nationalismus ‚unberechenbare Leidenschaften` freigesetzt wurden."

Scholl-Latour, auch wenn er das Buch nicht gelesen hat (was völlig unglaubhaft ist, da er, wie im weiteren Verlauf des Interviews deutlich wird, seine Wut kaum hinter dem Versuch, die AutorInnen lächerlich zu machen, verbergen kann), hat doch zur Kenntnis genommen, daß die Herausgeber und einige der Autoren weiblichen Geschlechts sind - weshalb jetzt "die Frauen" dran sind.

SL: Schauen Sie, wenn jemand diese Gegenden besucht hat, von den Südphilippinen (...) bis zur Westsahara (...), dann bin ich das gewesen, dann sind das nicht diese Damen, die in ihren Studierstuben gesteckt haben. Und im Übrigen kommt natürlich eines hinzu: Eine Frau, die sich mit dem Islam befaßt (es folgen ohne Punkt und Komma längere Erwägungen über die Frau im Islam, die Vielweiberei und die Verstoßungsformel) würde z.B. nie zu einem theologischen Gespräch mit einem Korangelehrten, also ob er nun Alem oder Mufti oder Mullah oder wie immer oder Ayatollah genannt wird, wird eine Frau nie zugelassen werden. Während ich solche Gespräche zahllos geführt habe.

(...)

HS: Werden Sie in irgendeiner Form auf das Buch reagieren?

SL: (unverständlich) die, wie soll ich sagen, Komplexe von ein paar Stubenhockern zu reagieren, ich hab mich ja schließlich auch sehr intensiv mit dem Islam befaßt, ich hab ein abgeschlossenes Studium in der Beziehung, ich hab ein Diplom, was von dem berühmtesten französischen Orientalisten unterzeichnet ist, ich brauch mich doch nicht auf diese Neulinge einzulassen.

(...)

HS: Noch mal eine abschließende Beurteilung des Buches a) aus persönlicher, b) aus wissenschaftlicher Sicht.

SL: (der das Buch "effektiv nicht gelesen" hat) Es ist eine quantité negliable von einigen, wie soll ich sagen, frustrierten Halbgelehrten, die es nicht ertragen können, daß jemand nicht nur Erfolg beim Leser hat, sondern damit auch noch ein bißchen Geld verdient.

Sofern es beim Lesen dieses Gestammels in Vergessenheit geraten sein sollte: Der Mann heißt Peter Scholl-Latour, ist Autor zahlreicher sog. Sachbücher und Fernsehdokumentationen und gilt Vielen als politischer Prophet. Aber kann dem gemeinen Volk vorgeworfen werden, was auch für Altkanzler Schmidt Geltung hat?

Allahs Plagiator. Die publizistischen Raubzüge des "Nahostexperten" Gerhart Konzelmann von Gernot Rotter ist in ak 344 vorgestellt worden; Das Schwert des "Experten". Peter-Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild, hg. von Karin Hörner und Verena Klemm in ak 353. Beide Bücher sind im Palmyra-Verlag erschienen.

22. Die Inszenierung rassistischer Feindbilder: "Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien" (Buchvorstellung)

"Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien" Eine Buchvorstellung

Rubrik: Medien; Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:03

Die Spiegel-Redaktion war außer sich. Klaus Bednarz vom WDR hatte es gewagt, in einem Tagesthemen-Kommentar von der Mitschuld der deutschen Presse an den Solinger Morden zu sprechen: Die "Hetzblätter der Springer-Presse, aber auch die FAZ und der Spiegel" hätten "zur Panikmache gegen Ausländer beigetragen". In einer "Hausmitteilung" vom 7. Juni (der Rubrik auf Seite 3, die sonst dem Selbstlob der Redaktion vorbehalten ist) wettert die Spiegel-Chefetage gegen den mit "Blindheit" geschlagenen "TV-Savonarola" (1) und bekennt sich erneut zu ihrem Konzept der Ausländerbegrenzung. Zu der von Bednarz nicht wahrgenommenen "Wirklichkeit" gehöre, "daß nicht die Ausländer, sondern erst die vielen Ausländer Angst und Abwehrgefühle wecken." (Womit die Spiegel-Macher auf einem Erkenntnisstand angelangt sind, den Helmut Kohl schon vor mehr als zehn Jahren erreicht hatte, als er sich wenige Tage nach Beginn seiner Kanzlerschaft gegen das Gerede von der "Ausländerfeindlichkeit" verwahrte: "Es ist doch überhaupt in Wahrheit kein Problem der Ausländer, sondern es ist in Wahrheit ein Problem der großen Zahl, der zu großen Zahl von türkischen Mitbürgern in Deutschland.")

Nach den von den Spiegel-Redakteuren angemahnten "Beleg- und Fundstellen für seine (Bednarz`; Anm. Js.) Beschimpfungen" muß man nicht lange suchen. Im selben Heft findet sich ein Kommentar von Augstein zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft, der Schönhuber und Frey in Entzücken versetzt haben dürfte. Eindringlich warnt der Spiegel-Herausgeber davor, Türken mit deutschen Pässen auszustatten: "Sie gehören einem Kulturkreis an, der mit dem unseren vor und nach Prinz Eugen nichts gemein hat. (...) Man stelle sich ein EG-Europa à la Maastricht vor, in dem die Türken Dänen, Engländer, Franzosen oder Spanier werden könnten, ohne doch in den Kulturgärten dieser Länder zu wurzeln." Das Bild vom gepflegten Garten weckt Assoziationen von Unkraut oder von unkultivierten Eindringlingen, die Blumen zertrampeln.

Nach einer "Media-Analyse" wird der Spiegel von 6,53 Millionen Menschen gelesen. Besonders geschätzt wird er von den "Gebildeten": jedeR vierte Deutsche "mit Abitur oder Studium" liest den Spiegel. Mit Hilfe seiner Titelbilder, in den vergangenen Jahren häufig Variationen des Themas "Das Boot ist voll", erreicht seine Botschaft zusätzlich Menschen, die das Blatt noch nie aufgeschlagen haben.

"Intermediale

Abhängigkeiten": "Spiegel"

und "Bild am Sonntag"

Der wissenschaftliche Nachweis, daß es sich bei den Veröffentlichungen des Spiegel zum Thema Ausländer, Asyl und Zuwanderung um "eine Form der strukturellen Gewalt gegen Ausländer" handelt, wird in einem kürzlich erschienenen Buch des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erbracht. In dem von Siegfried Jäger und Jürgen Link herausgegebenen Band "Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien" veranschaulicht ein Aufsatz von Brigitta Huhnke die "intermedialen Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen ‚Bild am Sonntag` und ‚Spiegel`" (Titel). Drei Arbeitshypothesen werden in dieser Studie bestätigt:

"H1: BamS und Spiegel verwenden den Begriff ‚Asylant` bewußt als negativ konnotierten ‚Kampfbegriff`, den sie subtil mit Sinnzusammenhängen der Bedrohung versehen.

H2: BamS und Spiegel berichten mit hoher zeitlicher Konsonanz und ähnlicher thematischer Schwerpunktsetzung über Asylsuchende und Flüchtlinge.

H3: Während die BamS relativ offen mit Rassismen operiert und diese ‚argumentativ` einsetzt, macht sich der Spiegel die Methode des Double-bind (2) zunutze und agiert auf der sogenannten ‚Sachebene` je nach

(tages)politischer Opportunität. Auf der latenten Ebene jedoch werden Flüchtlinge durchgängig und massiv verunglimpft."

Noch im November 1992 rühmte sich die Spiegel-Redaktion, schon im Jahre 1986 bahnbrechende Aufklärungsarbeit zum Thema "Asylmißbrauch" geleistet zu haben: "... belegte eine sechsteilige SPIEGEL-Serie über ‚Asylanten und Scheinasylanten`, daß der Asyl-Artikel des Grundgesetzes mittlerweile weniger dem Schutz vor Verfolgung als vielmehr der ungehinderten Zuwanderung diente." (Spiegel-Hausmitteilung vom 9.11.1992) Daß nicht nur viel zu viele, sondern auch höchst unangenehme Menschen zuwandern, versucht der Spiegel mit einer Reihe von Stereotypisierungen zu belegen, die auch in der BamS nicht auffallen würden: Da gibt es Polen, "die schon alle Schliche kennen" und nach Deutschland auswandern, "um die Frau loszuwerden"; Ghanaer: "temperamentvolle Schwarzafrikaner, machen Rabatz und legen sich mit Nachbarn an"; "in den deutschen Asylantenheimen, in denen Ghanaerinnen und Ghanaer zu dröhnenden Reggae-Rhythmen im Jogging-Anzug durch Zimmer und Flure tänzeln, verlieren die Zuwanderer plötzlich ihre selbstbewußte Lässigkeit, wenn sich Reporter nach Fluchtgründen erkundigen"; afrikanische Frauen kommen im Spiegel fast nur als Prostituierte vor: "Mancherorts, so in Hamburg und in Karlsruhe, führte der Zustrom der Afrikanerinnen schon zu Handgreiflichkeiten zwischen einheimischen Dirnen und den schwarzen Konkurrentinnen"; in schöner Ausgewogenheit gibt es aber auch lobende Worte für Tamilen: "Flüchtlinge von besonderer Seriosität, richtig gute Deutsche"; Kurden im Asylverfahren dagegen "erzählen Märchen aus Tausendundeiner Nacht".

Das sind einige Beispiele für viele, die in Bednarz` Zwei-Minuten-Kommentar nicht unterzubringen waren, die den scheinheilig nach Belegen verlangenden Spiegel-Redakteuren aber nicht sämtlich entfallen sein können. Brigitta Huhnke kommt in ihrer Studie zu dem Ergebnis, "daß BamS und Spiegel mit hoher zeitlicher Konsonanz und ähnlichen thematischen Schwerpunkten über Flüchtlinge und Asylsuchende berichten, wobei in der Tendenz der BamS eine Vorreiterrolle zukommt. Der Spiegel übernimmt dafür die quantitative Ausgestaltung der von der BamS initiierten Teilthemen." In beiden Wochenzeitungen "wird mit den trivialen Methoden des storytellings und willkürlichen Analogiebildungen auf das Initiieren von Assoziationsketten gesetzt, die geeignet sind, innere Szenarien der Angst und des Hasses auszulösen."

Kollektivsymbolik: "volle Boote", fremde "Armeen"

Die Analyse rassistisch verhetzender Diskurse steht noch im Mittelpunkt weiterer Beiträge. Teun A. van Dijk untersucht in seiner Studie "Eliten, Rassismus und die Presse" englische Zeitungen, die Massenblätter Sun und Daily Mail ebenso wie die "seriösen" Tageszeitungen Times und Telegraph. Ein weiterer Aufsatz behandelt "Rassistische Diskurse in Österreich seit 1989", und Georg Auernheimer befaßt sich mit der Wirkung von Peter Scholl-Latours Fernsehserie "Das Schwert des Islam": "Die Umdeutung des Nord-Süd-Konflikts zum unvermeidlichen kulturellen Gegensatz erheischt die politische Zustimmung zur weiteren Aufrüstung des Westens. Vernichtungsschläge wie am Golf erscheinen legitim. Die Festung Europa wird psychologisch vorbereitet."

In anderen Beiträgen wird der Versuch unternommen, verallgemeinernde Aussagen über die Funktion rassistischer Diskurse und die Rolle der Massenmedien zu machen. Margret Jäger und Siegfried Jäger untersuchen den "rassistischen Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamt-Diskurs in der BRD". Zu den Grundannahmen der AutorInnen gehört u.a., "daß der heute dominante Gesamtdiskurs der BRD von völkisch-nationalen bis nationalistischen Tendenzen durchsetzt ist"; "daß der hegemoniale Diskurs (=‚Demokratie`) dazu tendiert, zumindest teilweise mit einem rechtsextremen Diskurs zu verschwimmen"; "daß der rassistische Diskursstrang im Konzert der hegemonialen politischen Diskurse zur Zeit eine dominante Rolle spielt".

Die Verwendung sog. "journalistischer Schlüsselwörter" (z.B. Identität, Kulturkreis, Mentalität, Integration, Diskriminierung) im Alltagsleben weist auf einen erheblichen Einfluß der Medien hin. Bei empirischen Untersuchungen zum Thema Ausländer in Deutschland wurden diese Begriffe von den befragten Deutschen gerade dort verwendet, "wo es darum ging, einen für sie komplizierten Sachverhalt kurz und knapp zu erklären." Das gleiche gilt für die von den Medien verwendete "Kollektivsymbolik". Allgegenwärtig sind die Bilder vom "vollen Boot", von der "Flut", gegen die "Dämme" errichtet werden müssen, und Anleihen aus dem militärischen Sprachgebrauch - die drohende "Invasion" fremder "Armeen" durch offene "Einfallstore". Die AutorInnen warnen dabei vor dem Mißverständnis, die Medien würden den alltäglichen Rassismus schaffen.

Vielmehr nehmen sie "alltägliches Denken auf, spitzen es zu und reproduzieren solche Haltungen von Tag zu Tag immer wieder aufs Neue." (Daß hierfür neben den Medien und den "Massen" weitere Instanzen eine Rolle spielen, kann hier nur angedeutet werden. Die AutorInnen nennen Wissenschaftler, Politiker und den Erziehungssektor.)

Über die "Funktion des rassistischen Diskurses" für die herrschende Klasse schreiben Jäger und Jäger: "Der rassistische Diskursstrang ist ... heute nicht einer, der beliebig neben anderen Ausgrenzungsdiskursen (gemeint sind u.a. Militarismus, Nationalismus, Sexismus, Behinderten-Diskurs/"Bodyismus"; Anm. Js.) steht, sondern wegen seiner Verankerung im Alltagsdiskurs und wegen seiner biologistischen Kernelemente in besonderer Weise geeignet ist, als Vehikel zu Zwecken zu dienen, die weit über ihn selbst hinausreichen".

"Asylantenfreies" Deutschland auf "Friedensmission"

in Übersee

"Eine eigenartige diskursive Konstellation" behandelt Jürgen Link: den Zusammenhang der "Asyldebatte" mit dem Interventionsdiskurs. Der Autor stellt die Frage: "Welche diskursiven Mechanismen haben Asyl (Flucht) und Bundeswehrinterventionen in ‚Übersee` zu einem solchen ‚Zwillingspaar` konstituiert, daß das Auge der Hegemonie sie stets ‚im Zusammenhang sieht`?" Zur Beantwortung dieser Frage verweist Link auf das hegemoniale "Kollektivsymbolsystem", das seiner Meinung nach "wichtigste diskursive Element" zur "subjektiv ‚überzeugenden ` Festlegung von Grenzwerten der Normalität." - "Die Normalität für die mediopolitische Klasse heißt, daß es nicht normal ist, wenn eine okzidentale Großmacht der ‚Gruppe der sieben reichsten Länder` (G7) keinen arbeitsteiligen Anteil an der globalen ‚Weltpolizei`-Funktion der Supermacht und der G7 in der ‚Neuen Weltordnung` wahrnimmt."

So wie gegen die Zuwanderung von AusländerInnen mit Hilfe der Flut- und Boot-Symbolik Stimmung gemacht wird, dominiert im Interventionsdiskurs "gegenüber der breiten Öffentlichkeit ganz klar ein kollektivsymbolischer Komplex", den Link als den eines "kollektiven Helfersyndroms" bezeichnet. Da ist die Rede von "Friedensmissionen" und von der Notwendigkeit, "vor Ort zu helfen", die "Weltfriedenspolizei" agiert als Exekutivorgan einer "Weltinnenpolitik", oder die "Feuerwehr" vor dem "brennenden Haus" steht in der Pflicht, den Opfern "mit allen notwendigen Mitteln" zu helfen. "All necessary means" - diese "Ermächtigungsformel" sei für die USA und die G7 seit dem Golfkrieg die "einzig interessante Formulierung" in den einschlägigen UN-Resolutionen.

Für die deutschen Großmachtpolitiker schlage "die Formulierung, wir müßten den armen Opfern ‚vor Ort durch Einsatz helfen und nicht hier bei uns`, symbolisch tatsächlich die beiden Fliegen mit einer Klappe. Denn der Verlauf der neuen Welt-Ordnung sorgt mehr und mehr dafür, daß ‚Hilfe vor Ort` symbolisch gleich ‚Militäraktion` wird." Für die - praktische, nicht symbolische - Teilnahme deutscher Soldaten an solchen "Hilfsaktionen" sprechen ebenso praktische Gründe: "Muß die Bundeswehr nicht schon deshalb an künftigen humanmilitärischen Interventionen z.B. in Afrika teilnehmen, um auf den dortigen Flughäfen präsent zu sein?" Einwände gegen diese perverse Logik sind von deutschen Presseorganen mit Masseneinfluß nicht zu erwarten.

Js.

Anmerkungen:

1) Gerolamo Savonarola: im 15. Jahrhundert Wanderprediger in der Toskana, Republikaner und Apokalyptiker, 1498 in Florenz gehenkt und anschließend auf dem Scheiterhaufen verbrannt

2) Double-bind-Situation: in der Sozialpsychiatrie eine Situation, die durch widersprüchliche Informationen und Erwartungen an einen Menschen gekennzeichnet ist; gilt einigen Psychiatern als verursachender Faktor von Schizophrenie; Spiegel-LeserInnen können aus dem Widersprüchlichen das für sie "Passende" übernehmen - und sich obendrein noch "ausgewogen" informiert fühlen.

Siegfried Jäger/Jürgen Link (Hrsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg (DISS-Studien) 1993, 329 Seiten, DM 29,80

23. Aktion Fluchtburg Dachau

(Stellvertretend für hunderte von ähnlichen Lebensberichten):

Autor: Peter Zinke · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:18

Etwa 300 Roma aus dem ganzen Bundesgebiet sind es mittlerweile, die das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau als "Fluchtburg" vor Abschiebung nutzen. Manche von ihnen leben bereits seit über sechs Wochen im Versammlungsraum der evangelischen Versöhnungskirche, an deren Dach schon von weitem ein Transparent mit der Aufschrift "Damals vergast - heute abgeschoben" zu sehen ist. Der Großteil der Flüchtlinge aus Makedonien, Bosnien, Rumänien oder dem Kosovo aber lebt in weißen Zelten, die vom Roten Kreuz, THW u.a. nach einem heftigen Regenguß an Pfingsten aufgestellt worden waren. Trotz periodischer Räumungsgerüchte ist auf dem Gedenkstättengelände in Dachau beinahe Alltag eingekehrt. Eine Zeltküche versorgt die Fluchtburg-BewohnerInnen mit Mahlzeiten, UnterstützerInnen aus Baden-Württemberg, dem AK Asyl Dachau oder vom "Münchner Bündnis gegen Rassismus" lösen sich beim Dienst im "Roma-Büro" ab, das in einem kleinen Wohnwagen untergebracht ist, und täglich werden 7.000 Gedenkstätten-BesucherInnen mit einem Abschnitt verdrängter und verleugneter deutscher Geschichte konfrontiert.

Die Aktion "Roma-Fluchtburg in Dachau" begann am 16. Mai, dem 53. Jahrestag der ersten Deportationen von Roma in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka, dem Beginn der fabrikmäßigen Ermordung von 500.000 Roma durch die Nationalsozialisten. "Im Gegensatz zu Neuengamme haben wir unsere Aktion nicht vorher angekündigt, und das war gut so", ist Jasar Demirov überzeugt, Vorsitzender der Roma-Union Süddeutschlands (in Neuengamme waren am gleichen Tag Mitglieder des Roma-Nationalkongresses durch ein massives Polizeiaufgebot brutal daran gehindert worden, die Gedenkstätte zu betreten, siehe ak 355).

Die aktuelle Ursache dieser Aktion ist das sog. "Rückführungsabkommen", welches die BRD im November 1992 mit Rumänien abschloß und dessen Folge die Deportation von bisher ca. 7.500 Roma war; zwischen 15.000 und 20.000 weitere Flüchtlinge sollen in den nächsten Monaten nach Rumänien abgeschoben werden. Obwohl Menschenrechtsorganisationen zahlreiche Pogrome gegen Roma in diesem Staat dokumentiert haben, bestreiten bundesdeutsche Gerichte wie jüngst der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim eine Verfolgung (FR, 6.5.93). So betrug die Anerkennungsquote für rumänische AsylbewerberInnen 1992 gerade 0,14% (Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 1/93).

Daß sich die Roma ein ehemaliges KZ für ihre Aktion auswählten, verweist auf die besondere historische Verantwortung der BRD gegenüber dieser Volksgruppe. "Wer, wenn nicht die Nachfahren der in den Gaskammern Ermordeten, hat ein Recht, hier zu sein", so Jasar Demirov.

Der erste Monat in Dachau verläuft weitgehend ruhig und unspektakulär. Zwar dürfen Vertreter der Roma auf dem evangelischen Kirchentag in München unter tosendem Applaus ihre Forderungen nach Bleiberecht oder dem sofortigen Stopp der Finanzierung von ghettoartigen Townships in Makedonien durch die BRD vor Zehntausenden vortragen, die Medienresonanz allerdings tendiert gegen Null. Auch Gespräche mit den Promis Hans-Jochen Vogel und Rita Süßmuth, die zu Stippvisiten vorbeischauen, bringen nichts ein: Beide ringen sich nur zu der vagen Absichtserklärung durch, sich für die "Prüfung von Einzelfällen" einzusetzen. Ein Bleiberecht für alle könne es jedoch nicht geben.

Die Position der Kirchenfürsten

Zu einer ersten Zuspitzung kommt es am 18. Juni, als Vertreter der evangelischen Landeskirche zu einer Pressekonferenz in die Gedenkstätte laden. "Die Kirche ist die Partnerin des Staates. Sie kann deshalb keine rechtsfreien Räume bieten. So sehr sie Solidarität übt mit verfolgten und bedrohten Menschen, ist sie doch nicht berechtigt, die Vorgaben des demokratischen Rechtsstaats außer Kraft zu setzen", so Kreisdekan Martin Bogdahn. "Wir haben unsere Möglichkeiten ausgeschöpft", so sein Resümee, "und bitten die Roma, das Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau so bald wie möglich zu verlassen." Diesem heuchlerischen Statement vorausgegangen war ein Gespräch im bayerischen Innenministerium, an dem auch Spitzen der Polizei teilnahmen. Die evangelische Landeskirche bleibt im folgenden bei dieser Haltung: Bei einer kurzzeitigen und friedlichen Besetzung des Kirchenamts durch UnterstützerInnen vom "Münchner Bündnis gegen Rassismus"

verweigert sie Verhandlungen, ruft die Polizei und stellt Strafanzeige wegen schweren Hausfriedensbruchs sowie Körperverletzung. In einer Pressemitteilung der Kirchenleitung taucht wenig später eine sattsam bekannte Behauptung auf (siehe beispielsweise Norderstedt oder Tübingen): "Berichte von der Situation vor Ort lassen befürchten, daß die von menschlicher Not betroffenen Roma von anderen Gruppen zu gezielter politischer Agitation instrumentalisiert werden", daneben ist von "rechtswidrigen Störaktionen" die Rede, die zu einer Eskalation führen würden.

Die Haltung

der Versöhnungskirche

Ein ambivalentes Bild bieten die Geistlichen der Versöhnungskirche, Pfarrer Heinrich Bauer und Diakon Peter Klentzan. Beide distanzieren sich mit deutlichen Worten öffentlich von der Kirchenleitung: Die Kirche dürfe sich nicht "zum Erfüllungsgehilfen des Staates machen", dies sollte die Kirche "aus ihrem Versagen im Nationalsozialismus gelernt haben". Sie sichern auch zu, letztendlich die Entscheidung der Roma zu respektieren und zu unterstützen, auch wenn diese in Dachau bleiben wollten. Bauer und Klentzan aber favorisieren ein anderes Modell: die Aufteilung der Roma in umliegende Kirchengemeinden.

Dieser Vorschlag hat mittlerweile auch Befürworter in der Kirchenleitung gefunden. Dieter Breit, Sprecher des Landeskirchenrats in München, fordert, die Flüchtlinge sollten ihren Namen nennen und ihre Situation beschreiben. Dann sollen sie auf verschiedene Kirchengemeinden verteilt und "im Einzelfall" unterstützt werden. "Wir wollen die Aktion Fluchtburg zu einem Netzwerk ausbauen", umschreibt Breit nicht ohne Eleganz diese Variante.

Doch nochmal zurück zu Bauer und Klentzan. Als am 23.6.93 in der SZ ein plumper Hetzartikel (des unsäglichen Dieter Fabritius) gegen Rudko Kawcynski und seine Organisation erscheint, - einige Mitglieder des Roma-Nationalkongresses haben sich inzwischen der "Aktion Fluchtburg Dachau" angeschlossen - verlieren die Kirchenmänner die Nerven: "Uns ist klargeworden, daß diese Gruppe gewalttätig ist", äußert sich Bauer, und Klentzan sekundiert: "Wir können die Situation hier nicht mehr halten" (SZ, 25.6.). Beide haben sich dem Vernehmen nach wieder beruhigt.

Liberalitas Bavariae?

Doch wo bleibt eigentlich - schließlich sind wir ja in Bayern - die Polizei? Die hält sich (noch) vornehm zurück. Nach Informationen der Nürnberger Nachrichten schließt das Kultusministerium (als Hausherr des nichtkirchlichen Teils der Gedenkstätte) eine gewaltsame Räumung erstmal aus, und das Innenministerium hat sich gar herabgelassen, "einen freien Abzug" zu garantieren. Dort macht man sich keine Illusionen, daß die Strategie der Kirche verfängt. "Würden die Flüchtlinge in der warmen Stube bei Schmidts oder Hubers unterkommen", so Sprecher Christoph Hillenbrand, "würde die Aktion in der Öffentlichkeit ja verpuffen. Ein Strafantrag der Kirche wegen Hausfriedensbruch würde manches erleichtern; dann könnte die Polizei eingreifen" (NN, 26.6.).

Trotz aller Spaltungsversuche und Bestrebungen, die Roma zum freiwilligen Abzug vom Gedenkstättengelände zu bewegen, halten diese unbeirrt an der "Fluchtburg Dachau" fest. "Wir bleiben alle hier, denn nur gemeinsam sind wir stark", so Jasar Demirov. Bestärkt wurden die Flüchtlinge in dieser Haltung durch die Festnahme eines Rom, der nach Baden-Württemberg gereist war. Seine Inhaftierung wurde mit der Teilnahme an der Aktion in Dachau begründet. Er sitzt seit dem 18.6. in Calw in Haft und soll nach Serbien mitten ins Bürgerkriegsgebiet abgeschoben werden. Nirgendwo, so die allgemeine Einschätzung bei den Roma wie UnterstützerInnen, ist die Hemmschwelle für ein staatliches Eingreifen so hoch wie auf einem ehemaligen KZ-Gelände.

Eine Räumung freilich ist maßgeblich noch von anderen Faktoren abhängig: dem Vorgehen der Kirche und nicht zuletzt von der Solidarität von außen, die endlich in Gang zu kommen scheint: So findet am 3. Juli '93 eine breit getragene bundesweite Demonstration in Dachau statt, Schriftsteller wie Bernd Engelmann, Carl Amery oder Gerhard Zwerenz erklärten sich solidarisch, und ein open-air-Konzert Ende Juli mit namhaften KünstlerInnen ist angedacht.

Peter Zinke

Überlebenszeichen aus der

KZ-Gedenkstätte Dachau

(Stellvertretend für hunderte von ähnlichen Lebensberichten):

Der Rom Nazmir, 29 Jahre, berichtet:

Ich lebte mit meiner hochschwangeren Frau und unserer zweijährigen Tochter in Skopje, Mazedonien. Mitte Juni 1991 kamen eines Nachts um drei Uhr mehrere Militärpolizisten und nahmen mich mit. Sie brachten mich in eine große Kaserne. Ich mußte eine Uniform anziehen. Dann gaben sie mir ein Gewehr und führten mich zu einem Platz, auf dem viele Panzer standen. Es waren noch mehr Männer da. Wir mußten die Panzer mit Granaten beladen. Dann befahlen sie uns, die Panzer nach Kroatien ins Kriegsgebiet zu bringen. In diesem Augenblick erinnerte ich mich an einen grauenhaften Vorfall, von dem mein Vater manchmal sprach: Als die deutsche Wehrmacht im zweiten Weltkrieg Mazedonien überfiel, kamen sie auch in das Haus meiner Großeltern. Sie erschossen meinen Großvater, vergewaltigten meine Großmutter und rissen ihr die Augen aus und quälten sie zu Tode. Ihre kleinen Kinder, mein Vater und seine Schwester, mußten alles mitansehen. Der Gedanke, als Soldat andere Menschen töten zu müssen, erschreckte mich so sehr, daß ich beschloß zu desertieren. Es gelang mir. Ich flüchtete mit meiner kleinen Tochter und meiner Frau, die vier Wochen vor der Niederkunft stand, nach Deutschland. Mein Asylantrag und ein Folgeantrag wurden von den deutschen Behörden als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Jetzt muß ich täglich damit rechnen, daß wir nach Mazedonien abgeschoben werden. Dort sind alle Deserteure in Computern erfaßt. Schon an der Grenze werden sie als solche erkannt. Mein Schicksal ist besiegelt: Fahnenflüchtige werden prinzipiell erschossen.

Naslije KJ., 14 Jahre, aus Skopje/Mazedonien, erzählt:

Seit zwei Jahren sind wir in Deutschland, als Asylbewerber. Im November letzten Jahres kamen zwei Polizisten mit dem Paß meiner ältesten Schwester in der Hand: Haneme (18 Jahre) solle in die Kreisstadt zur Behörde mitkommen und werde dann wieder zurückgebracht. Sie ging in Hauskleidung und Sandalen. Sie wurde direkt zum Flughafen gebracht und nach Mazedonien abgeschoben! Wir konnten dann später mit ihr telefonieren. Sie weinte, war völlig verwirrt und erzählte, daß sie eine Woche lang jeden Tag von der Polizei abgeholt worden ist. Die fragten sie vor allem nach unserem Vater, weil er als Reservist von der Armee desertiert und nach Deutschland geflohen war. Spät in der Nacht ließ man sie jedesmal wieder frei, dann mußte sie eine Stunde nach Hause laufen. Weißt Du, was das heißt, wenn ein Roma-Mädchen von der Polizei verhört wird, immer wieder? Sie hat nichts erzählt am Telefon, wie sie geschlagen wurde, wie sie vergewaltigt wurde - sie hat nur geweint. Ein Roma-Mädchen allein, ohne männlichen Schutz, ist Freiwild für alle. Als wir im Januar '93 vom Rechtsanwalt erfuhren, daß unser Asylverfahren zu Ende ist, sind wir sofort von zuhause geflüchtet. Zu Verwandten, zu Bekannten, von einem Ort zum anderen, auch zu Deutschen. Das ist sehr beschwerlich. Aber zurück nach Mazedonien gehe ich auf keinen Fall. Die werden mich genauso kaputtmachen wie meine Schwester. Da töte ich mich lieber selber.

Rosalim, 52 Jahre, Vater von sechs Kindern, erzählt:

Vor drei Jahren, nach dem Sturz von Ceaucescu, bin ich aus meinem Heimatdorf Breaza in Rumänien geflohen. Uniformierte haben das Dorf besetzt. Sie kamen in der Nacht, als wir schliefen, und haben meine Wohnung aufgebrochen. Meine ganze Familie ist von den Terroristen geschlagen worden. Alle, meine Kinder, meine Frau und mich haben sie geschlagen. Dann haben sie die Baracken der Roma angezündet. Wir konnten uns in einen Wald in der Nähe retten. Ins Dorf konnte ich nicht mehr zurück. Da bin ich mit meiner Familie nach Deutschland geflohen.

Die Roma haben schon in der Ceaucescu-Zeit kein gutes Leben gehabt ... Mit dem Ende des Ceaucescu-Regimes ist die Hetze gegen die Roma schlimmer geworden. Meine Arbeitskollegen ließen sich auch vom Nationalismus anstecken. Ich verlor mit vielen anderen zusammen meine Arbeit. Auf der Straße beschimpften mich die Leute. Egal, wo ich hingegangen bin, ich wurde malträtiert und rausgeschmissen. Die Polizei, die Armata hat uns gejagt. Auch meine Kinder wurden in der Schule geschlagen und konnten nicht mehr in die Schule gehen.

Ich will, daß meine Familie hier in Deutschland in Frieden leben kann. Daß die Kinder in die Schule gehen können. Nach Rumänien habe ich keine Kontakte mehr. Ich habe keine Verwandten mehr dort. Im zweiten

Weltkrieg, in der Antonescu-Zeit, bin ich als kleiner Säugling mit meinen Verwandten nach Rußland verschleppt worden. Viele Roma mußten damals Zwangsarbeit für die Faschisten machen. Viele sind umgebracht worden. Von meinen Verwandten konnten sich nur mein Vater und meine Mutter retten. Drei ältere Brüder von mir kamen ums Leben, und alle anderen Verwandten.

Und überall nennen sie mich Rumäne. Nennt mich nicht Rumäne, sagt nicht "der Rumäne" zu mir! Ich bin Rom. Ich gehöre zum Volk der Roma. Seht, was die Rumänen mit mir gemacht haben. Hier auf der Stirn meine Narben! Ich bin Rom.

Radio Z: Herr Regenspurger, seit dem 16. Mai lebt eine Gruppe Roma auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Dachau, die mit dieser "Aktion Fluchtburg" ein Bleiberecht für ihre Volksgruppe durchsetzen will. Nun gab es ja Gespräche zwischen dem Innenministerium und der evangelischen Landeskirche. Wer nahm an diesen Gesprächen teil und was kam dabei raus?

Regenspurger: Zunächst ist die Sache mal eine Angelegenheit der evangelischen Kirche und nicht des Innenministeriums. Es ist klar, daß es in einer solchen Situation informelle Kontakte gibt. Innenminister Beckstein hat ständig Kontakt mit Vertretern der Landeskirche - er ist ja selbst Mitglied der Synode.

Konnten sich Herr Beckstein und die Vertreter der Landeskirche auf ein gemeinsames Vorgehen einigen?

Im Augenblick noch nicht, wir drängen aber die evangelische Kirche, diese Situation, die sie ja selbst mit herbeigeführt hat, auf friedliche Weise wieder zu bereinigen.

Wie Sie sicher wissen, wurden im Nationalsozialismus 500.000 Roma ermordet, und auch nach 1945 wurden den Angehörigen der Opfer oder den Zwangssterilisierten Entschädigungen verweigert. Glauben Sie nicht, daß die BRD eine besondere historische Verantwortung gegenüber den Roma hat?

Wir wissen natürlich, daß der Platz, an dem sich die Roma niedergelassen haben, historisch sehr belastet ist, und auch, daß diese Volksgruppe im Dritten Reich schweren Belastungen ausgesetzt war. Wir gehen deshalb mit großer Vorsicht und politischen Fingerspitzengefühl an die Sache ran. Was nun das Bleiberecht anbelangt, so ist hier nicht die Zuständigkeit des bayerischen Innenministeriums gegeben, sondern wenn es um Asyl geht, müssen dies die zuständigen Stellen entscheiden, also das Bundesamt. Und wenn die Entscheidung nicht so ausfällt, wie es die Betroffenen wünschen, steht der Rechtsweg offen.

Aber ein Bleiberecht ist ja etwas anderes als die Anerkennung von AsylbewerberInnen. Wieso lehnt die bayerische Regierung ein Bleiberecht ab und schiebt Roma in hoher Anzahl z.B. nach Rumänien ab, obwohl Menschenrechtsorganisationen umfangreich dokumentiert haben, daß dort staatlich unterstützte Pogrome stattfinden?

Ich muß nochmal um Verständnis appellieren, daß wir an Recht und Gesetz gebunden sind und - wenn die Gerichte so entscheiden - daß wir notfalls auch Abschiebungen durchführen müssen. Es gibt auch für die Volksgruppe der Roma keinen rechtsfreien Raum, sondern wir tun das, was wir auch bei anderen Volksgruppen tun müssen.

Aber es läge doch unzweifelhaft in der Kompetenz der bayerischen Regierung, ein Bleiberecht zu gewähren.

Wir werden hier keine isolierte Entscheidung treffen. Dies muß auf Bundesebene geschehen. Wir sehen hier keine besondere Kompetenz der bayerischen Behörden.

Wird sich die bayerische Regierung denn auf Bundesebene für ein Bleiberecht einsetzen?

Es laufen diesbezüglich natürlich Gespräche, aber ich kann das Ergebnis nicht vorwegnehmen.

Zum Schluß eine Frage zum Thema Räumung. Hierzu gabe es unterschiedliche Äußerungen von Ihrem Haus und dem Kultusministerium. Was ist denn nun die Position des Innenministeriums bzw. der bayerischen Regierung?

Wir hoffen auf eine friedliche Lösung mit Hilfe der evangelischen Kirche. Wir gehen davon aus, daß aufgrund des Hausrechts hier zunächst die Kirche gefordert ist. Wenn die evangelische Kirche aber einen Antrag stellt auf Strafverfolgung wegen Hausfriedensbruchs, dann müssen auch die Behörden entsprechend reagieren. Wir hoffen aber nicht, daß es dazu kommen wird.

(Interview von Radio Z mit dem Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Regenspurger, am 30.6.93)

Die Karrieren der Täter

Keiner der Verantwortlichen für den Völkermord an den Sinti und Roma wurde jemals zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Von den "Rasseforschern" bis zu den "Zigeuner-Sachbearbeitern" der Kripostellen sind sie nach dem Krieg alle wieder dabei und machen im neuen deutschen Staat sogar Karriere.

Dr. Robert Ritter, der "Zigeunerforscher", der den Völkermord vorbereitete, macht als Leiter der Frankfurter "Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenkranke" einen neuen Anfang.

Dr. Eva Justin, deren Forschungsobjekte, die Sintikinder von Mulfingen, nach Beendigung ihrer Dissertation nach Auschwitz ins Gas geschickt wurden, arbeitet bei der Stadt Frankfurt als "Jugendpsychologin".

Josef Eichberger, der SS-Mann, der im Reichssicherheitshauptamt und auf dem Hohenasperg die "Zigeuner"-Transporte organisierte, wird Leiter der "Zigeuner"-Abteilung im Bayerischen Landeskriminalamt.

Paul Werner, der SS-Standartenführer und Planer der Deportation vom Mai 1940, macht eine zweite Karriere und wirkt bis in die 60er Jahre als baden-württembergischer Ministerialbeamter.

Dr. Hans Globke, Verwaltungsjurist und Kommentator der "Nürnberger Rassegesetze", wird unter Adenauer Ministerialdirektor, Staatssekretär und Leiter des Bundeskanzleramtes.

Die Liste der unbestraften und nicht verfolgten Mordgehilfen ist lang.

(aus dem Katalog zur Ausstellung "Die Überlebenden sind die Ausnahme", Der Völkermord an Sinti und Roma)

Ich gehe, ich gehe

Ich gehe, ich gehe

einen langen Weg,

Ich treffe reiche Menschen.

Ich gehe, ich gehe

einen langen Weg,

Ich treffe reiche Menschen.

Hey, hey Menschen, hey hey Jugend!

Menschen, unser Weg ist sehr lang,

Jugend, unser Weg ist sehr lang.

Hey, hey Menschen, hey hey Jugend!

Alle Anderen wollen uns nicht haben,

alle Anderen jagen uns fort.

Unser Weg ist lang, sehr lang

Wir haben kein eigenes Land.

Hey, hey Menschen, hey hey Jugend!

Wir gehen, gehen und weinen

Wir gehen, gehen und viele sterben.

Hey, hey Menschen, hey hey Jugend!

Text: Jasar Demirov (aus dem Katalog zur Ausstellung "Die Überlebenden sind die Ausnahme", Der Völkermord an Sinti und Roma)

Liebe Roma-Familien,

in den letzten sechs Wochen sind Sie uns zu Freunden geworden. Wir machen uns große Sorgen um Ihr weiteres Schicksal.

Wir sind uns nicht sicher, ob der Weg, den Ihre politischen Führer für Sie zu gehen versuchen, Erfolg haben wird und Sie hier und jetzt vor der Abschiebung schützen wird. Bis zum heutigen Tag ist die Regierung in keiner Weise auf ihr Angebot eingegangen. Die Behörden verweigern das direkte Gespräch mit ihnen.

Wir können immer weniger ausschließen, daß die Gedenkstätte bald von der Polizei geräumt wird. Dann gibt es auch in der Versöhnungskirche keinen Schutz mehr für Sie.

Falls es dazu kommen sollte und Sie zuvor als Familie in ein anderes öffentliches Kirchenasyl gebracht werden möchten, bitten wir Sie darum, es uns rechtzeitig mitzuteilen. Bitte melden Sie sich bei Pfarrer Bauer, Tel. 08131/25313 oder Diakon Klentzan, Tel. 08139/6415. Sie können uns selbstverständlich auch im Gelände oder im Büro ansprechen.

Einige Familien, die sich rechtzeitig melden, können wir jetzt schon unterbringen, für weitere suchen wir nach Möglichkeiten.

Auch wenn Sie vorziehen unterzutauchen, können Sie sich später an uns wenden.

Ob wir Ihnen an einem anderen Ort wirklich helfen können, wollen wir nicht versprechen. Aber wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften dafür einsetzen, Ihren Einzelfall und die Lebensbedingungen in Ihrem Herkunftsland nochmals überprüfen zu lassen und Ihnen dabei persönlichen und juristischen Beistand geben.

Haben Sie bitte Vertrauen zu uns,

Pfarrer Heinrich Bauer

Diakon Peter Klentzan

Aus dem Innenministerium teilte der Staatssekretär Regenspurger mit, daß die Kirche Hausrecht hat und die Polizei nur auf Antrag kommt. Wer lügt? - Anm. ak-Redaktion

24. Wiesbadener Antifaschist endlich frei

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:21

Am 6.1.1993 haben Anhänger der verbotenen faschistischen Organisation "Deutsche Alternative" einen Kameradschaftsabend in Mainz organisiert. Bei dem Versuch linker Gruppen, dieses Treffen zu verhindern, kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen zwei DA-Anhänger leicht verletzt und ihre Autos beschädigt wurden.

Gegen diese "Kameraden", die unter den Augen der Polizei ihr Treffen später auf dem bekannten Gelände der Nazi-Müllers fortsetzen konnten, ist bis heute kein Verfahren eingeleitet worden. Ganz im Gegensatz dazu wurde dreieinhalb Stunden später Gunther, ein Antifaschist aus Wiesbaden, bei einer Straßenkontrolle in Mainz verhaftet.

Unter dem Tatvorwurf des schweren Landfriedensbruchs wurde ein Haftbefehl erlassen. Flucht- und Verdunkelungsgefahr, sowie die zu erwartende hohe Haftstrafe wurden fadenscheinig als Haftgründe geltend gemacht. Objektiv wurde Gunthers U-Haft auf der Grundlage politischer Motive getroffen. So begründete das Landgericht die Haftfortdauer damit, daß der Beschuldigte als "Mitglied der autonomen Szene jederzeit in den Untergrundabtauchen kann". Das Konstrukt "autonome Szene = Untergrund" entbehrt jeglicher Realität. Weiterhin stellte das Landgericht fest: "Der Beschuldigte ist Mitglied einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe". Mit der Wortwahl "antinational" strengt das Landgericht Mainz einen politischen Gesinnungsprozeß an, der unverhohlen an die Tradition der Verfolgung von "Volksfeinden" durch die NS-Justiz anknüpft.

Die skandalöse Inhaftierung von Gunther hatte neben vielen Solidaritätsaktionen und einer Resolution für seine Freilassung, die von ca. 2.000 Menschen unterzeichnet wurde, u.a. auch zahlreiche Protestschreiben an den rheinland-pfälzischen Justizminister zur Folge. In diesen Schreiben forderten u.a. die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (PDS), der Vorstand der IG Medien Frankfurt und der Personalrat des Hessischen Rundfunks, der AStA der FH sowie politische Initiativen aus den USA, Frankreich, Belgien, Uruguay und Großbritannien die sofortige Freilassung von Gunther.

Durch diese breite öffentliche Solidarität für Gunthers Freilassung ist besonders auch die schon seit Jahren gängige Praxis der Mainzer Behörden ins Schußfeld der öffentlichen Kritik geraten, nichts gegen die Mainzer Nazi-Szene zu unternehmen. So müssen sich Polizei- und Justizbehörden in Mainz inzwischen bundesweit mit dem Vorwurf auseinandersetzen, schon seit Jahren tatenlos zuzusehen, wie die "Gärtnerei Müller" zum bedeutendsten Zentrum der westdeutschen Alt- und Jungnazi-Szene avanciert ist.

Die letztendliche Aussetzung des Haftbefehls vom 28.5.1993 mit der Forderung nach einer Kaution von 15.000 DM sowie einer wöchentlichen Meldeauflage ist offensichtlich der Versuch einer Schadensbegrenzung seitens der Justiz. Dem zunehmenden politischen Gesichtsverlust des Landgerichts Mainz versucht man anscheinend so entgegenzuwirken; man scheint zu hoffen, der Solidaritätsbewegung die Spitze zu nehmen, indem Gunther bis zum Prozeß auf freien Fuß gesetzt wird. Die offizielle Begründung bezieht sich auf Terminschwierigkeiten der überlasteten 5. Strafkammer, bei der das Verfahren anhängig ist. Der Termin für die Eröffnung des Prozesses wird frühestens für Oktober erwartet.

Die Härte, mit der die Kriminalisierung eines Antifaschisten jenseits gängiger juristischer Spielregeln betrieben wird, ist augenfällig. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Exempel statuiert werden soll, das alle meint, die sich gegen Faschismus und Rassismus zur Wehr setzen. Die Justiz und deren politische Verantwortliche in Mainz stellen sich damit letztendlich auf die Seite der rassistischen Mörder. Politische Gesinnungsjustiz gegen Linke und AntifaschistInnen, wie jetzt gegen Gunther, bilden u.a. zusammen mit der staatlichen Ausländerhetze und Verschärfung der Asylbestimmungen den Nährboden, der rechtes Gedankengut und faschistische Gewalt produziert.

Hiermit fordern wir die Einstellung des Verfahrens gegen den Antifaschisten Gunther, sowie die Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen.

Autonome Antifa Mainz/Wiesbaden

25. Die faschistische Anti-Antifa

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:20

Die Anti-Antifa gibt es mit diesem Namen seid ca. September 1992. Initiiert wurde sie von dem Neonazichef und KühnenNachfolger Christian Worch aus Hamburg. In seiner Hauspostille, der Zeitung INDEX (deren Herausgeber die Nationale Liste ist), erschien der erste Artikel, in dem die Gründung bekanntgegeben wurde. Als Ziel wurde die "Feindaufklärung" und -bekämpfung formuliert. Zitat aus einem Anti-Antifa-Artikel der FAP-Zeitung "Sturm": "... diese Hintermänner, welche durch Bereitstellung finanzieller und logistischer Mittel den linken Pöbel zu einer schlagkräftigen Einheit machen, aus der Dunkelheit zerren, ... ihre Namen und Adressen bekannt machen ... schonungslos das Netzwerk von Kirchenvertretern und Medien, von Gewerkschaftlern und Politikern aufdecken ...". Konkret heißt das, daß sich die Anhänger um Adressen, Autonummern, persönliche und politische Zusammenhänge und Arbeitsplätze des politischen Feindes kümmern sollen, um diese an die verschiedenen Zentralen weiterzuleiten. Als Kontaktadressen werden Postlagerkarten in Bonn, Frankfurt und Duisburg genannt und die Adresse der Nationalen Liste, ANTI-Antifaschistischer Infodienst, Hamburg. Die so bekanntgewordenen Adressen werden dann auch regelmäßig im INDEX in speziellen Anti-Antifa-Seiten veröffentlicht. Auch über das Wiesbadener Nationale Infotelefon des Faschisten Stefan Cumic aus Wiesbaden wurden Namen von Antifaschisten verbreitet.

Diese Art der rechten Datensammelei über den politischen Gegner gibt es schon länger. Schon das NPD-Umfeld hat Anfang der 80er Jahre diese Art der "Feindaufklärung" betrieben. Namentlich sei hier Hans-Michael Fiedler genannt, ein NPD-Aktivist aus Göttingen, der sich in den rechten Burschenschaften zu Hause fühlt und ein Schulungszentrum in Adelebsen unterhält. In den SBS-Nachrichten, der Zeitung des neofaschistischen Studentenbundes Schlesien, gibt es auch eine spezielle Anti-Antifa-Rubrik. In Fiedlers Schulungszentrum fand im März 1992 ein Treffen statt, bei dem es um "die Autonomen, ihre Arbeitsweisen, ihre Treffpunkte, erkennbare Zusammenhänge etc." ging. Außerdem wurden sich "Gedanken zur systematischen Bekämpfung" gemacht. Engen Kontakt unterhielt Fiedler auch zu dem FAP-Faschisten Karl Polacek, der bis zu seiner Abschiebung rund 1.000 Datensätze über AntifaschistInnen archiviert hatte.

Offensichtlich hat das breite Nazispektrum die Anti-Antifa-Initiative übernommen. Anfang 1993 tauchten Aufkleber der Jungen Nationaldemokraten (JN, Jugendorganisation der NPD) mit dem Text: "Gegen Links! Anti-Antifa für Deutschland" auf.

Die Vorgehensweise der Nazis

Nach dem Artikel im INDEX folgten verschiedene Veröffentlichungen in Skinheadpublikationen, sogenannten Skinfanzines, und anderen neonazistischen Schriften und Flugblättern. Damit soll ein breites Nazipublikum erreicht werden. Die Bekanntgabe von Namen unliebsamer Personen kann praktisch-Telefonterror, Brandanschläge oder gar körperliche Angriffe bedeuten. (...)

Der Faschist Stephan Cumic

Im März diesen Jahres erschien in Wiesbaden ein Flugblatt der Anti-Antifa. Es liegt die Vermutung nahe, daß es direkt aus der Feder von Stephan Cumic stammt, da dieser bisher als einziger mit der Bekanntgabe von Namen von Antifaschisten in seinem "Nationalen Infotelefon" in Wiesbaden aufgefallen ist. Außerdem unterhält er enge Kontakte zu Christian Worch (in dessen INDEX er immer wieder erwähnt wird), Heinz Reisz (Deutsches Hessen) aus Langen, Gerhard Lauck (NSDAP/AO) aus den USA und Michael Petri, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Alternative (DA) und mittlerweile Bundesvorsitzenden der Aktionsfront Nationaler Kameraden (ANK) aus Mainz. Cumic war es auch, der am 30.1.92 in Mainz eine Demonstration für den 7.3.92 unter dem Motto "Multikultur? Nein Danke!" anmeldete, auf der Petri, Reisz und Worch reden sollten Die Demonstration wurde von Antifaschisten und Antifaschistinnen verhindert. Außerdem ist Cumic von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die faschistische DA betroffen, da er laut Staatsanwaltschaft als kommunikative Schaltstelle und Informationszentrale fungiert.

In einem Heft mit dem Titel "Antifa-Broschüre Mainz/Wiesbaden" erschien im März diesen Jahres ein Bild von Cumic. Das und die laufenden Ermittlungen haben ihn wohl dazu veranlaßt, sich propagandawirksam aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Jedenfalls behauptet er das seit kurzem in seinem "Nationalen Infotelefon".

In dem erwähnten Wiesbadener Flugblatt der Anti-Antifa mit der Überschrift "Achtung: Linke Radikale in Wiesbaden" werden verschiedene Wiesbadener Unternehmen (ein Taxiunternehmen, eine Typographische Werkstatt, eine Druckerei ...) in einer abstrusen Konstruktion mit den Schüssen an der Startbahn West 1987, "Bürgerkriegsspielen in Berlin-Kreuzberg" und der Hamburger Hafenstraße in Verbindung gebracht.

Ausgangspunkt ist eine veröffentlichte Unterschriftenliste, die die Unternehmen unterschrieben haben, in der sich für die Freilassung des in Mainz inhaftierten Antifaschisten Gunther eingesetzt wird. (...) In dem faschistischen Hetzflugblatt wird zusätzlich eine Person namentlich und mit Adresse genannt, die fälschlicherweise als "Vorsitzender" des Infoladens Wiesbaden bezeichnet wird. Der Zweck dieses Flugblattes ist deutlich. Zum einen soll die Bevölkerung die bezeichneten Unternehmen boykottieren, zum anderen werden die Unternehmer und ein Mensch direkt bedroht. Verantwortlich für das Geschreibsel zeichnet eine Anti-Antifa Rhein/Main. Zusätzlich werden auch die Adressen der Anti-Antifa in Bonn und der Nationalen Liste in Hamburg genannt. Mittlerweile ist bekannt, daß dieses Flugblatt bundesweit von der FAP verschickt wurde. (...)

Was tun?

Vor allem ist es wichtig, sich der realen Bedrohung durch den Neofaschismus bewußt zu werden und dagegen Position zu beziehen. Lichterketten allein sind nicht das geeignete Mittel, um dem rechtsradikalen Terror Einhalt zu gebieten.

Bewußt leben schließt ein, als Mensch im Leben und in seiner Zeit zu stehen, auch jenseits unmittelbarer eigener Betroffenheiten ein Verhältnis zu den gesellschaftlich durchschnittlichen Bedrängnissen zu entwickeln, den großen Verschiebungen der Zeit, den Wendepunkten reaktionärer Eskalation, die so heftig in das konkrete Leben der Menschen eingreifen, nicht abgewandt gegenüberzustehen.

Bewußt leben schließt weiter ein, das eigene Bewegen und die eigenen Orientierungen in ein paar grundlegenden Überzeugungen zu verdichten und zu verankern, die über den Tag hinaus zu tragen vermögen.

Anna Seghers schrieb zu diesem Gesichtspunkt: "Jeder Mensch, vor dem die Möglichkeit eines Unglücks auftaucht, besinnt sich sofort auf den eisernen Bestand, den er bei sich trägt. Dieser eiserne Bestand kann für den einen seine Idee sein, für den anderen sein Glaube, ein dritter gedenkt allein seiner Familie. Manche haben übehaupt nichts. Sie sind leer. Das ganze äußere Leben mit all seinen Schrecken kann in sie einströmen und sie füllen bis zum Platzen." (Zitat aus: "Das siebte Kreuz")

Ein fundierter Antifaschismus kann auf Dauer nur basieren auf einer die Menschen auch inwendig erschütternden Auseinandersetzung mit den Verbrechen, der strukturellen Gemeinheit, dem gedanklichen Umfeld und den ökonomisch-politischen Bedingungsfaktoren des historischen Faschismus.

Wie aus dem Antifaschismus eine Grundhaltung werden kann, beschreibt Konrad Wolf: "Der Faschismus vernichtet den ganzen Menschen und seine ganze Humanität. Deshalb müssen wir den ganzen Menschen gegen dieses Gift widerstandsfähig machen. Dafür reicht die nackte Information, das blanke Wissen nicht aus. Die Künste sind geeignet, das Gefühlsleben zu erweitern und zu kultivieren, und sie wirken darin besonders auf Menschen, die sich noch in der Entwicklung befinden. Sie können den emotionalen Nährboden für aktiven Antifaschismus schaffen."

Das "Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V." betreibt im Kern ein antifaschistisches Archiv, in dem wir Informationen aus der rechten Szene sammeln, verarbeiten und weitergeben. Der Sammelschwerpunkt liegt derzeit auf der Dokumentation rechtsradikaler Publikationen (Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter ...), Organisationen und Informationen über die Braunzone (Verbindung zwischen militanten Faschisten und konservativen Kreisen).

In einem nächsten Ausbauschritt ist das Augenmerk auf die ideologischen Zustrombereiche des Neofaschismus zu richten, auf die reaktionäre gesellschaftliche Formierung, mit der das Erstarken des Neofaschismus korrespondiert. Auf die sozialdarwinistische Brutalisierung, der sich faschistische Muster des Denkens und Handelns mühelos beimischen können.

In diesem Zusammenhang wird unsere im Aufbau befindliche Buchsammlung besondere Bedeutung gewinnen, da sie allgemein zugänglich sein soll und vor allem für Jugendliche gedacht ist.

Mit der Dokumentations- und Sammelarbeit wollen wir uns und anderen das Ausmaß der realen Bedrohung durch den Neofaschismus verdeutlichen, einen vereinfachten Zugang zu Material und Informationen herstellen und Zusammenhänge organisatorischer, politischer und ideologischer Art im neofaschistischen und reaktionären Lager erschließen helfen. Die Informationen zur Anti-Antifa in diesem Flugblatt gehen auf Material zurück, das im Archiv vorhanden ist.

Mit der eher grundsätzlicheren Arbeit zu Faschismus und Antifaschismus wollen wir Hintergrundwissen bereitstellen und zur politischen und humanistischen Fundierung des Antifaschismus beitragen. (...)

Unterstützung brauchen wir in Form von Mitarbeit, Bestärkung, Mitsammeln und Weiterreichen von Material über und aus der neofaschistischen Szene, Spenden von Büchern und Broschüren, auch Geldspenden.

Um effektiv arbeiten zu können, sind wir auf Informationen von außen angewiesen und möchten alle Leser und Leserinnen dazu aufrufen, uns mit Material über und aus der neofaschistischen Szene zu versorgen. Leider wandern immer noch sehr viele Papiere oder Bücher in den Altpapiercontainer, statt sie an uns weiterzugeben. Es ist falsch zu denken, dies oder jenes hätten wir bestimmt schon!

Juni 1993

Bildungs- und Solidaritätswerk

Anna Seghers e.V.

Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

T.: 0611/440887 - F.: 0611/9490751

Öffnungszeiten: Montags 17-19 Uhr, Mittwochs 17.30-19.30 Uhr

26. Chronologie rassistischer Anschläge (31.5.24.6.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Normalität

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:19

In Wuppertal wurde ein Brandanschlag auf ein überwiegend von TürkInnen bewohntes Haus verübt. Es wurde niemand verletzt. (FAZ, 1.6.93)

In Isernhagen bei Hannover haben neofaschistische Täter Fenster eines Heimes für Asylsuchende eingeworfen. Zuvor hatten sie rassistische Parolen gerufen. (FAZ, 1.6.93)

1.6.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden laut Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz von Januar bis April diesen Jahres 655 schwere Gewalttaten - Morde, schwere Körperverletzung und Sprengstoffanschläge - begangen. Laut Bundesamt sind bis dahin acht Menschen von Neofaschisten in diesem Jahr getötet worden. Laut PDS/LL-Bundestagsgruppe sind bis zu diesem Zeitpunkt allein 20 Menschen aus zu vermutender oder tatsächlicher rechtsextremer Motivation getötet worden. (Berliner Zeitung (BZ), 2.6.93)

In München haben zwei Skinheads zwei iranische Bürger in einer Trambahn angepöbelt und beim Aussteigen in eine Prügelei verwickelt. Die Polizei nahm die beiden Skins fest. Gegen sie wurde Anzeige erstattet. (SZ, 2.6.93)

In Magdeburg ist ein Brand vor der Wohnung einer Russin gelegt worden. Die Frau konnte das Feuer selber löschen. (taz, 2.6.93)

In Stettin teilte der polnische Generalkonsul in Berlin, Jan Granat, mit, daß 81 Polen seit der Aufhebung der Visumpflicht im April 1991 in Deutschland Opfer von Überfällen geworden sind. Allerdings meldeten viele Opfer die Zwischenfälle nicht. Häufig würden polnische Autos mit Steinen beworfen. (taz, 2.6.93)

In Köln hing in einem Amtszimmer, in dem bislang insbesondere TürkInnen eine Besuchserlaubnis für den Knast beantragen durften, an einer Schrankwand der Staatsanwaltschaft das rassistische "Neue Deutschlandlied". Im Text heißt es u.a.: "Nix verstehen, weil ich Türke (...), wozu soll ich hier noch schaffen, das erledigt doch mein Glied; Deutschland, Deutschland, über alles, ach wie schön ist dieses Lied! (...) Wenn wir erst zur Urne schreiten mit dem Zettel in der Hand, Deutschland, Deutschland über alles, bald gehört uns dieses Land!" Ein Anwalt hatte zunächst eine Sekretärin erfolglos zum Abhängen des Plakats aufgefordert. Als das Blatt wenige Tage später immer noch hing, erstattete er Strafanzeige wegen Volksverhetzung. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein, da der Text "weder zum Haß noch zur Gewalt gegen Teile der Bevölkerung" aufrufe. (taz, 2.6.93)

2.6.

In Solingen fuhr ein rechtsradikaler, betrunkener Autofahrer vorsätzlich in eine Trauerdemonstration und verletzte ein 15jähriges Mädchen. Das Mädchen erlitt Prellungen, konnte das Krankenhaus aber nach einer ambulanten Behandlung wieder verlassen. (FAZ, 3.6.93)

In Köln verweigerte ein Bankangestellter einer Bosnierin die Eröffnung eines Kontos, weil sie nur eine "begrenzte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland" besitzt. (taz, 3.6.93)

3.6.

In Aalen versuchten Unbekannte, ein türkisches Geschäft anzuzünden. Die Hausfassade wurde mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. (FAZ, 4.6.93)

In Illingen zertrümmerte ein Skinhead mit einem Pflasterstein die Fensterscheibe eines China-Restaurants und drohte, den Besitzer "abzufackeln". Gäste ergriffen den Mann und übergaben ihn der Polizei. (FAZ, 4.6.93)

In Coburg soll ein offenbar betrunkener Schärpenträger einer studentischen Verbindung auf dem Coburger Convent am Mikrophon seine Solidarität mit den Mördern von Solingen geäußert haben. Zuvor hatte der

Geschichtsprofessor Dieter Wiebecke von der Landsmannschaft Mecklenburgia-Vorpommern aus Hamburg in seiner Gedenkrede zur Totenehrung den "ethischen Wert und die beispiellose Hingabe und Opferbereitschaft" von Hitlers Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg gelobt. "Wie glücklich könnten sich unsere Regierenden schätzen, wenn der heutigen Generation nur ein bißchen von dem Idealismus geblieben wäre", sagte Wiebecke. (SZ, 5.6.93)

4.6.

In Trauchgau im Ostallgäu verübten Unbekannte einen Brandanschlag. Sie zündeten ofenfertig geschnittenes Holz an, das zwischen zwei Wohnhäusern lagerte. In den beiden Gebäuden lebten eine Rumänin und eine Philippinin mit ihren deutschen Ehemännern. Das Feuer konnte gelöscht werden. Es entstand nur geringer Sachschaden. Die Täter hinterließen drei frisch aufgemalte Hakenkreuze. (SZ, 5.6.93)

In Cottbus haben Unbekannte den sowjetischen Ehrenhain auf dem Südfriedhof geschändet. Drei Grabsteine wurden umgestoßen. (BZ, 7.6.93)

In Kamp-Lintfort am Niederrhein wurde ein Anschlag auf einen von mehreren Aussiedler-Familien bewohnter Wohncontainer verübt. Drei Neofaschisten hatten einen selbstgebastelten Brandsatz auf den Container geworfen. Nur durch Zufall sei keiner der rund 25 Aussiedler verletzt worden. Wenige Tage später konnten die drei mutmaßlichen Täter verhaftet werden. (taz, 10.6.93)

In Tutzing erklärt der jüdische Schriftsteller Günther B. Ginzel auf der Tagung "Junge Juden in Deutschland", daß er in letzter Zeit vermehrt Drohbriefe erhalten habe, die von der Polizei sehr ernst genommen werden. So habe ihn ein "geheimes Gericht mit deutschen Geschworenen (Ariernachweis obligatorisch)" zum Tode verurteilt. Ginzel kam mit Polizeischutz nach Tutzing. (SZ, 5.6.93)

In Bayern hat sich die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten im ersten Quartal dieses Jahres mehr als verdoppelt. Wurden 1992 1.167 Ermittlungsverfahren wegen dieser Straftaten eingeleitet, betrug ihre Zahl allein im ersten Vierteljahr diesen Jahres 664. (FAZ, 5.6.93)

5.6.

In Hattingen konnte sich eine Türkin mit ihren fünf Kindern nur in letzter Minute aus dem brennenden Haus retten. Die Familie entkam dem Feuer durch das Schlafzimmerfenster im Erdgeschoß. Die Wohnung brannte aus. Der Ehemann arbeitete zur Zeit des Brandes auf Nachtschicht bei Thyssen. Später behauptete die Essener Staatsanwaltschaft, daß die Türkin das Feuer selber gelegt haben soll. Die Türkin bestreitet dies. (FAZ, 7.6.93 und taz, 18.6.93)

In Sandhausen bei Heidelberg wurde ein Brandanschlag auf ein türkisches Geschäft verübt. Es entstand nur geringer Sachschaden. (FAZ, 7.6.93)

In Konstanz wurde ein Brandanschlag auf ein türkisches Restaurant verübt. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark beziffert. Wenige Tage später wurde ein 20jähriger Auszubildender wegen dringenden Tatverdachts festgenommen. Für das LKA-Baden-Württemberg sei das Motiv für den Anschlag noch "völlig unklar", denn "bislang sei der Lehrling noch nicht in rechtsextremistischen Organisationen aufgefallen". (FAZ, 7.6.93 und SZ, 14.6.93)

6.6.

In Soest haben in einem Haus, in dem eine libanesische Familie mit vier Kindern wohnt, Unbekannte einen Kinderwagen in Brand gesetzt und einen Brandsatz gezündet. Die Flammen konnten von der Polizei gelöscht werden. Eine Person erlitt eine leichte Rauchvergiftung. Tage später wird gegen einen Asylbewerber wegen Brandstiftung und versuchten Betrugs Haftbefehl erlassen. (Welt, 8.6.93 und SZ, 17.6.93)

In Bad Oldesloe in Schleswig-Holstein ist ein Brandanschlag auf ein von TürkInnen bewohntes Haus verübt worden. (Welt, 7.6.93)

In Großkrotzenburg in Hessen haben Unbekannte den Wagen eines türkischen Asylbewerbers in Brand gesetzt. (taz, 7.6.93)

7.6.

In Bergisch-Gladbach konnte in einem Wohnhaus ein Brand vereitelt werden. In dem Haus, das demnächst abgerissen werden soll, hielten sich 17 Türken auf. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. (Welt, 8.6.93)

In Frankfurt/Main wurde ein Brand im Keller eines fünfstöckigen von TürkInnen bewohnten Hauses gelegt. Es entstand ein Sachschaden von 20.000 Mark. (FAZ, 9.6.93)

In Saalfeld in Thüringen hat ein Unbekannter einem Kind gedroht, es anzuzünden. Der Mann habe den sechsjährigen Jungen aufgrund seines südländischen Teints wahrscheinlich für einen Ausländer gehalten. Die Eltern haben Anzeige erstattet. (taz, 10.6.93)

In Pinneberg ist ein Brandanschlag auf einen Wohncontainer für Obdachlose verübt worden. Die sechs Bewohner und die Feuerwehr konnten die Flammen ersticken. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Polizei schließt nicht aus, daß AsylbewerberInnen in dem Container vermutet wurden. (Hamburger Abendblatt, 8.6.93)

8.6.

In Mönchengladbach-Rheydt wurde ein Brandanschlag auf ein Haus, in dem AusländerInnen wohnen, verübt. (FAZ, 9.6.93)

In Wülfrath wurde ein Brandanschlag auf ein von türkischen Familien bewohntes Haus verübt. Zwei mit Benzin gefüllte Behälter wurden angezündet. 14 Menschen mußten mit Verdacht auf leichte Rauchvergiftung in Krankenhäuser gebracht werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen zweiundzwanzigfachen versuchten Mordes und versuchter lebensgefährdender Brandstiftung. (FAZ, 9.6.93)

In Frankfurt/Main gossen Unbekannte erneut im Treppenhaus eines hauptsächlich von türkischen Familien bewohnten fünfstöckigen Gebäudes etwa zwei Liter Terpentin auf eine Holztreppe, zündeten es an und flohen. Die Bewohner löschten den Brand. Es entstand leichter Sachschaden, niemand wurde verletzt. Tage später nahm die Polizei eine jordanische Hausbewohnerin fest, die beschuldigt wird, den Brand selbst gelegt zu haben. (FAZ, 9.6.93 und SZ, 17.6.93)

In Oberhausen-Rheinhausen warfen Unbekannte zwei Brandsätze in ein türkisches Lokal sowie je einen in die Wohnung des Wirts und in den Garten des Restaurants. Der türkische Wirt konnte das Feuer schnell löschen. Er mußte aber mit einer leichten Rauchvergiftung im Krankenhaus behandelt werden. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft habe der Anschlag "keinen ausländerfeindlichen Hintergrund"; "wahrscheinlich handele es sich um einen persönlichen Racheakt".(FAZ, 9.6.93 und taz, 24.6.93)

In Hamburg-Schnelsen legten Neofaschisten im Keller eines türkischen Lokals Feuer. Es wurde niemand verletzt. (FAZ, 9.6.93)

In Nürnberg wurde ein türkisches Lokal Ziel eines Brandanschlages. Es entstand Sachschaden in Höhe von 50.000 Mark. Die Polizei vermutet auch einen persönlichen Racheakt. (FAZ, 9.6.93)

In Berlin-Kreuzberg hat ein Unbekannter versucht, die Wohnung eines 48jährigen Türken anzuzünden. Der Täter hatte Treibstoff über die Fußmatte vor der Wohnungstür gegossen und angesteckt. Der 48jährige war durch die starke Rauchentwicklung auf das Feuer aufmerksam geworden. Er konnte rechtzeitig verhindern, daß die Flammen auf die Wohnung übergriffen. Der Täter entkam unerkannt. Die Polizei schloß politische Motive für die Tat "weitestgehend" aus. (BZ, 9.6.93)

9.6.

In Freiburg/Breisgau wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Das Feuer wurde frühzeitig von Anwohnern entdeckt. Die 111 BewohnerInnen des Heimes aus zwölf Nationen konnten sich ohne Panik auf die Straße begeben. Die Küche im Erdgeschoß brannte völlig aus. Gleichzeitig brannte am Stadtrand das Auto eines Asylbewerbers aus. (FAZ, 11.6.93)

In Wachtendonk im Kreis Kleve haben Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für AussiedlerInnen begangen. Auf dem Dachboden des Hauses wurden Matratzen in Brand gesteckt. Die durch Nachbarn alarmierte Feuerwehr konnte das Feuer löschen. Die rund 50 BewohnerInnen des Hauses kamen mit dem Schrecken davon. Die Staatsanwaltschaft erklärte, die Untersuchungen sprächen dafür, daß der Anschlag nicht von Rechtsradikalen begangen worden sei. (taz, 10.6.93)

In Markgröningen in Baden-Württemberg wurde ein 19jähriger Grieche bei einer Auseinandersetzung zwischen Ausländern und einem Skinhead lebensgefährlich verletzt. (SZ, 11.6.93)

In Dietzenbach in Hessen brannte es in dem Haus einer türkischen Familie. Ein Bewohner konnte die Flammen löschen. Die Brandursache war zunächst ungeklärt. (Welt, 11.6.93)

In Duisburg-Neudorf verhaftete die Polizei einen 27jährigen Mann, der zugab, vor dem Kinderzimmerfenster eines überwiegend von AusländerInnen bewohnten Hauses eine Matratze angezündet zu haben. Das Feuer griff rasch auf die Kunststoffrolläden und die Gardinen über. Im Erdgeschoß wohnte eine marokkanische Familie mit sechs Kindern. Als Tatmotiv gab der Täter an, sich schon oft über das laute Spielen der Kinder auf der Straße geärgert zu haben. Er wurde wegen versuchten Mordes verhaftet. (SZ, 11.6.93)

In Nordrhein-Westfalen gab es seit den Morden von Solingen laut Innenminister Herbert Schnoor 70 fremdenfeindliche Straftaten, davon zehn Brandstiftungen und 20 Bedrohungen. Schnoor: "Es ist reines Glück, daß wir in Deutschland nicht erneut Todesopfer beklagen mußten." (taz, 10.6.93)

10.6.

In Dresden ist ein Mosambikaner bei einem Brand in einem Wohnheim für ausländische ArbeiterInnen ums Leben gekommen. Sechs Bewohner des von 150 AusländerInnen bewohnten Heims wurden verletzt. Die Ursache des Feuers ist noch unklar. (FAZ, 11.6.93 und taz, 12.6.93)

In Singen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Die Täter steckten einen Müllhaufen mit Matratzen und Polstermöbeln neben dem Haus in Brand. Der Rauch weckte einen der neun AsylbewerberInnen, die in dem Heim wohnen. Deshalb konnten sich alle retten. (FAZ, 11.6.93)

In Dieburg hat die Polizei bei der Durchsuchung des Zimmers eines 15jährigen eine Deutschlandfahne mit der Aufschrift "Nationale Front" und etliche Waffen sichergestellt. Anwohner hatten der Polizei berichtet, auf dem Nachbargrundstück seien NS-Lieder gesungen und eine Hakenkreuzfahne aufgehängt worden. (FR, 11.6.93)

In Landshut wird ein Brandanschlag auf ein von Jugoslawen, Italienern und Deutschen bewohntes Haus verübt. BewohnerInnen entdeckten im Keller einen Brand, den sie selbst löschen konnten. (FAZ, 19.6.93)

In Göttingen erschlugen vermutlich Neofaschisten, wie erst jetzt bekannt wurde, am 21. Mai einen 20jährigen Bundeswehrsoldaten nach dem Verlassen eines Frühlingsfestes. Der Soldat war mit einem türkischen Bekannten und einer bulgarischen Freundin auf dem Schützenplatz mit zwei Männern in Streit geraten. Es kam zu einer Schlägerei, die von Schaustellern geschlichtet werden konnte. Als der Soldat mit seinen Bekannten später das Frühlingsfest verließ, wurde er von zwei Männern und Frauen überfallen. Er erhielt vermutlich mit einem Baseballschläger einen Schlag gegen den Kopf. Einer der Täter soll glattrasiert wie ein Skinhead ausgesehen haben. Der Soldat ging allein nach Hause. Er verstarb hier und wurde erst Tage später entdeckt. Freunde wiesen darauf hin, daß der 20jährige in der Vergangenheit öfter wegen seines südländischen Aussehens angepöbelt worden ist. Der Polizei und Staatsanwaltschaft liegen trotzdem angeblich keine Anhaltspunkte für einen politischen Zusammenhang der Tat vor. Sie wollen diesen Zusammenhang aber auch nicht ausschließen. (Göttinger Tageblatt, 10.6.93 und 11.6.93)

11.6.

In Modautal-Ernsthofen im Kreis Darmstadt-Dieburg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Auf der Treppe zwischen dem ersten und zweiten Stockwerk waren mit Benzin getränkte Lappen und Kleidungsstücke entzündet worden. Ein Bewohner hatte dies zufällig beim Gang zur Toilette bemerkt. Heimbewohner löschten den Brand. (FAZ und SZ, 12.6.93)

In Waibstadt brannte es in einem von 16 TürkInnen bewohnten Haus. Ein sechs Monate altes Kind erlitt eine Rauchvergiftung. Die Brandursache war zunächst unklar. (FAZ, 12.6.93)

In Sinsheim wurde ein Brandanschlag auf ein von TürkInnen bewohntes Haus verübt. Ein sechs Monate altes Kind erlitt eine Rauchvergiftung. (Welt, 12.6.93)

In Kleinmachnow randalierten 50 Jugendliche in einem Jugendzentrum. Sie schossen mit Schreckschußpistolen um sich und warfen Gegenstände. Einem Lokalverweis kamen sie nicht nach. Beim Versuch der Polizei, den Saal zu räumen, leisteten sie massiven Widerstand. (BZ, 14.6.93)

In Hamburg-Schanzenviertel schossen Neofaschisten aus der Wohnung des Faschisten Henry Fiebig mit Signalmunition auf eine Gruppe von DemonstrantInnen. Fiebig verschanzte sich mit Gesinnungsgenossen mit einem abgesägten Schrotgewehr und einer Gaspistole auf dem Balkon. Eine Gruppe von DemonstrantInnen versuchte die Wohnung anschließend zu stürmen. Die Polizei mußte sich nach Fiebigs Schüssen zunächst zurückziehen und auf das Eintreffen des Mobilen Einsatzkommandos warten. Der Polizeisprecher: "Es ist direkt auf die Kollegen gezielt worden". Die Polizei fand in der Wohnung Schußwaffen, Material zur Herstellung von Sprengsätzen, fertige Brandsätze sowie neofaschistisches Propagandamaterial. (SZ und taz, 14.6.93)

12.6.

In Schwedt kam es während einer von der PDS angemeldeten antifaschistischen Demonstration zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und der Polizei. Nach Angaben der PDS wurden die Auseinandersetzungen von Neofaschisten provoziert. (BZ, 15.6.93)

In Brandenburg wurden seit Jahresbeginn 113 fremdenfeindliche oder andere neofaschistische Straftaten registriert. Damit habe die Gewalt gegen AusländerInnen, laut Innenminister Alwin Ziel, das hohe Vorjahresniveau erreicht. (BZ, 15.6.93)

In Barleben bei Magdeburg verhinderte die Polizei eine verbotene Versammlung von mehreren hundert Neofaschisten. Elf Teilnehmer seien vorläufig festgenommen, sowie 23 Waffen und Schlagwerkzeuge sichergestellt worden. (BZ, 14.6.93)

In Bergisch Gladbach wurde erneut ein Brandanschlag auf ein von türkischen Familien bewohntes Haus verübt. Ein Bewohner wurde schwer verletzt, als er sich mit einem Sprung aus einem Fenster des Obergeschosses vor den Flammen in Sicherheit bringen wollte. Ein zweiter Mann erlitt leichte Rauchvergiftungen. Später wurde vom Oberkreisdirektor behauptet, daß der Brand offenbar von Bewohnern selbst gelegt worden sein soll. Hierfür lägen angeblich "eindeutige Anhaltspunkte" vor. (SZ, 14.6.93 und 19.6.93)

In Raschau bei Chemnitz lösten Polizeibeamte eine verbotene NPD-Veranstaltung auf. (SZ, 14.6.93)

In Worms rotteten sich 50 Neofaschisten auf Einladung eines NPD-Mitglieds zu einem "Nationalen Grillfest" auf einem Weingut zusammen. Gegen dieses Treffen protestierten 150 AntifaschistInnen. Mehr als 100 Polizisten wurden eingesetzt, um die DemonstrantInnen von dem Weingut fernzuhalten. Die Polizei nahm 30 AntifaschistInnen vorläufig fest.

13.6.

In Falkensee im Kreis Nauen wurden etwa 20 PKWs eines Autocenters mit Hakenkreuzen beschmiert. Die türkische Besitzerin hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet. (BZ, 15.6.93)

In Wilthen in Sachsen überfielen zehn Neofaschisten die Besucher einer Discothek und verletzten zwei Personen, eine davon schwer. Zwei der Täter wurden am Tatort festgenommen. (taz, 16.6.93)

In Murnau in Oberbayern ist ein Brandanschlag auf ein Haus verübt worden, in dem auch ein iranischer Staatsbürger wohnt. Beim Löschen des Brandes wurden fünf Feuerwehrleute verletzt. Der Sachschaden beträgt 100.000 Mark. Die Polizei erklärt: "Die äußeren Umstände des Unglücks deuten auf Brandstiftung hin. Hinweise auf einen ausländerfeindlichen Hintergrund der Tat lägen nicht vor." (SZ, 14.6.93)

In Steinfeld im Main-Spessart-Kreis haben Unbekannte einen Brandanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus verübt. Zum Zeitpunkt der Tat hielten sich nach Angaben der Polizei keine Menschen in dem Gebäude auf. Der Sachschaden blieb gering, da das Feuer rasch entdeckt wurde. Nach ersten Ermittlungen hatten zwei Männer im Keller des Anwesens Benzin verschüttet und angezündet. Danach sollen sie mit einem Auto geflüchtet sein. (taz, 15.6.93)

In Frankfurt/Main-Schwanheim wurden mehrere Schüsse auf das Küchenfenster einer Wohnung, in der eine Türkin mit ihrer Tochter lebt, abgegeben. Verletzt wurde niemand. Die Schüsse richteten nur Sachschaden an. Für die Polizei liegt noch kein konkreter Verdacht für eine ausländerfeindliche Tat vor. (FR, 15.6.93)

In Berkum in Nordrhein-Westfalen wurden neofaschistische Parolen gesprüht. Überdies wurden Aufkleber der verbotenen "Nationalistischen Front" verklebt. (GA, 15.6.93)

14.6.

In Oberhausen bei Karlsruhe ist ein 16jähriges türkisches Mädchen von vier neofaschistisch orientierten Männern mißhandelt worden. Die Täter hielten das Mädchen auf der Straße an und fragten, wer die Parole "Nazis raus" am Rathaus und der Sparkasse angebracht habe. Weil das Mädchen nicht antworten konnte, habe ihm einer der Männer den Arm auf den Rücken gedreht. Ein anderer habe der Türkin mit der Faust mehrmals in den Bauch geschlagen. (SZ, 15.6.93)

In Kerpen bei Köln ist auf ein von AusländerInnen bewohntes Mietshaus ein Brandanschlag verübt worden. Im Flur des ersten Obergeschosses wurde eine brennbare Flüssigkeit entzündet. Ein Türke habe das Feuer frühzeitig entdeckt und gelöscht. (FAZ, 15.6.93)

In Frankfurt/Main-Sachsenhausen zündeten neofaschistische Täter im Keller eines von AusländerInnen bewohnten Hauses Papier an. Der kleine Brand richtete keinen Schaden an. Auf einem Bekennerschreiben, das in der Nähe lag, wurden weitere Anschläge angedroht. (FAZ, 15.6.93)

In Saalfeld kam es bei einer Veranstaltung des neofaschistischen "Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes Österreich" sowie der "Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur" zu Auseinandersetzungen zwischen einer "Trachtengruppe" und antifaschistischen Jugendlichen. Die Polizei nahm 10 Jugendliche vorläufig fest. (taz, 15.6.93)

15.6.

In Waldshut-Tiengen in Baden-Württemberg ist ein Brandanschlag auf ein von Italienern bewohntes Haus verübt worden. Das Haus brannte völlig nieder. Eine 36jährige Frau und ein 39jähriger Mann mußten mit einem Schock in ein Krankenhaus eingeliefert werden. In dem Haus wohnten 21 Personen. Zufällig vorbeikommende Polizisten hatten den Brand bemerkt. Bei dem Anschlag sollen keine rassistischen Motive eine Rolle gespielt haben. Die Polizei nahm zwei Italiener als Tatverdächtige fest. (taz, 16.6.93 und 17.6.93)

In Wegberg-Rickelrath bei Mönchengladbach ist ein Brandanschlag auf das Haus einer marokkanischen Familie verübt worden. Zwei erwachsene Frauen und vier Kinder, die sich in dem Haus zur Tatzeit aufhielten, blieben unverletzt. Die Täter hatten zwei Brandsätze im Eingangsbereich des Hauses plaziert und einen weiteren in ein gekipptes Fenster geworfen. An der Hauswand hatten sie ein Hakenkreuz gesprüht. (taz, 16.6.93)

In Meersburg am Bodensee wurde ein 19jähriger Skinhead festgenommen, weil er eine Unterkunft für Asylsuchende anzünden wollte. Der junge Mann soll in der vergangenen Woche mehrere Bekannte aus der regionalen Skinhead-Szene angesprochen haben, um sie zur Mittäterschaft zu bewegen. (taz, 16.6.93)

In Falkensee ist ein libanesischer Gastwirt in seiner Gaststätte von neofaschistisch orientierten Jugendlichen bedroht und mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft worden. Nach Angaben des Gastwirts bedrohten die Täter auch das Personal und die Gäste des Lokals. Sie warfen eine Lampe vom Tisch und zerstörten die Eingangstür. Die Polizei konnte acht der mutmaßlichen Täter am Bahnhof stellen. (FAZ und BZ, 16.6.93)

In Ingolstadt wurde auf einem Gebäude des Freistaates die Reichskriegsflagge gehißt. In dem Gebäude ist u.a. die Wiking-Marine-Vereinigung, eine Kameradschaftsvereinigung von alten Seeleuten, untergebracht. (SZ, 16.6.93)

16.6.

In Marsberg ist ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt worden. Von den 25 Flüchtlingen wurde niemand verletzt. Zwei Männer hatten aus einem anliegenden Waldstück einen Brandsatz auf den Hinterhof des Gebäudes geschleudert. Der Brandsatz sei von den Bewohnern unmittelbar danach entdeckt und unschädlich gemacht worden. Die Polizei nahm zwei mutmaßliche Täter fest. (taz, 18.6.93)

In Essen-Kray ist auf ein von acht türkischen Familien bewohntes Haus ein Brandanschlag verübt worden. Eine Türkin konnte das Feuer rechtzeitig löschen. Es gab keine Verletzten. Unbekannte hatten einen Brandsatz durch ein offenes Fenster in der ersten Etage des Wohnhauses geworfen. (taz, 18.6.93)

In Achim bei Bremen verhinderten ausländische Jugendliche einen Anschlag auf ein auch von AusländerInnen bewohntes Haus. Die Jugendlichen hätten bei einem Streifengang hinter dem Gebäude drei Skinheads

gesehen, von denen einer einen schon brennenden Brandsatz in der Hand gehabt hatte. Die drei Skins seien geflüchtet. Die Polizei fand neben dem Haus die Überreste eines Brandsatzes. (taz, 17.6.93)

17.6.

In Niedersachsen hat die Zahl der Straftaten gegen AusländerInnen einen vorläufigen Höhepunkt erreicht: Bis zum 7. Juni sind in diesem Jahr 183 versuchte und vollendete Delikte registriert worden. Die Aufklärungsquote bei rechtsextremen Straftaten ist dagegen niedrig: Wie die niedersächsische Justizministerin Heidi Alm-Merk mitteilte, gab es im vergangenen Jahr 846 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten, bei denen jedoch in 692 Fällen die Täter nicht ermittelt werden konnten. In 31 Fällen sei eine Verurteilung erfolgt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres habe es 469 Ermittlungsverfahren gegeben. 343 davon seien wieder eingestellt worden, weil die Täter nicht ermittelt wurden. Nur in 18 Fällen konnten die Täter verurteilt werden. (SZ, 3.6.93 und Welt, 18.6.93)

In Regensburg haben drei Skinheads eine Frau auf offener Straße überfallen und sie mit zehn Schnitten im Gesicht verletzt. Die Täter hatten offenbar geglaubt, eine Ausländerin vor sich zu haben. Obwohl die dunkelhaarige Frau die Frage, ob sie Deutsche sei, bestätigte, hätten die Männer sie festgehalten und mit einer Rasierklinge zehn schmerzhafte Schnitte auf einer Wange beigebracht. Nach der Drohung, ihr beim nächsten Mal auch die andere Gesichtshälfte zu zerschneiden seien sie geflohen. (taz, 19.6.93)

In Dülmen erschossen zwei deutschsprechende Täter einen 41jährigen Kurden an der Haustür einer Unterkunft für Flüchtlinge. Der Mann wurde mit drei Schüssen getötet. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Staatsanwaltschaft in Münster behauptet, es gebe keine Hinweise für einen rechtsextremen Hintergrund der Tat. (FAZ, 19.6.93 und taz, 21.6.93)

In Landshut hat es wieder in einem von Jugoslawen, Italienern und Deutschen bewohnten Haus gebrannt. Es wurde niemand der 24 BewohnerInnen verletzt. Es entstand Sachschaden in Höhe von 200.000 Mark. Die Polizei schließt Brandstiftung als Brandursache nicht aus. (FAZ, 19.6.93)

In Brilion haben Neofaschisten eine mit brennbarer Flüssigkeit gefüllte Getränkedose auf den Hof des von 25 AsylbewerberInnen bewohnten Hauses geworfen. Es entstand kein Sach- oder Personenschaden. (FAZ, 18.6.93)

18.6.

In Bonn teilte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums mit, daß ein zur Zeit in Somalia stationierter Hauptgefreiter der Bundeswehr wegen des Verdachts rechtsextremistischer Aktivitäten nach Deutschland zurückbeordert worden sei. Der Mann hat sich vor zwei Jahren bei der Bundeswehr als Zeitsoldat verpflichtet. Der Verdacht beziehe sich aber auf einen davor liegenden Zeitraum. (taz, 21.6.93)

19.6.

In Raisdorf bei Kiel wurden bei einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende zwei Bewohner verletzt. Ein Jugoslawe zog sich bei der Flucht aus einem Fenster Schnittwunden zu, ein zweiter Bewohner erlitt eine Rauchvergiftung. (taz, 21.6.93)

In Rüsselsheim-Haßloch verübten Neofaschisten einen Brandanschlag auf eine im Bau befindliche Unterkunft für Asylsuchende. Dabei entstand ein Sachschaden von mehr als 100.000 Mark. (taz, 21.6.93)

In Arnstadt in Thüringen traktierten Skinheads zwei Jugoslawen sowie einen Deutschen mit Baseballschlägern und Messern vor einem Tanzcafe. Zwei der Opfer mußten mit Messerstichen in ein Krankenhaus. Die Neofaschisten raubten ihre Opfer aus und demolierten das Fahrzeug des Deutschen. Anschließend schlugen sie einen 22jährigen Griechen zusammen. Die Neofaschisten konnten unerkannt entkommen. (Junge Welt, 22.6.93)

In Berlin-Kreuzberg wurde ein Brandanschlag auf ein Haus verübt, in dem sich ein kurdisches Lokal befindet. Bei dem Brand starben eine 29jährige Mutter und ihr zweijähriger Sohn. Im Keller des fünfgeschossigen Gebäudes wurde Gerümpel zusammengetragen und angesteckt. Bereits Tage vor der Tat hatten Unbekannte am Kellereingang des Hauses ein Hakenkreuz auf den Gehweg geschmiert. Die Polizei kann ein politisches Motiv nicht ausschließen. (BZ, 21.6.93 und SZ, 22.6.93)

Am Bützsee im Kreis Neuruppin ist ein Treffen von etwa 200 Neofaschisten von der Polizei aufgelöst worden. Die meisten Anwesenden waren uniformiert. Das Treffen war vom neofaschistischen "Förderwerk mitteldeutsche Jugend" organisiert worden. Die Neofaschisten hatten sich aus Anlaß einer "Sonnenwendfeier" versammelt. Sie hatten die Zufahrtswege zum Zeltplatz durch Beobachtungsposten und querstehende Autos gesichert. Auf dem Bützsee patrouillierte ein Boot, auf dem sich Vermummte befanden. Die Polizei nahm 18 Personen fest. Von weiteren 90 Personen wurden die Personalien festgestellt, 30 der Teilnehmer erhielten Platzverweis. Die Polizei stellte Baseballschläger, Schlagringe, Messer und umfangreiches neofaschistisches Propagandamaterial sicher. (BZ, 21.6.93)

20.6.

In Premnitz ist ein türkischer Imbißbudenbesitzer von acht neofaschistischen Jugendlichen beschimpft und zusammengeschlagen worden. Vier der Täter konnten festgenommen werden. (taz, 22.6.93)

21.6.

In Wismar ist eine 35jährige Asylbewerberin von einem Unbekannten mit einer Luftdruckwaffe angeschossen worden. Der Vorfall ereignete sich, als die Frau sich aus einem Fenster einer Unterkunft für Flüchtlinge lehnte. Ein Geschoß habe sie in den Oberarm getroffen. (taz, 23.6.93)

In Frankfurt an der Oder stehen Mitglieder der neofaschistischen Wehrsportgruppe "Kameradschaftsbund Deutschland" im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben. Der Wehrsportgruppe wird vorgeworfen, Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren an Waffen auszubilden. (FAZ, 23.6.93)

In Berlin wollte ein 35jähriger Somalier von dem Vordach eines Bürohauses springen und Selbstmord begehen. Zahlreiche Schaulustige schreien: "Spring doch" - "Geh doch zurück in den Dschungel". Der Mann stürzte sich Minuten später kopfüber vom ersten Stock in die Tiefe. In dem Moment, als sein Körper unten aufschlug, klatschte die gaffende Meute brausenden Applaus. Der Somalier überlebte den Sprung. (taz Berlin, 22.6.93)

In München sind mehrere Personen bei einer Massenschlägerei zwischen einer Gruppe deutscher Jugendlicher und einer Gruppe deutscher und ausländischer Jugendlicher schwer verletzt worden. Der Hintergrund der Schlägerei waren "ethnische Konflikte". Der Streit brach aus, nachdem ein Mitglied der deutschen Gruppe eine 25jährige Farbige in einer Gaststätte als "Negerschlampe" beschimpft und ihr ein Glas Bier über die Kleidung geschüttet hatte. (taz, 23.6.93)

22.6.

In Bückeburg in Niedersachsen haben aufmerksame Müllwerker zwanzig AsylbewerberInnen aus einem brennenden Müllcontainer gerettet. Sie hätten die schlafenden BewohnerInnen geweckt und so dafür gesorgt, daß sich die drei Familien aus dem Libanon und dem ehemaligen Jugoslawien in Sicherheit bringen konnten. Der Wohncontainer sei bei dem Brand zerstört worden. Der Sachschaden beträgt 300.000 Mark. Die Polizei schloß Brandstiftung aus, obwohl die Brandursache noch unklar war. (SZ, 23.6.93)

In Rathenow in Brandenburg warfen Unbekannte ein Fenster in einer Unterkunft für Asylsuchende ein. Es wurde niemand verletzt. (BZ, 23.6.93)

In Ingolstadt wurden in Vitrinen des Bayerischen Armeemuseums Zinnfiguren in SS-Uniform zum Verkauf angeboten. Wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erstattete daher schon im März ein Ingolstädter Anzeige gegen den Leiter des Museums. (SZ, 23.6.93)

23.6.

In Eberswalde-Finow haben drei neofaschistisch orientierte Jugendliche die Unterkunft für Asylsuchende mit Steinen angegriffen und einen Brandanschlag angedroht. Die Neofaschisten skandierten dabei rassistische Parolen. Ein Tatverdächtiger wurde festgenommen. (BZ, 25.6.93)

In Erkner im Kreis Fürstenwalde ist ein Vietnamese von mehreren Jugendlichen bewußtlos geschlagen und beraubt worden. Passanten hatten den Vorfall beobachtet, ohne jedoch einzugreifen. Auch später sei der Vietnamese blutend liegengelassen worden, bis eine Funkstreife eintraf. Vermeintliche Zeugen, die die Zahl der Angreifer mit zehn angaben, flüchteten, als die Polizei nähere Auskünfte einholen wollte. (BZ, 25.6.93)

In Hotteln in Niedersachsen ist ein Brandanschlag auf eine Gaststätte einer türkischen Familie verübt worden. Die Täter zerschlugen die Scheibe der Eingangstür der Gaststätte und warfen zwei Brandsätze hinein, von denen sich einer entzündete. Nachbarn hätten das Klirren der Scheiben gehört und die Feuerwehr alarmiert, die den Brand schnell löschen konnte. Bei dem Brandanschlag wurde niemand verletzt. (taz, 24.6.93)

24.6.

In Hadamar sind bei einem Brand in einem von TürkInnen bewohnten Haus drei BewohnerInnen leicht verletzt worden. Der Familienvater, der im Parterre schlief, wurde kurz vor Ausbruch des Brandes durch ein unbestimmtes Geräusch wach. Auf der Flucht vor den Flammen erlitt die Frau leichte Rauchvergiftungen, ein 15 Jahre alter Sohn wurde am Auge verletzt. Der Vater erlitt leichte Kopfverletzungen, als er nochmals in das brennende Haus zurückkehrte, um wichtige Papiere zu bergen. Der Schaden beläuft sich auf etwa 70.000 Mark. (FAZ, 25.6.93)

In Dresden haben acht Beamte der Autobahnpolizei seit Ende 1991 bis Juni diesen Jahres von ausländischen Kraftfahrern unrechtmäßig hohe Geldbußen für angebliche Ordnungswidrigkeiten gefordert und dann in die eigene Tasche gesteckt. Die Opfer kamen aus Rußland, Rumänien, Polen, der Tschechischen Republik und Vietnam. Die Beamten wurden vom Dienst suspendiert. (BZ, 25.6.93)

In Erfurt verglich ein Thüringer Ministerialrat den Völkermord an den Juden mit besonders effizientem Wirtschaften. "Mit weniger Gas mehr Juden", so machte das Mitglied des Thüringer Landeshofes, Hans-Peter Kalusche, den Teilnehmern eines Lehrgangs für Finanzbeamte deutlich, was Effizienz sei. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende von Thüringen, Kurt Weyh, bezeichnete das Verhalten Kalusches als Verbreitung faschistischen Gedankenguts. Der Präsident des Landesrechnungshofes sieht dagegen in Kalusche einen aufrechten Demokraten, der ein unglückliches Beispiel gewählt hat. Gründe für ein Disziplinarverfahren gegen seinen aus Hessen stammenden Abteilungsleiter sieht er jedoch nicht. (taz, 26.6.93

Bürokollektiv Ulla Jelpke

27. Faschistische Literatur im "Vertriebenen"-Haus der Landesregierung in Stuttgart

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Revanchismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:28

In den vergangenen Monaten gelangten faschistische Umtriebe in mehreren (staatlich finanzierten) Vertriebenen-Einrichtungen ans Licht der Öffentlichkeit. Im März 1993 wurde bekannt, daß im Stuttgarter "Haus der Heimat", einer offiziellen Einrichtung des baden-württembergischen Innenministeriums, offen nazistische Literatur und Schallplatten angeboten wurden. Dem Leiter des Hauses, dem Egerländer-"Vertriebenen"-Funktionär Albert Reich, wurde außerdem vorgeworfen, ein faschistisches Flugblatt an seine Mitarbeiter verteilt zu haben. Die "Stuttgarter Zeitung" zitierte Äußerungen Reichs, daß "die Juden letztlich an ihrem Schicksal selber schuld" seien oder die "Tschechen die größten Chauvinisten Europas" seien. Nach öffentlichen Protesten entzog der SPD-Landesinnenminister daraufhin Reich die Befugnis über die Bibliothek. Reich verschwand in den "Jahresurlaub" und wurde anschließend "krank". Daraufhin wurde es wieder ruhig.

Anfang Mai veröffentlichte die "Stuttgarter Zeitung" dann einen Brief aus dem Jahr 1986 mit offen faschistischem Inhalt und mit der Unterschrift Reichs. Nun wurde Reich am 6. Mai vom Dienst suspendiert. Allerdings stellte sich dann heraus, daß der skandalöse Brief wahrscheinlich gefälscht worden war. Reich wurde "bis zur endgültigen Klärung der Vorwürfe" ins Regierungspräsidium befördert (ist jedoch weiterhin offiziell "krank"). Die Diskussion in der Lokalpresse drehte sich nun nur noch um die fragwürdige Echtheit des Briefes von 1986 - die erwiesene Tatsache, daß er als Leiter des "Hauses der Heimat" mit öffentlichen Geldern faschistische Literatur verbreitete, verschwand aus den Schlagzeilen. Der baden-württembergische Finanzminister Mayer-Vorfelder vom extrem rechten Flügel der CDU, die Reps und die "Vertriebenen"-Verbände sprachen von "Rufmord" und forderten Reichs "Rehabilitierung".

Die baden-württembergische Landtagsfraktion der "Grünen" beantragte, das "Haus der Heimat" zu schließen, da es möglicherweise als "Organisationszentrale einer deutschnationalen, ja rassistischen Arbeit" fungiert habe. Damit, so die Grünen, sei auch der "Sache der Vertriebenen" (was immer das sein soll) nicht gedient. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD (mit Unterstützung der Republikaner, die mit 15 Abgeordneten im Landtag sitzen) stimmte allerdings dafür, das "Haus der Heimat" weiterhin aufrecht zu erhalten. Laut Stuttgarter Zeitung warnte ein SPD-Abgeordneter vor einer "undifferenzierten Verurteilung der gesamten Arbeit, die im Haus der Heimat geleistet werde". SPD-Innenminister Birzele kündigte am 26. Juni vor dem Landesverbandstag des "Bundes der Vertriebenen" neue Richtlinien für die Bibliothek und die Raumvergabe an, damit "das Haus der Heimat nicht mehr in Verruf kommen kann". Angesichts solcher Anbiederung an die Revanchisten-Verbände triumphierte die neu-rechte Monatszeitung "Junge Freiheit" wohl nicht ganz zu unrecht, daß die "Säuberungen im Südwesten" und die "Kampagne gegen die Vertriebenenverbände gescheitert" seien.

Das Stuttgarter "Haus der Heimat" war 1976 unter dem damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Nazi-Marinerichter Hans Filbinger gegründet worden. Filbinger leitet heute das rechts-konservative "Studienzentrum Weikersheim". Der jetzige Fraktionsvorsitzende der Reps im Stuttgarter Landtag, Rolf Schlierer, war früher Kuratoriumsmitglied in Weikersheim.

Nach Recherchen des Fernsehmagazins "Report" (Baden-Baden) wird auch in anderen sogenannten "Vertriebenen"-Bibliotheken faschistische Literatur angeboten, so zum Beispiel im "Haus des deutschen Ostens" in München (eine Behörde des bayerischen Sozialministeriums) oder in der größten deutschen "Vertriebenen"-Bibliothek in Herne (finanziert vom Bundesinnenministerium, vom NRW-Sozialministerium und von der Stadt Herne). Laut "Report" befand sich darunter holocaust-revisionistische und kriegsverherrlichende Literatur sowie Schriften, die Polen für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich machen.

Nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes werden derartige Bibliotheken mit Steuergeldern finanziert, um "das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu pflegen und zu wahren". Inzwischen dürfte allgemein klar sein, was mit solcher völkischen "Vertriebenen"-Propaganda gemeint ist.

mh.

Quelle:

verschiedene Ausgaben der Stuttgarter Zeitung, Mai und Juni; Junge Freiheit, Juni

28. Kunsthandel als Devisenbeschaffung. Abweichender Bericht der PDS im Bundestag zum ersten Teilbericht des KoKo-Ausschusses

Rubrik: PDS; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:11

Am 3. März 1993 legten die CDU/CSU- und die FDP-Fraktion mit ihrer Mehrheit im KoKo-Untersuchungsausschuß (Kommerzielle Koordination, landläufig besser bekannt als Schalck-Golodkowski-Ausschuß) einen ersten Teilbericht vor, der den Kunsthandel der KoKo betrifft. Andrea Lederer (als Abgeordnete im Ausschuß) und Günther Kolodcy (als Mitarbeiter) legten für die Bundestagsgruppe der PDS/LL ein abweichendes Minderheitenvotum vor. Lesenswert ist dieser Bericht vor allem, weil in ihm unvoreingenommen die konkreten Zwänge der DDR-Ökonomie an einem konkreten Beispiel aufgezeigt werden, aber auch weil die AutorInnen dennoch nicht mit einer sehr grundsätzlichen Kritik an dem Umgang der Staatsführung der DDR mit sogenanntem "nationalem Kulturgut" sparen.

Die eine Seite

der Angelegenheit

Auf der Ebene der Beschreibung ist der Sachverhalt eindeutig. Zum Zweck der Devisenbeschaffung hat die "Kunst- und Antiquitäten GmbH" ("KuA") vor allem mit Unterstützung des Ministeriums für Finanzen Kunstgegenstände und Antiquitäten in das kapitalistische Ausland verkauft. Soweit es sich beurteilen läßt, hat die DDR dabei ihre Selbstverpflichtung, kein Kulturgut von nationaler Bedeutung (Kulturgut der Kategorien I und II) zu exportieren, weitgehend eingehalten. Bei der Beschaffung exportgeeigneter Güter war sie allerdings in der Wahl ihrer Methoden wenig zurückhaltend. Der staatliche Kunsthandel wurde durch Planauflagen verpflichtet, einen Teil des ihm zur Verfügung stehenden Kunstbestandes für den Export an die "KuA" zu veräußern. Gravierender, auch in moralischer Hinsicht, war der Umgang mit den privaten Sammlern. Ihnen wurde bei Verkauf die Belieferung mit Mangelwaren wie Automobilen in Aussicht gestellt, gesellschaftliche Konsumengpässe also ausgenutzt. Mittels ihrer Steuerhoheit konfiszierte die DDR etliche private Sammlungen. Ihre Besitzer wurden zur Vermögenssteuer veranlagt, die sie in der Regel nicht bezahlen konnten. An "Zahlungs Statt" gingen die Sammlungen in staatlichen Besitz über, um anschließend exportiert zu werden. Für einige der Betroffenen hatte dieses, auch nach Maßgabe der DDR-Gesetzgebung, fragwürdige Verfahren nicht nur den Verlust ihrer Kunstsammlungen zur Folge, vereinzelt landeten Sammler auch im Gefängnis, zumeist unter dem Vorwurf der vorsätzlichen Steuerverkürzung. Da aber das offenkundige Ziel in der Inbesitznahme der Sammlungen bestand und dabei zum Teil gegenüber den Betroffenen rüde Methoden angewandt wurden, wird dieses Verfahren von uns als verurteilenswert und schändlich angesehen.

Organisiert wurde der Kunsthandel über die "Kunst- und Antiquitäten GmbH", die 1973 ihre Exportgeschäfte aufnahm. Es handelte sich um eine Firma des Bereiches "Kommerzielle Koordinierung", der unter Leitung von Alexander Schalck-Golodkowski stand. Wie alle DDR-Firmen, die mit dem kapitalistischen Ausland Handel trieben, war auch die KuA mit Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) durchsetzt.

Inoffizielle Mitarbeiter (IM) waren bis in die Leitungsebene tätig. Sie verrichteten das Geschäft aller Geheimdienste: Sie berichteten über Kolleginnen und Kollegen, zum Teil in denunziatorischer Form, und versuchten, die gleichgerichteten Aktivitäten der Gegenseite zu verhindern. Das staatliche Außenhandelsmonopol verschaffte der KuA eine fast konkurrenzlose Geschäftssituation im Innern und eine relativ günstige Ausgangsbasis gegenüber den auswärtigen Abnehmern. Mit wachsender Verschlechterung der Zahlungsbilanz erweiterte die KuA ihre Exportpalette auf Pflastersteine, Rhinozeroshörner, den Handel mit Halbedelsteinen und vieles andere mehr.

Der ökonomische Erfolg der KuA war eher gering. In den sechzehn Jahren ihres Bestehens konnte die Firma ca. 330 Mio. Valutamark an den Staatshaushalt abführen. Zum Vergleich: In seinem mündlichen Bericht vor dem "Runden Tisch" bezifferte Prof. Gerstenberger die jährliche Valutagewinnabführung des Gesamtbereichs "KoKo" in den Jahren 1986-89 mit jeweils 1,5 Milliarden Valutamark. (Bericht vom 12.3.1990)

Und die andere Seite

Diese Bestandsaufnahme läßt sich - immer noch auf der Beschreibungsebene - um einige Aspekte ergänzen. Den Außenhändlern der DDR standen auf westlicher Seite Geschäftspartner gegenüber, die spätestens seit 1984 aufgrund einer Veröffentlichung in der Zeitschrift "art" wußten, auf welche Weise die KuA an ihre Handelsobjekte gelangte. Dieses Wissen hinderte sie nicht an lukrativen Abschlüssen. Bevor die DDR ihren Kunstexport in staatliche Regie nahm, tätigten westdeutsche Händler Geschäfte mit Privatanbietern in der DDR. Bei deren Export - z.T. wurden Kunstgegenstände als "Umzugsgut" deklariert - entstand der DDR durch Vorenthaltung von Zoll- und Steuerzahlungen nicht unerheblicher materieller Schaden. Solvente westdeutsche Kunden bedienten sich direkt in dem Lager der KuA in Mühlenbeck mit wertvollen Antiquitäten. Künstler aus dem kapitalistischen Ausland ließen sich ihr Auftrittshonorar in antiquarischen Naturalien entgelten. Bestens informiert über das Geschäftsgebaren der KuA war der Bundesnachrichtendienst (BND). Er hatte seine Informanten bis in die Leitungsebene der KuA plaziert. Deren früherer Geschäftsführer Horst Schuster diente dem BND eine Zeitlang bis zu seiner vom westdeutschen Geheimdienst organisierten Flucht 1983, als Kontakt.

In der Bundesrepublik angekommen, wurden die aus der DDR exportierten Kunstwerke und Antiquitäten endgültig zu Gegenständen der Geschäftemacherei. Sie bedienten entweder ein zahlungskräftiges Luxusbedürfnis oder wurden als spekulative Geldanlage genutzt. Das "nationale Erbe", gegen das verstoßen zu haben der DDR im Mehrheitsbericht vorgeworfen wird, existiert unter den Gesetzen des Privateigentums in der Bundesrepublik erst gar nicht als Anspruch. Dieser Umstand relativiert nicht die Praktiken der KuA, wohl aber die Selbstgerechtigkeit derer, die, bezogen auf die DDR, moralisch verdammen, was sie in der Bundesrepublik für selbstverständlich halten.

Vorläufiges Fazit

Die Beschreibung eines Sachverhaltes ist noch nicht seine Erklärung. Dies zeigt sich schon daran, daß die aufgelisteten Phänomene je nach politischem Standort sehr unterschiedlich interpretierbar sind und auch interpretiert werden. Gegner des Sozialismus sehen in den Praktiken der KuA "eine dem Sozialismus immanente Ausbeutung des Menschen am Werk", die das Ende der DDR in ihren Augen nachträglich moralisch rechtfertigt (Bundestags-Drucksache 12/4500, S. 63). Sie bewerten die beiden Seiten der auch im Kunsthandel zum Ausdruck kommenden deutsch-deutschen Beziehungen sehr selektiv und verraten mit diesem Verfahren ihr politisches Interesse, für ein a priori gefälltes Negativurteil über die DDR nachträglich Belege zu sammeln. Apologeten der DDR, so es sie noch gibt, werden umgekehrt verfahren und mit dem Verweis auf die Aktivitäten westdeutscher Händler und Geheimdienste die DDR zu entschuldigen versuchen. Beide Varianten sind dem Kriterium der politischen Opportunität unterworfen und stehen damit zu dem der wissenschaftlichen Redlichkeit in Widerspruch. Wer die DDR nicht nur moralisch verdammen bzw. entschuldigen, sondern begründet kritisieren will, muß die festgestellten Phänomene des Kunsthandels zum Anlaß nehmen, weitergehende Fragen zu stellen. Ihre Beantwortung eröffnet, wenn auch nicht die Garantie, so doch die Möglichkeit, dem Wesen der Sache auf die Spur zu kommen.

Devisenerwirtschaftung als ökonomisches Programm

Die DDR-Regierung etablierte den Bereich "KoKo", um auf diese Weise westliche Technologie zu importieren, die sie allerdings nur gegen harte Devisen bekam. Als besonderes Organ der DDR-Volkswirtschaft sollte KoKo vor allem im Handel mit der BRD diese Devisen erwirtschaften. Dieses Programm macht die sehr unterschiedlichen Ausgangspunkte deutlich, von denen aus die DDR und die Bundesrepublik jeweils in das Ost-West-Geschäft einstiegen. Während in der Bundesrepublik frei vagabundierendes Kapital nach lohnenden, also gewinnträchtigen Anlagemöglichkeiten suchte, ging es der DDR im wesentlichen um die Beschaffung von sachlichen Elementen der Produktion. Ihr Ausgangspunkt war ökonomische Schwäche, nicht ökonomische Stärke. So mußte sie sich den Gesetzen des Weltmarktes, von denen sie zu profitieren erhoffte, zunächst einmal unterwerfen.

Bei der Realisierung ihres Beschlusses stieß die DDR-Volkswirtschaft folgerichtig auf gewaltige Hindernisse, die ihr zum Teil von ihren westlichen "Partnern" errichtet wurden. Diese hatten an den Zahlungsmitteln der Staaten des RGW kein Interesse. Sie verlangten die Bezahlung ihrer Exporte in die DDR in ihrer eigenen Währung. Was in den Ländern des "Nicht-Sozialistischen Wirtschaftsgebiets" (NSW) eine selbstverständliche Geschäftsbedingung darstellt, der Geldhandel, mußte die DDR als besondere Aufgabe in ihre Ökonomie erst noch einbauen: die Erwirtschaftung von Devisen. Mit dieser Aufgabe betraut wurde u.a. der Bereich "Kommerzielle Koordinierung", deren einer Bereich der Handel mit Kunst und Antiquitäten war. Einige

Spezifika dieses volkswirtschaftlichen "Geldbeschaffungsprogramms" der DDR verdienen eine genauere Betrachtung.

a) Im Gegensatz zu einem normalen innerkapitalistischen Geschäft, das mit der Realisierung des geldlichen Äquivalents für die Ware des Anbieters beendet ist, sollten die KoKo-Firmen mit ihren ökonomischen Aktivitäten der DDR die geldlichen Voraussetzungen für ihre eigentliche Handelstätigkeit mit dem kapitalistischen Ausland überhaupt erst verschaffen.

b) Bei der Frage, mit welchen Mitteln die Devisen beschafft werden konnten, stieß die DDR erneut auf eine Schranke des Weltmarktes. Die meisten der in ihr produzierten Produkte stießen auf kein Kaufbedürfnis der westlichen Seite. Die DDR sah sich also von Anfang an gezwungen, eine besondere Abteilung ihrer Volkswirtschaft einzurichten, die extra Qualitätsware für das kapitalistische Ausland produzierte. Erzeugt wurde damit auch eine beträchtliche soziale Unzufriedenheit der Produzenten, denen natürlich nicht verborgen blieb, daß die qualitativ besten Waren ins westliche Ausland gingen, während für ihren Konsum Waren schlechterer Güte "reserviert" blieben. Binnenökonomisch bedeutete dieses Unterfangen, daß der nationalen Ökonomie für die speziellen Exporterfordernisse zunächst Produktivkräfte entzogen wurden, wenn auch im Hinblick darauf, künftig wirksame zu erwerben.

c) Der chronische Devisenmangel der DDR begründete sich also in der besonderen Architektur des Ost-West-Handels. Die Anstrengungen der DDR auf diesem Gebiet verschlechterten die volkswirtschaftliche Lage mehr, als daß sie diese verbesserten. Die Inanspruchnahme von Krediten der DDR bei der BRD führten zu einer permanent wachsenden Auslandsverschuldung der DDR. Seit 1969 erzielte die BRD im innerdeutscher Handel (IDH) einen permanenten Exportüberschuß. Waren die Lieferungen in die DDR und die Bezüge aus ihr im Jahre 1968 in Milliarden Verrechnungseinheiten noch ausgeglichen, änderte sich dieses Verhältnis von 1969 von 2,1 zu 1,7 bis zu 1976 von 4,5 zu 3,9. Der in Anspruch genommene Swing (zinsloser Überziehungskredit) erhöhte sich von 400 Millionen in 1969 auf 600 Mio. in 1972 bis auf 850 Mio. in 1976. Der Bundesrepublik ermöglichte die wachsende ökonomische Abhängigkeit der DDR von ihr eine stärkere politische Einflußnahme auf sie. Die Vergabe von Krediten bzw. die Erhöhung des Swing wurde immer mehr von politischen Zugeständnissen der Gegenseite abhängig gemacht, sie wurde erpreßt. So erklärte der damalige Kanzleramtsminister Schäuble vor dem Untersuchungsausschuß, daß er die Sperrung des Ostberliner Flughafens Schönefeld für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Sri Lanka (die von dort nach Westberlin weiterreisten; Anm. ak) gegenüber dem DDR-Unterhändler Schalck zu einer "conditio" für die Erhöhung des "Swing" auf 850 Millionen DM gemacht habe. Die in dem Zweiten Statusbericht für den 1. Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestags "Kommerzielle Koordinierung (KoKo)" (MAT A 136) getroffene Feststellung des Bundeswirtschaftsministeriums, daß "für die Bundesrepublik Deutschland (...) die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen immer politisch wichtig (...) und gesamtwirtschaftlich unwichtig" waren, während "die Beziehungen" für die DDR "wirtschaftlich immer sehr wichtig" waren, bekommt hier einen materiellen Gehalt, der die Behauptung von den ausschließlich an "menschlichen Erleichterungen" orientierten "Bemühungen" der Bundesregierung relativiert. Die tamilischen Flüchtlinge jedenfalls wurden durch Druck der Bundesregierung daran gehindert, ihrem heimatlichen Bürgerkriegselend zu entkommen. Die Empörung darüber, daß die DDR sich menschliche Erleichterungen von der Bundesrepublik habe abkaufen lassen, wirkt recht unglaubwürdig angesichts der Tatsache, daß die BRD bereit war, Geld für menschliche Verschlechterungen auszugeben. Dies gilt zumindest für jene, die bereit sind, Humanität von dem Nationalitätenstempel im Paß des Opfers abhängig zu machen.

d) Einen vermeintlichen Ausweg aus dem Dilemma sah die DDR in dem Abschluß sogenannter Kompensationsgeschäfte, Ware gegen Ware. Produktionsanlagen aus der BRD sollten mit Konsumgütern aus der DDR bezahlt werden. Auch hierbei waren die Ausgangsbedingungen beider "Partner" sehr unterschiedlich. Die Warenstruktur des innerdeutschen Handels verschlechterte die "Terms of Trade" zu Ungunsten der DDR. Sie war auf industrielle Folgeausrüstungen aus der BRD angewiesen, die BRD umgekehrt keinesfalls auf in der DDR produzierte Strümpfe. Der ehemalige Leiter der Berliner Treuhandstelle, Willi Kleindienst, beschrieb die ökonomischen Auswirkungen für die DDR. "Wenn" in diesem Fall (Textilien gegen Maschinen) "die Handelspartner im Westen argumentieren, die angebotenen Waren seien schwer verkäuflich, bleibt Ost-Berlin kaum etwas anderes übrig, als mit dem Preis herunterzugehen." (SPIEGEL 11/78) Dieser vom Westen unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Schwäche ausgeübte Zwang auf die DDR, Produkte weit unter Wert zu verkaufen, darf schändlich genannt werden. So verkaufte die DDR 1978 Blusen, Röcke und Kostüme für 2,50

DM das Stück. Das wiederum überforderte die Wirtschaftskraft der Nationalökonomie der DDR bei weitem. Sie bekam nicht selten Schwierigkeiten damit, die vereinbarten Kompensationswaren rechtzeitig zu liefern. In diesen Fällen wurde das Geschäft "Ware gegen Ware" vertragsgemäß aufgehoben und die DDR mußte bar bezahlen, in eben jenen Devisen,die eigentlich erwirtschaftet werden sollten.

Rahmenbedingungen der Kunst- und Antiquitäten GmbH

Das Jahr 1973, in dem die Kunst- und Antiquitäten GmbH gegründet wurde, steht für eine durch externe Faktoren verursachte dramatische Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Situation der DDR. Die DDR geriet durch die Explosion der Rohstoff-, insbesondere der Ölpreise stark unter Druck. Als klassisches Industrieland ohne besondere Rohstoffbasis war sie auf sichere und preisstabile Lieferungen aus der Sowjetunion angewiesen. Um von den international gestiegenen Ölpreisen zu profitieren, nicht zuletzt mit dem Ziel, die eigene Wirtschaft anzukurbeln, löste die SU in diesem Jahr das bisherige Festpreissystem mit einigen Übergangsregelungen auf. Mußte die DDR 1972 für sowjetisches Rohöl noch 59 Valutamark die Tonne bezahlen, waren es 1976 bereits 213 Valutamark. Dabei entrichtete die DDR als wirtschaftlich produktivstes RGW-Mitglied einen besonderen Tribut. Für andere RGW-Staaten, so berichtete der Spiegel 1977, sei der Preis bei weitem nicht so hoch geschraubt worden (SPIEGEL, 31.3.76). G. Mittag beziffert die Mehrkosten für das Rohöl in den Jahren von 1979 bis 1988 auf jährlich 5 Milliarden Mark, bei einem durchschnittlichen Wachstum der DDR-Volkswirtschaft von ca. nur 10 Milliarden Mark. Das Außenhandelsvolumen mit der SU stieg in der Folge kontinuierlich zu Lasten möglicher Technologieimporte aus dem NSW. 1974 betrug der Außenhandelsanteil der DDR mit dem NSW noch 30,9 %. Bis 1978 war er auf 23,7 % gesunken. Um den wachsenden Schuldendienst zu bedienen - 1971 war die DDR noch schuldenfrei, 1978 hatte sie bereits 7,8 Milliarden Auslandsschulden mit wachsender Tendenz - unterwarf die DDR immer größere nationale Ressourcen dem Zweck der Devisenbeschaffung.

Eine dieser Ressourcen war der Bestand an Antiquitäten und Kunstwerken, Gütern also, die nicht einmal Resultat DDR-eigener Produktion waren, sondern in früherer Zeit hergestellt worden waren. Zu Waren wurden sie erst durch das zahlungsfähige Interesse des kapitalistischen Auslands, also in völliger Abhängigkeit von dessen Bedürfnissen. Der Rückgriff der KoKo-Firma "KuA" stieß dabei durchaus auf den Widerstand des staatlichen Kunsthandels, der Handel vom Standpunkt des Erhalts und der Verbesserung des nationalen Kunstbestandes aus betreiben wollte. In dieser Funktion erschien er dem Bereich KoKo als geschäftsschädigende Konkurrenz und wurde mit Unterstützung der entsprechenden staatlichen Organe immer stärker ausgebootet. Der Umstand, daß die DDR für die spärlichen Gewinne dieses Geschäftes (jährlich ca. 30 Millionen) enormen politischen Unbill in Kauf nahm, zeugt dabei eben nicht von der Skrupellosigkeit der politisch Verantwortlichen, sondern von ihrer ökonomischen Not. Einer Not freilich, die sie hemmungslos werden ließ beim "Erwerb" von Kunstbeständen ihrer Bürger.

Das Ende der "KuA"

unter der Regierung Modrow

Nach der "Wende" zog die Regierung der DDR praktische Konsequenzen aus der öffentlichen Kritik an den Praktiken der "KuA". Bereits zwei Tage nach der Vereidigung der "Regierung Modrow" verfügte der Ministerrat als eine seiner ersten Amtshandlungen, "daß ab dem 22.11.89 Antiquitäten und kulturelle Gebrauchsgüter nicht mehr exportiert werden konnten. Zugleich wurde festgelegt, die vorhandenen Warenbestände durch staatliche Kommissionen zu begutachten und einer inländischen Verwertung, insbesondere Rückführung an die Museen, zuzuführen." (Bundestags-Drucksache 12/3462, S. 1727)

Die Ideologie des "nationalen Erbes" - ein Fehler der SED

Es wird den Verantwortlichen der DDR nicht leicht gefallen sein, einen guten Teil des "nationalen Erbes" an kulturellen Gütern den ökonomischen Notwendigkeiten zu opfern. Positiver Reichtum ließ sich damit ohnehin nicht erwerben, der Verkauf hatte einen rein negativen Zweck, die Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit. Hinzu kam, daß die DDR auf dem Feld der Kultur, auf dem sie sich in der Systemkonkurrenz gegenüber der Bundesrepublik behaupten wollte und durchaus konnte, nur ungerne eine ideologische Niederlage hinnehmen wollte. Und der Verlust an politischer Identität trat im Selbstverständnis der SED-Politiker auch dann ein, wenn Kunstwerke unterhalb der gesetzlich für schützenswert erachteten Kategorien in die Lager des weltpolitischen Konkurrenten abflossen. Wer wie die SED den Imperialismus als "Feind jeder Kultur" bezeichnet, der bei "den

wahren Künstlern nur Abscheu und Empörung hervorrufen kann", so jedenfalls ließ sich der damalige Kulturminister Hoffmann auf dem IX. Parteitag der SED verlauten, gerät in Legitimitätsprobleme, wenn er der "kulturell verfallenden und verfaulenden imperialistischen Welt" wertvolle Kulturgüter zum Kauf anbietet und deren Repräsentanten durch die Lager von Mühlenbeck führt. (Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, Bd.1, S.362)

Von unserem Standpunkt aus ist allerdings nicht nur der Verkauf von Kulturgütern kritikabel, sondern auch die politische Ideologie, die sich der Bewahrung nationaler Kulturgüter als Dienst am Sozialismus verschrieben hat. Und das gleich in zweifacher Hinsicht.

a) Die Bewahrung des kultureilen Erbes, die sich die DDR als gesetzlichen Auftrag selbst erteilte, meinte von Anfang an mehr als die Pflege und Konservierung künstlerischer Produkte aus vorsozialistischen Epochen. Die Selbstverständlichkeit, die ästhetisierte Suche nach subjektiver Wahrheit in der Kunst der Nachwelt zu erhalten, um ihr den Genuß an und durchaus auch Lehren aus der Kunst zu ermöglichen, reichte den betreffenden Ideologen der DDR, die allerdings auch in den eigenen Reihen nicht ohne Widerspruch blieben, nicht aus. Das Programm der SED verdeutlicht den politischen Zweck, der mit der Pflege des "Erbes" verfolgt wurde. "Die sozialistische Kultur der Deutschen Demokratischen Republik ist dem reichen Erbe verpflichtet, das in der gesamten Geschichte des deutschen Volkes geschaffen wurde. Alles Große und Edle, Humanistische und Revolutionäre wird in der Deutschen Demokratischen Republik in Ehren verwahrt und weitergeführt, in dem es zu den Aufgaben der Gegenwart in eine lebendige Beziehung gesetzt wird." (Protokoll des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, S. 251). Indem die DDR sich als in politisch moralischem Sinne rechtmäßige Erbin alles Wahren, Schönen und Guten definierte, erklärte sie umgekehrt die Künstler früherer Epochen zu ideologischen Vorgängern ihres Verständnisses von Sozialismus. Die hätten sich demzufolge auch nicht in erster Linie als Künstler, sondern als Ausdruck einer geschichtlichen Entwicklung betätigt, an deren vorläufigem Ende der Sieg des Sozialismus nach ihrem Verständnis stand. Marx allerdings, auf den sich jene SED-Ideologen zu berufen pflegten, hätte sich gegen eine solche Instrumentalisierung der Kunst verwahrt. Ein Goethe war nun mal kein Vorläufer des Sozialismus, auch kein heimlicher und um ihn zu einem solchen zu machen, muß man sein Werk verfälschen. Solche Kulturpolitik zeugt darüber hinaus von ideologischer Schwäche der SED. Wenn nämlich die Legitimation eines "realsozialistischen" Staates gegenüber der eigenen Bevölkerung in relevantem Maße geschichtsphilosophisch aus der künstlerischen Tätigkeit vorsozialistischer Epochen abgeleitet wird, dann wohl deshalb, weil die aktuellen materiellen Lebensumstände wohl nur wenig Anlaß zur Zufriedenheit bieten. Die geschichtsteleologische Mystifizierung von Kunst, die ihr einen politischen Zweck zuschreibt, den diese schlechterdings gar nicht haben kann, wirkt objektiv antiaufklärerisch und machte die SED für ihre eigene Bevölkerung in einem Punkt angreifbar, wo es nun wirklich nicht nötig war. So war der Marshallstab sehr kunstvoll gefertigt, "geerbt" allerdings hatte die DDR mit ihm etwas anderes, ein Symbol des Militarismus. Daß dieses Symbol aus Devisennot an die westdeutschen Liebhaber vergangener wie zukünftiger Schlachten verkauft wurde, hätte der Bevölkerung der DDR möglicherweise eher eingeleuchtet als seine Erhebung zum "Quell" sozialistischer Nationalkultur.

Der "Sozialistische Realismus", also die direkte Indienstnahme der Kunst zu staatlichen Propagandazwecken, ist die logische Fortsetzung dieses Kunstverständnisses. Die "realistische" Feier der "Werktätigen", ihrer Leistungen und Tugenden, fand ihr Komplement in einer Politik, die einen wirklichen Ansatz zur Überwindung der aus dem Kapitalismus übernommenen Arbeitsteilung vermissen ließ. Statt praktische Schritte zu unternehmen, um das Diktum Lenins, daß jede Köchin in der Lage sein müsse, den Staat zu regieren, Realität werden zu lassen, wozu es nötig ist, daß sie eben nicht in ihrer Tätigkeit als Köchin aufgeht - wer acht Stunden in einer Großküche tätig ist, kann sich die dazu notwendigen Fähigkeiten schon aus physischen Gründen nicht aneignen - verklärte sie als Tugend, was ein zu überwindender Mangel der realsozialistischen Gesellschaft war.

b) Die Rede vom nationalen Erbe ist mit einem sozialistischen Selbstverständnis ebensowenig vereinbar. Die Verwandlung des Werkes eines deutschen Künstlers in ein deutsches Kunstwerk ist nicht nur ein sprachliches Problem. Sie entkleidet die Kunst gerade ihres Spezifikums, der Subjektivität, und definiert sie zum Ausdruck eines allgemeinen deutschen Nationalcharakters. Diese Politisierung der Kunst hat schwerwiegende Konsequenzen. Wer sich an den Landschaften eines Caspar David Friederich nicht nur erfreut, wer an Goethes "Wahlverwandtschaften" nicht die präzise Darstellung bürgerlicher Techniken der Heuchelei herausliest, sondern auf beides als Ausdruck erhabener deutscher Kultur stolz ist, setzt die eigene nationale

Kunst in ein Konkurrenzverhältnis zu anderen Kulturen und wird darüber - nationalistisch. Diese falsche Gleichung ist auch verantwortlich für eines der dunkleren Kapitel der DDR-Kulturpolitik. In den Jahren 1951-52 arbeitete der wohl bekannteste kommunistische Komponist Hans Eisler den Text einer Faust-Oper aus, die im Mai und Juni 1953 Gegenstand einer heftigen Debatte im damaligen SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" (ND) war, in deren Verlauf dem Kommunisten Eisler vorgeworfen wurde, "dem deutschen Nationalgefühl ins Gesicht geschlagen" sowie "die Einflüsse des heimatlosen Kosmopolitismus noch nicht überwunden" zu haben (ND, 14.5.53). Es dauerte bis zum Jahr 1982, bis wenigstens der Textentwurf der Eisleroper auf einer DDR-Bühne vorgetragen werden konnte.

Diese beiden Feststellungen ändern allerdings nichts daran, daß es durchaus anerkennenswert ist, daß die DDR im Vergleich zu ihren Möglichkeiten auch relativ mehr zur Erhaltung und Restaurierung von Kulturgütern und Denkmälern getan hat, vor allem breiten, fast kostenlosen Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichte und fast jeder und jedem ohne soziale Einschränkung kulturelle Betätigung ermöglichte.

Daß der nationalistische Umgang der DDR mit Kultur auf keine Kritik der Ausschußmehrheit gestoßen ist, ist allerdings dadurch zu erklären, daß ein entsprechender Umgang mit Kultur auch in der BRD üblich ist und von der Ausschußmehrheit nach wie vor für richtig gehalten wird. Dies kommt nicht nur in der Klage über die angebliche Kulturlosigkeit der "Amerikaner" zum Ausdruck, die den Neid auf die ökonomische und politische Potenz dieser Nation mit abschätzigen Verweisen auf ihre "Coca-Cola und Hamburger Kultur" ideell zu kompensieren versucht. Sie findet sich auch in dem Fazit des Mehrheitsberichtes, der in "Kunst und Kultur" eine der "Grundlagen der Identifikation eines Volkes mit seiner Vergangenheit" sieht und der "Staats- und Parteiführung der DDR" vorwirft, "jahrelang zugelassen" zu haben, "daß dieses nationale Erbe aller Deutschen systematisch dezimiert worden ist". Die Freude darüber allerdings, "daß ein Ende gesetzt worden ist", ist sachlich falsch und politisch mehr als unglaubwürdig. Denn erstens ist der weitaus größte Teil dieses Erbes, ca. 60 %, lediglich von Deutschland-Ost nach Deutschland-West gewandert. Und zweitens ist mittels der durch die Wiedervereinigung faktisch gewordenen Unterwerfung der Kunst unter die Gesetze des Geldes die Möglichkeit geschaffen, diese erst recht zu dezimieren, nämlich zugunsten zahlungskräftiger Nachfrage, die sich von nationalen Gefühlen längst emanzipiert hat. Der Fall jenes japanischen Millionärs, der sich nach seinem Tode zusammen mit dem von ihm rechtmäßig erworbenen Bild eines holländischen Meisters verbrennen lassen wollte, zeigt in seiner Außergewöhnlichkeit das Prinzip des Privateigentums an: exklusiver Besitz, der alle anderen von der Verfügung über ihn ausschließt.

Insofern ist Rudolf Bahro zuzustimmen, der die Wiedervereinigung mit dem Satz kommentierte, nicht der bessere deutsche Staat habe gewonnen, sondern der stärkere.

April 1993

29. Bundesregierung will "Neues Deutschland" ausschalten

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:27

Für seine Hartnäckigkeit bei der Verfolgung seiner politisch links stehenden Gegner ist der Staat BRD hinlänglich berüchtigt. Und bekannt ist er auch für sein gutes Gedächtnis: nicht gerade im Hinblick auf seine eigenen Untaten, dafür um so mehr hinsichtlich derjenigen, die ihn um eben dieser seiner Untaten und Verbrechen nicht mögen und bekämpfen - und sei es, daß dieser Kampf womöglich vor vielen Jahren einmal stattgefunden hat und nun schon Geschichte ist.

Daß das in und mit diesem Staat so ist, darf zu erfahren sich seit gut zwei Jahren auch die seit 1946 bestehende ostdeutsche Tageszeitung "Neues Deutschland" zur Ehre anrechnen. Ursprünglich (bis Dezember 1989) mit der Kopfzeile "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" und dem Untertitel "Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" versehen, heute sich etwas schlichter als "Sozialistische Tageszeitung" bezeichnend, ist das biedere Blatt geradezu zwangsläufig in das Visier des bundesdeutschen Klassenstaates geraten. Mittels der Behörden "Treuhandanstalt" und "Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Innern" versucht die Bundesregierung mit viel Ausdauer, die sie störende Zeitung zu liquidieren. Es handelt sich also um nichts weniger als einen staatlichen Angriff auf die Pressefreiheit.

In einem ersten Schritt wurde "Neues Deutschland" im März 1991 der Verwaltung durch die "Treuhand" und damit der Regierung unterstellt, obgleich die Zeitung niemals Teil des Staatseigentums der DDR gewesen ist, sondern sich im Besitz der SED befand. Die Grundlage für diese Maßnahme gab jedoch die Änderung des DDR-Parteiengesetzes durch die damals noch existierende DDR-Volkskammer am 31. Mai 1990 ab, mittels welcher das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR einer staatlichen Kommission unterstellt wurde, die diesen Besitz auf seinen "materiell-rechtsstaatlichen Erwerb" hin begutachtet, um ihn gegebenenfalls zu beschlagnahmen. Diese Kommission, die nach dem Ende der DDR beim Bundesinnenminister als, wie oben erwähnt, "Unabhängige Kommission" (neu) eingerichtet wurde, übertrug dann kraft ihrer Befugnis das im parteieigenen Besitz befindliche Blatt der Treuhand zur Verwaltung.

Es geht um Millionen

Über einen Verwaltungsbescheid der Treuhand teilte die "Unabhängige Kommission" der Zeitung im Juli 1991 mit, daß das "Neue Deutschland" (ND) einen Betrag von 15,5 Millionen DM zurückzuzahlen habe. Bei diesem hübschen Sümmchen, um das es bis heute geht und das zu zahlen für das ND schlechterdings unmöglich ist, handelt es sich um (im Zuge der Währungsumstellung im Verhältnis 2:1) abgewertete 31 Millionen Mark der DDR, welche die dem ND zu DDR-Zeiten übergeordnete Wirtschaftseinheit, ein Betrieb mit Namen ZENTRAG (in der Rechtsform "Vereinigung Organisationseigener Betriebe") der Zeitung noch am 7. Juni 1990 als Betriebsmittel zur Verfügung stellte.

Hier nun wittern die Regierungsinstitutionen ihre Chance. Zum einen, so behauptet die "Unabhängige Kommission", habe es sich um eine "Schenkung" gehandelt (die ZENTRAG befand sich ebenso wie das ND im Besitz der PDS, heute steht sie unter Treuhand-Aufsicht und hält indirekt 50 Prozent der Anteile am ND); vor allem aber hätte die Bewilligung dieses Betrages der Genehmigung durch die "Unabhängige Kommission" bedurft, die zu diesem Zeitpunkt - auf Grund der oben erwähnten Änderung des DDR-Parteiengesetzes durch die Volkskammer am 31. Mai 1990 - bereits für das Vermögen der DDR-Parteien sowie parteieigener Betriebe zuständig gewesen sei. "... stelle ich fest", so der Leiter des Sekretariats der Parteienkommission, von Hammerstein, in einem Schreiben vom 10.6.91, "daß die PDS gegenüber der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH eine Forderung in Höhe von DM 15,5 Mio hat." Wobei "PDS" in diesem Zusammenhang natürlich mit "Unabhängige Kommission" zu übersetzen ist.

Das ND macht(e) gegen diese Sichtweise folgendes geltend: Zum einen habe es sich bei den 31 Millionen DDR-Mark nicht um eine "Schenkung" gehandelt, sondern um vom ND am 21.5.1990 beantragte Investitionsmittel für die Anschaffung einer Telefonanlage sowie zur Ablösung des Bleisatzes, Anträge, die im übrigen bereits seit 1985 anhängig waren. (Hinzuzufügen wäre, daß die ZENTRAG im Jahr 1990 auch anderen Zeitungen, wie etwa der Ostsee-Zeitung oder der Sächsischen Zeitung, die einst im Besitz der SED

waren und heute westdeutschen Medienkonzernen gehören, noch Gelder zur Verfügung stellte.) Zum anderen aber wurde das geänderte DDR-Parteiengesetz, wiewohl es in ihm heißt, daß es am 1. Juni 1990 in Kraft trete, erst am 12. Juni 1990 im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht, wäre nach üblicher Praxis also auch erst ab diesem Tage gültig gewesen.

Rechtsstaat hin -

Rechtsstaat her

Dieser Angriff blieb nicht der einzige. Nur wenige Monate später führte sich die Treuhand plötzlich als Verteidigerin der Zeitung auf, selbstverständlich nicht ohne Hintergedanken. Bei der "Unabhängigen Kommission" beantragte sie im September 1991 6 Millionen DM aus Mitteln der PDS mit der Begründung, daß "das ND spätestens im November 1991 das noch vorhandene Barvermögen verbraucht haben und zahlungsunfähig sein wird". Und weiter: "Die PDS beansprucht das ND als nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen erworbenes Vermögen. Bis zu einer Entscheidung darüber, ob das ND der PDS als Vermögenswert wieder zur Verfügung zu stellen ist, ist es Aufgabe des treuhänderischen Verwalters, nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Erfüllung dieses Anspruchs durch Untergang dieses Vermögenswertes vereitelt wird." Das war schön formuliert, nur sollten die beantragten 6 Millionen aus der PDS-Kasse mit dem nach "materiell-rechtsstaatlichen" Gesichtspunkten erworbenen PDS-Geldern verrechnet werden, also grob gesagt: die Einnahmen der SED/PDS seit der Wende. Dies wiederum hätte die PDS an den Rand des Ruins oder zumindest an das Gängelband der Treuhand geführt.

Nach heftigen Protesten gegen diese Arglist besann sich die Treuhand auf ein Neues. Nur einen Monat später scherte sie ihr Geschwätz von gestern (den Untergang des Vermögens vereiteln) nicht mehr, nun galt zur Abwechslung mal wieder der Rechtsstaat. "Aus rechtsstaatlichen Gründen" nämlich sei, so beschloß die "Unabhängige Kommission" am 22.10.1991, "Neues Deutschland" aus treuhänderischer Verwaltung zu entlassen - genau dieser Meinung war ND schon im Mai 1991 gewesen, als es mittels der Treuhand unter Regierungsaufsicht gestellt wurde. Bestandteil des entsprechenden Treuhand-Bescheides vom 29.10.1991 war zugleich die nur konsequente Feststellung, daß außer dem Vermögen des ND auch sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten der Zeitung nicht mehr der Treuhand unterliegen. Nun erwartete man den baldigen Konkurs des Blattes.

Da das ND die 15,5 Millionen zu diesem Zeitpunkt längst für die neue Telefonanlage, aber auch für Abfindungen und ähnlichem ausgegeben hatte und die Zeitung zu diesem Zeitpunkt weiterhin rote Zahlen schrieb, rief die Zeitung ihre Leserinnen und Leser zu einer Spendensammlung auf. Dabei kamen Ende 1991, Anfang 1992 in kurzer Zeit 1,3 Millionen DM zusammen, die die Zeitung vor drohender Zahlungsunfähigkeit bewahrten. Zugleich begannen innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen zu greifen, die Angestellten ließen sich unter Tarif bezahlen, und Preiserhöhungen und gestiegene Anzeigenerlöse führten dazu, daß das ND seit Anfang 1993 erstmals einen bescheidenen Überschuß erwirtschaftet.

Diese Erfolge lassen "Unabhängige Kommission" und Treuhand nicht ruhen. Im Mai 1992 beauftragte die Parteikommission die Treuhandanstalt, dem immer noch nicht in Konkurs gegangenen ND erneut die Forderung über 15,4 Mio DM zu präsentieren - trotz des am 29.10.1991 ergangenen Bescheides, daß auch mögliche Lasten nicht mehr der Treuhand unterliegen. Ende Mai 1993 erhob die Treuhand daraufhin mit einiger Verspätung Klage beim Landgericht Berlin gegen Neues Deutschland zwecks Geltungsmachung eines "Anspruchs auf Rückzahlung einer unberechtigten Zuwendung der Partei des Demokratischen Sozialismus PDS an die Beklagte", zunächst über den Teilbetrag von 2 Mio DM. "Für Prozeß- und Zustellungskosten fügen wir Verrechnungsscheck über DM 9327,- bei."

Angesichts der geschilderten Widersprüche, mit denen die Forderung der Treuhand behaftet ist, kann das ND unter normalen Umständen relativ gelassen in die Verhandlung, für die noch kein Termin angesetzt ist, gehen. Zum Klassenstaat gehört jedoch bekanntermaßen bei Bedarf auch immer eine Klassenjustiz. Insofern wäre Sorglosigkeit völlig fehl am Platze.

"Neues Deutschland" ist mit einer nun seit anderthalb Jahren stabilen verkauften Auflage von rund 85.000 Exemplaren nach wie vor die am stärksten gelesene überregionale Zeitung in der ehemaligen DDR (davon ca. 80.000 Abonnements). Auf dem Berliner Zeitungsmarkt konnte sie in diesem Zeitraum einen Verkaufszuwachs von 6.000 Stück verbuchen und lag im ersten Quartal 1993 bei 31.000 Stück.

J./Westberlin

30. Haltet den Dieb! Die "politische Linke" und die Hafenstrasse

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Hafenstraße · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:06

"Nichts darf zerstört werden, was

- und sei es auch unzulänglich -

ein menschliches Bedürfnis befriedigt,

es sei denn, wir hätten etwas Besseres

an die Stelle zu setzen."

Errico Malatesta 1925

Kontroversen in der Hamburger Szene haben ihren eigenen Stil und sollten gewiß nicht umstandslos anderen zugemutet werden. Aber die Kritik von Justus an der Hafenstraße (ak 355) enthält einige Grundzüge, die symptomatisch für das Selbstbild von Linken sind, die ihr Leiden nur dadurch verringern können, indem sie auf andere zeigen: "Haltet den Dieb!" wird dieses Verfahren auch genannt. Dabei ist diese Projektion der eigenen Orientierungslosigkeit auf andere nur die glatte Umkehrung früherer Projektionen - die revolutionären Hoffnungsträger aus der Hafenstraße mutieren zu Stadtteilspießern. Seinem Pseudonym, "der Gerechte", wird Justus damit nicht gerecht.

Daß die Hafenstraße vom "Wehrdorf zum Heimatdorf" werde, zu realpolitisch, ja reformistisch sei oder sich dem Deal mit dem Staat hingebe - diese Kritik hat eine lange Tradition. In der Chronik der linken Strömungen wurde sie nacheinander von Antiimpis, Autonomen, verschiedenen Arbeiterkämpfern, nun auch von anderen vorgebracht.

Dabei wurde und wird jedesmal schlicht unterschlagen, daß es nicht nur um das jeweilige gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnis geht, sondern auch um das nicht gerade kleine Problem, daß die BewohnerInnen der Hafenstraße in diesem Kräfteverhältnis dauerhaft leben und wohnen; daß sie sich seit über zehn Jahren der Zumutung aussetzen, den Polizeistaat immer mit am Frühstückstisch sitzen zu haben. Daß eine Gruppe von Personen dazu bereit war, hat vielen anderen - über die meistens gar nicht geredet wird - eine Möglichkeit gegeben, in Umrissen so etwas wie ein eigenes Leben zu entwickeln oder zu entdecken. Das betrifft gar nicht einmal die BewohnerInnen selber, sondern die sehr unterschiedlichen Menschen, für die die Hafenstraße Anlaufpunkt, vielleicht auch einmal schlicht eine Zuflucht geworden ist.

Immer wieder ist von Linken nur in Parolen anerkannt worden, daß die Hafenstraße ein umkämpfter Ort für ein anderes Leben ist, das selber nur so gut und schlecht ist wie:

1. die politischen Bedingungen, gegen die man sich durchsetzen muß und

2. die Menschen für sich selber und zusammen etwas entwickeln können. In einer erstaunlichen Gleichgültigkeit haben sich viele Linke oft genug mit der Fassade (im doppelten Sinne des Wortes, also auch den umkämpften Wandbildern) begnügt, ohne weiter zu fragen, wer denn wie dahinter wohnt. (Justus müßte es besser wissen.) Wenn es etwas gibt, das als politische Leistung der Hafenstraße anzusehen ist, dann ist es die Fähigkeit, sich diesen inneren Widersprüchen zu stellen. Ob sie dann gelöst werden können, steht auf einem anderen Blatt.

Es ist richtig, daß die Hafenstraße seit längerer Zeit einer "Orientierung auf die Verankerung im Stadtteil St. Pauli folgt". Justus fügt nun hinzu: "Damit war eine Wegentwicklung von der eher allgemeinpolitischen Arbeit des Initiativkreises (Flüchtlinge, politische Gefangene, allgemeine Politikentwicklung in Hamburg u.a.), der immer versucht hatte, die Diskussion über große inhaltliche Zusammenhänge mit dem Thema Hafenstraße zu verbinden, eingeleitet." Weiter unten schreibt er: "Gleichzeitig wird der Verlust und die Verbindung zu dem Teil der politischen Linken in Hamburg und der BRD (Noch was? Die internationalen Kontakte? M.R.) in Kauf genommen (!), der letztlich das Rückgrat dessen war, was 1987 ‚Verteidigungsbereitschaft` hieß."

In allem stecken nun zwei grundlegende Irrtümer:

1. Die "Verankerung" in St. Pauli beziehe sich auf den "beschränkten Horizont" dieses Stadtteils und

2. Die Hafenstraße habe den Verlust der Verbindung zur "politischen Linken" in Kauf genommen. Überwölbt wird dies von der mittlerweile schon fast mythischen Beschwörung der Ereignisse von 1987 (Räumungsversuch, Barrikadenbau, Verhandlungen mit Dohnanyi, schließlich der unselige Vertrag).

Ein genaueres Lesen zeigt schon den Sprung in der Argumentation, der ein Zeitsprung ist: von 1987 direkt zu 1991. Wer soviel wie Justus auf allgemeinpolitische Analyse pocht, sollte sie auch machen und sich nicht auf den beschränkten Horizont linker Kreise zurückziehen. Was in den vier Jahren zwischen 1987 und 1991 geschah, wird andernorts bescheiden ein historischer Umbruch genannt. Das wird an St. Pauli und der Hamburger Linken ja nicht vorbeigegangen sein. Ein Großteil der Schubkraft, die 1987 in den Konfrontationen mit dem Senat vorhanden war, verdankte sich einer innenpolitischen Situation, in der die allgemeinen Tendenzen sozialer und politischer Polarisierung von der verbliebenen Linken noch in den bekannten Bahnen wahrgenommen und bewältigt werden konnten.

Die Symbolkraft der Auseinandersetzung um die Hafenstraße lag darin, daß sie gleichermaßen vom Senat und einer extrem polarisierten Stimmung in der Bevölkerung zur Projektionsfläche der nicht nur städtischen, sondern gesellschaftlichen Konflikte gemacht wurde. Tschernobyl, Volkszählung, Rheinhausen usw. stehen für recht zugespitzte Konflikte und teilweise Konfrontationen. Die Hafenstraße wurde in demselben Maße, wie sie der symbolische Ort solcher allgemeinen Konflikte wurde, zu einem Anziehungspunkt für viele andere Linke - gerade auch aus dem nicht traditionell autonomen Lager - die wiederum viele ihrer Probleme in diese Auseinandersetzung hineinprojizierten.

Damals rutschte die Hafenstraße, ohne und mit eigenem Zutun, auf einen äußerst vorgeschobenen Posten, den sie überhaupt nicht halten konnte. Die Sympathien einer noch vorhandenen, wenn auch diffus erscheinenden politischen Opposition in der Stadt wandten sich der Hafenstraße zu, und dazu hat u.a. der Intitiativkreis tatsächlich vieles beigetragen. Aber es ist weder der Hafenstraße, noch dem Initiativkreis anzulasten, daß es sich dabei um eine befristete Situation handelte, die nicht beliebig zu verlängern, die aber mit allen Kräften auszunutzen war. Sollte es daran Kritik geben, dann muß schon jeder in der eigenen Szene mit dem Nachdenken anfangen.

Zumindest sollte sich die "politische Linke" fragen, ob sie nicht auch zu einem Gutteil mit ihren eigenen Projektionen dazu beigetragen hat, daß die BewohnerInnen der Hafenstraße schlicht mit den Aufgaben überfordert wurden, die ihnen gegenüber aufgestellt wurden oder die sie - in Überschätzung der eigenen Situation - zu unkritisch selber übernommen haben. Es versucht zu haben, war richtig. Nachher müssen dann aber die Grenzen realistisch festgestellt werden. Die Beschwörung von 1987 wird nur in einem Wiederholungszwang enden, in dem das Gefühl des dauernden Scheiterns festgeschrieben wird.

Tatsächlich haben sich BewohnerInnen der Hafenstraße in der Zeit nach 1987 mit einem erheblichen Einsatz darum bemüht, einen Zugang außerhalb der Szene zu bekommen. Es mag sein, daß das auf der traditionellen Ebene linker Politik (nämlich der Kampagnenpolitik) entweder nicht wahrgenommen oder nicht besonders ernstgenommen werden konnte. Das ändert aber nichts daran, daß unterhalb dieser Ebene Kontakte und neue Verbindungen zustande kamen. Soweit mir bekannt ist, haben diese BewohnerInnen selber viel Kritik an den Mängeln in dieser Arbeit. Aber die "politische Linke" hat in der Regel noch nicht einmal die Bedeutung einer solchen direkten politischen Arbeit erkannt.

Das dürfte auch den Zugang zur sogenannten Stadtteilarbeit erschweren. "Verankerung" in St. Pauli heißt nicht "Beschränkung". Sofern Justus an den Diskussionen der letzten Monate teilgenommen hat (1), wird er auch wissen, daß diese Stadtteilarbeit ein konkreter Ausgangspunkt ist und schon längst in Zusammenhang mit der "allgemeinen Politikentwicklung" in Hamburg steht.

Und so ist auch das Bauprojekt zu verstehen, weil es ein - auf den ersten Blick unrealistischer - Versuch ist, anderen ein konkretes Bild von Widerstandsmöglichkeiten zu geben; ein Versuch, der für andere in der Stadt nachvollziehbar ist. Die Hafenstraße hat sich mit dieser letzten Wendung etwas zuschulden kommen lassen, wofür sie früher wohl kaum kritisiert worden wäre: Sie hat damit begonnen, ihre eigene politische Situation als soziale Frage der Arbeits- und Lebenssituation in der Stadt anzugehen.

Justus lobt die wenigen Beiträge auf der Veranstaltung, in denen darauf hingewiesen wurde, daß es - über das Genossenschaftsprojekt hinaus - darum ginge, die Verteidigung der Hafenstraße durch rechtzeitige Mobilisierung sicherzustellen. Er selber spricht ja auch von der "Verteidigungsbereitschaft" 1987. Verteidigungsbereitschaft, selbst bis zu militärisch anmutenden Auseinandersetzungen, hat ebenso einen politischen und sozialen Inhalt wie der Angriff. Wieviele Menschen denn bereit sind, die Hafenstraße zu verteidigen, hängt doch immer noch damit zusammen, ob sie ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse darin wiederfinden.

Es geht deshalb zum einen um die Inhalte, zum anderen um die Formen, in denen sich die Diskussionen und Informationen in der Stadt ausbreiten können. Hier hat sich allerdings etwas gewandelt, und nicht nur in Hamburg: nämlich das Ende der Kampagnenpolitik und der Beginn des sehr anstrengenden Versuches, die politische Arbeit aus den alltäglichen Konfrontationen und Auseinandersetzungen heraus wieder neu zu entwickeln.

Die "Verteidigung der Hafenstraße" ist kein Inhalt, außer für jene, die nicht groß mobilisiert werden müssen. Es reicht ein Telefonanruf. Wenn Diskussionen weiter in der Art ablaufen, wie Justus die Hafenstraße kritisiert, kommt keiner mehr.

Martin Rheinlaender

Anmerkung:

1) Die Veranstaltung, von der er berichtet, bot ein ziemlich mißlungenes Bild davon, und dieses Bild überzeichnet Justus noch weiter. Hätte man früher, auch 1987, nur aufgrund von Hafenstraße-Veranstaltungen in Hamburg mit demselben Verfahren die Auseinandersetzungen beurteilt, wäre dem Projekt Hafenstraße noch nicht einmal die Überlebenschance von einem Monat eingeräumt worden.

31. Gregor Gysi in Schleswig-Holstein

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:14

Hieß es bislang, mangels Interessenten bleibe nur der Zusammenschluß der vielfach sehr gegensätzlichen K-Gruppen-Reste von DKP bis BWK in der PDS, so hat die PDS-Veranstaltungsreihe mit Gregor Gysi in Schleswig-Holstein den Beweis des Gegenteils erbracht: Allenthalben volle Säle, gute Debatten, interessante Begegnungen unter anderen mit sozialdemokratischen Gruppierungen und anhaltende Neugier - bei allerdings nur vorsichtiger Organisierungsbereitschaft.

In Lübeck etwa 200 BesucherInnen, in Flensburg etwa 240 und in Kiel über 400 in einem völlig überfüllten Saal (wobei noch 200 abgewiesen werden mußten) - das waren die Highlights dieser Tournee von Gregor Gysi durch das nördliche Bundesland. Das schlichte Ziel dieser Rundreise war die Vorstellung der PDS, ihrer Programmatik und ihrer praktischen Arbeit vor allem im Bundestag, aber auch in ihren "Ost-Stammländern" durch den "Promi" Gregor Gysi, unter dem Motto, "PDS - nur eine Ost-Partei?" Auf den Versammlungen dann überall das gleiche Bild: Ein großer Besucherandrang, quer durch alle Altersstufen (bei Dominanz der jüngeren BesucherInnen), quer durch alle sozialen Schichten; politisch waren - soweit erkennbar - alle Spektren, von Linksliberalen bis Autonomen, vertreten, obschon die offensichtlich weniger festgelegten, die parteipolitisch ungebundenen BesucherInnen bei weitem überwogen. Die Diskussionen waren spannend und qualifiziert, bei sehr aufmerksamem, wachem Klima.

Das Interesse an Gysi

und das Interesse an der PDS

Die Gespräche mit den BesucherInnen zeigten die große Popularität von Gregor Gysi: Neben seinen herausragenden rhetorischen (sicher auch unterhaltenden) Fähigkeiten wurde immer wieder betont, daß er besonders glaubwürdig ein differenziertes Bild von Sozialismus-Erneuerung, von historisch-kritischer Sozialismus-Aufarbeitung und von widerborstigem "Aufrechten Gang" verkörpert.

Entsprechendes schlug sich auch in den Fragen der BesucherInnen nieder: DDR-Geschichte, die Rolle der heutigen PDS-Verantwortlichen, die tatsächliche Erneuerungsbereitschaft in der PDS-Mitgliedschaft, Fragen nach den Lehren aus der SED/PDS-Geschichte für einen Sozialismus der Zukunft und ob die Erneuerung wirklich tiefgreifend genug sei, schließlich, ob Gregor Gysi nicht letztlich doch in der falschen Partei sei. Darüber hinaus ein bunter Strauß von Fragen zu aktuellen politischen Themen: Wie stehen Sie zu nationaler Identität? Wie erklärt sich der Anklang, den die Rechtsradikalen in der Bevölkerung finden? Wie stehen Sie zu Sozialpakt, Erhöhung der Abgeordnetendiäten, Enthüllung von Waffengeschäften, Nord-Süd-Konflikt? Wie bewerten Sie den Einfluß der 68er-Rebellion auf das PDS-Denken, den Zustand der Ex-DDR ("Wessi"-Überheblichkeit, ökonomischer Kahlschlag), den gesellschaftlichen Wandel von der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" zur "Ein-Drittel-Gesellschaft"? Dazwischen aber auch Fragen, die sich auf die Glaubwürdigkeit der PDS bezogen: Ob und wie konsequent sie die Ziele und Kritiken linker Opposition im neuen Deutschland verfolgen kann, wie sie den Weg der Grünen zu politischer Anpassungsbereitschaft vermeiden will.

Gregor Gysi hat vor allem dadurch überzeugt, daß er alle Fragen sachlich, differenziert, geduldig, aber auch mit dem nötigen Witz beantwortet hat. Es kann gar nicht deutlich genug herausgestellt werden: Die dominierende Frage aller Veranstaltungen und Begegnungen, das, was die BesucherInnen zuallererst geklärt haben wollten, war und ist die Frage, wie wir uns zu den Hypotheken sozialistischer Politik, zu den Verbrechen des "Stalinismus", aber auch dem Despotismus in der Geschichte "sozialistischer Herrschaft" stellen.

Unsere Schlußfolgerungen

Auf den Veranstaltungen hat sich ein politisch buntscheckiges Bild von oppositionellen Menschen gezeigt, geeint in ihrer Opposition und ihrem Protest gegen deutsche Großmachtpolitik, neudeutschen Rassismus und Rechtsradikalismus, gegen Sozialabbau und ostdeutschen Kahlschlag. Auch wenn der Besuch einer Gysi-Veranstaltung und das Interesse an programmatischen und politischen Positionen der PDS absolut nicht mit Organisierungsinteresse verwechselt werden darf, können wir zumindest eines daraus lernen: Die Wahlkonzeption des PDS-Vorstandes hat durch die Gysi-Tournee eine praktische Untermauerung erfahren -

wer uns heute im Westen das Bündnis mit den diversen linken Partei-Resten à la DKP, BWK oder gar MLPD meint andienen zu müssen, weil es sonst keine Interessenten oder potentiellen MitstreiterInnen gebe, der sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Sicher hat das Wahlbündnis mit orthodoxen Alt-Organisationen einen großen Vorteil: Die PDS könnte es schnell herstellen und und hätte morgen schon ihre Mitgliederzahl im Westen verdoppelt oder verdreifacht - den breiten, pluralen Zuspruch wie auf den geschilderten Veranstaltungen könnte sie dann jedoch vergessen.

Der Kreis, der die Gysi-Veranstaltungen bevölkert hat, ist sicherlich vergleichbar mit dem Spektrum, das vor der Jahreswende die diversen Lichterketten und Anti-Rassismus-Konzerte getragen hat. Also just die Menschen, die von vielen Linken (z.B. "Konkret") abgeschrieben, lächerlich gemacht oder als pseudolinker Teil einer neudeutschen "Volksgemeinschaft" denunziert worden sind. Menschen, die offensichtlich nach politischer Orientierung und oppositionellen Arbeitsmöglichkeiten suchen - was leider nicht mit Organisierungsbereitschaft in der PDS/LL gleichzusetzen ist. Davor gibt es noch viele Vorbehalte: Negative Organisationserfahrungen (generell), mangelndes Vertrauen in die Politikfähigkeit der PDS/LL (so wenige - so viel Arbeit); zudem bedeute Parteizugehörigkeit auch Parteilichkeit - und die ist nicht nur gesellschaftlich, sondern auch in der linken und alternativen Szene nicht sonderlich positiv besetzt!

Wir haben auf den Veranstaltungen diverse Angebote für den Kontakt zur PDS/LL unterbreitet: Örtliche Informationstreffen, Postkarten zur Anforderung von PDS-Materialien etc. Das Ergebnis ist nicht berauschend, wenngleich viel Neugier zu vermelden ist: Dort, wo wir personell bislang nicht vertreten waren, konnten keine Interessenten gewonnen werden. Die bestehenden Gruppen haben allerdings Zulauf. Unser landesweiter Arbeitszusammenhang hat sich durch die Veranstaltungsreihe stabilisiert. Die Kontakte über das PDS-Umfeld hinaus miteingerechnet sind wir ein hübsches Stück vorangekommen, zu weiteren Taten ermutigt. Über diese wird noch diskutiert, über die Ergebnisse werden wir informieren.

hn, Flensburg

32. Linkes Laboratorium implodiert (Konkret-Kongreß)

Über 1.500 Teilnehmer bei Konkret-Kongreß über antikapitalistische, linke Politik suchten vor allem Streit

Autor: Christoph Seils · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:12

"Ein Laboratorium radikaler, aufklärerischer antikapitalistischer Gesellschaftskritik" sollte der Konkret-Kongreß werden, zu dem am Wochenende über 1.500 Teilnehmer ganz überwiegend aus dem Westen des vereinten Deutschlands nach Hamburg kamen. Doch die Versuchsanreihung führte zur Implosion.

"Sozialdemokrat", "Stalinist", "Nationalist", "Rassist", "Linksfaschist" - so könnte man die Hitliste der Beschimpfungen des Kongresses zusammenstellen. Hätte man sich einen Abend im Kabarett vorgenommen, wäre die Auftaktveranstaltung ein Höllenspaß gewesen, doch so bot bereits der Freitagabend eher die Tragödie einer abgewrackten deutschen Linken.

"Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht", so das Thema der Auftaktveranstaltung. Für die Zeitschrift Konkret trugen ihr Herausgeber Hermann Gremliza sowie der Sozialwissenschaftler Wolfgang Pohrt ihre Thesen vom besonderen deutschen Nationalcharakter vor, der die Deutschen durch ihre Psychogenese zu "Feinden der Zivilisation" mache. Er sei, so Gremliza, daher ein "linker Volksverächter". Der Vorwurf des anti-deutschen Rassisten war schnell zur Stelle, und Gremliza konterte mit "Linksfaschist", als der Theoretiker der inzwischen aufgelösten Marxistischen Gruppe, Karl Held, die Deutschen gegen diese Kritik in Schutz nahm und die "Ausländeranzündelei" als "blutige Fußnote des Imperialismus" verharmloste. Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform der PDS bemühte sich um eine unkritische "Ehrenrettung" für die DDR und die Deutschen. "Die DDR hat gezeigt, daß Deutsche zu Anstand und zivilisiertem Umgang fähig sind." Aber sie konnte und wollte wohl nicht zur Kenntnis nehmen, daß Rassismus und Rechtsextremismus auch ein Problem der DDR waren. Statt dessen trug sie ein weiteres eindimensionales Weltbild vor. Das deutsche Großkapital initiiere die aktuelle faschistische Bewegung als aggressive systemstabilisierende Kraft. Anschließend polemisierte Thomas Ebermann gegen die "Nationalen Sozialisten" in der PDS, die auf dem Kongreß nichts zu suchen hätten. So nahm der Austausch von Freundlichkeiten seinen Lauf, die Mikrophone waren heiß umkämpft, und da alle neuen linken Propheten ihre Fanclubs mitgebracht hatten, war bald eine Stimmung wie im Zirkus.

Am Samstag zeigte sich zwar, daß die radikale Linke auch spannende Analysen zu bieten hat. Aber es blieb weitgehend beim Vortragen von vorbereiteten Erklärungen, von Reden und Gegenreden. Eine konstruktive Kontroverse kam nicht zustande. So wurde durchaus spannend über Antisemitismus, über die Wiederkehr der Proletarität oder zum Beispiel über Deutschlands Griff zu Weltmacht gesprochen.

Wolfgang Pohrt sieht Deutschland angesichts der sich verschärfenden ökonomischen Krisen und dem erklärten Streben Deutschlands nach Weltmacht auf dem Weg ins vierte Reich. Dies bedeute, daß die Gesellschaft wie nach 1933 faschisiert werden müsse. Dem widersprach der Marburger Politologe Georg Fülberth. Deutschland sei bereits Weltmacht. Die Bevölkerung, so Fülberth, stehe weiter rechts als die Regierung. Mit wirtschafts- und sozialpolitischem Patriotismus solle zwar der Sozialstaatsabbau durchgesetzt werden, dies sei jedoch weder etwas typisch deutsches, noch der Beginn einer Faschisierung. Im Gegenteil würde die politische Klasse die faschistische Basisbewegung mit Skepsis betrachten.

Zum Eklat kam es am Samstagabend, als der Philosoph Christoph Türcke versuchte, die Existenz unterschiedlicher Rassen biologistisch zu begründen. Empört protestierten Zuhörer, daß ein Rassist auf einem linken Kongreß nichts zu suchen hätte und versuchten, den Vortrag zu verhindern. Doch nachdem auf dem Kongreß bereits inflationär mit dem Rassismusbegriff polemisiert wurde, war der Vorwurf nun, wo eine Auseinandersetzung über ihn wichtig und notwendig war, nicht mehr vermittelbar. So setzte sich nach heftiger Diskussion die Auffassung durch, daß eine Position nur kritisiert werden könne, wenn man sie kenne.

Zweifellos bildete Türcke in rassistischer Tradition anhand der Hautfarbe vier unterschiedliche Rassen und schrieb ihnen auch unveränderliche körperliche, seelische und geistige Eigenschaften zu. Insofern war der Rassismusvorwurf berechtigt, doch gleichzeitig bezeichnete er Menschenrassen und die Idee der reinen Rasse angesichts der sich bildenden Weltwirtschaftsordnung als ahistorischen Anachronismus. In der

aufgeheizten Stimmung war jedoch eine Diskussion der komplexen Thesen Türckes nicht mehr möglich. Bis Kongreßende warfen sich Kritiker und Verteidiger Türckes gegenseitig an den Kopf, nichts verstanden zu haben.

So war es konsequent, daß die Abschlußdiskussion über die Frage "Was tun?" von den Veranstaltern abgesagt wurde und sich statt dessen jeder in offener Diskussion über den Kongreß auskotzen durfte.

Ihren früheren linken Mitstreitern hatte Konkret in ihrer Einladung zum Kongreß vorgeworfen, jetzt Karriere machen zu wollen, sozialdemokratische Politik umzusetzen oder sich ans Vaterland verkauft zu haben. Die antikapitalistische Linke, soweit sie sich in Hamburg versammelt hatte, läßt sich ergänzen, ergießt sich in narzißtischer Rechthaberei, verwechselt scharfe Kontroversen mit Pöbelei und kultiviert ihre Rat- und Einflußlosigkeit. Diejenigen, die weder das eine noch das andere wollen, wenden sich mit Grausen ab.

Christoph Seils

Nachdruck aus: Junge Welt, 15. Juni 1993

33. "Was tun?" Konkret-Kongreß aus feministischer Sicht

Autor: Sabine Stövesand · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Frauenbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:08

Vom 11.-13. Juni fand in Hamburg ein von der Zeitschrift "Konkret" veranstalteter Kongreß mit über 1.000 TeilnehmerInnen statt. Titel: "Was tun?". Referiert und diskutiert werden sollte über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik. Angesichts der herrschenden gesellschaftlichen Zustände und Entwicklungen und der Schwäche und Orientierungslosigkeit linker Opposition ein nicht unbeachtliches Ereignis.

Ziel war nicht die Gründung einer neuen Organisation, sondern "Aufklärung", "sich ein neues Bewußtsein der eigenen politischen Situation zu verschaffen" und "besser über die Verhältnisse und über sich Bescheid (zu) wissen". Links und radikal wollte man(n) sich auch damit auseinandersetzen, "ob die nicht unmittelbar und ausschließlich auf das Kapitalverhältnis beziehbaren sozialen Konflikte, von Frauenbewegung bis zum Ozonloch nicht jenseits der beiden erprobten Möglichkeiten, Ignoranz (die Rede vom Nebenwiderspruch) oder Opportunismus (die Reden von Gorbatschow) diskutiert werden könnten". (Kongreß-Zeitung)

Dieser Satz hätte mich eigentlich warnen sollen - wo Loch und Frau so leichthin in einem Atemzug genannt werden, sitzt meist der Schwanz im Hirn und blockiert das Denken. Ganz abgesehen davon, daß eine Bewegung kein sozialer Konflikt sein kann, sondern höchstens eine Reaktion darauf, boykottiert der Satz seine formulierte Absicht, indem er das Kapitalverhältnis doch in die Mitte stellt, von der aus andere Verhältnisse angeguckt werden.

Mich hat der Kongreß darüber aufgeklärt, daß Linke immer noch nicht in der Lage sind, zentrale Herrschafts- und Gewaltverhältnisse zu erklären und Ignoranz eines ihrer herausragenden Merkmale ist (zusätzlich zu den ritualisierten Gockelkämpfen und dem großspurigen Gestus vieler Referenten, der ausgeprägten Unfähigkeit, Inhalte an ZuhörerInnen zu vermitteln oder Diskussionen zu moderieren): Nach 25 Jahren Frauenbewegung und feministischer Staats- und Gesellschaftskritik, nach unzähligen Publikationen und Kämpfen war die "Frauenfrage" noch nicht mal eine Erwähnung als Nebenwiderspruch wert.

Dafür waren auch auf diesem Kongreß frauenfeindliche Bemerkungen für einen Lacher gut oder wurden übergangen (Rednerinnen wurden mit "Mädchen" angeredet oder als Hure tituliert) und kann sich die Konkret-Redaktion zu feministischer Kritik an dem diffamierenden Titel des Frauenforums (Die deutsche Frauenbewegung - ein etwas anderer BDM ?) kokett damit brüsten, daß "Konkret" noch nie eine feministische Zeitschrift gewesen ist.

Was wäre passiert, wenn ein dunkelhäutiger Mensch als "Nigger" bezeichnet worden wäre und kann sich eine vorstellen, daß "Konkret" damit liebäugelt, natürlich keine anti-rassistische Zeitschrift zu sein? Wie anders wäre es, wenn die sexistische Gewalt gegen Frauen, die täglichen Vergewaltigungen, Angriffe, Morde ebensoviel Abscheu, Widerstand und Erklärungsversuche von männlicher Seite hervorrufen würde, wie die rassistische. Wenn analog der Erkenntnis, daß nicht die "Ausländer" das Problem sind, sondern die Deutschen, die "Frauenfrage" als Männerfrage begriffen würde. Nein, die patriarchale Ideologie der Trennung zwischen privat und öffentlich, der Erhalt der eigenen männlichen Privilegien vereint die Typen von Schönhuber bis Gremliza.

Wird in der Linken irgendwann ankommen, daß weder die Funktionsweise des Kapitalismus, noch die Konstituierung des modernen europäischen Nationalstaats, noch die Existenz brutaler sexistischer und rassistischer Gewalt ohne die Auseinandersetzung mit patriarchalen Herrschaftsstrukturen und deren täglicher Reproduktion durch den einzelnen Mann zu verstehen ist? Die Ausblendung dieser Fragen läßt alle Analysen vom Ansatz her falsch und unbrauchbar werden. Es geht nicht darum, die "Frauenfrage" an ein existierendes theoretisches Konzept anzuhängen, sondern um eine grundsätzlich andere, radikale und das Ganze betreffende Sichtweise.

Der moderne Kapitalismus ist ohne die hierarchische geschlechtliche Arbeitsteilung nicht zu begreifen, funktioniert nicht ohne die kostenlose Ausbeutung weiblicher Reproduktionsarbeit und die Befriedung gerade auch der proletarischen Männer durch die Verfügungsgewalt über die jeweils eigene (Haus)Frau. Dazu gibt es

seit Jahren Unmengen von feministischer Literatur (u.a. Bennholdt-Thomsen, Mies, Neusüß, Ostner, v. Werlhof, Wolf-Graaf). Ernster genommen und diskussionswürdig wird dieses Thema höchstens, wenn sich linke Männer damit beschäftigen (siehe Viehmann u.a. "Drei zu Eins" oder ak 354 "Kapitalismus und Hausarbeit" - Jahre später ...)

Es ist zum Beispiel kein Zufall, daß der erste humanistisch-universalistische Staatstheoretiker der Neuzeit, Jean Bodin, auch der erste staatsanwaltlich plädierende Hexenverfolger war, oder der neuzeitliche Strafapparat sich über die Stigmatisierung und Ermordung von Frauen mittels der Ideologie ihrer schlechten, triebhaften Natur, die mit Dämonen im Bunde sei, herausbildete. Da Frauen qua Biologie dem Bereich des Naturrechtes unterstellt wurden, waren sie rechtlich entmündigt. Sie konnten z.B. keine Verträge abschließen und wurden auf diese Weise aus der formellen Geld- und Warenökonomie ausgeschlossen. Es sei denn, sie selbst stellten die Ware dar (vgl. I. Schultz in Feministische Beiträge 13). Der Weg von der Zeit, in der in dieser Region der Welt der Mann das Recht hatte, seine Frau zu verkaufen, bis zu der aktuellen Tatsache, daß er sich heute eine aus den armen Ländern per Katalog bestellen kann, scheint manchmal nicht allzu weit.

Theorien, wie die von Norbert Elias über die Entstehung des modernen Staates zeichnen sich ebenfalls durch die Ignoranz der spezifischen Unterwerfung von Frauen als sozialem Geschlecht aus und werden dadurch falsch. Geht Elias davon aus, daß im Zuge der zivilisatorischen Affektmodellierung die direkte körperliche Gewalt zwischen den Menschen abgezogen und in staatlichen Organen monopolisiert wird, ist das nicht erst durch die rassistischen Morde der letzten Monate widerlegt. Die unmittelbare Gewalt gegen Frauen ist ein Alltagsphänomen, das allerdings nicht systematisch als politisches, sondern als der Privatsphäre zugehörig angesehen und damit unsichtbar gemacht wird.

Die heute herrschende massenhaft verbreitete Gewalt gegen Frauen entspricht genau der von Elias gemeinten archaischen Gewalt zwischen Menschen. "Der Konsens im modernen Staat, die Vergesellschaftung von Gewalt und Herrschaft beruht gerade auf der Gewaltausübung auf anderer sozialer Ebene: auf der Gewalt gegen Frauen und Kolonialvölker ... Es entsteht eine neue Elite ..., die der weißen Männer (V. Bennholdt-Thomsen, Beiträge 13).

Auf dem Kongreß war es niemandem einen Gedanken wert, daß die rassistischen Gewalttaten fast ausschließlich von Männern begangen werden. Jenseits biologistischer Zuschreibungen gibt es auch hierzu Arbeiten von Frauen, die versuchen, diese Phänomene analytisch zu fassen. So benennt z.B. Birgit Rommelspacher (in 1999, Heft 2/91) den Umgang mit dem Geschlechtsunterschied als elementare Quelle für den Umgang mit Fremden als zu Unterwerfenden. Die Differenz der Geschlechter ist demnach die erste Begegnung mit der Andersartigkeit von Menschen. Qua Sozialisation wird Jungen beigebracht, ihre Männlichkeit durch aggressive Selbstbehauptung und Abwertung des Weiblichen zu beweisen, während Mädchen ihre Weiblichkeit in Form von Friedfertigkeit, Fürsorgeverhalten und Selbstentwertung entwickeln müssen. So lernen beide schon sehr früh mit einem Unterschied hierarchisierend umzugehen, qua Dominanz resp. Unterwerfung. Die Verdrängung der Geschlechtsspezifik in der Analyse läßt die männlichen Täter aus dem Blickfeld verschwinden.

Wenn ich Patriarchat als ein materielles System begreife, "das es ermöglicht, gegenseitige Abhängigkeit und Solidarität unter Männern herzustellen, die sie in den Stand setzen, Herrschaft über Frauen auszuüben" (vgl. Albrecht in ami, Heft 6, 1990), weiß ich auch warum.

In Bezug "auf die eigene politische Situation" hat mich der Kongreß gelehrt, daß diese Linken keine Bündnispartner sind und autonome, feministische Politik und Organisierung nach wie vor und sowieso sinnvoll ist. Die linke Doppelmoral in Bezug auf Sexismus und Rassismus finde ich unerträglich. Aber für mich stellt sich die Frage nach der Perspektive unserer Kämpfe und dem Gewicht unserer Theorien, wenn sie schon von denjenigen, die sich ebenfalls in Opposition zu Kapitalismus und Rassismus begreifen, schlichtweg ignoriert werden können.(Oder nehme ich da die Teilmenge der Kongreß-MacherInnen und BesucherInnen für das Ganze?)

Was tun, um diese Situation aufzumischen?

Sabine Stövesand

34. Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken:

Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert Von Karl Heinz Roth

Autor: Karl Heinz Roth . · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Imperialismus und Weltwirtschaft; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:22

Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert

Von Karl Heinz Roth

Das folgende Referat wurde von Karl Heinz Roth auf dem Konkret-Kongreß am 12.6.1993 in Hamburg gehalten. Die von uns abgedruckte Fassung ist etwas gekürzt. Konkret wird demnächst einen Kongreß-Reader mit allen auf dem Kongreß gehaltenen Referaten herausbringen.

Seit einigen Monaten berichten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler aller Couleur über eine für sie überraschende Entdeckung. Die von ihnen seit längerem beschriebene Auseinanderentwicklung der Bevölkerung in ein marginalisiertes Drittel der unterbeschäftigt Verarmten und eine weiterhin an den Wohlstandssegnungen der Leistungsgesellschaft teilhabende Mehrheit gehe mit Riesenschritten in eine polarisierte Klassengesellschaft über, in der ein immer breiter werdendes Proletariat mit einer sich immer aggressiver bereichernden Schicht der Vermögensrentiers und Kapitaleigner konfrontiert sei. Diese Entwicklung werde zusätzlich dadurch verstärkt, daß sich auch der Staat mehr und mehr aus seinen bisherigen sozialen Umverteilungsfunktionen zurückziehe.

Bei der Beschreibung dieser Tendenzen bilden sich zwei unterschiedliche Deutungsmuster heraus. Die einen sprechen von einer "Wiederkehr" von Klassenlagen, die seit der nach-nazistischen Soziologie als überwunden galten: die integrierte "Arbeiterschaft" schmelze wie Schnee in der Sonne und werde zunehmend durch die klassische "Proletarität" und den Pauperismus des 19. Jahrhunderts überlagert. Ihnen stehen Analysen gegenüber, die den neuartigen Charakter dieser Entwicklung hervorheben. Sie betonen die in der aktuellen Weltwirtschaftsdepression angelegte Grundtendenz zu sozialen Polarisierungen, die direkt aus dem Umbruch der bisherigen fordistischen Arbeits-und Produktionsverhältnisse zu einem post-fordistischen bzw. "toyotisierten" Akkumulationsmodell hervorgingen. Vor allem von den Spitzenmanagern der transnationalen Konzerne werde seit neuestem eine weltweite Anpassung an die Strukturen der japanischen Klassengesellschaft erzwungen. Die bisherigen Arbeitsmarktregulierungen sowie die kollektiven Tarifsysteme würden aufgesprengt und die sozialstaatlichen Verteilungsmechanismen tendenziell gegen Null gefahren, um der inzwischen sogar vom Daimler-Benz-Vorstand proklamierten "Revolution in den Fabriken" ein sprunghaft verbilligtes Arbeitskräftepotential zur Verfügung zu stellen.

Beide Deutungsmuster haben eine Menge für sich. Wer beispielsweise die herrschende Sozialgeschichtsschreibung kennt, der wird rasch bemerken, daß die neuesten gesellschaftlichen Entwicklungen den von ihr behaupteten Determinismus des hundertfünfzigjährigen Aufstiegs des einkommens- und landlosen "Pöbels" zur Proletarität der Lohnarbeiter und von dort zur integrierten "Arbeiterschaft" mit Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Rentengarantie drastisch Lügen strafen. Insoweit haben wir eine echte Wiederkehr von "Proletarität" vor uns, denn hinter diesem verächtlich-zynischen Kampfbegriff mehrerer Generationen von reaktionärer Sozialpolitik steckt alles das, was die Verkäuferinnen und Verkäufer von Arbeitskraft inzwischen wieder massenhaft erleben: unsichere Arbeitsplätze, wegbrechende "Normalarbeitszeiten", plötzliche Lohnsenkungen, wackelig werdende Garantien für die Risiken von Krankheit, Invalidität und Alter. Zugleich ist diese neu heraufziehende Proletarität aber durch sehr spezifische Merkmale charakterisiert, die den Erfahrungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts schon deshalb widersprechen, weil sie sich nicht zu Beginn der kapitalistischen Industrialisierung, sondern in einer späten und wesentlich durch Deindustrialisierungsphänomene geprägten Phase der Reorganisation des kapitalistischen Weltsystems ereignen. Es handelt sich also ganz offensichtlich um zwei Seiten einer Medaille.

Wenn inzwischen sogar schon die sozialwissenschaftlichen Berater der kapitalistischen Machtzentren aus der Deregulierung der "Zweidrittel-Gesellschaft" ein neues Proletariat hervorgehen sehen, dann sollten wir als

Linke diese Entwicklungstendenzen eigentlich sehr viel früher analysiert und diskutiert haben. Das aber war in den vergangenen Jahren immer weniger der Fall. Da ich "Linkssein" noch immer als ein Verhalten definiere, das sich auf die ausgebeuteten Gesellschaftsklassen bezieht und von daher handlungsorientierte Strategien zur generellen Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen ableitet, sehe ich in dieser zunehmenden Trennung von linker Diskussion und realer Klassenentwicklung eine große Gefahr. Darüber sollte nicht zuletzt auch deshalb gesprochen werden, weil sich inzwischen viele Linke aufgrund der neuesten Proletarisierungstendenzen selber in den unteren und "prekär" gewordenen Segmenten der deregulierten Arbeitsmärkte wiederfinden. Ich halte das für ein paradoxes Phänomen, das möglicherweise die zunehmende Fremdheit der Linken gegenüber einer in die Reproletarisierung hineingetriebenen Arbeiterklasse erklärt. Wir sind selbst zunehmend Objekt dieses Prozesses und flüchten uns vielleicht gerade deshalb auf metaphorische Ersatzebenen, um die eigene reale Verelendung zu verdrängen. Gerade weil sie immer häufiger den eigenen Alltag beherrschen, können die unreflektiert hingenommenen neuen Proletarisierungsprozesse dann bei vielen von uns nur noch mit Hilfe von Angstmechanismen beantwortet werden. Im folgenden Beitrag will ich den Nachweis versuchen, daß die Klassenanalyse noch immer das beste Instrumentarium liefert, um die sich verändernden proletarischen Lebenslagen zum Ausgangspunkt für neue Handlungsbezüge zu machen, die eine Alternative zu der um sich greifenden Angst- und Selbstbezichtigungskultur einer vom Untergang bedrohten Linken anbieten. (...)

Das Aufkommen der offenen Klassengesellschaft seit den achtziger Jahren

1. Der Fall Italien

Nach den Werksferien des Sommers 1980 entließ das Management des Automobilkonzerns Fiat in Turin 24.000 Beschäftigte in eine eigens dafür geschaffene staatliche "Integrationskasse" (Cassa Integrazione) mit zunächst 18monatiger Befristung und staatlichem Lohnausgleich. Die Fiat-Arbeiter reagierten darauf mit einem erbitterten Streik, der von den Metallgewerkschaften zunächst mitgetragen wurde. Während der 35 Streiktage kam es zur Polarisierung der Konzernbelegschaft. Nachdem die Fiat-Angestellten am 14. Oktober eine Antistreikdemonstration durchgeführt hatten, stimmte auch die stärkste Metallarbeitergewerkschaft, die FIOM, noch am gleichen Abend der Entlassung ihrer eigenen Mitgliederbasis zu. Diese Niederlage wuchs sich rasch zur Katastrophe aus. Bis Mitte der achtziger Jahre war die Fiat-Belegschaft halbiert, die Integrationskassen verwandelten sich in repressive Dauereinrichtungen. Der Gewaltstreich Agnellis erwies sich als Startschuß für die Entmachtung der in den Betriebskommissionen der "Massenarbeiter" verankerten Gewerkschaften und zur Zerstörung der seit Ende der sechziger Jahre gefestigten Arbeitermilitanz in ganz Italien. Versuche, die nun nach dem Vorbild Fiats einsetzende Dezentralisierung aller Großunternehmen und die damit verbundene Zersplitterung der Arbeiterbelegschaften mit Hilfe "proletarischer Runden" in den Industriegürteln zu blockieren, wurden durch eine brutale politische Repressionskampagne zerschlagen.

Ein Jahrzehnt bitterster politischer und sozialer Unterdrückung zog in Italien herauf. Die Konsequenzen für die Arbeiterklasse, die Initiativen der "Arbeiterautonomie" und nicht zuletzt auch die Gewerkschaften wurden im Ausland kaum wahrgenommen. Der fordistische Betriebsdespotismus wurde durch technologische Neuerungen gefestigt und mit einer großangelegten Dezentralisierung des gesamten Produktionsapparats bis hinunter zu den traditionellen Handwerksbetrieben verbunden. Die Folge war ein dramatischer Funktionswandel des italienischen Arbeitsmarkts. Aus allen Sektoren der dreigeteilten Arbeitsmarktpyramide (öffentlicher Sektor, privater Sektor mit formalisierten Arbeitsbeziehungen in den Mittel- und Großbetrieben einerseits und kleine Familien- bzw. Handwerksbetriebe andererseits, Sektor der Unterbeschäftigung) wurden Lohnabhängige entfernt, die wegen ihrer Militanz oder aufgrund verminderter Leistungsfähigkeit diskriminiert waren. Die sozialen Sicherungsnetze wurden durchlässig gemacht und mit neuen staatlichen wie unternehmensspezifischen "Parkplätzen" für Unterbeschäftigte ausgestattet. Die Gewerkschaftsverbände schwenkten auf den Sozialabbau ein. Es entstand eine neue Struktur von Kleinstunternehmen mit "selbständigen Arbeitern" ("lavoro autonomo" in der Analyse Sergio Bolognas), die bis Ende der achtziger Jahre auf sechs bis sieben Millionen anwuchsen, die gesamte Arbeitsmarkthierarchie durchdrangen und nach allen Richtungen hin "verflüssigten". Und wieder war es Anfang der neunziger Jahre das Fiat-Management, das nach einem Jahrzehnt dramatischer Umstrukturierungen eine neue Initiative startete, um sich die Ergebnisse unter Anlehnung an das Vorbild des japanischen Modells der vertikalen Ausbeutungsbeziehungen zwischen Konzernzentralen, Zulieferern und Kleinstproduzenten ("schlanke Produktion" des Toyotismus) systematisch zunutze zu machen.

2. Mexiko

Zwischen 1980 und 1982 geriet das gemischte Wirtschaftssystem Mexikos in eine nicht mehr beherrschbare Schuldenkrise. Die Regierung verkündete im Anschluß an eine alle Steuerungsversuche durchkreuzende Kapitalflucht 1982 den Staatsbankrott. Die neoliberale Internationale der Finanzmärkte (IWF und Weltbank) erzwang den ersten "big bang" der Deregulierung einer gesamten Volkswirtschaft. Eine restriktive Haushaltspolitik wurde durchgesetzt, die Privatisierung der Staatsunternehmen eingeleitet. Um die Sanierung der Außenschulden zu sichern, wurden negative Wachstumsraten in Kauf genommen. Die Binnenmärkte wurden dem Auslandskapital unbeschränkt zugänglich gemacht. Als einziger subventionierter Sektor blieb nur noch die exportorientierte Privatwirtschaft übrig. Aus diesen Einzelmaßnahmen kristallisierte sich bis Mitte der achtziger Jahre eine systematische Politik der "komparativen Kosten- und Standortvorteile" heraus, wobei sich die Mobilisierung möglichst billiger Arbeitskräfte als wichtigster Faktor für die Anziehung neuer Auslandsinvestitionen erwies. Der staatliche Mindestlohn und die Tariflöhne fielen zwischen 1980 und 1991 preisbereinigt um jeweils 56 Prozent. Massenarbeitslosigkeit kombinierte sich mit einem umfassenden staatlichen Sozialabbau, der schließlich auch die Gesundheitseinrichtungen und das Bildungswesen zur Privatisierung freigab. Heute leben 41 von 90 Millionen Mexikanerinnen und Mexikanern unter dem offiziellen Existenzminimum, davon 17 Millionen in extremer Armut.

Als einziger Wachstumssektor blieben zuletzt die "maquiladoras", die freien Produktionszonen, übrig. Sie konsolidierten sich vor allem an der Grenze zu den USA, befinden sich zu 90 Prozent in der Hand von US-Konzerntöchtern und erbringen 80 Prozent der mexikanischen Exporterlöse. Dieser neue Niedriglohngürtel für arbeitsintensive und umweltschädliche Zwischenprodukte der US-Unternehmen kennt kein Arbeitsrecht mehr für die Beschäftigten, deren Löhne bei etwa 16 Prozent der durchschnittlichen US-Lohneinkommen stagnieren. Es gibt keinerlei Sicherheits- und Umweltschutzauflagen. Durch die terroristischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse werden die ArbeiterInnen (70 Prozent Frauen, das Durchschnittsalter liegt weit unter dem der Arbeiterklasse im untergegangenen staatlichen Industriesektor) genauso ruiniert wie die Gesamtbevölkerung, deren Kinder und Alte zunehmend dem verseuchten Grundwasser zum Opfer fallen. (...)

Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems und globale Proletarisierung

Wie die Fallbeispiele zeigen, erfolgte die Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse im Verlauf der achtziger Jahre unter unterschiedlichen Voraussetzungen. In Italien zerstörte der für die dortigen Klassenbeziehungen seit der Jahrhundertwende "signalgebende" Konzern die Ergebnisse eines zwölfjährigen Zyklus von militanten Arbeiterkämpfen. In Mexiko wurde von den internationalen Finanzinstitutionen ein korporatistischer Industrialisierungsweg zunichte gemacht, der mit Hilfe eines starken staatlichen Sektors Importabhängigkeiten und zu starke Bindungen an die internationalen Rohstoffmärkte überwinden sollte. In Frankreich wurde der postkeynesianistische Stabilisierungsversuch einer gerade an die Macht gekommenen sozialistischen Regierung, die ihren Handlungsspielraum gegen die sich konsolidierende Deregulierungsstrategie der internationalen Finanz- und Devisenmärkte sichern wollte, schon im ersten Ansatz vereitelt. In allen Fällen waren aber die arbeits- und sozialpolitischen Folgen völlig identisch: Die Öffnung und Entkopplung der Arbeitsmärkte von ihren bisherigen Regulierungsmechanismen leitete eine dramatische Umstrukturierung und Reproletarisierung der Arbeiterklasse ein, und im Ergebnis wurden alle Instrumente des bisherigen klassenpolitischen Status quo: korporatistische (Mexiko), basisdemokratisch-militante (Italien) und sozialstaatliche (Frankreich) marginalisiert. In immer mehr Sektoren mußten die Lohnabhängigen einschneidende Eingriffe in jene sozialen Existenzgarantien hinnehmen, die sie sich seit den vierziger und vor allem den sechziger Jahren wieder erkämpft hatten: Normalarbeitstag, Vierzigstundenwoche, Lohnstabilität, staatlich garantierte Lohnersatzleistungen für Krankheit und Alter. Der überakkumulierte Kapitalismus der globalisierten Finanzmärkte "öffnete" an immer neuen Angriffspunkten die Arbeitsmärkte und wischte mit den Kollektivverträgen und Sozialtransfers auch die sozialpartnerschaftlichen Integrationsleistungen von Hochlohnpolitik und Sozialstaatlichkeit beiseite. Da sich Investitionen im vergangenen Zyklus immer weniger rentiert hatten, suchte er schließlich weltweit in seiner aggressivsten Geld-Form nach verbesserten Verwertungsbedingungen. In immer neuen Sektoren wurde Lohnarbeit flexibilisiert, freigesetzt und fortschreitend verbilligt. Die skizzierten Länderbeispiele sind Teil eines flächendeckenden Umstrukturierungsversuchs, der auch dort, wo er bis Ende der achtziger Jahre keine gravierenden Umbrüche zustandegebracht hatte, deutliche Spuren hinterlassen hat.

Diese Entwicklungen gerieten im Gefolge des Zusammenbruchs des verstaatlichten Sozialismus in Osteuropa 1990/91 in einen weiteren Radikalisierungsschub. Die neoliberale Deregulierung avancierte zur Handlungsmaxime aller politischen Eliten, die der Umbruch in Ost- und Südosteuropa an die Macht spülte. Sie mauserte sich in ihren Händen und unter der diskreten Steuerung durch die internationalen Finanzinstitutionen zu einer Philosophie der vollständigen und möglichst raschen Zerstörung aller staatlichen Wirtschaftsstrukturen. Industriepolitische Reorganisationsprogramme waren damit nicht verbunden. (...) Der globalisierte Kapitalismus wird die aus den Staatsunternehmen herausfallenden hochqualifizierten Arbeitskräfte des Ostens zynisch in die unteren Ränge seiner inzwischen weltweit funktionsfähig werdenden Niedriglohnketten einbauen. Und er wird im Interesse einer möglichst unbeschränkt verfügbaren industriellen Reservearmee die um ihre Marktexistenz kämpfenden "neuen Selbständigen" wie inzwischen überall auf der Welt in ihrer überwiegenden Mehrheit so weitgehend wie möglich auf den Status von "selbständigen Arbeitern" festnageln. Die selbständigen Arbeiter stellen seit den Entwicklungen in Osteuropa eine weltweit vorhandene neue Form von überdurchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften dar, die riesige Arbeitspensen übernehmen, aber für immer größere Teile davon nicht mehr entlohnt werden. (...)

Bis zu den osteuropäischen Umwälzungen von 1990/91 war es durchaus noch strittig, inwieweit die Angebotstheorie des neoliberalen Monetarismus nicht doch mehr zu bieten hat als eine wirtschaftspolitische Legitimationsgrundlage für die globale Reorganisation und Radikalisierung der Ausbeutungsverhältnisse. Diese Frage ist inzwischen entschieden, denn die osteuropäische Praxis zeigt nachdrücklich, daß der Neoliberalismus disparate ökonomische Strukturen grundsätzlich nur zerstört, um die als selbstgesetzlich definierten und keiner weiteren ökonomischen Steuerung mehr bedürftigen Verwertungsstrategien des kapitalistischen Weltsystems zu optimieren. Die Folge ist tendenziell ein neues Proletariat in einer kapitalistischen Welt. Die bisherigen strukturellen Klassenunterschiede der ersten, zweiten und dritten Welt werden zunehmend nivelliert, miteinander verflochten und aneinander angepaßt. Die gleichzeitig zu beobachtende vertikale Hierarchisierung der horizontal miteinander vernetzten Arbeitsmärkte durch die "Triade" Japan-Südostasien, Nordamerika und Westeuropa strukturiert sie zusätzlich ausgehend von drei territorialen Zentren. Es gibt jedoch auch an diesen neuen Schnittstellen tendenziell keine nationalen oder blockgebundenen Handlungsspielräume für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen mehr, denn der (nationale oder supranationale) Staat kommt ihnen als "Intermediär" für sozialpartnerschaftliche Status-quo-Vermittlungen zunehmend abhanden. (...)

Von diesen neuen Machtverhältnissen ausgehend etabliert das Kapital inzwischen weltweit ein neues Akkumulationsmodell. Seine Vordenker denunzieren die bisherige fordistische Produktionsweise als starr, etatistisch und hochlohnfixiert. Seit Beginn der neunziger Jahre dominiert nicht mehr Ford, sondern die "postfordistische" Rentabilitätsphilosophie Toyotas, die sich in Japan seit der blutigen Niederwerfung der SANYO-Gewerkschaften in den fünfziger Jahren durchgesetzt hatte, die strategischen Investitionsentscheidungen der transnationalen Konzerne. Die bisherigen flächendeckenden Hochlohngebiete werden auf die terroristisch-sozialpolitisch integrierten "Betriebsgemeinschaften" der Entwicklungs- und Fertigungszentren der 600 transnationalen Konzerne begrenzt, höchstens 15-20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten. Von diesen technologischen Zentren ausgehend werden abhängige Zulieferpyramiden aufgebaut, wobei entsprechend abgestufte Ausbeutungsverhältnisse bis hin zu den Schwitzbuden und zur Zwangsarbeit ethnischer oder kriminalisierter Randgruppen etabliert werden. Als stille Reserve und Leistungsressource für alle Stadien "schlanker Produktion" gelten drittens die "selbständigen Arbeiter" der sogenannten Schattenökonomien, die nach oben den Transfer von billigem technischen Wissen und nach unten den Kontakt zu einem sich ausweitenden Szenario von Unterbeschäftigung und struktureller Arbeitslosigkeit herstellen. Kommt es innerhalb dieser neuen Ausbeutungspyramiden der Transnationalen dennoch einmal zu Reibungsverlusten und Widersetzlichkeiten, dann kann mit Hilfe der neuen Kommunikationstechnologien und Produktionsverfahren (vor allem CIM) die horizontale, inzwischen alle Kontinente umspannende Niedriglohnkette ins Spiel gebracht werden. Swissair hat gerade seine bislang in der Region Zürich domizilierte Buchhaltung nach Indien verlagert. Die Hardware-Multis der USA legen inzwischen in Silicon Valley ganze Entwicklungsabteilungen still, weil sie sich die fünfzigmal billigere kombinierte Arbeitskraft von Moskauer physikalischen Forschungsinstituten gekauft haben. Noch nicht einmal mehr die hochqualifizierten Sektoren der Arbeitspyramide bleiben von der Deregulierung und Neuzusammensetzung der Arbeitsmärkte ausgespart.

Die Wiederkehr und Neuschöpfung der Proletarität erfolgt also unter den Bedingungen eines strukturellen Umbruchs des gesamten Weltsystems. Ihre Voraussetzung ist die Transformation und Nivellierung unterschiedlicher Entwicklungsstadien der kapitalistischen Entwicklung. Scheitert diese Transformation, dann wird die Deindustrialisierung und Pauperisierung ganzer Subkontinente die Folge sein und die schon im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre geschrumpften Zonen relativer ökonomischer Stabilität noch weiter verkleinern. Trotzdem ist der Postfordismus kein Deindustrialisierungsmodell, sondern ein weltweit radikalisiertes Kapitalverhältnis. Er hat im Ergebnis der bisherigen Deregulierungen und Strukturbrüche die weltweite Jagd nach verbilligten Arbeitskräften in bisher ungekannter Intensität verallgemeinert. Der Postfordismus/Toyotismus stellt den aktuellen Versuch der Weltfinanzmärkte dar, die einzige Form, in der Kapital sich im Gegensatz zur Geld- und zur Warenform letztlich real vermehrt, nämlich die Produktionsphase, wieder auszudehnen. Die dafür erforderliche Profitabilität soll überall auf der Welt vor allem durch die Vermehrung unbezahlt angeeigneter Arbeitsverausgabung erzwungen werden.

Die Entwicklung in der BRD vor und nach dem Anschluß der DDR

Auch die Bundesrepublik nahm in den achtziger Jahren an den globalen Umstrukturierungen teil, einen radikalen Umbruch hat es dabei aber zunächst nicht gegeben. Ausgangspunkt der Veränderungen war die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die trotz des Booms seit 1983/84 auf relativ hohem Sockel bestehen blieb. Unter dem Mantel scheinbar unveränderter kollektiver Tarifverträge entkoppelten die Unternehmen die Fertigung zunehmend von der Normalarbeitszeit und verlagerten arbeitsintensive Teilbereiche noch stärker als bisher zur "Lohnveredelung" ins Ausland. Der Normalarbeitstag wurde als Modell des arbeits- und sozialpolitischen Status quo weitgehend brüchig. Zusätzlich beseitigte die Mitte der achtziger Jahre einsetzende Privatisierung der Staatsunternehmen viele privilegierten Formen der "öffentlichen Arbeit". Von großer Bedeutung war des weiteren die Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik, die die Bruchlinien zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zunehmend verwischte und neue Parkplätze für Unterbeschäftigte (ABM, Umschulungsfirmen usw.) einrichtete. Schließlich wurde der staatliche Transfer der indirekten Lohnanteile mehr und mehr ausgehöhlt: Die Sozialleistungsquote (das Verhältnis zwischen Sozialleistungen und Sozialprodukt) unterschritt Ende 1992 wieder die Dreißigprozentgrenze, während die komplementären Lohnabzüge in die Höhe schnellten. Im Gesamtergebnis "fransten" die Arbeitsbeziehungen auf allen Strukturebenen allmählich "aus", blieben aber formell unangetastet. Den Gewerkschaften gelang es l984/85 sogar, die Arbeitgeberverbände bei der Umstrukturierung der High-tech- und Hochlohnsektoren mit ausgeklügelten Partizipationsmodellen ("Humanisierung der Arbeit") zeitweilig auszubremsen. Während die Tarifparteien den Mantel der Sozialpartnerschaft über den schleichenden Transformationsprozeß breiteten, wurde seit Mitte der achtziger Jahre eine "Deregulierungskommission" der Bundesregierung aktiv, um die Vorarbeiten zur Anpassung des westdeutschen Arbeitsmarkts an den globalen Deregulierungstrend zu beschleunigen.

Ein gravierender und irreversibler Einbruch erfolgte erst durch den Anschluß der DDR, deren volkswirtschaftliche Substanz im Herbst 1990 mit Hilfe monetärer Instrumente schlagartig zerstört wurde. Parallel dazu wurden die bislang eher zögerlich gehandhabten Deregulierungsmodelle in Gestalt der Treuhandanstalt mit voller Wucht auf die "neuen Bundesländer" übertragen. In der untergehenden DDR wurde ein neoliberaler Privatisierungsexzeß in Gang gebracht, dem unzweideutig experimentelle Funktion für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland zukommt. Dabei wurde, um sozialen Revolten unkontrollierbaren Ausmaßes vorzubeugen, der nun auf breiter Front in Gang gebrachte Deindustrialisierungsprozeß mit ausgedehnten arbeitsmarktpolitischen Steuerungsinstrumenten gekoppelt. Wie im Fall der "Reagonomics" der achtziger Jahre, die die Deregulierung der US-Wirtschaft mit einem defizitfinanzierten Rüstungsboom gekoppelt hatten, kombinierte die konservative BRD-Regierung ihr neoliberales Zerstörungsprojekt mit einer arbeitsmarktpolitisch begrenzten Kreditschöpfung. Diese inzwischen an ihre Grenzen geratene Verbindung einer geographisch begrenzten Deregulierung mit keynesianistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möchte ich als "Kohlonomics" bezeichnen. (...)

Von ehemals knapp zehn Millionen DDR-Beschäftigten ist fast die Hälfte arbeitslos, vier Millionen von ihnen leben inzwischen teilweise oder vollständig vom arbeitsmarktpolitischen Budgettransfer aus dem bundesdeutschen Westen. Offiziell hat die in Gang gebrachte arbeitsmarktpolitische Pumpstation eine "Brückenfunktion". Das gewerblich qualifizierte Arbeitskräftepotential soll in Reserve gehalten werden, bis der aus der Privatisierungspolitik erwartete selbsttragende Wirtschaftsaufschwung anspringt. Schon Anfang 1992

befanden sich zwei Millionen ehemalige DDR-Bürger in Kurzarbeit, Fortbildung und Umschulung, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder waren in den Vorruhestand geschickt. Inzwischen hat sich ihre Gesamtzahl verdoppelt, die mittelfristigen Instrumente zur Herausbildung von Sonderparkplätzen des Arbeitsmarkts (Fortbildung und Umschulung, ABM-Gesellschaften usw.) wurden weiter ausgebaut. Bei insgesamt 1,2 Millionen registrierten Ost-Arbeitslosen und etwa einer halben Million Pendlern stabilisieren sich neue Formen der gelenkten Unterbeschäftigung, um den Strukturbruch sozial abzufedern. Im Schatten dieser gewaltig aufgeblähten Integrationskassen der Arbeitsmarktpolitik hat sich die Zusammensetzung des ostdeutschen Arbeitskräftepotentials dramatisch gewandelt. In den privatisierten bzw. zur Privatisierung anstehenden Unternehmen wurde ein hochselektiver Personalabbau betrieben. Frauen, Ältere, unqualifizierte Jugendliche und Fremdarbeiter sind besonders betroffen. Es bildete sich ein flexibilisierter Reservearbeitsmarkt heraus mit einem im Vergleich zum Westen halbierten Einkommensprofil. Die vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarifverträge mit ihren zeitlich befristeten Anpassungsversprechen an das westdeutsche Lohnniveau wurden inzwischen gestreckt und weitgehend durchlöchert. All diese Entwicklungen machen es ziemlich wahrscheinlich, daß die zur sozialpolitischen Absicherung der neoliberalen Zerstörung etablierte arbeitsmarktpolitische "Brückenfunktion" nicht am Nachbarufer, sondern mitten im reißenden Fluß enden wird.

Im Ergebnis des DDR-Anschlusses haben wir nun auch in Deutschland Gettos der Deindustrialisierung (wie in Frankreich), kombiniert mit Zonen einer diffusen Massenverarmung (wie in Italien und Mexiko), und das alles vor dem Hintergrund eines aufgeblähten Reservearbeitsmarkts der Unterbeschäftigten, dessen Steuerungsmechanismen aufgrund der sich weiter östlich etablierenden Niedriglohngebiete zusätzlich unter Druck geraten. Im Jahr der "Vereinigung" hat sich das größer werdende Deutschland schlagartig und zugleich auf spezifische Weise in die Deregulierungsperspektive des kapitalistischen Weltsystems hineinkatapultiert. Schon jetzt beherbergt es vier Millionen Sozialhilfeempfänger, 3,5 Millionen registrierte Arbeitslose (2,3 Millionen in West-, 1,2 Millionen in Ostdeutschland) und 3,7 Millionen Unterbeschäftigte, die in Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen "geparkt" werden. Der Anteil der registrierten und der "geparkten" Arbeitslosen am gesamten Arbeitskräftepotential ist auf 20,6 Prozent angestiegen. 11,2 Millionen der lohnabhängigen Bevölkerung von 34 Millionen sind beschäftigungslos oder marginalisiert. Die Grenzen zu den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Vergleichsgrößen der durch die Präsidialdiktatur Brünings 1930/31 eingeleiteten Deflationspolitik sind inzwischen überschritten.

Aufgrund einer derart dramatischen Entwicklung in den angeschlossenen Gebieten konnten die Rückwirkungen auf den nationalen Gesamtarbeitsmarkt nicht ausbleiben. Die in den Zentren der Hochtechnologie beschäftigten ArbeiterInnnen geraten zunehmend unter Druck. Entlassungswellen verflechten sich mit gezielten Säuberungsaktionen in den Zuliefersektoren und umfassenden Angriffen auf das Normalarbeitsverhältnis. Prekäre und irreguläre Arbeitsbedingungen werden in immer mehr Sektoren zur vorherrschenden Norm. Im Postdienst sind inzwischen 70 Prozent aller Beschäftigten Teilzeitarbeitskräfte. Es gibt mittlerweile 2,3 Millionen geringfügig Beschäftigte ohne Ansprüche auf die Transferleistungen der Sozialversicherung. 20 Prozent aller Studierenden sind hauptsächlich abhängig erwerbstätig. In den Zeitungsbetrieben verfügen inzwischen mehr als 60 Prozent der Beschäftigten nur noch über individuelle Werkverträge. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe stabilisieren sich unterentlohnte Saison- und Wanderarbeitsverhältnisse. Subunternehmen und Zeitleihfirmen haben sich überall darauf spezialisiert, die personalpolitischen Bruchstellen bei der Umstrukturierung von immer mehr Wirtschaftssektoren abzufedern und zur Senkung der Lohnquoten beizutragen. Über das Ausmaß des Booms in den sogenannten Jobbersegmenten erfahren wir aus der offiziellen Sozialstatistik fast nichts. Ein noch größerer Schleier der Nichtinformation ist über die selbständigen ArbeiterInnen gebreitet, die als neueste Form der Erwerbsabhängigkeit überhaupt nicht registriert werden. Ihre Wurzeln reichen in Westdeutschland bis in die frühen achtziger Jahre zurück, als sich immer mehr arbeitslos und prekär Gewordene vom offiziellen Arbeitsmarkt verabschiedeten und als "neue Selbständige" reussierten. Mehr als fünfzig Prozent dieser sogenannten Existenzgründungen gingen innerhalb von fünf Jahren gesellschaftsrechtlich wieder ein und verstärkten das Spektrum ökonomisch abhängiger Minibetriebe mit "grauen" Durchschnittseinkommen an der Grenze des offiziellen Existenzminimums. Sie erhielten seit dem Anschluß der DDR schlagartig Zuwachs. Die Zahl der LKW-Fahrer, die als Subunternehmer der Speditionen schuften, stieg von 30.000 auf 70.000. Während die Mittel- und Großunternehmen einen Teil der etwa 400.000 hochqualifizierten EDV-Mitarbeiter im Anschluß an die erste EDV-Umstellungswelle wieder entließen, entwickelte sich ein breites Spektrum von

PC-TexterfasserInnen, Software-Verkäufern und Informatikberatern, dessen Umfang sich inzwischen auf mindestens 300.000 selbständige Arbeiter beläuft. Hinzu kommen 15.000 Stadtkurierdienste, wahrscheinlich ebensoviele Kleingutzusteller, eine gewaltig gestiegene aber nicht bekannte Zahl von Taxifahrern und von neuen Selbständigen der Ausländercommunities, von denen nur diejenigen wahrgenommen werden, die als Kleinhändler oder Kfz-Reparateure den Sprung von der Subsistenzarmut des Familienbetriebs zur kommerziellen Rentabilität geschafft haben. Alle erreichbaren Informationen sprechen dafür, daß sich die BRD auch bezüglich der prekären und der informellen Arbeitsverhältnisse mit Riesenschritten an die arbeitsmarktpolitischen Deregulierungsmethoden des Weltsystems annähert. Zusammen mit den JobberInnen durchdringen inzwischen auch in West- und Ostdeutschland die selbständigen Arbeiter die gesamte Pyramide des zunehmend segmentierten Arbeitsmarkts. Objektiv bringen sie die Tendenz des Postfordismus zum Ausdruck, den Lohncharakter der selbständigen Arbeit so weit wie möglich abzustreifen und die mit ihr verknüpften sozialen Risiken aus dem Beschäftigungsverhältnis auszulagern. Die selbständige Arbeit wird tendenziell auch in Deutschland zur vorherrschenden Arbeitsform in den nachgeordneten Schwitzbuden-Bereichen des postfordistischen Produktionsverhältnisses. Dabei wird zugleich ein wichtiges subjektives Moment der sich wandelnden Arbeitskultur ausgebeutet: das Bedürfnis nach individueller Autonomie, nach selbstbestimmten Arbeitsinhalten und Arbeitszeiten. Die aus den etablierten Arbeitsmarktstrukturen ausgestiegenen oder verdrängten selbständigen Arbeiter sind überdurchschnittlich qualifiziert und verfügen über vielfältige Verbindungen zu den Arbeitsmarktparkplätzen in Bildung und Wissenschaft. Sie befinden sich trotzdem in einer permanenten Auseinandersetzung mit der Armutsfalle. Ein Produktionssystem, dem es als sozialem Herrschaftsverhältnis gelingt, diese neuen Arbeitsformen langfristig am Rand des Existenzminimums zu fixieren, kann sich in der Tat auf indirekte Weise ein hochmotiviertes subjektives Arbeitsverhalten subsumieren, das trotzdem von der Einkommensdynamik und den sozialen Sicherheitsgarantien der Gruppenarbeit in den Konzernzentralen und den privilegierten Zulieferbetrieben abgekoppelt bleibt. (...)

Postfordismus/Toyotismus als nationalstaatliches Segment globalisierter Klassenverhältnisse

(...)

1. Die Kapitalstrategie

Das Modell Japan ist inzwischen auch in den Leitungsetagen der deutschen Groß- und Mittelunternehmen angekommen. Zunächst hatten nur einzelne Großkonzerne, vor allem VW, Opel, Krupp und einige EDV-Unternehmen, mit der "Gruppenarbeit" experimentiert. Seit einigen Monaten hat sich die Anwendungsebene rapide verbreitert, und die Anverwandlung des "Toyotismus" im Ergebnis von Studienreisen, internationaler Kongresse, der Auseinandersetzung mit der berühmten MIT-Studie von 1991 und den Kopien bei Fiat und den angelsächsischen "transplants" der japanischen Automobilindustrie beherrscht nun auch die gesamte deutsche Unternehmerkultur. Zunächst standen dabei die produktivitätsfördernden Verheißungen der "Partizipation" einer in "Betriebsgemeinschaften" zusammengeschmiedeten Elite von hochentlohnten Gruppenarbeitern im Vordergrund. Fertigung und Qualitätskontrolle wurden wieder zusammengelegt, die Fertigungstiefen abgeflacht, die despotischen Stab-Linie-Strukturen des Verwaltungsapparats zugunsten einer "schlanken Produktion" aufgebrochen. Im Zeichen der Rezession gehen die Managementspitzen inzwischen dazu über, die gesamte Zuliefersphäre zu reorganisieren und als Ausbeutungskette neu zu hierarchisieren. Drei Viertel der gesamten Produktionskapazität werden inzwischen "nach unten" ausgelagert und an die Kette der "just-in-time"-Zulieferungen nachgeordneter Produzenten und Lagerhalter gelegt. Wo sich Widerstand gegen das Diktat regt, kommt die inzwischen international gewordene Niedriglohnkette ins Spiel.

In den Entwicklungs- und Fertigungszentren der neuen Konzernkonglomerate wird das informelle Produktionswissen der Arbeitsgruppen zunehmend abgeschöpft, und zwar durch gezielte Kompetenzerweiterungen. Qualitätszirkel sorgen im Kampf mit steigenden Fertigungsvorgaben für "Quantensprünge" der Produktivität. Der bisherige Betriebsdespotismus fordistisch zerlegter Arbeitsverrichtungen wird feierlich zu Grabe getragen, um zu einer sprunghaften Potenzierung des Leistungsprofils der Gruppen übergehen zu können. Der bisherige Zeit- und Materialaufwand für ein neues Produkt soll halbiert werden, ebenso die Investitionsquote in Vorrichtungen und Werkzeuge. Drastisch reduzierte Lagerbestände sollen zusammen mit fortlaufenden Freisetzungen beim Verwaltungs- und Fertigungspersonal das bisherige Leistungspotential verdoppeln. Das alles ist nur möglich, wenn sich die

Belegschaften in einem bisher nicht gekannten Ausmaß mit dem Betriebsziel identifizieren. Bis hinunter zu den Gruppen an den Taktstraßen sollen nun alle "unternehmerisch denken", "selbstreguliert" handeln und Firmentarife, firmeninterne Ausschüsse und Schlichtungseinrichtungen als ausschließliche Vermittlungsform zur Konfliktsteuerung akzeptieren. Wie in Japan soll es zu einer klaglos verinnerlichten Rundum-Abschöpfung aller körperlichen, mentalen und kognitiven Komponenten der Leistung kommen.

Auch die neue Hierarchie der den Konzernkonglomeraten zugeordneten Zuliefer-Segmente gewinnt deutliche Konturen. Es wird zwischen Systemlieferern, Serienlieferern und Sublieferanten unterschieden. Bei den Systemlieferern wird im allgemeinen versucht, das betriebsgemeinschaftliche Integrationsmodell der Zentralen mit relativ stabilen Lohn- und Beschäftigungsgarantien zu kopieren. In den nachgeordneten Segmenten kann das Preis- und "just-in-time"-Diktat der Konzernspitzen dagegen nur noch durch überwiegend "ungeschützte" Arbeitsverhältnisse realisiert werden: Wochenendarbeit, unterbezahlte Teilzeitverträge für Saisonspitzen, Doppel- und Dreifachschichten ohne Zulagen, Ausgrenzung der indirekten Lohnanteile durch Abkopplung immer größerer Belegschaftsteile von der Sozialversicherung, völlig rechtlose Niedriglohnarbeiter der jüngsten Migrationswellen. Auch die Transportsektoren werden als Zeit- und Lagermedien in die flexibilisierten Produktionsketten einbezogen. In den kleinen und mittleren Speditionsunternehmen herrschen inzwischen barbarische Arbeitsbedingungen.

Am Beispiel von Daimler-Benz möchte ich kurz zeigen, wie die Umstrukturierungen konkret durchgesetzt werden. Es gab mehrere Kongresse, auf denen die Führungskräfte auf die neue "Leitlinie" der Toyotisierung eingeschworen wurden, zuletzt eine Tagung mit 1.900 Teilnehmern in Berlin (Motto: "Der Konzern denkt nach"). Parallel dazu wurden Belegschaftsversammlungen zum "neuen Leitbild" abgehalten, um die zusammen mit externen "Moderatoren" erarbeiteten Konzepte der jeweiligen Konzernbetriebe propagandistisch abzusegnen. Daß es dabei keineswegs nur den Beschäftigten in den Zulieferbetrieben an den Kragen geht, zeigt die kürzlich bekanntgewordene Betriebsvereinbarung für das LKW-Werk von Mercedes-Benz in Wörth. Der Betriebsrat und die IG Metall wurden dabei mit der Drohung erpreßt, im Fall der Weigerung das gesamte Werk zu schließen und als joint-venture-Unternehmen in der Tschechischen Republik neu zu eröffnen. Alle Vorgabe- und Richtzeiten wurden um 20 Prozent gekürzt. Die Gruppenarbeit wurde als vorherrschende Produktionsform durchgesetzt. Im Rahmen eines "Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses" (KVP) mußten sich die jeweiligen Gruppen zu einer jährlichen Produktivitätssteigerung von 7 Prozent verpflichten und dem Dreischichtbetrieb sowie der kostenneutralen Nacharbeit bei schlechter Qualität zustimmen. Das alles ist mit einem kontinuierlichen Personalabbau bis ins mittlere Management verbunden, und es kommt schon auf dieser Spitzenebene zu einer drastischen Ausweitung von Teilzeitarbeit. Umfragen in linken Gewerkschaftsgruppen und die Berichterstattung in den noch vorhandenen linken Betriebszeitungen machen deutlich, daß Wörth längst kein Einzelfall mehr ist. Hinter dem partizipatorischen Schein der "Toyotisierung" wird eine radikale Sanierungsstrategie sichtbar, die auf die weitere Steigerung der Kapitalintensität verzichtet und eine sprunghafte Erhöhung der Ausbeutungsraten auf die Tagesordnung setzt. Was hier in den Konzernbetrieben geschieht, wird in den Zulieferbereichen mit noch größerer Härte und Kompromißlosigkeit durchgesetzt werden. Zusätzlich zeigt sich, daß die Gewerkschaften mit ihrer oft durch die Konzernbetriebsräte erzwungenen Zustimmung zu dieser Reorganisation der sozialen Produktionsverhältnisse sehenden Auges ihre Selbstzerstörung in Gang bringen.

2. Die Strategie der Regierung

Die konservative Regierung steht unmittelbar vor dem Scheitern ihres monetär-neoliberalen Transformationsexperiments in der ehemaligen DDR. Die arbeitsmarktpolitische "Brücke" zwischen industriepolitischer Zerstörung und dereguliertem Neuanfang ist inzwischen hoffnungslos überspannt. Gleichzeitig hat eine internationale Devisenspekulation die Axt an die Fundamente der "harten D-Mark" und damit an die europäische D-Mark-Blockstrategie zu legen begonnen, um nun auch in der BRD einen irreversiblen Strukturbruch zu erzwingen. Dabei ist jedoch unklar, ob die nun manifest werdende Krise der "Kohlonomics" nicht auch von der Bonner Ministerialbürokratie bewußt gewollt wird, denn nur unter den Bedingungen eines deutlichen Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts und spektakulärer Devisenabflüsse kann das inzwischen in der Ex-DDR erprobte Experiment der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und des Umbaus der sozialen Transfersysteme als gesamtdeutsche Norm durchgesetzt werden. Die Pläne, mit denen die Deregulierungskommission der Bundesregierung seit Ende der achtziger Jahre hausieren geht, mausern sich inzwischen zu entschiedenen Handlungsstrategien. Das gesamte Spektrum der Arbeitsvermittlung soll

kommerzialisiert werden. Es wird nach geeigneten Bruchpunkten gesucht, um das kollektive Tarifvertragssystem aus den Angeln zu heben. Die Option zur Privatisierung des gesamten Sozialtransfers im Sinn einer Einbindung in die private Kreditwirtschaft gewinnt deutlich an Boden. Vor diesem Hintergrund erscheinen die neuerlichen Initiativen zur Überschreitung der gerade beschlossenen "föderalen Konsolidierung" (Solidarpakt) durch die weitere Demontage der Sozialleistungen als die nächste taktische Etappe in die Richtung einer noch nie dagewesenen arbeits- und sozialpolitischen Destabilisierung: stufenweise Einschränkung der Parkplätze der Unterbeschäftigung (ABM, Fortbildung und Umschulung), Kontraktion des Gesundheitswesens, Einschränkung der Lohnersatzleistungen für Arbeitslose, Kranke und Invalide auf allen Ebenen, Demontage der Sozialhilferichtsätze. Die Regierung ist gewillt, noch in diesem Jahr vom überwiegenden deficit spending zugunsten der arbeitsmarktpolitischen Brückenfunktionen in der Ex-DDR zur direkten Umverteilung der lohnabhängigen Einkommen überzugehen. Insgesamt schließen die beschleunigten Etappenschritte des Sozialabbaus immer deutlicher zu einem strategischen Szenario auf, das nun die gesamte bundesdeutsche Sozialverfassung weitgehend "entschlackt" und im "Standort Deutschland" selbst abgestufte Lohnskalen bereithält, die das bisherige soziale Existenzminimum in Ost und West gleichermaßen auflösen. Dem arbeitspolitischen Wildwest der toyotisierten Ausbeutungspyramide soll durch die völlige Öffnung der Arbeitsmarktstrukturen und die weitgehende Austrocknung der Sozialtransfers ein Wertschöpfungsmodell zur Verfügung gestellt werden, in dem schließlich mehr als zwei Drittel des Sozialprodukts auf prekäre Ausbeutungsverhältnisse zurückgehen.

3. Der Anpassungskurs der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Grünen

Unter Berufung auf ihre Partizipationsmodelle der achtziger Jahre ("Humanisierung der Arbeit") sind die Gewerkschaften dazu übergegangen, sich den Unternehmensleitungen und Wirtschaftsverbänden als "Intermediär" für den neuen betriebsgemeinschaftlichen Toyotismus anzudienen. Sie verweisen darauf, daß sie für den propagierten produktivistischen Konsens zwischen Belegschaften und Management unverzichtbar seien, denn nur ihre Einschaltung in die neuen betrieblichen wie überbetrieblichen Kooperationsbeziehungen garantiere auch weiterhin den von ihnen bis jetzt behüteten sozialen Frieden. Gleichzeitig versuchen sie, dieses Modell einer "gemäßigten" Toyotisierung auf EG-Ebene durch die Institutionalisierung von Europa-Betriebsräten und europäischen Partizipationsgremien abzusichern. (...) Inzwischen liegen die politischen Ersatzoptionen ausgearbeitet vor. Da sich die "Intermediär"-Konzeption zur Befriedung der kommenden Stammarbeiterminderheit schon jetzt als illusionär erwiesen hat, rücken die nachgeordneten prekären Arbeitsmärkte des Toyotismus immer mehr in das Blickfeld der gewerkschaftlich-sozialdemokratisch-grünen Strategen. Sie votieren dafür, das segmentierte Hauptfeld der neu heraufziehenden Proletarität unter ihre politische Auftragsverwaltung zu nehmen. Die erste programmatische Umorientierung wurde Anfang der 90er Jahre im Umfeld der Gewerkschaft ÖTV hoffähig ("Die Zukunft der öffentlichen Dienste"), ihre vorläufige Synthese ist im neuesten Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung nachzulesen. Danach soll die "Brückenfunktion" der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus der Ex-DDR repatriiert werden, um ausgehend von ihren Strukturen einen gesamtdeutschen "zweiten Arbeitsmarkt" zu etablieren. In ihm sollen bis Ende der neunziger Jahre insgesamt fünf Millionen Menschen in infrastrukturorientierten ABM- und Fortbildungsgesellschaften geparkt und unter den Voraussetzungen eines deutlichen Lohnunterschieds als industrielle Reservearmee des "ersten" Hochlohn- und Stammarbeitermarkts zur Verfügung gehalten werden. Darunter soll ein weiterer, nämlich ein "dritter Arbeitsmarkt" aufgezogen werden, der unter Zusammenfassung der bisherigen Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe usw. die Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Anbrüchigen in einen "Öko-Sozial-Kulturellen Dienst" (ÖSK-Dienst) einbringt. Nur wer die dort angebotenen Arbeiten verrichtet, soll einer aus Steuerumverteilungen gespeisten "Grundsicherung" teilhaftig werden. Der damit verbundene Einkommensanspruch soll wiederum "angemessen" unter den Durchschnittsbezügen der ABM- und UmschulungsarbeiterInnen liegen. Die Hauptaufgabe des dritten Arbeitsmarkts wird darin gesehen, die soziale Destabilisierung des Gesamtsystems zu verhindern und die notorischen Arbeitsverweigerer zur Räson zu bringen. Während die Vordenker des ruinierten und sich selbst zerstörenden Reformismus an eine effizient administrierte Ausweitung der Verwaltung prekärer Arbeitsverhältnisse - und damit an einkommenssichere Nischenfunktionen für sich selbst - denken, halten sie für das Proletariat des heraufziehenden Postfordismus neuartige Gewaltmechanismen bereit, die so neuartig nicht sind, wenn wir in die Geschichte dieses Jahrhunderts zurückblicken und die Versuche zur Regulierung von Massenarbeitslosigkeit und Pauperisierung während der Depression der dreißiger Jahre Revue passieren lassen. Ausgerechnet aus dem gewerkschaftlich-sozialdemokratisch-grünen

Spektrum kommen Initiativen zur Re-Regulierung des entfesselten Kapitalismus durch - Zwangsarbeit. Wenn nicht alles trügt und wenn die Linke sich diesem Phänomen nicht schleunigst zuwendet, werden wir in Bälde nur noch zwischen Teufel und Beelzebub zu wählen haben. Die konservativen Eliten des Staubeckens Deutschland proben unter dem Druck der Wirtschaftskapitäne und des internationalen Finanzkapitals den freien Fall von Arbeitsmärkten und Sozialtransfers mit allgemeiner Prekarisierung, Massenverarmung und Gettoisierung. Der ehrbare Ex-Reformismus kämpft um sein institutionelles Überleben, indem er alternativ dazu Subsysteme der Zwangslenkung und abgestufter Zwangsarbeitsverhältnisse andient.

Möglichkeiten und Grenzen einer erneuerten sozialistischen Klassenorientierung

Aus den Perspektiven des offensichtlich irreversibel werdenden Strukturbruchs lassen sich optimistische Erwartungen wahrlich nicht ableiten. Dies gilt in ganz besonderer Weise für die bundesdeutschen Verhältnisse, denn hier vollziehen sich ausgehend vom DDR-Anschluß in extremer zeitlicher Verdichtung gesellschaftliche Umwälzungen, die sich in der übrigen kapitalistischen Welt seit Anfang der achtziger Jahre weitaus stetiger entwickelten. Der von den "neuen Bundesländern" ausgehende dramatische Pauperisierungsprozeß führt mehr und mehr zu gewalttätigen Protestformen, die sich überwiegend innerhalb der zerklüfteten neuen Massenverarmung entladen. Eine neue rassistische Jugendbewegung hat sich etabliert, die auf den Konsens mit dem regierungsoffiziellen Rassismus zielt und innerhalb der pauperisierten Gettos die Ellbogenmoral der postfordistischen Gesellschaft gewalttätig zu reproduzieren beginnt. Das Bündnis zwischen Baseballschläger und Staatssekretärssuite hat inzwischen gefährliche Ventile geöffnet, um den Verlust an sozialer Sicherheit und Zukunftsperspektive auf Kosten der neuesten Migrationswellen und der nach wie vor ausgegrenzten ausländischen Bevölkerung zu kompensieren. Angesichts dieser bis vor kurzem noch für unmöglich gehaltenen Aktualisierung des Rassismus als Verkehrs- und Vermittlungsform von Klassenherrschaft wird es immer schwerer, die in aller Häßlichkeit heraufziehende neue Proletarität in ihrer Gesamtheit - also unter bewußtem Einschluß auch der gegenwärtig "nach noch weiter unten tretenden" Segmente - als den nach wie vor primären Bezugspunkt von sozialistischer Politik anzunehmen. Dessenungeachtet bleibt aber jede antirassistische Initiative, die die "soziale Frage" ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen, auf Sand gebaut. Das Syndrom des subproletarischen Rassismus kann nur überwunden werden, wenn wir die zweifellos notwendigen Aktivitäten zum Schutz seiner Aggressionsobjekte mit strategisch-politischen Initiativen verbinden, die ausgehend von allen Segmenten des neuen Proletariats glaubwürdige Perspektiven einer sozialrevolutionären Klassenpolitik aufzeigen. Tun wir dies nicht, dann überlassen wir sehenden Auges die soziale Frage der "Re-Regulierung" durch die Neofaschisten und die Ministerialbürokratie, die im Interesse der rassistischen Verschleierung des gesellschaftlichen Proletarisierungsprozesses immer größere Teile des staatlichen "Gewaltmonopols" an rechtsextreme Herrschaftsgrenzträger zu delegieren beginnt.

Es sind vor allem diese neuen rassistischen Überlagerungen des proletarischen Konstitutionsprozesses, die uns, den marginalisierten oder durch den Untergang des verstaatlichten Sozialismus diskreditierten Linken, Angst machen. Furchterregend ist aber auch die parallel dazu zu beobachtende Selbstzerstörung der institutionalisierten Arbeiterbewegung und ihr Zugriff auf die subalterne Strukturierung von Zwangsarbeitsverhältnissen. Angst aber ist keine Voraussetzung für emanzipatorische sozialistische Politik. Erst aus der klassenanalytischen Klärung der ihr zugrundeliegenden Mechanismen lassen sich Ansatzpunkte zu einer Alternative von sozialer Befreiung gewinnen, und unter dieser Voraussetzung kann es dann sehr wohl geschehen, daß sich aus der "großen Furcht" vor Rassismus und Zwangsarbeit sozialrevolutionäre Antworten formieren, die angesichts der aktuellen Verhältnisse zunächst illusorisch oder zumindest utopisch wirken müssen. In diesem Sinn sollten auch wir bereit sein, das scheinbar undenkbar Gewordene neu zu durchdenken und von den sich abzeichnenden Strukturen der postfordistisch geöffneten neuen Klassengesellschaft auszugehen. Wenn wir uns auf diese Vorbedingungen verständigen, dann sehe ich in den aktuellen Umbrüchen auch neue Chancen und Möglichkeiten für eine vorwärtsgewandte sozialistische Politik.

Den ersten Pluspunkt sehe ich darin, daß wir Linke im Gegensatz zu den sechziger und siebziger Jahren seit einiger Zeit von den sozialen Umschichtungen direkt betroffen sind. Die Älteren unter uns können sich noch sehr gut an die Konflikte erinnern, die früher die politische Entscheidung auslöste, sich aus der Umwelt der "educated society" zu verabschieden und "in die Arbeiterklasse zu gehen". Diese Problematik ist heute obsolet. Der größte Teil der Linken ist inzwischen selbst prekär, an flexibilisierte Arbeitsverhältnisse gefesselt oder freiwillig-unfreiwillig in das Lager der selbständigen ArbeiterInnen übergewechselt. Wie Umfragen zeigen,

hat sich diese Entwicklung seit Anfang der 90er Jahre in Westdeutschland weiter verstärkt, während sie im Gefolge der politischen Säuberungen in Ostdeutschland fast die gesamten Funktionseliten der DDR betrifft. Die Kluft zwischen subjektiver Klassenlage und sozialistischem Anspruch hat sich im Sog der allgemeinen Reproletarisierung weitgehend aufgelöst. Sozialistische Politik kann, wenn wir uns selbst nicht länger von den Voraussetzungen und Trends der aktuellen Klassenentwicklung ausklammern, zunehmend unmittelbar als proletarische Politik durchbuchstabiert werden.

Als zweiten - wenn auch besonders paradox wirkenden - Pluspunkt möchte ich die Tatsache verbuchen, daß inzwischen alle bewaffneten wie unbewaffneten Varianten und Ansatzpunkte von sozialistischer, kommunistischer, sozialrevolutionärer oder anarchistischer Politik gescheitert sind. Gerade die neue Linke der BRD hatte sich im Verlauf der siebziger Jahre durch fraktionelle Auseinandersetzungen zunehmend paralysiert. Hinzugekommen ist inzwischen der Untergang des verstaatlichten Sozialismus, aber auch die sich rapid beschleunigende Selbstzerstörung des institutionalisierten Arbeiterreformismus. Legen wir als Minimalkonsens für eine linke Reorganisationsdebatte die Analyse der aktuellen Klassenpolarisierung und die grundsätzliche Ablehnung von Ausbeutungsverhältnissen mitsamt ihren sozialrassistischen Projektionsfeldern zugrunde, so können wir uns folglich unbefangen auf einen breiten Diskurs über die Frage, was im Übergang zum 21. Jahrhundert zu tun sei, verständigen. A priori verbiet es sich jedenfalls, irgend jemanden wegen seiner/ihrer vergangenen Orientierung innerhalb des linken Spektrums auszugrenzen. Immer unter der Voraussetzung, daß sie ihre eigene Subjektivität auf das neu eröffnete Terrain der "sozialen Frage" beziehen, können Sozialrevolutionäre, Autonome, Sozialisten, Kommunisten und linke Gewerkschaftler wieder miteinander ins Gespräch kommen. Die Tatsache, daß Phönix, wenn überhaupt, dann jedenfalls nicht aus den Ruinen linker Vergangenheiten und Staatssozialismen wiederauferstehen wird, sollte die Bemühung um einen offenen, vorurteilslosen und basisdemokratisch gesicherten Neuanfang wert sein.

Der möglicherweise wichtigste Pluspunkt für einen sozialistischen Neuanfang besteht schließlich darin, daß das von mir vorgeschlagene Wieder-Gemein-Werden mit der Proletarität tendenziell in einem zunehmend globalisierten Kontext stattfindet. Bei allen auch weiter fortwirkenden Differenzierungen entsteht im Übergang zum 21. Jahrhundert eine weltweite Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt genauso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur "nationalen" Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen. Auch wird es zwischen der globalen Zirkulation von Klassenkampferfahrungen und der sich abzeichnenden Unterwerfung der Relikte der sozialpartnerschaftlichen Arbeiterbewegungen unter die Angebotstheorie tendenziell keinerlei Vermittlungen mehr geben. So wie die soziale Befreiung als Alternative zum globalisierten Postfordismus nur noch international gedacht und praktiziert werden kann, so wird sie auch nicht mehr durch den quälenden Ziel-Mittel-Konflikt um Reform oder Revolution zu deformieren sein. Als radikalisiertes soziales Herrschaftsverhältnis geht das toyotisierte Weltsystem mit seiner Negation schwanger. Eine sich international erneuernde Linke sollte die daraus erwachsende Chance wahrnehmen und ein weltweites Informationsnetz aufbauen, um die sich auf allen Ebenen der horizontalen und vertikalen Ausbeutungskette herauskristallisierenden Erfahrungen des Widerstands gegen Proletarisierung und Pauperisierung zu verallgemeinern. Dabei wird es keine geographischen Bedeutungshierarchien und keine klasseninternen Vermittlungsprobleme mehr geben. Wir werden weltweit direkt voneinander und füreinander zu lernen haben. Die Berichte über den Zusammenstoß zwischen gewerkschaftlicher "job control" und "schlanken" Fertigungslinien in den nordamerikanischen und südostasiatischen "transplants" der japanischen Transnationalen werden in den gleichen Kontext gehören wie die Kämpfe für die Agrargenossenschaften in El Salvador und die Zerstörung der südafrikanischen Apartheid, wie die "sem terra"-Bewegung der brasilianischen Landarbeitergewerkschaften, die mitteleuropäischen Arbeitsloseninitiativen und die Kampagnen der Prekären gegen die privatisierten Postunternehmen und die Zeitleihfirmen. Sie werden ergänzt werden durch die Aufarbeitung der spezifischen Erfahrungen der "selbständigen Arbeiter" Osteuropas im Kampf gegen sub contract-Systeme, Siebentagewoche und Verarmung, die die bisherigen Debatten um den "lavoro autonomo" in ungeahnte Dimensionen ausweiten. Voraussetzung ist allerdings die jeweilige lokale bzw. regionale Bündelung aller Aktivitäten des neuen Proletariats, um die grundsätzlich gleiche und nur quantitativ unterschiedliche Segmentation der deregulierten Arbeitsmärkte für "Stammarbeiter", Prekäre, selbständige Arbeiter und Arbeitslose zu durchbrechen. In ihnen ließen sich sodann die spezifischen Instrumente der lokalen Gegeninformation unmittelbar mit dem internationalen Erfahrungsaustausch kombinieren. Das Ergebnis wären Kerne einer erneuerten proletarischen Gegenkultur, die im Fall Deutschland in kürzester Frist einen sozial fundierten Antirassismus konsolidieren

könnten, indem sie an einem exemplarisch ausgewählten "sozialen Brennpunkt" alle Segmente des neuen Proletariats in militante Kampagnen für verbesserte Einkommen und Arbeitsbedingungen einbeziehen und auf diese Weise den nach innen und unten durchgeschlagenen Sozialrassismus des "Standorts Deutschland" beispielgebend in eine Kultur der vaterlandslosen proletarischen Egalität auflösen.

Ausgehend von diesen drei Grundannahmen votiere ich für die Gründung von lokalen bzw. regionalen Proletarischen Zirkeln. Sie sind als Orte des Informationsaustauschs und der Koordination zu verstehen, um auf der Grundlage eines basisdemokratisch verfaßten Delegiertensystems zur Reaktivierung von Arbeitsloseninitiativen, Jobberbewegungen, Flüchtlingsarbeitskreisen und linksgewerkschaftlichen Betriebsgruppen in den oberen Bereichen der Arbeitsmarktpyramide beizutragen. Sobald sich erste Tendenzen zur Stabilisierung regionaler Aktivitäten "from the bottom up" abzeichnen, sollten die Proletarischen Zirkel dazu übergehen, die besonderen Bedingungen der lokalen Ausbeutungspyramide zu untersuchen und die wichtigsten Schnittstellen zur Konsolidierung einer multiethnischen proletarischen Gegenkultur aufzeigen. Von hier aus könnten dann erste Initiativen zur Ausweitung und Internationalisierung der Aktionsfelder gestartet werden. Hierher gehören schon in einem sehr frühen Stadium Bemühungen um die Homogenisierung des Widerstands der Belegschaften der transnationalen Konzernkonglomerate, aber auch Anstrengungen zur Unterminierung der Niedriglohnketten durch international koordinierte Kämpfe um höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen. In allen Fällen werden dabei die "selbständigen Arbeiter" eine besondere Rolle spielen, weil sie auf allen Ebenen der toyotisierten Arbeitsmarktpyramide aktiv sind und in allen Weltregionen zirkulieren. Beispielsweise könnten die überwiegend "selbständigen" LKW-Transportarbeiter mit gezielten punktuellen Streikaktionen innerhalb kürzester Zeit die "just-in-time"-Ketten ganzer Gruppen von Konzernkonglomeraten lahmlegen. Sie würden dabei zugleich einen enormen Beitrag zum Kampf gegen die Umweltzerstörung leisten.

Zweifellos steht und fällt dieser Vorschlag mit der Frage, ob sich für die zersplitterten Teilarbeitsmärkte tatsächlich Kampfformen definieren lassen, die im Fall ihrer Anwendung eine breite Kollektivierung von proletarisierten Verhaltens- und Lebensweisen zur Folge haben. Ich glaube, daß es solche Möglichkeiten gibt, vorausgesetzt die Proletarischen Zirkel verstehen sich als basisdemokratisch verfaßte und ausbaufähige Einrichtungen, in denen soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Interessen eine Einheit darstellen. Im Interesse dieser Einheit wäre zunächst die soziale und kulturelle Isolierung des neuen Proletariats durch die zur zweiten Wirklichkeit transformierten Massenmedien des toyotisierten Kapitalismus zu durchbrechen: Aufbau eigener Informationssysteme, die eine entkommerzialisierte und ihrer sozial isolierenden Strukturen entledigte Kultur mit Nachrichten über die kleinen Sozialkämpfe des Alltags verbinden. Zweitens müßte mit wirtschaftlichen Kampfformen experimentiert werden, die eine radikale Negation des ohnehin dem Untergang geweihten zentralistisch-einheitsgewerkschaftlichen collective bargaining darstellen: lokale Kämpfe um Einkommen und Arbeitsbedingungen "on the job", die die segmentierten Teilarbeitsmärkte wieder von unten her miteinander verbinden. Politisch wäre diese neue Basismilitanz dann auch in der Lage, den Kahlschlag des Sozialleistungstransfers zu stoppen und gegen die rassistische Radikalisierung des staatlichen Gewalt- und Selektionsmonopols genauso wie gegen die Etablierung von zweiten und dritten Zwangsarbeitsmärkten vorzugehen.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von Rekollektivierung spreche, dann meine ich nicht die politisch-zentralistischen Autoritätsstrukturen der untergegangenen Arbeiterbewegung. Vielmehr müssen Formen der Selbstorganisation gefunden werden, die auch im Fall ihres Erfolgs basisdemokratisch, dezentralisiert und internationalistisch bleiben. Der neue Subjektivismus des deregulierten Proletariats sollte mit all seinen multiethnischen Strukturen, seinen vielschichtigen Qualifikationen und seinem Insistieren auf autoritätsfreie zwischenmenschliche Beziehungen als kardinaler Bezugspunkt sozialistisch-proletarischer Identitätsfindung anerkannt werden. Er sollte eine authentische und attraktive Alternative zum hyperegoistischen Karrierismus des postfordistischen Ellbogenmenschen darstellen, der die elementaren Voraussetzungen der conditio humana verhöhnt. Organisatorische Kollektivierungsformen wären nur insoweit anzustreben, als dies unabdingbar erscheint, um die fortschreitende Subsumtion des vor allem bei den prekären und selbständigen Arbeitern konsolidierten selbstbestimmten Lebensprofils unter den deregulierten Kapitalismus rückgängig zu machen und die dramatisch voranschreitende Verarmung zu stoppen. Die zentrale Ausbeutungsfalle des Postfordismus, die sich die neue Subjektivität aneignet, indem sie sie sozial atomisiert und zunehmend aus dem Lohnverhältnis entläßt, muß zerstört werden. Zu diesem Zweck sollten Konfliktstrategien entwickelt werden, die Lernprozesse zu selbstbestimmter Subjektivität sozialisieren: kreative

Kampfformen von kurzer Dauer, auf rasch wechselnden Terrains und mit kurzen Vertragszeiten eines jederzeit wieder aufkündbaren Status quo. Der neuen Mobilität des Kapitals und der neuen Vielfalt seiner Ausbeutungsmechanismen müssen hochmobile, dezentrale, basisdemokratische und kreative Kampfmethoden entgegengesetzt werden: von der militanten Ausmarchung (Ausgrenzung, Anm. ak) einer Zeitleihfirma durch kurzfristig assoziierte Jobbergruppen über klug miteinander kombinierte Miet- und Häuserkämpfe bis hin zu den vielfältigen Sabotagestrukturen an den computerisierten Arbeitsplätzen. In einem reiferen Entwicklungsstadium der Internationalen Proletarischen Zirkel sollten wir dann auch versuchen, dem kapitalistischen Weltsystem eine globale sozialistische Perspektive entgegenzusetzen. Thinking the unthinkable heißt auch, schon jetzt und heute über das Erbe von Karl Marx, Rosa Luxemburg und Michal Kalecki hinaus weiterzudenken.

Die Toyotisierung der Weltgesellschaft läuft und wird uns nicht verschonen. Sie setzt eine globale Reproletarisierung der Arbeitsbeziehungen auf die Tagesordnung. Wir sollten uns als Linke auf das daraus hervorgehende neue Klassensubjekt beziehen und unsere Erfahrungen einbringen, ohne es hegemonisieren zu wollen. Statt uns weiter in engstirnigen Teilaktivitäten zu erschöpfen oder uns gegenseitig mit unseren Angstprojektionen lahmzulegen, sollten wir die Chancen des neuen Klassenverhältnisses nutzen und uns an der Profilierung kreativer Experimentierfelder für sozialistisch-egalitäre Praxis beteiligen.

35. Offener Brief von Rosa Luxenburg an die RAF, die RZ ...: Eine Polemik (Teil 2)

Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Teil 2

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:02

Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF,

die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Teil 2

Eine Polemik

Form und Inhalt:

Militanz und Revolution

Ihr denkt immer noch, daß ich übertreibe, wenn ich Eure neuen PolitikerInnen mit Bernstein vergleiche? Ich will Euch deshalb noch etwas anderes berichten: Ich hatte einige Zeit lang die GRÜNEN mit Interesse beobachtet (79) - nicht weil ich gedacht hätte, sie seien eine sozialistische Partei, sondern aufgrund ihrer unkonventionellen, eine zeitlang desintegrativen politischen Formen, die sie benutzt haben. (Inzwischen denke ich, daß mir bei meinen Hoffnungen in die GRÜNEN - wenn auch auf anderer Ebene/mit anderer Radikalität und anderen Konsequenzen - ein Fehler unterlaufen ist, der auch Euch in Euren Militanz-Debatten häufig unterläuft: Die Überschätzung der radikalen, desintegrativen Form gegenüber der Notwendigkeit einer tatsächlich revolutionären inhaltlichen Bestimmung. Gerade wiederholt Ihr den Fehler erneut, wenn viele von Euch die in Weiterstadt produzierten 200 Mio. DM-Sachschaden als Beleg dafür interpretieren, daß die neue Politik der RAF nicht reformistisch sein könne. Nur wenige von Euch sehen dieses Problem mit der von Jenny (in einer Broschüre, in der die Diskussion einer Gruppe über die Erklärung der RAF vom August letzten Jahres dokumentiert ist) ausgedrückten Klarheit. Sie sagt dort: "Also ich habe revolutionäre Politik schon bisher nicht am Mittel orientiert, sondern vielmehr - wie ich schon vorhin gesagt habe - an der Machtfrage. Und deshalb kann ich auch Kämpfe der Bevölkerung falsch oder reformistisch finden (...) also sich nicht nur auf die Teilbereiche beschränken, also daß Du das Ziel einfach immer vor Augen hast." (80). Aber zurück zu den GRÜNEN: Ich will Euch noch etwas über deren Anpassungsprozeß erzählen - vielleicht seht Ihr ja dann, daß die ähnlichen Formulierungen bei Euch in der Debatte und bei Bernstein keine Zufälle sind, sondern die Sprache einer Politik der Anpassung an das Bestehende.

Katastrophismus

und der moralische Druck

in Richtung "Realpolitik"

Um ihre neue Politik durchzusetzen, hatten die grünen "RealpolitikerInnen" gezielt eine auf die Partei bezogene (angebliche Gefahr des Sektenwesens) und globale (ökologische, soziale und militärische) Katastrophe beschworen, um so diejenigen, die nicht alles - also auch den Reformismus - versuchen, um die Katastrophe abzuwehren, der moralischen Verantwortungslosigkeit zu bezichtigen. So schrieb beispielsweise Antje Vollmer: "Die Möglichkeit des Untergangs der Menschheit ist real, wird täglich handfester - und zwar auf beiden Wegen des nuklearen Showdown und der ökologischen Katastrophe." (81) "Ist es im Anblick der drohenden Katastrophen links und legitim, Reformismus zu verteufeln?" (82) "Jede grundlegende Umgestaltung, jede Art von Revolution" - das schreibt Antje Vollmer(!), nur damit Ihr wißt, was Karl-Heinz Dellwos laue Rede von einer "fundamentalen Umwälzung" der "kapitalistischen Verhältnisse" (83) bedeutet: Nichts anderes nämlich als die "rein psychologische Versicherung", daß er seine faktische Politik für diese Verhältnisse "nicht mit Genuß, sondern mit Widerwillen" macht, "daß er an seiner opportunistischen Politik selbst keine Freude hat, daß sein Herz besser als sein Kopf ist"! (84) - "(...) muß auf eine möglichst ökologische und menschliche Zukunft auch dieses Systems setzen. Wir müssen den Kapitalismus daran hindern, sich selbst abzuschaffen, indem er die ganze Menschheit abschafft." (85) Auch der ehemalige Sponti vom revolutionären Kampf in Frankfurt/Main und spätere grüne "Realpolitiker", Joschka Fischer+++ und

andere schrieben 1988: "Der Kollaps der Umwelt zeigt sich Tag für Tag an neuen Skandalen. Wer sich angesichts dieser Situation den Luxus des folgenlosen Entlarvens leistet und damit den unökologischen Wachstumspfad weiter toleriert, macht sich mitschuldig. Wir fordern von der ganzen grünen Partei ein, sich endlich ihrer Teilhabe an dieser Gesellschaft bewußt zu werden. Wir sind, auch wenn viele das nicht wahrhaben möchten, Teil dieser Gesellschaft." (86)

Innerparteilich wurde die Alternative "Sein oder Nichtsein" (87) an die Wand gemalt, vor dem "Abmarsch ins selbstgewählte Sektenghetto" (88) gewarnt und statt dessen ein Projekt empfohlen, "das die Diskussion mit der Gesellschaft sucht" (89) bzw. für einen "neuen Aufbruch der GRÜNEN in die Gesellschaft hinein" plädiert, um "aus den schwierigen Bedingungen" heraus "die Oppositionsrolle (sic!) neuzugestalten". (90)

Gestaltung statt Analyse...

Und heutzutage bei Euch? Lutz Taufer schreibt in einem Brief vom Januar 1993 unter der Überschrift "Gesellschaft oder Ghetto": "die welt, nicht zuletzt die westlichen systeme, befinden sich in einem sich beschleunigenden prozeß der implosion. (...) mensch und natur in ihrer weiterexistenz bedrohende apokalypse namens warengesellschaft (...) hauptaufgabe des jahres 1992 (...) war nicht, (...) zu entlarven (...) hauptaufgabe (...) wäre es gewesen, (...) handlungs- und bewegungsspielräume innerhalb der gesellschaft auszubauen (...) auflösung der altbestimmungen revolutionärer politik." (91)

Wo so Demagogie betrieben wird - Ihr erinnert Ihr Euch noch, was ich oben über die Verlotterung der Theorie in der SPD geschrieben habe? -, ist klar, daß über die "analytische Seziermethode" der "Fundamentalisten", die "linksradikale Politik fast zum Synonym für Politikunfähigkeit" machte (Antje Vollmer), hergezogen werden, (92) daß "organisches", "ganzheitliches" Denken her muß. Daß "man (...) sich (...) im sinn von traditioneller ‚analyse`" - so Helmut Pohl - "nichts überlegen" kann. Das Zurückzuweisende findet Helmut Pohl "überhaupt schon bei dem blick: in dem der reale politische bereich nach kriterien der (...) wissenschaft in tortenstücke zerlegt wird und dann der bestimmt wird, von dem aus sich veränderungen für oder zu allen erreichen lassen." (93)

... und Handeln statt Entlarven?

Um aus dieser "zerlegenden" "Politikunfähigkeit" "gestalterische" Regierungsfähigkeit zu machen, spielte im GRÜNEN-Anpassungsprozeß ein Terminus eine Rolle -, den ich weiter oben schon aus Euren Debatten zitiert habe - der des "Entlarvens": Es müsse endlich eingesehen werden, daß es nicht ausreiche, immer nur zu entlarven, (94) statt dessen komme es darauf an, die eigenen Inhalte praktisch - und das heißt in der Regierung - umzusetzen. (95) Statt der Gewöhnung "allein an das Skandalieren bestimmter Themen" komme es darauf an, Mehrheiten zu schaffen, "die denken, handeln und sich zu Wort melden" (Antje Vollmer u.a.) (96) bzw. darauf, daß "jetzt die Leute zusammenkommen, die (...) handeln, die von einander wirklich was wissen wollen und neue gedanken zulassen", statt "scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch" zu führen (RAF). (97)

"Bei soviel Mißständen", schreibt nicht Gregor, sondern Antje Vollmer, "täte ein bißchen Aufstand schon gut (...)" Aber: "Das Warten auf den großen genialen Wurf, auf einen neuen Marx sozusagen, wird vergebens sein." (98) D.h. Antje Vollmer zielt, in Vorwegnahme der Sprache von Gregor und im Anschluß an den schon von mir kritisierten Bernstein, "nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte, auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse" - bzw. "Mißstände" - "und nicht des Kapitalismus selbst." (99)

Dafür kann dann in der Tat - mit Antje Vollmer - "jede Form des Heroismus" vermieden sowie gefordert werden, den Kampf "um das Überleben der Menschheit nicht mit dem Leben von Menschen" zu bezahlen (100) und auch von der RAF - wenn auch mit einer Legislaturperiode Verspätung - die Einstellung ihrer "gezielt tödliche(n) Aktionen (...) gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft" erklärt werden. (101) Der Politikstil des Entlarvens sei solange "leidlich praktikabel, wie es darum geht, große neue Themen ins Zentrum der Öffentlichkeit zu treiben. Heute aber käme es auf Differenzierungen an, die nicht weniger überlebenswichtig sind, aber politisch viel schwieriger zu denken und zu handhaben sind. Rechthaberische (...) Politik ist damit obsolet." (102)

Und wie wird bei Euch argumentiert: "heute ist es ein gesellschaftlich anerkannter zustand, daß wir in einer welt voller probleme" - bzw. "Mißstände" - "leben, die auch als tägliche katastrophe in den medien ihren widerhall finden, nachdem sie lange von feministinnen, linken, christlichen (sic!) und anderen initiativen thematisiert wurden und werden." In dieser Situation habe "die linke (...) die entlarvung der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren." (103) Deshalb sei eigentlich schon während des Hungerstreiks 1989 ein Stadium erreicht gewesen, "in dem wir uns konkret überlegen mußten, wie wir unsere vorstellungen durchsetzen - die periode des plakativen nein und gegen war überholt." (104) Es ging um "mehr (...) als bloßes beharren auf der richtigen position." (105) Merkt Ihr die Demagogie? So wie v. Vollmar meinen FreundInnen und mir unterstellt hat, wir würden uns der Tagespolitik enthalten, wird auch bei Euch den KritikerInnen der neuen Politik unterstellt, daß sie "bloß (...) auf der richtigen position" beharrten, aber keine Politik machten.

Versöhnung statt Feindschaft

Und da es "kein einheitliches Feindbild" (Autonomes 1.-Mai-Plenum) (106) bzw. "einfach kein eindeutiges linkes Feindbild" (Antje Vollmer) (107) mehr gibt++++ - die Zeit des "plakativen nein" ist halt vorbei -, ist klar, daß allein der schwülstig-banale Appell an "die Menschen" - an Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bzw. "Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheiten" (Antje Vollmer bei Eröffnung ihrer "Dialog"-Kampagne) (108) - übrig bleibt: "eine perspektive, die mit der abschaffung bestehender verhältnisse zu tun haben soll" (wie sollen auch nicht bestehende Verhältnisse abgeschafft werden?) "und veränderungen für freiheit, gerechtigkeit und völlige(?) gleichberechtigung wünscht (sic!) - so eine perspektive lernt wieder, solche fragen zusammen zu besprechen (sic!) und zu beantworten" (wie kann denn eine Perspektive wünschen, lernen, sprechen und antworten?!) "und das" (was?) "werden menschen sein oder es wird niemand sein", (109) heißt es in Eurer Diskussion. Wer sollte es auch sonst sein? Schlägt jemand anderes vor?! Und Antje Vollmer schrieb: "Wir müssen uns in einer Zeit schon praktizierter Menschenvernichtung vor zynischer Menschenverachtung hüten. Die Widersprüche im Volk sind unsere eigenen, (...) die Leute sind (...) verschieden, (...) wir müssen (...) ehrlich sein (... und) dürfen die unterschiedlichen Herkunftsorte und Traditionen nicht leugnen und nicht schleifen wollen. Die Linke (...) muß sich der Mühe unterziehen, den Menschen nahezulegen, daß ohne ihre massenhafte Beteiligung an der Lösung der Menschheitsprobleme nichts geht." (110)

Und Joschka Fischer u.a. meinten, die GRÜNEN müßten ihr "krudes Freund-Feind-Verhältnis" überwinden: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die (fast revolutionäre) Ungeduld widerspricht im Grunde grünem Selbstverständnis, das auf die Auseinandersetzung mit anderen Personen, auf Bewußtseinsarbeit setzt. Bewußtsein ändert sich nicht schlagartig, sondern langsam, (...) Ein realisiertes grünes Projekt taugt mehr als 1000 grüne Programme, (...) DIE GRÜNEN sind kein ‚ideologisch reines Projekt`." (111) Fällt Euch etwas auf? Gegen die "ideologischen Schlagabtausche" (Gisel Dutzi), für "praktische Projekte", gegen ein "armseliges verhältnis ‚wir - sie`" (Lutz Taufer) (112) und - mit dem sozialdemokratischen Philosophen Jürgen Habermas - für die "neue Unübersichtlichkeit" (113), für "Bewußtseinsarbeit" und "neue Werte" (114) - kennt Ihr das nicht aus Euren Diskussionen?

Rosinante

und die große Weltreform

Ich kenne dies jedenfalls schon - um darauf noch einmal zurückzukommen - aus meinen Diskussionen mit Bernstein. Meinem Beharren auf den "materiellen Voraussetzungen des Kampfes" (115) für den Sozialismus hielt er die Frage entgegen: "Wozu die Degradierung der Einsicht, des Rechtsbewußtseins, des Willens der Menschen?" (116) Ich antwortete ihm, der Sozialismus "soll also kraft des souveränen, nicht im Dienst der wirtschaftlichen Notwendigkeit wirkenden Willens der Menschen oder genauer, da der Wille" - für Bernstein - "selbst bloß ein Instrument ist, kraft der Einsicht in die Gerechtigkeit, kurz kraft der Gerechtigkeitsidee verwirklicht werden. Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbesserern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Lokomotionsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge." (117)

Alltag und Utopie

Aber natürlich soll es - dem Anspruch jeder "Realpolitik" nach - nicht nur bei einer visionären "Gerechtigkeitsidee" bleiben, sondern es sollen schon "konkrete Veränderungen" sein; die Vision, die Utopie soll - wer seinen Ernst Bloch gelesen hat, wird es wissen - eine "konkrete" sein: "Die Arbeit an dieser ‚Konkreten Utopie für einen besseren Alltag` haben wir" - die GRÜNEN! - "bisher vernachlässigt. Nur wenn es uns gelingt, die Verbindung von grüner Politik und einer anderen Lebenspraxis HIER UND JETZT herzustellen, werden wir in gesellschaftlichen Diskussionen Gehör finden", meinten Joschka Fischer u.a. 1988. (118) Joschka Fischer knüpfte damit an Formulierungen an, mit denen er in der zweiten Hälfte der 70er Jahre seinen Abschied von den Spontis begann einzuleiten, nachdem (nach einer militanten Demo in Frankfurt nach dem Tod von Ulrike Meinhof) nach ihm öffentlich von der Polizei gefahndet worden war. Er schrieb damals, u.a. unter der Überschrift "Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit": "Wir wollen nicht eines fernen Tages den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im alltäglichen Widerstand (...) Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört (!), weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen (!), fordern wir sie von hier aus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer ‚bewaffneten Selbstisolation`, die Bomben wegzulegen und die Steine, und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen." "Unser Leben darf nie mehr Anhängsel irgendeiner Form von Politik werden, sondern muß im Mittelpunkt unserer Befreiung stehen." Der Weg zu den GRÜNEN als Alternative zur "Flucht in den Untergrund, Flucht ins ferne Land, Flucht in die Drogen, Flucht in den Selbstmord." (119)

Nicht weniger sektiererisch als die Politik der Spontis in den 70er Jahren sowie der GRÜNEN in den 80er Jahren scheint auch die RAF-Politik jener Jahre gewesen zu sein, wenn die RAF 1992 schreibt: "Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbar positiven Zielen und danach wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt." Auch die RAF stellt diese Politik einem Verrecken "an der Nadel" und dem "Selbstmord" gegenüber. (120) Karl-Heinz Dellwo schließlich meint: "Hier müssen wir im Konkreten was Neues finden, und das Konkrete ist identisch mit dem Alltäglichen in der Gesellschaft. In dieses Alltägliche müssen wir das Moment der Transformation bringen." (121)

Wie die neue Politik

alte Fragen beiseite schiebt

Und selbstverständlich ist gerade diese "konkrete" Politik "im Alltag" die eigentlich radikale Politik, die "praktisch" etwas ändert: "Inhaltlich bedarf eine solche ökologische Reformpolitik einer größeren Radikalität und mehr utopischer Phantasie als die radikale Linke der Vergangenheit. In der Form der Politik aber ist die alte Frage von Reform und Revolution entschieden: Die Überlebensfragen der Gattung sind nur gewaltfrei und in Übereinstimmung zu lösen, jenseits der nationalen und Klassenideologien, jenseits der von Menschen geschaffenen Grenzen der Staaten, Systeme und Religionen", schreiben Fischer und Co. (122)

Und auch in Euren Diskussionen habe ich jetzt - von einem ehemaligen Gefangenen! - die These gehört, daß eine Kritik der Haftbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte "viel radikaler" sei als die These von Andreas Baader, daß Folter kein revolutionärer Kampfbegriff sei.# Und die RAF hat ja schon im vergangenen Sommer "gewußt" (auch wenn sie diese "Erkenntnis" jetzt auch zunächst zurückgestellt hat), "daß wir diesen (von der RAF gewünschten Neubestimmungs-, R.L.) prozeß heute mit bewaffneten aktionen## nicht voranbringen". (123) Und in ihrer Erklärung zu Weiterstadt bekräftigt die RAF jetzt: "solche scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden gebrauchswert für die neubestimmung revolutionärer politik; und auch im festhalten und beharren auf zeitlos alten klarheiten" - bzw. dem "alten Katechismus" (v. Vollmar) - "wird niemand antworten auf die sich heute stellenden fragen finden." (124)

Und, so wie Fischer & Co. die Kritik an ihrer Positionen mit dem "Argument" weggewischt haben, diese Kritik trage "den Bruch in die eigene Partei", (125) sei "Lager-" statt "Parteiloyalität", (126) "Konfrontation" statt "Integration", und Antje Vollmer u.a. vorgaben, der "Polarisierung ideologisch nicht (zu) folgen", (127) kritisiert auch die RAF die "alte rangehensweise der deutschen linken", die sich angeblich "auf das bemühen anderer" bloß "draufstützt", "um zu sehen, wie man es zerreißen kann" (128) und wendet sich Gisel Dutzi - wie schon zitiert - gegen "ideologische Schlagabtausche", und wirft Gregor den Gießnerinnen vor, eine "Spaltung" der Gefangenen zu betreiben. (129)

Gregor hat seine Lektion in Sachen Demagogie von den grünen "RealpolitikerInnen" auch gelernt, wenn er einerseits erkennt, daß die RAF ihr Verhältnis zum Staat auf eine Ebene außerhalb des Krieges stellen will (130) und gleichzeitig bestreitet, daß das auf eine Aufgabe des revolutionären Kampfes hinausläuft. (131) Kaum besser kann es Antje Vollmer: "Gewaltfreiheit ist (...) nicht zu verwechseln mit Staatshörigkeit und Konfliktscheu. Streiks, Blockaden, Besetzungen (wir erinnern nur an Rheinhausen) sind legitime Mittel aus der Tradition des gewaltfreien Widerstands (...) Nicht distanzieren - und nicht wegducken; offensive Auseinandersetzung über die politische Strategie und die Zumutung unserer Position der Gewaltfreiheit, wo immer möglich (...)" (132)

Haltet Ihr alle diese Parallelen wirklich immer noch für Zufall? Ich will Euch zum Schluß zeigen, daß die Parallelen nicht nur im Bereich von vielleicht notwendigerweise allgemeinen Grundsatzformulierungen bestehen, sondern bis hinunter zur programmatischen Konkretisierung und der Bewertung einzelner historischer Ereignisse reichen.

Tempo 30:

Umbau statt Umwälzung

Joschka Fischer u.a. schrieben 1988: "Nicht ohne Grund sind DIE GRÜNEN als kommunalpolitische Kraft so erfolgreich. Ob Tempo 30, verbesserter Nahverkehr oder neue Müllkonzepte, hier spüren die Menschen, daß es den GRÜNEN vor Ort nicht um Verhinderung, sondern um die Chance für ein besseres Leben geht. Hier sind sie bereit, in ihrem Alltag etwas beizutragen." (133)

Und in Eurer Diskussion heißt es in dem Text, in dem schon behauptet wurde, daß "die periode des plakativen (...) gegen überholt" sei: "der abschätzige blick auf verkehrsblockaden und tempo-30-forderungen ist nicht unserer, er zeigt nur die entfremdung vieler linker von ihren zielen (...) es geht hier auch um ideen und wünsche, mit denen jede und jeder hier angefangen hat (...)" (134)

Schon lange vor der Ratifizierung des Sieges der "RealpolitikerInnen" bei den GRÜNEN (durch den Sturz des radikalökologisch/ökosozialistischen Bundesvorstandes Ende 1988, die SPD/AL-Koalition in Berlin Anfang 1989 und die Pro-"Wiedervereinigungs"-Beschlüsse der GRÜNEN nach der Wende in der DDR) war in der grünen Wirtschaftspolitik weitgehend - und d.h. auch bei vielen sogenannten Linken - Konsens, daß es um schrittweisen Umbau und nicht eine revolutionäre Umwälzung zu gehen hat. Schon das erste - noch relativ "linke" - grüne Wirtschaftsprogramm stand unter der (klassen- etc.)interessen-indifferenten Überschrift "Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben". (135) Andere - sogenannte "ökolibertäre" - Kräfte um Thomas Schmid u.a. hielten schon damals eine Orientierung an Auseinandersetzungen im Erwerbsarbeitsbereich und eine von links kritische Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen für verfehlt und propagierten statt dessen eine "Tätigkeitsgesellschaft", die den sogenannten Industrialismus ohne direkten Angriff auf den Kapitalismus überwinden sollte.

Auch diese Debatte ist inzwischen in Eurer Diskussion angekommen. So schreibt Karl-Heinz Dellwo: "(...) das geschwafel von ‚arbeitsplätze schaffen` (...), obwohl jeder (...) weiß, daß die entwicklung in zukunft unaufhaltsam (sic!) in eine andere richtung läuft." Deshalb komme es darauf an, diese entwicklung zu antizipieren und "etwas völlig neues zu probieren. umbau der gesellschaftlichen lebensprinzipien der menschen. es ist das alte so zu organisieren, daß alle darin sinnvoll leben können und es gleichzeitig zu reduzieren, so daß ‚platz`, raum und zeit für neue gesellschaftsversuche entstehen kann. die abschaffung der arbeit (und ‚arbeit` ist eindeutig ... zu unterscheiden von ‚tätigkeit` ...) (...) seit 20 jahren reduziert sich in allen industriestaaten der produktive sektor (...)" (136) In dieser Perspektive kann er sich mit Joschka Fischer und anderen einig wissen, die schon 1988 schrieben: "Mit der hier beschriebenen Entindustrialisierung hat sich aber ein gesellschaftlich-politischer Wandel vollzogen. Die formelle Arbeit steht immer weniger im Zentrum des gesellschaftlichen und individuellen Bewußtseins. Freizeit und Eigenarbeit" - bzw. Tätigkeit - "haben so viel Gewicht bekommen, daß Fabrik und Beruf nicht mehr völlig im Zentrum der normalen Lebens- und Arbeitsplanung stehen. Dadurch sind für jeden einzelnen Menschen größere individuelle Gestaltungschancen eröffnet worden. (...) Oder eine Arbeitszeitpolitik, bei der wir bereits heute Freiheitsspielräume, vielfältige Arbeitszeitmodelle mit möglichst individuellem Zuschnitt fordern (...); Zielrichtung: Arbeiten, um zu leben - nicht umgekehrt! Grüne Politik eröffnet Spielräume. Sie setzt freilich Menschen voraus, die diese Spielräume zu nutzen verstehen. Deshalb ist das grüne Projekt immer eines, das (...) von unten getragen werden muß" -

Gegenmacht von unten! - "und nicht, wie die kurzatmige Reformpolitik der 60er Jahre, von oben verordnet werden kann. Deshalb ist es auch eines, das Zeit braucht." (137)

Die "fehlende Freude am Kind"

Andere wichtige Auseinandersetzungen, die den Sieg der "RealpolitikerInnen" vorbereiteten, waren die Diskussionen über die grüne Frauenpolitik - dies aus einem doppelten Grund: Zum einen, weil die Stärke des linken Flügels in den GRÜNEN auf einem Bündnis zwischen Feministinnen und traditionellen Linken beruhte; zum anderen deshalb, weil eben dieses Bündnis nur taktisch motiviert war und ihm keine gemeinsame Analyse und Strategie zugrundelag, so daß kaum eine Feministin aus den GRÜNEN ausgetreten wäre, wenn die "RealpolitikerInnen" den Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt hätten, und erst recht kaum ein "linker" Mann die Partei verlassen hätte, wenn die Forderungen nach der ersatzlosen Streichung des § 218 aus dem Programm gestrichen worden wäre. Die tatsächlichen Durchbrüche der "RealpolitikerInnen" erfolgten dann später nicht an diesen beiden Fragen. Aber trotzdem zeigt die Situation, daß die "RealpolitikerInnen" die richtigen Angriffspunkte wählten, als sie u.a. mit einem "Müttermanifest" erfolgreich versuchten, feministische Positionen in der Partei zurückzudrängen: "Mütter" sollten sich nicht länger an den Positionen der Frauenbewegung orientieren, da diese von den Vorstellungen "kinderloser" "Karrierefrauen" dominiert seien; es gelte das "Ghetto der Nichtmütter" zu verlassen, statt dessen "eine Rückkehr von Müttern und Kindern in die Gesellschaft zu schaffen". (138) Außerdem weigerte sich die Bundestagsfraktion, einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, nach dem auch eheliche Vergewaltigungen vom §177 Strafgesetzbuch erfaßt und dort die Regelung über sog. minderschwere Fälle gestrichen werden sollte, ohne daß gleichzeitig das Mindeststrafmaß - wie dies die "RealpolitikerInnen" wollten - von zwei auf ein Jahr verringert wird. In Anbetracht dessen sollten in Eurer Diskussion die Angriffe auf die Feministinnen aus Gießen, die in der Interim 229 eine Kritik an der neuen RAF-Politik veröffentlicht haben, und daß es Lutz Taufer für eine "tatsache" hält, "daß die warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (...) zu einer unaufhaltsamen verwahrlosung der gesellschaft, ihrer sozialen bindekräfte und so ihrer reproduktion überhaupt führt (fehlende freude am kind), akut bedrohlich vor allem (...) bei tausenden kindern und jugendlichen sichtbar", (139) Aufmerksamkeit erhalten.

Ganz ähnlich sorgten sich nämlich schon 1988 die grünen "Realpolitikerinnen" Waltraud Schoppe und Gisela Wülfing um die Gebärfreude der Frauen und forderten: "Im Kinderwunsch können (sic!) Frauen nicht mehr nur Entfremdung sehen (...) Die Existenz von Müttern mit ihren Kindern ist in unserer Gesellschaft randständig. Die Isolation können und wollen Frauen mit Erwerbstätigkeit durchbrechen. Und was können die Kinder? Sie können sich unseren kinderfeindlichen Städten (...) kaum (...) entziehen. Erfahrungen und Untersuchungen zeigen immer, daß Gewalt in der Familie verstärkt in den Familien auftritt, die stärker isoliert sind als andere (...) die Schaffung von Mütterzentren (...) kann diese Isolation durchbrechen" (140) und der "freude am kind" aufhelfen. Derartige "Mütterzentren", in den Frauen un- oder niedrigbezahlte Arbeit leisten sollten, stellten auch die Verbindung zu dem zuvor besprochenen Punkt der sogenannten "Eigenarbeit" her - es handelte sich um nicht anderes als eine alternative Version von "Frauen heim" bzw. im "Mütterzentrum" "an den Herd" - die antiimperialistische Version zu diesem Konzept steuert jetzt faktisch Karl-Heinz Dellwo bei, wenn er, ohne auch nur einen Gedanken an die "in dieser Gesellschaft" patriarchal strukturierte Arbeitsteilung zu verwenden, über eine "tätigkeit, die nicht mehr kapitalisiert" - d.h. unbezahlt - ist und "einfach aus menschlicher solidarität" und "sozialer verantwortung" gemacht wird, schwadroniert. (141)

Das Sektendickicht

der 70er Jahre

Gemeinsam ist Euren und den grünen "RealpolitikerInnen" schließlich ein politischer Horizont der über die Zeit der eigenen Politisierung, die StudentInnenrevolte von 68 und das Begrüßen von deren demokratischer Integration sowie der Verdammung des "autoritären Sektenwesens des Linksradikalismus der siebziger Jahre" (Fischer u.a.) (142) bzw. der "kinderkrankheiten der linken" (Knut Folkerts) (143), des "dickicht(s) der 70er jahre" (Lutz Taufer) (144) kaum hinausreicht - sowohl bei Joschka Fischer u.a. als auch bei Euren neuen PolitikerInnen. Erstere schrieben 1988: "Seit 1968 wurde diese Möglichkeit (ein neues Kapitel ‚deutscher demokratischer Kultur`, R.L.) im Kampf der Demokratie von unten zu einer angeeigneten Wirklichkeit." (145) Und Lutz Taufer meint: "wenn es nach dem zweiten weltkrieg eigenständige demokratisierung gegeben hat, so

(...) war (es) die 68er-bewegung, die (...) die linke, ihre werte, kultur und kontinuität wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west." (146)

Zivilgesellschaft

in der Hafenstraße:

Zuspitzung der Widersprüche oder Deeskalation?

Diese "demokratische Kultur" schließlich ist es, die heute auch eine "politische Lösung" für die Gefangenen möglich machen soll. Dafür, daß eine solche "politische Lösung" keine Versöhnung mit dem Staat sei, werden in Euren Diskussionen häufig die Verträge der Hafenstraße angeführt. Genau in dieser Weise wurden die Verträge schon damals von grünen "RealpolitikerInnen" interpretiert: die Hafenstraße "als jüngstes Beispiel" dafür, daß es in der BRD eine "einmalige Öffnung gesellschaftlicher Institutionen für zivile und gewaltfreie Lösungsstrategien" gebe. (147) Tatsächlich führte nur die "Gewalt und die Gewaltbereitschaft (nicht nur) der Bewohner der besetzten Häuser" auf der einen Seite### und die "Anwesenheit von 6.000 einsatzbereiten Polizisten" auf der anderen Seite zu diesem - kompromißhaften - Ergebnis. (148) Und dies ist genau der wesentliche Unterschied: Während die Hafenstraße gerade in einer militärisch massiv zugespitzten Situation eine sogenannte "politische Lösung" durchsetzen konnte (die deshalb eigentlich eine politisch-militärische "Lösung" war), meint die RAF heute eine "politisch Lösung" durchsetzen zu können, indem sie von sich aus "die Eskalation zurück(nimmt)". (149) Womit wir wieder beim Ausgangspunkt angekommen sind: Die RAF stützt ihre Theorie von der Aufhebung der Widersprüche genauso wenig wie Bernstein - und im Gegensatz zur marxistischen Theorie, die meine GenossInnen und ich verteidigt haben - "auf (...) ihre eigene konsequente Entwicklung". Die Theorie von RAF und Bernstein steht "zwischen den beiden Extremen", sie wollen "nicht die Widersprüche zur vollen Reife gelangen lassen", um dann den revolutionären Umsturz zu bewirken, sondern sie wollen "ihnen die Spitze abbrechen, sie abstumpfen" (150) - Deeskalation, wie das zu Zeiten des SPD/AL-Senates in Westberlin hieß.

Allerdings - und dies will ich auch zum Abschluß noch einmal betonen - besteht die marxistische Taktik auch "nicht darin, daß man die Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche bis zur äußersten Spitze und dann erst ihren Umschlag abwartet. Umgekehrt, wir stützen uns auf die einmal erkannte Richtung der Entwicklung" und "treiben (...) dann im politischen Kampf ihre Konsequenzen auf die Spitze." (151) Dies allerdings nicht in dem Sinne, "eine historische revolutionäre Strategie auf die Radikalisierung der Polizeikräfte zu begründen", sondern im Wissen, "daß die Entwicklung des Klassenkampfes unerbittlich die polizeiliche und militärische Repression nach sich zieht, und daß die Frage also nicht ist, die Ausübung der Repression zu ‚wollen` oder nicht, sondern sich auf sie vorzubereiten, denn sie wird im Verlauf des revolutionären Prozesses immer mehr anwesend sein. Die Frage kann sich nur so stellen: (...) den Kräften des Feindes (...) überlegene Kräfte entgegensetzen, um zu siegen (...)" (152)

Kämpfen müßt Ihr selbst!

Liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß, daß ich bei vielen von Euch sehr angesehen bin, und daß beispielsweise die Vertreterinnen des von vielen von Euch übernommenen Bielefelder Subsistenzansatzes (Maria Mies u.a.) meinen, sich auf meine Theorie über Kapitalakkumulation stützen zu können. "Gründe" habt Ihr dafür viele: Erstens bin ich eine Frau, zweitens schon lange tot, drittens als Kämpferin für eine bessere Welt von der Reaktion ermordet worden, viertens keine Leninistin - oder wird mich die "Interim" jetzt dazu machen? -, fünftens beziehen sich selbst Reaktionäre häufig positiv auf meine Aussage, daß die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden bedeute - zu welchem Zweck übrigens? -, sechstens, siebtens usw. Vergeßt das lieber mal für einen Augenblick. Macht mich nicht zu einer Kult- oder Identifikationsfigur. Das kann nämlich durchaus mit anpaßlerischer Praxis einhergehen. Haltet Euch lieber an meine Einsicht, für die ich auch jetzt noch mit aller Leidenschaft eintrete, daß der Kapitalismus weg muß, wenn eine bessere Welt geschaffen werden soll. Dies gegen Eure neuen PolitikerInnen und all diejenigen, die das Scheitern des "realen Sozialismus" zum Anlaß oder Vorwand genommen haben, sich innerhalb der bestehenden Verhältnisse einzurichten - kritisch-grüblerisch selbstverständlich.

Und bedenkt eines: Die Kapitulation einer Partei oder Bewegung, die grundsätzliche Veränderungen auf ihre Fahnen geschrieben hat, beginnt lange vor dem großen Kladderadatsch. Bei Euch wird bereits heftig - natürlich mit den besten Absichten - an ihm gearbeitet!

Ich kann Euch nur auf die Parallelen hinweisen; bekämpfen müßt Ihr sie selber, wenn Ihr nicht so enden wollt wie die SPD und die GRÜNEN.

Rosa Luxemburg

PS: Einen besonderen Dank an die GenossInnen, die mich über Eure Diskussionen auf dem Laufenden gehalten haben.

Anmerkungen:

+++ Zu diesem Weg s.: Wolfgang Kraushaar, Realpolitik als Ideologie. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79-137 (85-96, 115-137); vgl. die Zusammenfassung in: Konkret 8/1988, 15-17 (15, 17). In diesem sehr interessanten Text wird außerdem gezeigt, daß das Pathos "Alles darf geschehen, nur eines nicht: Noch länger zu warten. Es muß gehandelt werden, komme was wolle" sowohl der "realpolitischen" als auch der aktionistischen, vor-"realpolitischen" Phase von Rochau und Fischer eigen ist. Die damit angedeutete Trennung von sog. Theorie und sog. Praxis ist es, die beide Phasen der Genannten von revolutionärer Politik trennt (vgl. **** sowie Luxemburg, a.a.O. wie bei Anm. 60 im Haupttext zitiert).

++++ An dieser Stelle muß ich zugeben, daß ich mich geirrt habe, als ich mich von den ersten radikalen Feministinnen meiner Zeit so heftig abgegrenzt habe. Und vielleicht war es auch etwas Opportunismus, daß ich an dieser Frage nicht rühren wollte - weil ich eh schon als "hysterische Materialistin" verschrieen war (s. dazu: Ingrid Strobl, Die rote Rosa, in: Broschürengruppe für Ulla und Ingrid (Hg.), Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf, Hamburg, 1988, 70-73 (73)). Wenn ich heute die Reaktion von Gregor (Interim 232) auf die Kritik der Frauen/Lesben-Gruppe aus Gießen (Interim 229) an der neuen Politik der RAF lese, dann scheint es wieder einmal so, als ob sich die Geschichte wiederholt. Deshalb denke ich inzwischen, daß sich revolutionäre Politik nur im gleichzeitigen Angriff auf Kapital und Patriarchat durchsetzen läßt. Und deshalb haben natürlich Antje Vollmer und das Autonome 1.-Mai-Plenum Recht, wenn sie fragen, ob es "linke Sexisten" gibt, und darauf hinweisen, daß der "Widerspruch zwischen Frauen und Männern (...) auch am 1. Mai nicht aufgehoben" ist. Daraus folgt aber kein "Ende des Feindbildes" - für uns Frauen eh nicht und auch nicht für tatsächlich revolutionäre Männer: "Frauen, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinnen des Wortes radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden." (Ingrid Strobl, Die Angst vor den Frösten der Freiheit, in: Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus, Berlin, 1991, 13-25 (25).

"(...) staatliche Counterbewegung (...), die foltern muß (...) Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff. Aufklärung darüber (über die Haftbedingungen, R.L.) hat vielleicht eine Schutzfunktion - aber die Mobilisierung, die sie braucht, muß sich gegen die Politik wenden, auf die der Staat mit Folter reagiert (und damit zuletzt gegen die Gefangenen selbst), solange das Vehikel ihrer Politik der moralische Reflex derer ist, die in diesem Staat noch zu Hause sind (...) das heißt, die Mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der Propaganda bewaffneter Politik vermittelt ist (...)" (Erklärung von Andreas Baader, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 57 - 59 (58, 59)).

Dabei übersehe ich nicht, daß es zwischen bewaffneten Aktionen und grüner Gewaltfreiheit noch eine Menge Aktionsformen (Mollis, Steine etc.) gibt, die die RAF (bisher) zumindest nicht ausdrücklich verworfen hat. Da die RAF aber die Aussetzung ihrer Angriffe auf die "Spitzen aus Staat und Wirtschaft" in den Kontext dessen stellt, was die Feministinnen aus Gießen als These von der "allgemeine(n) ver-gewalt-ung aller lebensbereiche" bezeichnen und kritisieren (Interim, Nr. 229, 24, 27), ("Zerstörung und Verzweiflung", "ausgegrenzt und ohne Perspektive", "an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben": RAF, a.a.O. (Anm. ++ 5), ist nur konsequent, wie Hanna Krabbe jede militante Aktion zu verwerfen: "Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung (...) Die Gewalt, die in den Sechzigern und Siebzigern was Besonderes war und die auch die besondere Funktion hatte - von unserer Seite - gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen, daß die heute gar nicht mehr die Funktion haben kann. Das haben wir auch an den letzten Aktionen der RAF gesehen, oder auch von anderen militanten Aktionen: die passieren, aber es entwickelt sich politisch nichts mehr dran." (AK 343, 3.6.1992, 14 f. (14)).

Zu bedenken ist dabei schließlich, daß sich nach dem Wegfall der gewaltsamen Eskalation das "realpolitische" Befriedungskalkül weitgehend realisiert zu haben scheint, und deshalb die Hafenstraße heute nicht mehr die Ausstrahlung als antagonistische Kraft hat, die sie noch vor einigen Jahren hatte.

Adelheid Biesecker, Nicht-kapitalistisches Milieu und Hausarbeit - Mit welcher Berechtigung und welchem Erfolg stützt sich die feministische Theorie auf Rosa Luxemburg, in: beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 15, 1985, 165-179.

Quellen:

79) S. dazu meinen Brief an die "Grünen", in: MOZ. Moderne Zeiten, Jan./Feb. 1984, 46-48.

80) Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen", Aber in den 80ern lief es ganz anders ... und was Jetzt? Diskussion über die RAF-Erklärung vom August 1992, Berlin, 1992, 36.

81) Antje Vollmer/Bernd Ullrich, Kein Lager darauf zu schwören. Einige Hieb- und Stichworte zur grün-alternativen Perspektive, in: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle (Hg.), von der Mühsal der Ebenen und der Lust der Höhen ...? Grüne Perspektiven. Kongreß vom 16.-19. Juni 1988 in und um Haus Wittgenstein/Bornheim-Roisdorf, Bonn, 1988, 65-71 (66).

82) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 65.

83) Karl-Heinz Dellwo, Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf, in: taz, 07.11.1992, 11 (11).

84) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 465.

85) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70.

86) Joschka Fischer u.a., Sein oder Nichtsein, in: Sein oder nicht. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3-12 (12) - Hervorhebungen von mir, R.L.

87) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86).

88) Joschka Fischer u.a., "Das Würgeisen der Spaltung um den Hals", in: Arbeiterkampf 295, 30.5.1988, 5 - Hervorhebung von mir, R.L.

89) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.

90) Antje Vollmer u.a., GRÜNER Aufbruch '88 (Auszug), in: Stachlige Argumente, Nr. 52, September 1988, 22 - 25 (23).

91) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 2, 4 - Hervorhebungen von mir, R.L.

92) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 67 - Hervorhebung von mir, R.L.

93) Brief von Helmut Pohl vom Oktober 1991, in: AK Drinnen und Draußen, a.a.O. (s. 54), 15 f. - Hervorhebung von mir, R.L.

94) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 68.

95) Vgl. Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70: Die These zu vertreten, daß die NATO strukturell abrüstungsunfähig sei, bedeute nur so zu "tun , als ob mensch sich für Abrüstung einsetze" (sic!) Tatsächlich würde der Vertreter dieser These in erster Linie dafür kämpfen, seine "These zu beweisen. Anders ausgedrückt: Er beweist die Verelendung (mehr Aufrüstung, die sich dann um so besser entlarven läßt), oder er ist gleich für die Revolution (die dann stattfindet, wenn alles so richtig entlarvt ist)."

96) Vollmer u.a., a.a.O. (s. 90), 23 - Hervorhebungen von mir, R.L.

97) RAF, a.a.O. (s. 37), 13 - Hervorhebungen von mir, R.L.

98) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70.

99) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 429, vgl. 450.

100) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 71.

101) RAF, a.a.O. (s. 34), 5.

102) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 70 - Hervorhebung von mir, R.L.

103) Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (s. 8), 6.

104) Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (s. 8), 7 - Hervorhebungen von mir, R.L.

105) Einleitungsbeitrag zur Diskussion, in: Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (s. 8), 9 (9) - Hervorhebungen von mir, R.L.

106) Autonomes 1.-Mai Plenum, a.a.O. (s. 6).

107) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 68, vgl. 65.

108) Ernst Käsemann/Antje Vollmer/Martin Walser, Vorschlag zur Eröffnung eines gesellschaftlichen Dialoges - gerichtet an die RAF-Häftlinge, an Herrn Justizminister Engelhardt und an Herrn Generalbundesanwalt Rebmann, in: Büro Antje Vollmer (Hg.), Der Deutsche Herbst 1977. Texte (II) zur Fraktionssitzung der GRÜNEN im Bundestag am 13. Oktober 1987, 2-5 (3).

109) Initiative ..., a.a.O. (s. 8), 6 - Hervorhebungen von mir, R.L.

110) Vollmer/Ullrich, a.a.O. (s. 81), 71 - Hervorhebungen von mir, R.L.

111) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.

112) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 8 - Hervorhebung von mir, R.L.

113) "die andere option. sie ist erheblich unübersichtlicher als ‚wir-sie`. sie ist in dem maß in den letzten jahren unübersichtlich geworden wie die gesellschaftliche und politische situation unübersichtlich geworden ist. die erfolgsaussichten sind, erstmal jedenfalls, nicht überwältigend. aber die suche außerhalb des ghettos ist die einzige, die einen sinn macht." (Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 8).

114) S. dazu beispielsweise Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 8.9.1992, S. 1-3 und Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 1 f.

115) Rosa Luxemburg, Kautskys Buch wider Bernstein, in: dies., Werke 1/1, 537-554 (538).

116) Eduard Bernstein, in: Vorwärts, 26.3.1899 zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 421 - Hervorhebung von mir, R.L.

117) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 421.

118) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Großschreibung im Original; die anderen Hervorhebungen sind von mir, R.L.

119) Zitiert nach Wolfgang Kraushaar, Realpolitik als Ideologie. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79-137 (117, 118, 122, 124) - Hervorhebungen von mir, R.L.

120) RAF-Erklärung vom April 1992 - Hervorhebungen von mir, R.L.

121) Karl-Heinz Dellwo im Konkret-Gespräch ("Sie wollen uns auslöschen ..."), in: Konkret 6/1992, 10-19 (11) - Hervorhebungen von mir, R.L.

122) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 4 - Hervorhebung von mir, R.L..

123) RAF, a.a.O. (s. 14), 16 f. - Hervorhebung von mir, R.L.

124) RAF, a.a.O. (s. 37), 13.

125) Zitiert nach Kraushaar, a.a.O. (s. 119), 128.

126) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 4.

127) Vollmer u.a., a.a.O. (s. 90), 25.

128) RAF, a.a.O. (s. 37), 13.

129) Gregor, a.a.O. (s. 2).

130) Gregor, a.a.O. (s. 68), 31, 32.

131) Gregor, a.a.O. (s. 2), 3 f.

132) Vollmer u.a., a.a.O. (s. 90), 24 - Hervorhebung von mir, R.L.

133) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.

134) Initiative ..., a.a.O. (s. 8), 7 - Hervorhebung von mir, R.L.

135) DIE GRÜNEN, Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Bonn, 1983.

136) Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 08.09.1992, S. 3 - Hervorhebungen von mir, R.L.

137) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 6, 11 - Hervorhebungen von mir, R.L..

138) Gisela Erler, Antje Vollmer u.a., Müttermanifest - Leben mit Kindern - Mütter werden laut, Bonn, 1987 - Hervorhebungen von mir, R.L.

139) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 2 - Hervorhebungen von mir, R.L.

140) Waltraud Schoppe/Gisela Wülfing, Selbstverständlich gleich sein - und trotzdem anders sein, in: Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 13 - 16 (16) - Hervorhebung von mir, R.L.

141) Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 8.9.1992, S. 4.

142) (Vermutlich erster Entwurf von Fischer u.a., a.a.O. (s. 86, vgl. ebd., das Vorwort auf S. 2) zitiert nach Thomas Ebermann/Rainer Trampert, Yuppie ayeah!, in: Vorabdruck aus: Konkret 7/1988, 2.

143) Knut Folkerts, Brief vom 7.1.1993, S. 4, mit sinnentstellenden Druckfehlern abgedruckt in: Angehörigen-Info, Nr. 113, 24.2.1993.

144) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 3

145) Fischer u.a., a.a.O. (s. 86), 10 - Hervorhebungen von mir, R.L.

146) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 2 - Hervorhebungen von mir, R.L.

147) Hubert Kleinert u.a. zitiert nach Michael Stamm/Jürgen Reents, Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit - oder: Welche Gewalt ist erlaubt, in: AK 290, 11.1.1988, 25 f. (26).

148) Stamm/Reents, a.a.O. (s. 147), 26.

149) RAF, a.a.O. (s. 34), 5.

150) Gregor, a.a.O. (s. 61), 34.

151) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 404.

152) Kämpfende Kommunistische Zellen, Konkrete Antworten auf konkrete Fragen, in: Texte 1984-85, 29-32 (31 f.) - Hervorhebung im Original.

Der folgende uns zugesandte Text ist der zweite Teil einer kritischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Diskussion um neue Begründungen revolutionärer Politik, insbesondere der der RAF. Teil 1, der Parallelen zur der um die Jahrhundertwende geführten Reformismus-Debatte in der SPD zog, erschien in ak 355.

36. Ruud Gullit, Bayern München und der FCKB

Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:16

Eine der harmloseren Arten, den im Alltagsstreß aufgestauten Aggressionen ein Ventil zu schaffen, besteht bekanntlich darin, gegen Bälle zu treten, die eigens für diesen Zweck hergestellt wurden. Fußball - ein Spiel wie geschaffen für Linke: kampfbetont, dem Kollektivgeist förderlich, ohne kreativen Individualismus an der Entfaltung zu hindern. So schickten wir uns denn am 12. Juni zum zweiten Mal an, eine herausragende Plazierung beim 16. Hamburg-Eimsbütteler FreizeitkickerInnenturnier (im Volksmund taz-Turnier genannt) zu erkämpfen. "Wir" soll heißen: die Mannschaft des FCKB (FC für Fußballclub, KB für KB).

Der Griff nach dem von der PDS/Linke Liste gestifteten Hans-Hubert-Vogts-Pokal für den Turnierletzten schied dabei von vornherein aus: erstens wegen der nach wie vor umstrittenen sog. "PDS-Option"; zweitens wegen unüberwindlicher Abneigung gegen den Namensgeber, den schwarz-rot-goldenen Bundes-Berti. Wer jemals ein Spiel unserer Truppe gesehen hat, wird verstehen, daß auch die Erringung des Fairneßpreises nicht in Frage kam: Was ist schon ein Fußballspiel ohne zumindest verbale Attacken gegen den Schiedsrichter?

So mußten wir uns also - aller Abneigung gegen den Leistungssport zum Trotz - auf den Turniersieg konzentrieren. An der zu erringenden Trophäe, dem August-Postler-Pokal, gab es nichts zu kritteln. Der revolutionäre Arbeitersportler August Postler war Mitglied der Meistermannschaft des SC Lorbeer 06 Hamburg-Rothenburgsort und wurde 1934 als KPD-Mitglied und Widerstandskämpfer in Gestapo-Haft ermordet.

Hier muß nun allerdings eingestanden werden, daß wir diesen Pokal nur aus der Ferne zu sehen bekamen. Es gelang uns nicht einmal, den für einen Debütanten achtbaren 16. Platz des Vorjahres zu verteidigen. Abgeschlagen landeten wir auf Rang 20 (bei 30 teilnehmenden Teams).

Seitdem tobt in den Räumen der ak-Redaktion und an diversen Kneipentischen die Krisendebatte. Vordergründige Erklärungen für unser Scheitern - mangelnde Vorbereitung, unsolider Lebenswandel, Überalterung - können nicht überzeugen. Als Linke sollten wir auch in diesem Fall das Wesen der Dinge hinter ihrer äußeren Erscheinung zu erkennen versuchen. Fußballspiele werden im Kopf entschieden, und ausgerechnet da haperte es. Warum waren wir, um die unsterblichen Worte von "Kobra" Wegmann zu zitieren, "mentalmäßig nicht gut drauf"?

Die Antwort ist einfach: Das geistige Umfeld stimmte nicht. Zeitgleich mit unseren dilettantischen Bemühungen, dem Gegner den Ball abzujagen, vollzog sich 800 Kilometer weiter südlich, in München, ein Trauerspiel, das uns alle tief demoralisierte. Ruud Gullit schien ernsthaft entschlossen, ausgerechnet beim FC Bayern anzumustern. "Im großen und ganzen bin ich mit den Bayern einig", zitierte der Sport-Informationsdienst Europas Fußballer des Jahres 1987 und folgerte: "Der Wechsel von Ruud Gullit zum deutschen Fußball-Rekordmeister Bayern München nimmt immer konkretere Formen an."

In Fußballpolitik weniger bewanderten ak-LeserInnen muß an dieser Stelle wohl erklärt werden, von wem hier die Rede ist: Ruud Gullit, laut Beckenbauer der "perfekteste Fußballer der Welt", dunkelhäutiger Sohn eines surinamischen Vaters und einer holländischen Mutter, praktizierender Anti-Rassist und Atomwaffengegner, ANC-Sympathisant und Mitbegründer der holländischen Anne-Frank-Stiftung. Was hat so einer ausgerechnet beim CSU-Club Bayern München zu suchen? Auch sportlich liegen Welten zwischen dem Fußballästheten und den bayerischen Holzhackerbuam. "Er spielt Fußball, wie Bob Marley singt", schrieb die taz - Bob Marley in einer Trachtenkapelle? AK-Autor Dietrich Schulze-Marmeling, der in zwei Büchern Gullits fußballerisches wie politisches Agieren gefeiert hat (vgl. auch ak 346), war über die ganze Angelegenheit so deprimiert, daß er am Vorabend des Turniers seine fest eingeplante Teilnahme absagte.

Nur wenige Tage nach der niederschmetternden Nachricht aus München war die linke Fußballwelt wieder in Ordnung (zu spät für den FCKB): Aus dem spektakulären Transfer wurde nichts, angeblich weil Gullits italienische Freundin nicht nach Deutschland wollte. Eine Woche später wartete Bild am Sonntag mit einer Enthüllung der "fiesen Tricks des lügenden Holländers" auf. Gullit habe von Anfang an "ein abgekartetes Spiel" betrieben. Besonders bitter für die gelackmeierten Bayern: "In Holland feixen sie. Ist doch vielen noch der Spruch von Gullit in den Ohren: ‚Nach Deutschland? Nie!`"

Der nicht zitierfähigen Quelle zum Trotz könnte die Geschichte der Wahrheit nahekommen: Ruud Gullit, mit 31 Jahren nicht mehr der Jüngste und bei Berlusconis AC Mailand in letzter Zeit häufig auf die Ersatzbank oder gar die Tribüne verbannt, brauchte für einen lukrativen Vereinswechsel eine Bescheinigung seiner vollen körperlichen Leistungsfähigkeit. Nicht irgendein Attest, sondern eines "mit dem Gütesiegel der Bayern und ihres international anerkannten Arztes Dr. Müller-Wohlfarth", wie die BamS knirschend kommentierte. Nach den langwierigen Untersuchungen in München rieb sich Gullits Manager die Hände: "Ruud ist jetzt wieder interessant für andere Vereine geworden." Der Präsident des FC Valencia signalisierte umgehend sein Interesse: "Wenn Gullit ein solches Zeugnis hat, können wir in ernsthafte Verhandlungen treten."

Wenn das alles so oder ähnlich gelaufen ist - alle Achtung vor einem Spieler, der nicht nur auf dem Platz "intuitiv" alles richtig macht, sondern sich auch im Tarifpoker mit dem Kapital als ausgekochter Stratege erwiesen hat.

Und was lernen die lupenreinen Amateure des FCKB daraus? Eigentlich gar nichts - außer daß wir uns in einem Jahr, wenn an dieser Stelle vom 17. taz-Turnier zu berichten sein wird, eine neue Ausrede werden ausdenken müssen.

Js. (mit Dank für Anregungen an Dr. Müller-Talfahrt, Sport-Psychologe)

37. Der Zusammenbruch in Osteuropa, das Ende Jugoslawiens und die Politik der Großmächte

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:24

Das Auseinanderfallen des jugoslawischen Bundesstaates, dessen unmittelbare Vorgeschichte zumindest bis zum Tod Titos (Mai 1980) zurückreicht, begann mit der Auflösung der Kommunistischen Partei in ihre Republikorganisationen nach dem 14. Parteitag des BdKJ (Januar 1990). Darauf folgte die unkoordinierte und teilweise kontroverse Durchführung der ersten "freien" Wahlen auf Republikebene - beginnend im April 1990 in Slowenien, zuletzt in Serbien und Montenegro im Dezember 1990. Nur in diesen beiden Republiken konnte sich die bisherige Staatspartei an der Macht halten.

Die schon seit mehreren Jahren geführten Auseinandersetzungen um eine Dezentralisierung Jugoslawiens wurden durch die unterschiedliche politische Entwicklung in den Landesteilen enorm verschärft. Ende Juni 1991 erklärten sich Slowenien und Kroatien für unabhängig. Aus dem Versuch der Bundesarmee, die Sezession mit Waffengewalt zu beenden, entwickelte sich ein Bürgerkrieg, der zwischen Sommer und Winter 1991 vor allem in Kroatien stattfand und seit April 1992 in nahezu allen Teilen von Bosnien-Hercegovina tobt.

Eine weit verbreitete Sichtweise geht davon aus, den Zerfall Jugoslawiens als einen isolierten Vorgang zu betrachten, ohne zu sehen, daß er in erster Linie als Teil eines globalen und historischen Prozesses zu begreifen ist, nämlich des Zusammenbruchs der sozialistischen Gesellschaften und ihres Staatensystems. Aus der isolierenden Betrachtungsweise heraus wird der Untergang des jugoslawischen Staats primär als Wiederholung geschichtlicher Abläufe (Ustascha-Terror gegen die Serben im Zweiten Weltkrieg), als Resultat einer falschen oder bewußt zerstörerischen deutschen Politik ("voreilige Anerkennungspolitik") oder als irrationales Verhalten fanatisierter Volksgruppen interpretiert.

Besonders im linken Spektrum herrscht die ausgesprochene oder stillschweigend vorausgesetzte Hypothese vor, daß ausgerechnet Jugoslawien "eigentlich", wenn man es nur seinen inneren Bedingungen und Kräfterelationen überlassen hätte, in der Lage gewesen wäre, sich dem allgemeinen Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und Gesellschaften zu entziehen oder wenigstens den Zusammenhalt der Föderation zu retten. In Wirklichkeit lagen die Dinge jedoch genau umgekehrt: Die politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und historischen Faktoren, die eine Gefährdung des Einheitsstaates und aller bestehenden Strukturen beinhalteten, waren in Jugoslawien von vornherein nicht geringer, sondern noch weit stärker als in der Sowjetunion und anderen Teilen Osteuropas vorhanden und sichtbar. Das wird in anderen Texten in diesem ak dargestellt. Hier nun sollen der Gesamtzusammenhang "Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa" und die Politik der kapitalistischen Großmächte gegenüber diesem Prozeß betrachtet werden.

Perestroika - mißglücktes Krisenmanagement

Die 1986 in der UdSSR eingeleitete Perestroika war ein Versuch, auf die seit Jahren herangereifte Krise der sozialistischen Gesellschaftsformation neue Antworten zu finden. Diese sollten in einer Umstrukturierung wirtschaftlicher Planungs- und Leitungsmechanismen sowie in der Zulassung eines höheren Niveaus von Liberalität und Transparenz bestehen. Erklärte Begrenzung der Reformen war jedoch, daß sie die Funktionsweise des sozialistischen Systems nicht grundsätzlich in Frage stellen sollten.

Dieses Vorhaben erwies sich schon seit etwa 1988 auf allen Ebenen als problematisch. Die Wirtschaftsreformen kamen praktisch überhaupt nicht voran, verstärkten aber als Absichtserklärung die allgemeine Verunsicherung und die Tendenz der gesellschaftlichen und subgesellschaftlichen (Schwarzmarkt, Mafia usw.) Subjekte zu Sonderwegen. Die wirtschaftliche Gesamtsituation, ebenso wie die von den Menschen persönlich erfahrbaren Lebensbedingungen, verschlechterten sich unter Gorbatschow erheblich. Es wäre noch zu untersuchen, wieweit diese Entwicklung tatsächlich Ergebnis der neuen Politik war, oder ob es sich nicht in erster Linie um das Ausbrechen einer Krise handelte, die schon lange herangereift und praktisch "unvermeidlich" war. Auf jeden Fall war die Folge, daß die unmittelbare wirtschaftliche Attraktivität der Reformpolitik, die Gorbatschow selbst in vielen Reden richtig als eine Schlüsselfrage benannt hatte, ausblieb und die anfängliche Massenzustimmung bald durch Frustration abgelöst wurde.

Die sich unter der Parole "Glasnost" entwickelnde Presse- , Diskussions- und schließlich auch Organisationsfreiheit begünstigte einerseits die auseinanderstrebenden Tendenzen (einschließlich der Neigung zur Lostrennung in einigen Sowjetrepubliken und anderen Regionen). Andererseits stieß sie aber immer wieder an die Grenzen, von denen die Funktionsweise und die (Über-) Lebensfähigkeit der sowjetischen Gesellschaft abhingen. Die Reformen erschienen zwar radikal genug, um das Mißtrauen und den Widerstand aller "konservativen" Kräfte gegen sich aufzubringen, vermochten aber außer erweiterten Möglichkeiten des verbalen Protests kaum praktische, materielle positive Veränderungen zu bewirken. Sie machten, sinnbildlich formuliert, zwar vielen Interessengruppen, und den Menschen ganz allgemein, einen Riesenhunger auf Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit, aber sie konnten niemanden sättigen, da die KPdSU und der Machtapparat an ihrer Monopolstellung festhielten, beispielsweise die Legalisierung von oppositionellen Organisationen nicht zuließen.

So wurde das Projekt systemimmanenter, kontrollierbarer Reformen von oben ganz gegen den Willen und Plan der führenden Politiker zum Beschleuniger des Zusammenbruchs. Objektiv drückte sich darin aber nur aus, daß die Verhältnisse in der Sowjetunion schon vor Gorbatschow an einem Punkt angekommen waren, wo ohne autoritäre und repressive Methoden die Funktionsweise des Systems nicht mehr aufrechtzuerhalten war.

Daß es Mitte der achtziger Jahre überhaupt noch irgendeine zweckmäßige Strategie zur reformierenden Rettung der sowjetischen Gesellschaft und des Unionsstaates hätte geben können, erscheint im Rückblick zweifelhaft, ist aber selbstverständlich eine hypothetische Frage, die nicht zu beantworten ist. Mit einigem Recht kann man Gorbatschow wohl als "Totengräber des Sozialismus" bezeichnen, aber das setzt im normalen Sprachgebrauch ja auch schon das Vorhandensein einer Leiche voraus. Zumindest kann man einem Totengräber vernünftigerweise nicht vorwerfen, er habe als Arzt versagt. Sofern er sich aber als Mediziner ausgegeben hat, kommt hier nur der Vorwurf der Hochstapelei und des Betrugs in Betracht.

Abschied von der "Breschnew-Doktrin"

Als erstes brachen jene Staaten zusammen, die seit Ende des zweiten Weltkrieg zur sowjetischen Einflußzone gehört hatten und wo sich die kommunistischen Parteien mit diktatorischen Mitteln, gestützt auf den militärischen Rückhalt der sowjetischen Armee, an der Macht behauptet hatten. Im Lauf der Jahre 1988-89 gab Gorbatschow bei mehreren Gelegenheiten eindeutig zu verstehen, daß die im Westen so genannte Breschnew-Doktrin (Recht der UdSSR zur Intervention in den verbündeten Staaten) nicht mehr Maxime sowjetischer Außenpolitik war und daß nun im Prinzip jedes Land des RGW/Warschauer Pakts das "Recht auf die Wahl des eigenen Weges" hatte. Das beinhaltete, beim Wort genommen, selbstverständlich auch das Recht, die Monopolstellung der KP aufzuheben, ein parlamentarisches Mehrparteiensystem zuzulassen, die sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse zu beseitigen, ja sogar das Recht zum Austritt aus dem Warschauer Pakt und dem RGW.

Hinter dieser Entscheidung Gorbatschows standen offenbar mehrere Faktoren: Politisch-ideologisch wäre es mit dem proklamierten Reformkurs im Inneren schlecht zu vereinbaren gewesen, wenn die sowjetische Regierung nach außen weiterhin als militärische Interventionsmacht aufgetreten wäre oder sich diese Option auch nur offengehalten hätte. Ein so offensichtliches Hineinregieren in die inneren Zustände souveräner Nachbarstaaten hätte im Widerspruch zu der von Gorbatschow verkündeten außenpolitischen Doktrin des "neuen Denkens" gestanden. Außerdem entsprach eine sowjetische Vormachtpolitik alten Stils in einer Phase der teils gewollten, teils durch die katastrophale Wirtschafts- und Finanzlage erzwungenen Annäherung an die USA und allgemein an den Westen nicht mehr den materiellen Interessen und Möglichkeiten der UdSSR.

Schließlich ergab sich die Betonung des "Rechts der eigenen Wahl" auch aus dem Reformprojekt Gorbatschows: Was für die Sowjetunion nicht nur gut, sondern auch überlebensnotwendig sein sollte, Perestroika und Glasnost, mußte natürlich auch für die sozialistischen Staaten der sowjetischen Peripherie gelten. Das setzte voraus, daß Moskau auch die Unabhängigkeit dieser Staaten ohne Einschränkung akzeptierte. Es gab unter den außenpolitischen Vordenkern Moskaus sogar die These, daß eine nicht mehr auf Gewaltandrohung gestützte sowjetische Hegemonie über Osteuropa letztlich effektiver und stabiler sein werde als der bisherige Zustand.

Praktisch bedeutete die Aufgabe der "Breschnew-Doktrin" jedoch, daß das sozialistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem in den von der UdSSR abhängigen Ländern nicht mehr zu halten war. Gorbatschows

Perestroika ermutigte überall in Osteuropa oppositionelle Kräfte, öffentlich aufzutreten und unter Berufung auf das sowjetische Vorbild Reform- und Liberalisierungsforderungen zu erheben. Das brachte die herrschenden Regimes in zusätzliche Legitimationsschwierigkeiten. So wirkte die Perestroika zunächst (1988-89) verschärfend und beschleunigend auf die Krisenprozesse in Osteuropa ein, während in einer zweiten Phase (ab 1990) die osteuropäischen Zusammenbrüche radikalisierend auf die innere sowjetische Entwicklung zurückwirkten.

Die "Wende" in Ungarn

und Polen

Als erstes Glied in der Kette "fiel" Ungarn mit der Entscheidung des Parlaments und wenig später des ZKs der KP für die Zulassung eines offenen Mehrparteiensystems im Januar 1989. Die Beschlußlage vollzog allerdings nur nach, was in der Praxis schon toleriert wurde: bereits im Herbst 1988 war als erste legale Oppositionspartei (offiziell "geistige Sammlungsbewegung") mit Massencharakter das Demokratische Forum entstanden. Die KP erklärte sich bereit, ihr "Machtmonopol" aufzugeben; für 1990 wurden demokratische Wahlen angekündigt. Im Sommer 1989 kam unter dem Titel "Runder Tisch" eine institutionalisierte Gesprächsrunde zwischen Regierungs- und Oppositionsvertretern zustande, und im September 1989 legte man sich verbindlich auf einen Wahltermin im Frühjahr 1990 fest. Diese Wahl im April 1990 machte erwartungsgemäß das Ende der KP-Herrschaft und des sozialistischen Systems in Ungarn definitiv: Die KP-Nachfolgepartei brachte es nur noch auf knapp 9 Prozent.

Zwischenzeitlich hatte die Entwicklung in Polen sogar noch die in Ungarn überholt: Am 4. Juni 1989 hatten freie Wahlen zu beiden Kammern des Parlaments, Sejm und Senat, stattgefunden. Es gab dabei jedoch einen kleinen "Schönheitsfehler": Nur im Senat wurden die Mandate wirklich nach der Stimmenzahl verteilt. Für das wichtigere Gremium Sejm aber hatten die KP und deren Blockparteien sich von vornherein 65 Prozent der Sitze gesichert. Die Solidarnosc als Sammlungsbewegung und Hauptpartei der Opposition gewann die Wahl mit riesiger Mehrheit, wodurch das Mißverhältnis zu der vorher festgelegten Verteilung der Sejm-Mandate besonders sichtbar und unhaltbar wurde. Nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen, noch einmal eine Regierung unter Führung der KP zu bilden, kam im August 1989 eine Allparteien-Koalition unter dem "bürgerlichen" Ministerpräsidenten Mazowiecki zustande.

In Polen ebenso wie in Ungarn war, nachdem die Entwicklung einmal in Gang gekommen war, offensichtlich, daß es zwischen konsequenter Liberalisierung oder Rettung des bestehenden Systems keinen dritten Weg mehr geben konnte. Der Versuch, einerseits die freie Konkurrenz der KP mit anderen Parteien zu akzeptieren, andererseits aber doch irgendwelche Tricks zur Herrschaftsverlängerung zu finden, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Mit dem expliziten Verzicht Gorbatschows auf den sowjetischen Interventionsvorbehalt war ja auch ein entscheidendes Argument entfallen, mit dem man bisher die Opposition zur Selbstbeschränkung anhalten und autoritäre Maßnahmen (wie das Kriegsrecht in Polen) rechtfertigen konnte: man dürfe "nicht zu weit gehen", weil sonst Moskau direkt eingreifen würde. Ein halbparlamentarisches Arrangement mit der Opposition, wie es die polnische KP noch im Sommer 1989 versucht hatte, setzte eigentlich den allzeit gegenwärtigen militärischen "Knüppel in der Hinterhand" voraus, dessen einschüchternde Wirkung aber nicht mehr vorhanden war.

Es folgte die bekannte Entwicklung in der DDR, deren Ende spätestens nach der Öffnung der Staatsgrenze am 9. November 1989 und der Zusage freier Wahlen für das kommende Jahr nicht mehr abzuwenden war. Der Versuch der SED- und später PDS-Spitze, die "strategischen Interessen der UdSSR" (und damit auch die militärische Präsenz der sowjetischen Truppen) noch einmal als Drohpotential ins Spiel zu bringen, um die schnelle Liquidierung der DDR zu verhindern, konnte aus den oben dargelegten Gründen nicht mehr erfolgreich sein: Da die Sowjetunion ihre Interessen in Osteuropa nicht mehr militärisch zur Geltung bringen wollte und konnte, durfte sich die Bonner Regierung selbst aussuchen, wieweit sie auf die offensichtlich ohnmächtigen Empfindlichkeiten Moskaus Rücksicht nehmen wollte oder nicht. Sie entschied sich für die ganz brutale Linie, garniert mit finanziellen Kompensationen.

In der Tschechoslowakei trat nach tagelangen Großdemonstrationen Ende November 1989 die KP-Führung zurück. Es wurde eine erste Koalitionsregierung (mit nur fünf Oppositionsvertretern) gebildet und kurz darauf, am 10. Dezember 1989, schon die zweite, in der die KP-Minister in der Minderheit waren. Ende Dezember

1989 wurde der bekannteste Oppositionspolitiker, Havel, zum Präsidenten gewählt und damit symbolisiert, daß nun als viertes Ostblockland auch die CSSR auf dem Weg der geordneten Machtübergabe und des Systemwechsels war. Der Umsturz in Rumänien fand gleichfalls im Dezember 1989 statt; er war der einzige, der einen blutigen Verlauf nahm, da sich Teile des herrschenden Machtapparats bewaffnet widersetzten. In Bulgarien war die alte Führung unter Schivkov schon im November 1989 gestürzt worden. Hier konnte die KP die ersten freien Wahlen (Juni 1990) noch gewinnen, ohne sich aber langfristig den Machterhalt sichern zu können.

Der Kampf um die

baltischen Republiken

In der zeitgleichen Entwicklung der UdSSR war die Auseinandersetzung um die Zukunft der drei Ostseerepubliken - Litauen, Lettland und Estland - von weitreichender Bedeutung. Hier unternahm die sowjetische Führung, als Exempel auch für alle andere Landesteile und politische Bewegungen, den Versuch, die von der Perestroika in Gang gesetzte Tendenz zur vollständigen Liberalisierung auf halbem Weg aufzuhalten. Das Dilemma bestand darin, daß dieser Versuch die konsequente Anwendung diktatorischer und gewaltsamer Mittel erfordert hätte, die mit den von Gorbatschow proklamierten neuen Methoden nicht in Einklang standen. Das aber hätte auf höchster Ebene eine Verschiebung der Verhältnisse zugunsten der "Konservativen" erfordert und im außenpolitischen Bereich die Bemühungen der sowjetischen Führung um Annäherung an den Westen gefährden können.

Die Auseinandersetzung Moskaus mit den baltischen Republiken 1989-91 nahm einige Problemstellungen der Konfrontation zwischen der jugoslawischen Zentralregierung und Slowenien/Kroatien vorweg und wirkte vermutlich auf beide Seiten der jugoslawischen Konstellation stark zurück. Die wichtigsten Punkte der Konfliktentwicklung in Stichworten:

- Ende August 1989 veröffentlichte das ZK der KPdSU eine im Ton äußerster "Besorgnis" gehaltene Botschaft an die drei baltischen Republiken, wo von einem "Wendepunkt in der Geschichte" der gesamten UdSSR und "katastrophalen Folgen" für die Völker der drei Länder gesprochen wurde. Begründet wurde damit die Forderung nach nicht näher definierten "entschiedenen Sofortmaßnahmen" gegen die oppositionellen Kräfte. Der Ton Moskaus erinnerte in allen Details an die Stellungnahmen, mit denen die Druckausübung auf Prag 1968 und auf Warschau 1980/81 gerechtfertigt worden war. Die Absicht war offenbar, angesichts der begonnenen Prozesse in Ungarn und Polen die Führungen der drei baltischen Republiken zu nötigen, selbst mit diktatorischen Eingriffen "die Notbremse zu ziehen".

- Das Ergebnis war jedoch genau gegenteilig, da die baltischen KP-Organisationen mehrheitlich nun erst recht davon ausgingen, daß sie auf größere Distanz zu Moskau gehen mußten, falls sie sich im eigenen Gebiet noch eine politische Überlebenschance wahren wollten. So faßte die litauische KP im Dezember 1989 den Beschluß, sich von der KPdSU zu trennen und sich als eigenständige Partei zu konstituieren. Die wiederholten Versuche der Moskauer Führung, diese Entscheidung durch ultimativ vorgetragene Drohungen rückgängig machen zu lassen, wurden ignoriert.

- Im Februar 1990 fand in Litauen die erste "freie" Wahl auf dem Gebiet der UdSSR statt. Die oppositionelle Volksfront siegte mit absoluter Mehrheit. Am 11. März 1990 erklärte die neue Regierung die Unabhängigkeit der Republik. (Die KP Litauens hatte das gleiche Ziel proklamiert.) Es folgten, mit etwas vorsichtigeren Formulierungen, Estland am 30. März und Lettland am 4. Mai. Die Armee reagierte sofort mit dem Aufmarsch von Panzern in Wilna, was als "planmäßige Übungen" eher zynisch als geschickt gerechtfertigt wurde.

Als der erhoffte Einschüchterungseffekt ausblieb, ordnete Gorbatschow am 18. April 1990 eine Wirtschaftsblockade gegen Litauen an. In erster Linie betraf das Erdöl und Erdgas, dann aber auch Kohle, Rohstoffe für die Maschinenindustrie, Fahrzeuge und Ersatzteile, schließlich sogar Lebensmittel. Ende Juni/Anfang Juli 1990 wurden die Embargomaßnahmen ergebnislos aufgehoben. Aufgrund der zerfallenden Verhältnisse in der UdSSR, insbesondere der Sonderwege Rußlands, war Litauen anscheinend jederzeit in der Lage gewesen, die Blockade durch Käufe auf dem schwarzen Markt zu unterlaufen.

- Im Januar 1991 spitzten die in den Ostseerepubliken stationierten Spezialtruppen (OMON), anscheinend mit Duldung und im Sinne maßgeblicher Kräfte in Moskau, die Konfrontation militärisch zu: In Wilna (Litauen)

wurde der Fernsehsender gestürmt und besetzt (16 Tote), in Riga (Lettland) das Innenministerium (5 Tote). In beiden Fällen eskalierte der Konflikt wohl nur deshalb nicht, weil die einheimischen Milizen keinen Widerstand leisteten.

- Referenden in den drei Republiken im Februar/März 1991 ergaben in Litauen 90 Prozent für die Unabhängigkeit, in Lettland und Estland aufgrund des hohen russischen Bevölkerungsanteils "nur" um die 75 Prozent. Es folgte ein monatelanger krimineller Kleinkrieg, anscheinend vor allem von Leuten aus dem OMON geführt, gegen die neu errichteten Grenzstationen der drei Republiken. Beim schlimmsten dieser Überfälle wurden Ende Juli 1991 acht litauische Grenzposten "von Unbekannten" ermordet.

- Der Versuch einiger führender Politiker und Militärs, am 19. August 1991 die Verhängung des Kriegsrechts über die gesamte UdSSR zu erzwingen, wurde besonders konsequent in den drei Ostseerepubliken exekutiert. Erst nach dem Scheitern des Putsches und der Akzeptierung der Unabhängigkeit der baltischen Republiken durch Moskau setzte ihre internationale Anerkennung ein.

"Zeit der Wirren"

Neben der Sonderentwicklung in den baltischen Sowjetrepubliken, die seit Herbst 1988 eine Pionierrolle bei der Auflösung der UdSSR in ihre Bestandteile spielten, hatten sich schon bis zum Sommer 1990 alle Unionsrepubliken, einschließlich Rußlands (12. Juni 1990), für "souverän" erklärt. Dieses Wort hatte allerdings sehr unterschiedliche Bedeutungen und praktische Konsequenzen. Keineswegs hatten alle Republiken und Untergliederungen, die plötzlich ihre "Souveränität" betonten, damit auch schon den nationalen Ehrgeiz, ein eigener Staat außerhalb der Unionsstrukturen zu werden. Allgemein war aber der Anspruch, über den "nationalen Reichtum" auf und unter dem Territorium der Republik selbst zu verfügen, sowie die Zweitrangigkeit der Unionsgesetze gegenüber denen der jeweiligen Republik.

In der Praxis führten diese Schritte vielfach bereits sehr nahe an die Eigenstaatlichkeit heran, somit auch an die Auflösung der Sowjetunion. Die Zeit zwischen August 1990 und dem Putsch ein Jahr später war geprägt von Konfrontationen, Gerüchten und militärischen Vorbereitungen, die sich um das Thema eines Staatsstreichs zur gewaltsamen Beendigung der allgemeinen Auflösungs- und Anarchisierungsprozesse drehten.

Das Stichwort "Nationalismus" beschreibt diese Entwicklungen nur teilweise und paßt auf viele der Erscheinungen überhaupt nicht. Viele Bestrebungen nach größerer regionaler Autonomie und auch etliche der bürgerkriegsartigen Konflikte sind überhaupt nicht ethnisch motiviert, sondern gehen auf andere Widersprüche zurück. Aktuelle Beispiele sind die Machtkämpfe in Aserbaidschan oder der Bürgerkrieg in Tadschikistan.

Ein Hauptproblem liegt im nahezu totalen Zusammenbruch der politischen und moralischen Autorität und Kompetenz der zentralen Organe des Unionsstaats. Dieser Zusammenbruch wiederum hängt engstens zusammen mit dem Autoritätsverlust der staatstragenden und den Staat monopolistisch verwaltenden Kommunistischen Partei und der sie legitimierenden spezifischen Form der sozialistischen Ideologie. Da Partei und Staat hochgradig miteinander verschmolzen waren, war es ganz natürlich, daß jede schwere Krise der Partei auch den von ihr zusammengehaltenen Staat in Mitleidenschaft ziehen mußte.

Ein zweiter Hintergrund für den scheinbar so plötzlichen und unmotivierten Zusammenbruch der UdSSR, die doch allgemein als ein Bollwerk der Stabilität angesehen worden war: Schon lange bevor sich die dezentralistischen Tendenzen in nationalistischer und separatistischer Form darstellten, war der Zentralstaat mitsamt seiner zentralgelenkten Wirtschaft von regionalen Sonderinteressen untergraben und zerrüttet - sei es in Form der allgegenwärtigen Clans und Seilschaften in den bürokratischen Strukturen, sei es in Form mafiöser Parallelstrukturen, oder in der typisch sowjetischen Verbindung beider Ebenen. Mit dem Zusammenbruch der Zentralmacht hat sich das Potential solcher konkurrierenden Interessen selbstverständlich enorm erweitert, wobei sie zum Teil die äußere Form ethnischer Fanatismen annehmen, ohne daß diese aber wirklich die Ursache aller Probleme sind.

Mit der Ende 1991 erfolgten formalen Auflösung der Sowjetunion in ihre Einzelrepubliken ist der Zerfall in Sonderinteressen und Sonderwege noch keineswegs abgeschlossen, sondern setzt sich auf Republikebene fort. Noch ist nicht vorauszusehen, wie und wann die Auflösung sämtlicher Strukturen - die selbstverständlich die totale Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse vorantreibt, was dann seinerseits dem Zerfall in

partikulare Interessen immer neue Impulse gibt - zum Stillstand gebracht werden könnte. Rußland und seine Peripherie befindet sich, nicht zum ersten mal in seiner Geschichte, in einer "Zeit der Wirren", die auch zu gegenläufigen Tendenzen und vielleicht sogar zur (auch gewaltsamen?) Herstellung einer neuen staatlichen Einheit führen könnte.

Widersprüchliche Interessen der kapitalistischen Mächte

In Zusammenhang mit der zeitgleichen und analogen Entwicklung in Jugoslawien ist zu fragen: Welche Rolle haben die kapitalistischen Großmächte bei der Auflösung der UdSSR gespielt, bzw. wie haben sie auf diese reagiert?

Einerseits hat die vor allem in der Reagan-Amtszeit forciert betriebene Strategie des "Totrüstens" der Sowjetunion, allgemein gesprochen die planmäßige Verschärfung ihrer ohnehin schon vorhandenen Tendenzen zur Überdehnung und Erschöpfung ihrer ökonomischen Kräfte, für das Entstehen der Situation, der sich dann Gorbatschow gegenübersah, eine erhebliche Rolle gespielt. Auch die Auswirkungen der vom imperialistischen Finanzkapital gezielt in Szene gesetzten und ausgenutzten "Schuldenkrise" seit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre - dies allerdings zunächst mehr auf die Peripherie der Sowjetunion wirkend als auf sie selbst - sollen nicht unterschätzt werden.

Was die Verbreitung nationalistischer und anderer antikommunistischer Ideologien und Organisationsansätze angeht, ist das permanente Hineinwirken der kapitalistischen Staaten und der dort ansässigen Exilgruppen ein auf der Hand liegender Faktor. Doch würde dies für sich allein nicht erklären, warum solche subversiven Aktivitäten nicht schon in den fünfziger Jahren, als sie viel intensiver und radikaler unternommen wurden als in den achtzigern, zu entsprechenden Ergebnissen geführt hatten. Letzten Endes kann man beispielsweise die Tatsache, daß sich in den baltischen Republiken nationalistische Kräfte gegen den gigantischen Apparat der KPdSU durchsetzten, nicht mit den vergleichsweise winzigen Mitteln und Hilfen erklären, die jenen aus dem Ausland zugeflossen sein mögen. Für Verschwörungstheorien mag es z.B. auch interessant sein, wann sich Walesa mit dem Papst getroffen hat, aber globale Umbrüche lassen sich mit solchen Details nicht erklären.

Zweifellos war die Zerstörung des Sozialismus in der UdSSR und in ihrer Peripherie ein traditionelles strategisches Ziel der imperialistischen Mächte. Aber die Frage, wieweit damit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch das konkrete und aktuelle Ziel verbunden war, den territorialen Bestand der UdSSR bzw. des historischen Rußland in den Grenzen von 1918 zu destabilisieren und aufzulösen, ist weit schwerer und viel weniger eindeutig zu beantworten. Nicht einmal unter den nazistischen deutschen Planern der "Neuordnung Europas" bestand bis zuletzt absolute Einigkeit und Klarheit, ob und in welchem Umfang östlich der "einzudeutschenden" Gebiete der Sowjetunion noch ein riesiger russischer "Rumpfstaat" erhalten werden sollte.

Ganz überwiegend gingen imperialistische Strategien im Verhältnis zur Sowjetunion davon aus, daß die Partikularisierung dieses riesigen Raums unberechenbare Risiken beinhalten würde. In den letzten Jahrzehnten kam die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in unterschiedlichen Teilen der UdSSR als weiterer schwerwiegender Faktor hinzu, der es noch wünschenswerter erscheinen ließ und läßt, wenn schon nicht die Union in ihrem territorialen Bestand, so doch wenigstens Rußland als überragende Ordnungsmacht in diesem Raum zu erhalten und zu stützen.

Brzezinskis Quadratur

des Kreises

Der bekannte imperialistische Analytiker Zbigniew Brzezinski beschäftigte sich Ende 1989 in einer hochinteressanten Studie mit den Problemen des "Postkommunistischen Nationalismus" und deren Implikationen für die Politik des Westens. (Foreign Affairs, Winter 1989/90; deutsch in Europa-Archiv, 26.12.89) Brzezinski sah "die Gefahr der Balkanisierung" Osteuropas als Ergebnis der politischen Umwälzungen und des Endes der "sowjetischen Vorherrschaft" voraus. "Diese Gefahren verblassen an Bedeutung im Vergleich zur wachsenden Aussicht auf wirklich intensive und potentiell recht blutige zwischennationale Auseinandersetzungen innerhalb der Sowjetunion."

Angesichts der drohenden Auflösung der Sowjetunion in ihre ethnischen Bestandteile wachse für die Zentralmacht die objektive Notwendigkeit und die subjektive Tendenz, der zerstörerischen Entfaltung der

"nationalen Frage" repressiv und gewaltsam ein Ende zu machen. Andererseits führte Brzezinski die Gegenfaktoren an, die aus Sicht Moskaus gegen einen solchen Versuch der Krisenbewältigung sprechen sollten: Erstens, eine Repressionspolitik müßte sich auf verstärkten großrussischen Chauvinismus stützen, was die nationalen Konflikte aber noch verschärfen würde. Zweitens, repressive Maßnahmen müßten, um wirkungsvoll sein zu können, sehr scharf durchgeführt werden. Das aber würde "wahrscheinlich jede ernsthafte Fortsetzung der wirtschaftlichen Dezentralisierung aufs Spiel setzen". Verbunden mit der dann notwendigen verstärkten Konzentrierung der politischen Macht in Moskau würde der repressive Weg das Ende der von Gorbatschow begonnenen Reformpolitik bedeuten.

"Überdies wird ein imperiales Rußland wahrscheinlich ein militaristisches und expansives Rußland sein, ob seine Ideologie nun marxistisch oder einfach chauvinistisch ist. Es wird nicht einmal fähig sein, Freiheit für die Osteuropäer zu tolerieren, weil es die ideologische Ansteckung fürchten muß." (Es sei daran erinnert, daß zu dieser Zeit, Ende 1989, noch nicht als absolut sicher galt, daß die UdSSR nicht doch noch gewalttätig in Osteuropa oder einigen der dortigen Länder intervenieren würde.) "Ein bedrängtes Rußland jedoch, das sich zögerlich demokratisiert und widerstrebend seinen Nichtrussen Freiheit gewährt, wird wahrscheinlich, zusammen mit einigen der nichtrussischen Nationen, in eine Periode anhaltender Gewalttätigkeiten stürzen. Daher sind im Interesse der europäischen Stabilität weder die Balkanisierung Osteuropas und die Libanisierung der Sowjetunion einerseits noch die erneute Bekräftigung des großrussischen Imperialismus andererseits wünschbare Ergebnisse."

Schlußfolgerung Brzezinskis: Der Westen müsse deutlich machen, daß er zwar ohne Einschränkung die Auflösung des sowjetischen "Imperiums" begrüße, aber "weder die Zersplitterung Osteuropas noch die der Sowjetunion anstrebt". Der UdSSR müsse vom Westen "konkret" geholfen werden, sich "in eine wirklich freiwillige Konföderation" zu transformieren. Diese könnte "auch eine größere Spannweite von sozioökonomischen Systemen umfassen, als es jetzt unter dem zentralisierten Sowjetsystem möglich ist." Einige Republiken würden dann vielleicht die kapitalistische Marktwirtschaft und den westlichen Parteienpluralismus übernehmen, andere jedoch nicht. Für "manche" der nach Unabhängigkeit strebenden Nationen der UdSSR könne eine solche Föderation "eine attraktive Option" sein und als ausreichend akzeptiert werden.

Doch sei es dennoch "fast eine Gewißheit", daß einige nichtrussische Nationen (namentlich nannte Brzezinski die baltischen Republiken) auch unter diesen Umständen weiter völlige (staatliche) Unabhängigkeit verlangen würden. Daher müsse der sowjetischen Führung "empfohlen" werden, die Möglichkeit formeller Volksabstimmungen über die Lostrennung zu schaffen - verbunden mit der Verpflichtung austrittswilliger Republiken, ein vertraglich vereinbartes "Assoziationsverhältnis mit einer sowjetischen Konföderation" einzugehen, "besonders für wirtschaftliche Zusammenarbeit und vielleicht sogar bei gewissen Sicherheitsvereinbarungen". (Zufall oder nicht: Das am 3. April 1990 vom Obersten Sowjet der UdSSR beschlossene Gesetz über die Modalitäten eines eventuellen Austritts aus der Union entsprach im wesentlichen diesen "Empfehlungen".)

Die Überlegungen Brzezinskis kennzeichneten Dilemma und Widersprüchlichkeit der damaligen westlichen Politik gegenüber der Sowjetunion: Einerseits das Interesse, es nicht zu einer totalen Partikularisierung dieses Raums kommen zu lassen und eine starke Ordnungsmacht (eine Konföderation oder ein gemäßigt hegemoniales Rußland) zu erhalten. Auf der anderen Seite die begründete Einschätzung, daß mit primär politischen Mitteln der territoriale Bestand der UdSSR schon nicht mehr zu retten war, daß die Loslösung zumindest einzelner Republiken aus dem Unionsverband allenfalls noch mit diktatorischen und militärischen Mitteln zu verhindern gewesen wäre - was aus westlicher Sicht auch keine wünschenswerte Option sein konnte.

Im Grunde ging es um die brisante Kernfrage: Wie bringt man die führenden Kräfte der Sowjetunion dazu, den Zusammenbruch ihres gesamten Systems zu akzeptieren, ohne in einem verzweifelten Akt des "letzten Aufbäumens" ihre militärischen Machtmittel einzusetzen? Oder, wie der frühere US-Verteidigungsminister Weinberger einmal vorausblickend gesagt hatte: Es sei eine entscheidende Frage, ob der Sozialismus mit einem "Wimmern" oder mit einem "großen Knall" abtreten werde. Die letztere Variante war unerwünscht.

Daraus ergab sich, daß die westliche Politik einerseits den Verdacht vermeiden mußte, sie betreibe die Auflösung der UdSSR und heize die nationalen Widersprüche an. Andererseits mußte aber auch deutlich

gemacht werden, daß eine massive Eskalation repressiver Gewalt unerwünscht war und die außenpolitischen Beziehungen erheblich beeinträchtigen würde. Besonders galt das mit Blick auf die drei baltischen Republiken, deren Zugehörigkeit zur UdSSR die Westmächte aufgrund des historischen Kontextes ("Hitler-Stalin-Pakt") niemals hundertprozentig und bedingungslos anerkannt hatten.

Nichtanerkennungs-Politik

So kann man feststellen, daß sich die kapitalistischen Staaten angesichts der Moskauer Politik gegenüber den nationalen Konfliktherden (beispielsweise im Kaukasus) weitgehend desinteressiert verhielten ("innere Angelegenheiten"), jedoch gegen die Gewaltanwendung in den baltischen Republiken (Januar 1991) vergleichsweise scharf protestierten, aber ohne praktische Konsequenzen zu ziehen. Keine einzige der Sowjetrepubliken, die ihre Unabhängigkeit erklärten, wurde vom Westen anerkannt oder auf irgendeiner niedrigeren halbdiplomatischen Ebene ermutigt. Diese Linie wurde von allen westlichen Staaten einheitlich befolgt. Eine kleine Ausnahme bildeten die skandinavischen Länder, die schon vor dem Sommer 1991 Beziehungen (unterhalb der Anerkennungsschwelle) zu den baltischen Regierungen anknüpften.

Nach dem Putsch vom 19. August 1991 änderte sich die Haltung der kapitalistischen Staaten gegenüber den drei Ostseerepubliken, nicht aber im Verhältnis zu allen anderen Teilen der UdSSR und zur grundsätzlichen Frage des Festhaltens an der Union. Republikregierungen, die sich erhofft hatten, im Sog der Ereignisse nun ebenfalls schnell die Würden der internationalen Anerkennung zu erreichen, wie beispielsweise die Ukraine, wurden abschlägig beschieden. Man wolle, so lautete die Antwort in allen westlichen Hauptstädten, "nichts übereilen" und erst einmal sehen, ob die staatliche Einheit der UdSSR nicht doch noch zu retten sei. An diese Politik hielt sich ohne Abstriche auch die deutsche Bundesregierung.

Vor diesem Hintergrund ist offensichtlich, daß Slowenien und Kroatien, als sie im Frühjahr 1991 Kurs auf die Eigenstaatlichkeit nahmen, überhaupt nicht davon ausgehen konnten, die internationale Anerkennung im Schnellverfahren zu erreichen und dann auch bald an den Segnungen des westlichen Wohlstands partizipieren zu können. Im Gegenteil: Die Erfahrungen der baltischen Republiken hatten gezeigt, daß der Schritt in die Unabhängigkeit wahrscheinlich eine längere außenpolitische und wirtschaftliche "Durststrecke" bedeuten würde, die große Risiken beinhalten konnte (Intervention der Zentralmacht, Wirtschaftsblockade) und während der man kaum Hilfe von Außen erwarten konnte. Es war ja auch keineswegs so, daß die Unabhängigkeitserklärungen ganz plötzlich und einseitig kamen, daß man vorher überhaupt nicht den Versuch von Verhandlungen gemacht hatte usw.: Mehrere Jahre lang hatte es intensive Auseinandersetzungen zwischen den Republiken um eine Dezentralisierung Jugoslawiens, um die Neuverteilung der Kompetenzen, um unterschiedliche Vorstellungen zum Umgang mit der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzlage usw., gegeben.

Nichts spricht für die in linken Kreisen immer noch verbreitete Annahme, Slowenien und Kroatien hätten den Schritt in die Unabhängigkeit "unüberlegt", leichtfertig und nur in der Hoffnung auf schnellen Anschluß ans reiche Westeuropa getan. Es läßt sich in der Politik der kapitalistischen Mächte auch nichts nachweisen, was in irgendeiner Weise als Ermutigung zur Unabhängigkeitserklärung hätte verstanden oder mißverstanden werden können. Die Frage der Anerkennung und der Unterstützung wurde zwischen den westlichen Regierungen kontrovers diskutiert, nachdem Slowenien und Kroatien ihre Sezession verkündet hatten und nachdem die Bundesarmee den Krieg in Kroatien begonnen hatte. Bis dahin jedoch hatte über die unbedingte Notwendigkeit, Jugoslawien als staatliche Einheit zu erhalten, Konsens bestanden. In genau diesem Sinn war monatelang auf die Konfliktparteien wirtschaftlicher und politischer Druck ausgeübt worden.

Grundsätzlich ging es dabei um ähnliche Überlegungen und Interessen, wie sie eben am Beispiel der Sowjetunion dargestellt wurden: Eine ethnische Partikularisierung sollte vermieden werden, zumal verhängnisvolle Auswirkungen einer Auflösung Jugoslawiens für die gesamte Region befürchtet werden mußten. Hinzu kam die riesige Verschuldung Jugoslawiens und seine wirtschaftliche Zerrüttung; ein Zerfall des Bundesstaats würde die Probleme selbstverständlich noch einmal enorm verschärfen, so daß die Aussicht, wenigstens einen Teil der Kreditmilliarden wiederzusehen, wohl gegen Null sinken würde.

Unsicherheitsfaktor Sowjetunion

Ein weiterer wesentlicher Punkt ergibt sich aus dem Blick auf die zeitgleiche Entwicklung in der Sowjetunion. Im Sommer 1991, als sich Slowenien und Kroatien von Jugoslawien trennten, war der Ausgang der Ereignisse

in der UdSSR noch offen. Einerseits war der Zerfall der Union schon weit vorangeschritten. Andererseits hatten die Zentralregierung und ihre militärischen Kräfte erhebliche Anstrengungen unternommen, die baltischen Republiken "zur Räson zu bringen" und damit auch alle potentiellen Nachahmer einzuschüchtern.

Spätestens seit Herbst 1990 war allgemein bekannt und wurde öffentlich erörtert, daß einflußreiche Sektoren in der KPdSU, in der Armee, im Geheimdienst usw. einen Staatsstreich vorbereiteten, um den Zerfall der Union und den Zusammenbruch der sowjetischen Gesellschaft aufzuhalten und Gorbatschows Reformpolitik zumindest in großen Teilen rückgängig zu machen. Welche Kräfte sich im konkreten Fall hinter ein solches Unternehmen stellen würden, war schwer einzuschätzen. Seit Spätherbst/Winter 1990 hatte Gorbatschow seinen "konservativen" Kritikern eine Reihe wichtiger personeller und sachlicher Zugeständnisse gemacht - und seine genaue persönliche Rolle beim Putschversuch vom August 1991 muß wohl nach wie vor als ungeklärt gelten. An Plänen, in irgendeiner Form die repressive "Notbremse" zu ziehen, um im allerletzten Moment den totalen Zusammenbruch zu verhindern, hat er sich zweifellos beteiligt. Die abwartenden Reaktionen der kapitalistischen Regierungen in den ersten Stunden des Putsches entsprachen dem oben dargestellten Dilemma und lassen darauf schließen, daß man vermutlich auch für eine maßvoll angewendete Notstandsdiktatur Verständnis aufgebracht hätte, falls sie erfolgreich gewesen wäre. Das heißt nicht gerade, daß man den Putsch begrüßte, da man auch dessen negative Implikationen sah (s.o., Brzezinski). Andererseits konnte man sich den Argumenten für eine diktatorische Option auch nicht völlig verschließen. Die Hauptsache war nur, daß der "Reformprozeß", also die kontrollierte Liquidierung des sozialistischen Systems, und die "Öffnung zum Westen" weitergehen sollten. Die große Angst westlicher Politiker war, daß "konservative" Kreise der sowjetischen Armee, Bürokratie usw. auf den sich abzeichnenden Zerfall ihres Staates panisch reagieren und auf Konfrontationskurs gegen den Westen gehen könnten.

Westliche Jugoslawienpolitik wurde also, zumindest bis zum Herbst 1991, immer auch mit Blick auf die Entwicklung in der Sowjetunion praktiziert und diskutiert: Was als Ermutigung der Auflösungstendenzen in der UdSSR hätte mißverstanden werden können, kam auch gegenüber Slowenien und Kroatien nicht in Frage. Außerdem ging es darum, nach Möglichkeit alles zu vermeiden, was die "Konservativen" in der Sowjetunion verunsichern konnte und vielleicht Gegenreaktionen provoziert hätte. Die geordnete, möglichst störungsfreie und berechenbare Liquidierung des Sozialismus weltweit war das strategische Ziel, alles andere demgegenüber untergeordnet.

Konzeptionslosigkeit und Beliebigkeit

Das bedeutete, daß die kapitalistischen Großmächte für Jugoslawien überhaupt keine andere Option hatten als die Verteidigung des Einheitsstaates. Als dies weder mit politischen noch mit militärischen Mitteln möglich war, stand die internationale Diplomatie völlig ohne Konzept dar. Wie total sich dabei auch persönliche Standpunkte innerhalb weniger Monate veränderten, sei an zwei Beispielen gezeigt: Im Sommer 1992 polemisierte der frühere britische Außenminister Owen gegen die Jugoslawienpolitik der Regierung Major und forderte Luftangriffe gegen Serbien. Heute, als EG-Vermittler, verteilt er die Schuld für das Fortdauern des Kriegs zwischen der "übereilten Anerkennungspolitik" der BRD und der Unnachgiebigkeit der Muslime. - Und der umgekehrte Fall: Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Karl Lamers, forderte Ende September 1991 eine "Selbstkritik" seiner Partei und der Bundesregierung wegen ihres Vorpreschens in der Anerkennungsdiskussion. Die anderen europäischen Staaten hätten die negativen Folgen einer Anerkennung Kroatiens - daß man dieses dann auch militärisch schützen müßte - klarer gesehen als die deutsche Bundesregierung. Diese Seite sei in der deutschen Debatte kaum bedacht worden. Das Vorgehen der BRD habe bestehendes Mißtrauen bei ihren Partnern noch verschärft. Das vorrangige Ziel der Einigung Europas dürfe auf keinen Fall wegen des Streits um die Jugoslawienpolitik der EG gefährdet werden. Im Juli 1992 jedoch forderte Lamers einen sofortigen Militärschlag der NATO-WEU gegen Restjugoslawien, "wenn die Serben den Waffenstillstand in Bosnien-Hercegovina bis heute um 24 Uhr nicht einhalten".

Clinton ließ im Wahlkampf mehrmals durchblicken, daß er die Jugoslawienpolitik von Bush für feige halte und als Präsident auch einem militärischen Eingreifen nicht abgeneigt wäre. Heute läßt er durch seinen Außenminister die "verfrühte Anerkennungspolitik" Bonns als Ursache der Probleme nominieren. Vor wenigen Monaten noch lehnte es die US-Regierung ab, den Vance-Owen-Plan zu unterstützen, weil er die Muslime benachteilige und die serbischen Eroberungen sanktioniere. Ein paar Wochen später ergriffen die USA zusammen mit Frankreich, Großbritannien und Rußland die Initiative für eine Aufteilung Bosnien-Hercegovinas, die für die Muslime noch weitaus ungünstiger als der Vance-Owen-Plan ist.

Wechselvoll auch die Äußerungen von SPD-Politikern, die die Politik der Bundesregierung mal als zu weich und mal als zu hart kritisierten, die mal für noch weit schärfere Sanktionen gegen Restjugoslawien und dann wieder für ein behutsameres Vorgehen plädierten. Übrigens war es ein SPD-Politiker, Norbert Gansel, der als allererster, noch vor Beginn des Bürgerkriegs, nämlich schon im Mai 1991, die einseitige Orientierung der EG auf Erhalt Jugoslawiens als gewaltanheizend und krisenverlängernd kritisierte. Seine Forderung damals: eine neue Politik, die dem Unabhängigkeitswillen der politischen Kräfte in Slowenien und Kroatien Rechnung tragen müßte. Zu diesem Zeitpunkt hatten die CDU/CSU-Politiker, die ein paar Monate später mit chauvinistischen und abenteuerlichen Sprüchen gegen "die serbische Aggression" auftrumpften, vermutlich noch nicht einmal im Atlas nachgeschaut, wo die beiden Republiken, deren Unabhängigkeitserklärungen gerade kurz bevorstanden, eigentlich liegen.

Hilflosigkeit, Inkompetenz und Beliebigkeit vermischen sich in der "Jugoslawienpolitik" oft mit dem Bestreben, das Thema für völlig andere Zwecke und Streitereien zu instrumentalisieren, ohne Rücksicht darauf, daß man heute vielleicht das Gegenteil von dem sagt, was man vorgestern noch befürwortete. Tatsächlich ist allen herrschenden Politikern vorzuwerfen, daß sie zu Jugoslawien, wo sich der Konflikt schon seit Jahren eindeutig abzeichnete und zuspitzte, kein frühzeitiges, präventives "Krisenmanagement" entwickelt haben. Sie erschienen auf der Bildfläche, als schon alles in Flammen stand, und ihre Vorschläge bewegen sich mit heftigen Ausschlägen zwischen Resignation ("Da kann man gar nichts machen") und hirnlosem Stammtisch-Militarismus (die berühmten "Luftangriffe auf die serbischen Stellungen" beispielsweise).

Noch mehr als für andere Konflikte gilt für den jugoslawischen Krieg, daß er unbedingt vor dem ersten Schuß hätte verhütet werden müssen, aber nach seinem "Ausbruch" kaum noch zu beenden ist, bevor erstens die Überlegenen ihre wesentlichen Kriegsziele erreicht haben und zweitens alle Konfliktparteien wirtschaftlich und psychisch erschöpft sind. Kriegsverhinderung hätte konkret auch den Versuch beinhalten müssen, Belgrad schon im Frühjahr 1991 durch Verdeutlichung aller politischen und materiellen Konsequenzen vom Einsatz der Armee gegen Slowenien und Kroatien abzuschrecken. Statt dessen gaben EG und USA mit ihrem geradezu erpresserischen Bestehen auf der Einheit Jugoslawiens - anderenfalls werde es keine Kredite und Investitionen mehr geben, keine Chance auf Aufnahme in die EG usw. - genau das gegenteilige Signal. So wurde, vielleicht auch mit der grundsätzlich berechtigten Intention, eine Aufsplitterung Osteuropas zu verhindern, der Weg freigegeben für das schlimmste aller denkbaren "Szenarien", ja sogar für das im Juni 1991 noch nicht einmal Vorstellbare.

Kt.

Jugoslawien

Fläche: 255.804 km2

Bevölkerung (1): 23.556.000, davon Serben: 36,3%, Kroaten: 19,8%, Moslem: 8,9%, Slowenen: 7,8%, Albaner: 7,7%, Mazedonier: 6%, Montenegriner: 2,6%, Ungarn: 1,9%

Analphabetismus-Rate (2): 9,5%

Erwerbslosigkeit (3): 11%

Durchschnittseinkommen (4): 402.928 Dinar

Slowenien

Fläche: 20.251 km2

Bevölkerung (1): 1.943.000, davon Slowenen: 90,5%, Serben: 2,2%, Kroaten: 2,9%

Analphabetismus-Rate (2): 0,8%

Erwerbslosigkeit (3): 3%

Durchschnittseinkommen (4): 615.683 Dinar

Wojwodina

Fläche: 21.800 km2

Bevölkerung (1): 2.052.000, davon Serben: 55,8%, Ungarn: 21,7%, Kroaten: 7,1%

Analphabetismus-Rate (2): 5,8%

Erwerbslosigkeit (3): 11%

Durchschnittseinkommen (4): 380.469 Dinar

Serbien

Fläche: 56.000 km2

Bevölkerung (1): 5.832.000, davon Serben: 85,4%

Analphabetismus-Rate (2): 11,1%

Erwerbslosigkeit (3): 11%

Durchschnittseinkommen (4): 364.559 Dinar

Kosovo

Fläche: 10.900 km2

Bevölkerung (1): 1.894.000, davon Albaner: 77,5%, Serben und Montenegriner: 14,9%

Analphabetismus-Rate (2): 17,6%

Erwerbslosigkeit (3): 25%

Durchschnittseinkommen (4): 272.554 Dinar

Kroatien

Fläche: 56.538 km2

Bevölkerung (1): 4.681.000, davon Kroaten: 75,1%, Serben: 11,5%

Analphabetismus-Rate (2): 5,6%

Erwerbslosigkeit (3): 6%

Durchschnittseinkommen (4): 437.870 Dinar

Montenegro

Fläche: 13.812 km2

Bevölkerung (1): 663.000, davon Montenegriner: 68,5%, Moslems: 13,4%, Albaner: 6,5%, Serben: 3,3%

Analphabetismus-Rate (2): 9,4%

Erwerbslosigkeit (3): 18%

Durchschnittseinkommen (4): 297.571 Dinar

Bosnien-Herzegowina

Fläche: 51.121 km2

Bevölkerung (1): 4.443.000, davon Serben: 32,2%, Kroaten: 18,4%, Moslems: 39,2%

Analphabetismus-Rate (2): 14,5%

Erwerbslosigkeit (3): 14%

Durchschnittseinkommen (4): 338.925 Dinar

Mazedonien

Fläche: 25.713 km2

Bevölkerung (1): 2.088.000, davon Montenegriner: 67,8%, Moslems: 13,4%, Albaner: 6,5%, Serben: 3,3%

Analphabetismus-Rate (2): 10,9%

Erwerbslosigkeit (3): 16%

Durchschnittseinkommen (4): 274.585 Dinar

1) Zahlen von 1990. 2) Über 10 Jahre (Zahlen von 1981). 3) Zahlen von 1989. 4) Zahlen von 1988 (zu diesem Zeitpunkt entsprach eine Mark etwa 750 Dinar)

38. Zur Lage in Kosovo. Interview mit einem Mitglied der Demokratischen Liga Kosovos

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:07

Wir hatten Gelegenheit, Agim Rashani aus dem Kosovo über die Lage in seinem Land zu befragen. Agim Rashani war seit 1989 (seit der Gründung) eingeschriebenes Mitglied der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK). Zwei Monate später begann er zusammen mit anderen Parteimitgliedern, eine Parteijugendorganisation, das Jugendforum, innerhalb der Liga aufzubauen. Er wurde Mitglied im Präsidium des Jugendforums und auf dem ersten Kongreß wiedergewählt. Er bekam Schwierigkeiten mit der Geheimpolizei und arbeitete längere Zeit im Untergrund, später mußte er aus dem Kosovo flüchten. Agim Rashani hat kürzlich Asyl in der Bundesrepublik erhalten. Agim Rashani begann mit einer Schilderung der aktuellen Lage im Kosovo.

In Kosova leben über 2 Mio. Menschen; davon sind 90% Albaner. Außerdem gibt es dort Serben, Montenegriner und einen kleinen Prozentsatz Türken und Roma. In den letzten drei Jahren haben sehr viele Albaner aufgrund der Repression Kosova verlassen. Niemand kennt die exakte Zahl, Schätzungen gehen von über 200.000 Flüchtlingen aus. Meist sind es junge Leute, die vor der Armee und aus anderen politischen Gründen flüchten.

Kosova wurde 1912 von Serbien besetzt. Bis heute haben die Albaner es nicht aufgegeben, um ihre Freiheit zu kämpfen, sie kämpften vor dem 2. Weltkrieg dafür und kämpfen heute dafür. In der Vergangenheit, unter dem kommunistischen Regime in Serbien, war es zu schwierig, politische Aktionen zu unternehmen. 1981, nach den großen Aktionen und Demonstrationen in Pristina änderte sich die Situation. Es wurden starke illegale Organisationen gebildet, und es gab politische Aktivitäten bis heute. Es existierten schon vor 1981 Organisationen, aber sie waren zu klein und schwach, um solche Aktivitäten organisieren zu können. 1989 bildeten diese Organisationen gemeinsam die erste demokratische Liga Kosovas. Nach wie vor ist es illegal, solche Organisationen zu bilden. Heute hat die Liga, die keine Partei in hiesigem Sinne sondern eine gemeinsame Bewegung ist, die Unterstützung der meisten Albaner in Kosova.

Kannst Du die politischen Ziele der LDK beschreiben?

Das Ziel der Liga ist es, die Freiheit Kosovas zu erreichen. Es wurde eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Gruppen organisiert, so daß kein Schritt, keine Aktion heute allein unternommen wird, obwohl die LDK die stärkste Partei ist. Bis jetzt war es die Politik, den Ungehorsam der Albaner gegen die serbische Polizei und den serbischen Staat zu organisieren. Die Politik der Liga und der anderen Parteien ist es, die Freiheit auf friedlichem Wege zu erreichen. Kosova ist ein klassisches besetztes Land. Bis 1912 gehörten das heutige Albanien und die anderen albanischen Teile wie das heutige Kosova - allerdings unter osmanischer Herrschaft - zusammen. Nach dem Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft im bulgarischen Krieg 1911/12 wurde die albanische Nation geteilt. Die Hälfte der Nation fiel unter griechische, serbische und montenegrinische Herrschaft, die andere Hälfte ist der heutige Staat Albanien. Seit 1918, seit der Bildung des Staates Jugoslawien, steht Kosova unter der Herrschaft dieses Staates und das ist der Grund, warum wir erklären, wir sind ein besetztes Land.

Ihr sprecht von einer einheitlichen Nation, obwohl es in der Vergangenheit doch eine sehr unterschiedliche Geschichte und Lebensweise gegeben hat. Nach 1974 gab es in Jugoslawien eine autonome Teilrepublik. Wieso geht ihr von einer einheitlichen albanischen Nation aus, die einen gemeinsamen Staat bilden soll?

Die albanische Bevölkerung ist über 80 Jahre lang geteilt gewesen und hat in der Tat eine sehr unterschiedliche Geschichte hinter sich. Albanien war ein verschlafener Staat. Aber mittels Rundfunk, Büchern und anderen Mitteln wurde der Gedanke an eine gemeinsame Kultur und einen gemeinsamen Staat wachgehalten. Wir haben eine unterschiedliche Geschichte, aber aktuell eine gemeinsame kulturelle und nationale Entwicklung. 1972 bereits wurde in Tirana ein Kongreß aller albanischen Sprachwissenschaftler für eine gemeinsame, einheitliche albanische Sprache abgehalten.

Wie sieht es heute in Kosovo aus? Gibt es noch eine albanische Beteiligung an der Herrschaft, in der Polizei?

Insbesondere nach 1975 hatte das Kosovo gewisse Autonomie-Rechte, es war nahezu eine eigene Teilrepublik in der jugoslawischen Föderation. Es gab eigene staatliche Organisationen und eine eigene Polizei. Die große Mehrheit der Polizei stellten Albaner. Nach 1981, nach den großen Demonstrationen wurde die albanische Polizei unterdrückt, für alle wichtigen Dinge gab Belgrad die Order. Nach 1991 wurden nahezu alle albanischen Polizisten gefeuert. Mehr als 5.000 Albaner wurde in dieser Zeit interniert. Heute gibt es nur noch eine serbische Polizei.

Wie sieht es mit der sozialen Lage im Kosovo aus?

Mit der sozialen Lage sieht es sehr schlecht aus. Die Mehrheit der Albaner hat ihren Arbeitsplatz verloren. Die meisten benötigen zum Leben die Unterstützung von außerhalb, meist Hilfen von Albanern, die in Westeuropa Arbeit gefunden haben. Alle Albaner, auch die, die in anderen Ländern leben, müssen 3% Steuern an unsere albanische Regierung bezahlen. Von diesen Zahlungen werden die politischen Aktivitäten und das albanische Schulwesen finanziert. Daneben wird Hilfe für Familien in Kosova geleistet, die kein eigenes Einkommen besitzen.

Wie sieht die Zukunftsplanung der LDK für einen eigenen Staat aus? Wie soll das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten geregelt werden?

Wir haben uns zu einem eigenen Staat Kosova erklärt. Dieser Staat und unser zukünftiger Staat soll ein Staat derjenigen Bürger sein, die dort leben: der Albaner und auch der Serben, der Montenegriner und aller anderen. Das ist eine Möglichkeit, in Frieden und Harmonie miteinander zusammenzuleben. Bisher wurde die Gemeinschaft von anderen diktiert, nach 1918 wurde Kosova von den Serben kolonisiert, sie behielten die wichtigsten Posten, beherrschten die lokalen Organisationen, sie kommandierten die Polizei, obwohl sie nur eine kleine Zahl ausmachen und nirgends die Mehrheit besitzen. Und das war der Grund, warum Serben und Albanier nicht in Frieden miteinander leben konnten. Nur nach 1975 bis 1981, zur Zeit der Autonomie Kosovas, gab es eine Phase des friedlichen Zusammenlebens.

Wie sieht es mit den Rechten der Frauen aus?

Natürlich gehen wir von der Gleichberechtigung von Mann und Frau aus. Es gibt sehr viele organisierte Frauen in der LDK und die Frauen sind außerdem innerhalb der LDK in der demokratischen Frauenliga organisiert. Neben einem Jugendforum gibt es ein Frauenforum in der LDK. Diese besondere Organisierung der Frauen soll sich der besonderen Probleme der Frauen annehmen, um sie bewältigen zu können.

Gibt es Kräfte, z.B. islamisch-traditionelle, die diese Gleichberechtigung nicht wollen?

Es gibt in Kosova keine organisierten Gruppen, die solche Positionen vertreten.

Warum sind der Deiner Meinung nach die ethnischen Konflikte auf dem Balkan so angewachsen? Und welche Zukunft haben Deiner Meinung nach Nationalstaaten, die auf der Basis eines ethnischen Nationalismus basieren?

Wir denken, daß die ethnischen Konflikte, die in Jugoslawien und auf dem gesamten Balkan existieren, ein Ergebnis der ungelösten Nationalitäten-Frage der Vergangenheit sind. 1878 wurde auf dem Berliner Kongreß ein Teil der albanischen Nation abgetrennt, 1913 wurde die Hälfte der albanischen Nation besetzt. Und nach der Bildung Jugoslawiens wurden die Albanier unter serbische Herrschaft gestellt.

Wie sieht die Zukunft für das Kosovo aus? Wie stark ist die Gefahr eines Krieges?

Wir haben uns zu einem unabhängigen Staat erklärt. Dieser Staat hat ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung und einen Präsidenten. Dieser Staat wurde - so können wir sagen - in freien Wahlen im letzten Jahr gebildet. Und wir werden nicht aufgeben, wir werden weiter machen, bis wir unsere Freiheit erreicht und unseren Staat befreit haben. Wir haben unseren Kampf bisher mit friedlichen Mitteln geführt. Auch in anderen Teilen Jugoslawiens hat man zuerst friedliche Mittel angewendet und als die nichts bewirkten, hat man die Mittel, die man besaß, benutzt und man besaß mehr Mittel, als wir sie aktuell besitzen. Sie hatten ihren eigenen Staat und ihre eigene Armee und sie begannen zu kämpfen, d.h. sie begannen, sich zu verteidigen. Die jugoslawische Armee war nicht bereit, die Unabhängigkeit hinzunehmen und so begannen sie, um ihre Freiheit zu kämpfen. Slowenien erreichte sein Ziel und Kroatien teilweise. In Kosova hatten wir bislang solche

Mittel nicht, und das ist der Hauptgrund, warum wir uns bisher hauptsächlich auf das Mittel des friedlichen Widerstands gestützt haben.

Es gibt Stimmen in Kosova, die sagen, daß uns diese Mittel bislang nichts gebracht hätten, und es so aussehe, als gäben wir auf. Sie schlagen vor, einen aktiven Widerstand zu leisten. Dabei geht es nicht um militärische Aktionen, sondern stärkere Aktivitäten, Massendemonstrationen, Streiks und andere Methoden des Ungehorsams gegen den serbischen Staat. Solche Aktionen wurden vor einigen Wochen von Kulturschaffenden in Kosova unternommen. 150 Zeitungsmitarbeiter machten einen Hungerstreik. Adem Demaqi (vom europäischen Parlament zum Sacharow-Preisträger erklärt) hat elf Tage lang einen Hungerstreik durchgeführt. Ich denke, daß dies gut ist, denn wir können nicht stillhalten und abwarten, was in Kosova passieren wird. Wir müssen Aktivitäten entfalten.

Es gibt auch Stimmen, die eine militärische Organisierung fordern, die Beschaffung von Waffen, um die Bevölkerung vor eventuellen Massakern durch die serbische Armee schützen zu können. Aber bisher ist es bei friedlichen Aktivitäten geblieben.

Wie sieht es mit der internationalen Unterstützung für ein unabhängiges Kosova aus? Wie sähe es mit der Unterstützung im Kriegsfalle aus?

Bisher hat nur der Staat Albanien und kein anderer die Republik Kosova anerkannt. Einige Staaten haben erklärt, sie würden Autonomie-Rechte, aber nicht die Lostrennung Kosovas von Serbien unterstützen, es sei denn, Rest-Jugoslawien würde versuchen, seine Grenzen zu ändern. Erstmals in den letzten Tagen hat Bill Clinton erklärt, er könne sich Grenzänderungen in Bosnien-Herzegowina mit Zustimmung aller Beteiligten vorstellen. Wir müssen auf diplomatischen Wege klären, was das für Kosova heißt.

Bisher hat sich die internationale Unterstützung auf Fragen der Menschenrechte beschränkt, aber das bewirkt nichts. Wir müssen erreichen, daß auch unsere nationalen Rechte anerkannt werden.

Wir danken für das Interview!

39. Der erste jugoslawische Staat und sein Ende im Zweiten Weltkrieg

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:34

Am 1. Dezember 1918, wenige Wochen nach Ende des 1. Weltkriegs, wurde durch eine Deklaration des serbischen Monarchen Peter I. das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet. Seit Oktober 1929 führte der Staat den Namen Jugoslawien. Formalrechtlich war das SHS-Königreich (so abgekürzt nach den slawischen Initialen der drei staatstragenden Völker) ein Zusammenschluß des seit 1878 voll unabhängigen Serbiens mit den Gebieten, die bis Kriegsende dem österreichisch-ungarischen Reich unterstanden hatten - in erster Linie also Slowenien und Kroatien. Noch kurz vor der Gründung des einheitlichen Staates hatten Montenegro (ebenfalls schon seit 1878 unabhängig) und die Serben der Vojvodina (bis Kriegsende Teil von Österreich-Ungarn) ihren direkten Anschluß an Serbien erklärt.

Der Name des neuen Königreichs drückte aus, daß es sich, trotz Kontinuität der alten Belgrader Dynastie, um mehr handeln sollte als um den Anschluß zusätzlicher Gebiete an den bestehenden serbischen Staat. Dem Anspruch nach sollte ein freundschaftliches und gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den drei im Staatsnamen genannten Völkern bestehen, die nach "Sprache und Blut" als Engverwandte innerhalb der größeren nationalen Gruppe der Süd-(jugo-)Slawen galten. Der Staatsname drückte aber auch aus, welche Bevölkerungsgruppen von vornherein als minderberechtigt, nicht staatstragend oder gar nicht eigenständig, definiert wurden. So die Bewohner Makedoniens (seit den Balkankriegen 1912-13 Teil Serbiens), die Albaner des Kosovo (ebenfalls seit 1912-13 serbisch), die Muslime Bosniens und die Ungarn der Vojvodina. Beispielsweise war es üblich, die Makedonen, unter denen es eine militante separatistische Bewegung gab, als "Südserben" zu bezeichnen. Die Muslime galten je nach Standpunkt der Betrachter entweder als religiös entartete Kroaten oder als zwangsislamisierte Serben.

Nation im Schnellkurs

Die Idee des "Jugoslawismus" oder ursprünglich "Illyrismus" (nach einem alten Volks- und Landschaftsnamen aus der Römerzeit) war im 19. Jahrhundert unter kroatischen und serbischen Intellektuellen entstanden, als überall in Europa der nationalistische Trend vorherrschte, "gleiches Blut" müsse unter dem Dach einheitlicher Staaten versammelt werden. Sachlich gab es dafür wenig Voraussetzungen, weil die Südslawen niemals in der Geschichte ein gemeinsames Reich gebildet hatten, sondern sich schon seit ihrer Einwanderung auf den Balkan vor mehr als Tausend Jahren auseinanderentwickelt hatten. Das Gebiet Jugoslawiens hatte sich auch nie zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Verkehrsraum entwickeln können. Sowohl Österreich-Ungarn wie auch das Osmanische Reich hatten in ihren jeweiligen Imperien nur einen schwachen Zentralismus ausgeübt und daher zwangsläufig viel Raum für regionale Sonderentwicklungen lassen müssen.

Mit der Gründung des SHS-Königreichs wurde versucht, innerhalb weniger Jahre einen nachholenden Prozeß der Bildung zur Nation zu vollziehen, der in England oder Frankreich mehrere Jahrhunderte gedauert hatte. Selbst die Nachzügler Deutschland und Italien hatten für den Zusammenschluß zum nationalen Einheitsstaat zumindest mehrere Jahrzehnte gebraucht, wobei der Kampf um die Hegemonie auch mit militärischen Mitteln ausgetragen worden war.

Im SHS-Königreich machten die Serben fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus. Das Königshaus war serbisch, die Armeeführung war serbisch, der zentrale Verwaltungsapparat war überwiegend serbisch. Es konnte ja auch gar nicht anders sein, da nur Serbien, das schon seit Jahrzehnten ein unabhängiger Staat war, administrative, militärische usw. Strukturen besaß, die über die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung hinausreichten. Kraft dieses Vorsprungs war Serbien auch in der Lage, die Einnahmen des Staates, zu denen Kroatien und Slowenien schon damals überdurchschnittlich beitrugen, im Interesse seiner eigenen wirtschaftlichen Entwicklung umzuverteilen. Auf der anderen Seite hatten die bürgerlichen und intellektuellen Schichten der Kroaten und Slowenen aus der langen Zeit der Abhängigkeit von Ungarn und Österreich eine starke Tradition des Kampfs gegen die Zumutungen einer Zentralmacht mitgebracht.

So waren heftige innere Widersprüche des neuen Staates vorprogrammiert. Es gab auf Seiten beider Hauptgruppen, der Serben und der Kroaten, auch viele Ideologen und Politiker, die - mit der jeweils eigenen

nationalistischen Sichtweise - ganz ernsthaft und pseudo-wissenschaftlich die These vertraten, beide Völker seien in ihrer Geschichte, Kultur und "Mentalität" so grundverschieden, daß sie unmöglich in einem Staat zusammenleben könnten. Einige serbische Nationalisten sahen das Aufgehen ihres im "Freiheitskampf gegen das türkische Joch" entstandenen traditionsreichen Staates in einem neuen Völkerrechtssubjekt, in dem die serbische Hegemonie keine von vornherein ausgemachte Sache war, mit sehr gemischten Gefühlen. Auf kroatischer Seite hatten die Verfechter eines eigenen Nationalstaats nur vorübergehend den kürzeren gezogen.

Tatsächlich sprachen gerade aus national-kroatischer Sicht 1918 mehrere Punkte für eine enge Verbindung mit dem militärisch und außenpolitisch stärkeren Serbien: Kroatien allein hatte, was den Kriegsausgang und die Folgen anging, bestenfalls einen zweifelhaften Status. Kroatische (und slowenische) Soldaten und Offiziere - als später prominentester unter ihnen: Tito - hatten gezwungenermaßen in der österreichisch-ungarischen Armee mitgekämpft. Erst der Zusammenschluß mit Serbien befreite Kroatien definitiv von dem Risiko, von den westlichen Großmächten als Kriegsverlierer behandelt zu werden. Ja, es verhalf ihnen im größeren südslawischen Kontext sogar zur Teilhabe am Status einer Siegermacht. Von Bedeutung war das vor allem in der Auseinandersetzung mit Italien, dem 1915 als Belohnung für seinen Kriegseintritt an der Seite Frankreichs und Englands große Teile Kroatiens versprochen worden waren. Im Endeffekt konnte Italien als Kriegsbeute immer noch Istrien samt dem Hafen von Rijeka (ital. Fiume), die Küstenstadt Zadar (Zara), sowie ein paar Inseln behalten, aber das von Italien insgesamt beanspruchte Dalmatien blieb beim SHS-Königreich.

Wie in allen Teilen Jugoslawiens war damals auch in Kroatien die Wirtschaft fast ausschließlich agrarisch, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ländlich-bäuerlich. 79 Prozent lebten von der Landwirtschaft, nur 4,5 Prozent von Handwerk und Industrie. Die Bauernpartei war mit großem Abstand die Hauptpartei Kroatiens in der gesamten Zeit von der Staatsgründung 1918 bis zur Zerschlagung Jugoslawiens durch die deutsche Armee 1941. Die Politik der Bauernpartei schwankte immer wieder zwischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Belgrad - verbunden mit Bemühungen um eine föderative Reform der Staatsstrukturen -, wechselnd mit militantem Separatismus und Boykott der zentralen Institutionen. Wie unbestimmt und wechselhaft die Partei auch in ihrer sonstigen Orientierung war, ist daran zu sehen, daß sie 1924 der Moskauer Bauerninternationale beitrat, Ende der dreißiger Jahre sich aber teilweise der faschistoiden Rechtspartei (Ustascha) annäherte.

Was bitte ist ein Sporazum?

Ein entscheidender Bruchpunkt in der Entwicklung des ersten jugoslawischen Staates war die Erschießung der Brüder Radic, Führer der Kroatischen Bauernpartei, durch einen serbischen Abgeordneten im Parlament am 20. Juni 1928. Die Bauernpartei verlangte nunmehr einen selbständigen, nur durch eine Personalunion an der Spitze mit Belgrad verbundenen Status. Sie boykottierte das Parlament und lehnte überhaupt jede Zusammenarbeit mit Vertretern Belgrads und der Regierungsparteien ab.

Um der Staatskrise Herr zu werden, verkündete der König Anfang Januar 1929 seine persönliche Diktatur. Das Parlament und kurz darauf auch die Parteien und die Gewerkschaften wurden aufgelöst, die Verfassung suspendiert. Im Oktober 1929 wurde der Staat verwaltungsmäßig neu geordnet und erhielt den Namen Jugoslawien. Dies, ebenso wie die Festlegung völlig neuer Bezirke, zielte auf eine noch stärkere Zentralisierung des Staates. Alle Symbole der Einzelvölker wurden abgeschafft oder verboten.

Auch als dann Anfang der dreißiger Jahre die Diktatur etwas gelockert wurde und wieder Vereine legal gegründet werden konnten, blieben solche mit religiösem oder nationalem Hintergrund verboten. Auf diese Weise wurde versucht, mit Notstandsmaßnahmen und Gewalt ein jugoslawisches Staatsvolk im Eilverfahren zu produzieren. Um die Vorherrschaft der Regionalparteien zu brechen, wurde im Juli 1933 eine "Jugoslawische Staatspartei" aus der Taufe gehoben, die aber nur aufgrund autoritär regulierter und verfälschter Wahlen regieren konnte. Nicht besser war es mit der "Jugoslawischen Radikalen Union", die etwas später die Nachfolge der Staatspartei antrat.

Die Verschärfung der außenpolitischen Situation vor allem durch den Kriegskurs des Deutschen Reichs führte ab Anfang 1939 zu einem versöhnlicheren und kompromißbereiten Kurs Belgrads gegenüber Kroatien, offenbar auch aufgrund der Empfehlungen und des Drucks von Seiten Frankreichs und Englands. Am 26. August 1939, wenige Tage vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, wurde zwischen der Belgrader Regierung Cvetkovic und dem Führer der Kroatischen Bauernpartei, Macek, das "Sporazum" (= Verständigung,

Abkommen) vereinbart. Es sah als Hauptpunkt die Bildung einer weitgehend autonomen kroatischen Verwaltungseinheit vor, zu der auch Teile von Nord- und Zentralbosnien sowie der Hercegovina gehörten. Fünf kroatische Minister wurden in die Zentralregierung aufgenommen; Macek wurde Stellvertretender Ministerpräsident. Außerdem sollten auf repräsentativere Weise als bisher Neuwahlen stattfinden, zu denen es jedoch bis zum Untergang des jugoslawischen Staates nicht mehr kam.

Bei beiden nationalen Hauptgruppen hinterließ dieser Kompromiß Unzufriedenheit. Vor allem große Teile der Serben in Kroatien fühlten sich von Belgrad "verraten und verkauft"; sie forderten eine direkte Verbindung mit Serbien. Umgekehrt sahen Teile der Kroatischen Bauernpartei Macek als "Verräter an den nationalen Interessen" an, mit dem Ergebnis, daß der Einfluß der faschistoiden Ustascha-Kreise auf den rechten Flügel der Partei wuchs. Auch aus Sicht der Befürworter eines zentralisierten Einheitsstaates mußte man wohl zur Schlußfolgerung kommen, daß ein sehr hoher Preis gezahlt worden war: Kroatien hatte einen Sonderstatus erlangt, der in Jugoslawien einmalig war und Nachahmer geradezu provozieren mußte.

Zunehmende Abhängigkeit von Deutschland

Außenpolitisch war der jugoslawische Staat zunächst Teil des von Frankreich inspirierten Bündnissystems, das in erster Linie ein Wiedererstarken des deutschen Imperialismus hemmen sollte. Durch die "Kleine Entente" war Belgrad mit der Tschechoslowakei und Rumänien verbunden. Gemeinsames Hauptinteresse dieser drei Staaten war allerdings zunächst nicht Blockbildung gegen Deutschland (das in den zwanziger Jahren von ihnen nicht als große Bedrohung gesehen wurde), sondern Abwehr einer habsburgischen Restauration in Österreich und revanchistischer Ambitionen Ungarns. (Alle drei Länder hatten große ungarische Minderheiten.) Der Regierungsantritt der NS-Partei in Deutschland führte zunächst dazu, daß sich die Zusammenarbeit im Rahmen der "Kleinen Entente" festigte, auch auf militärischem Gebiet.

Andererseits nahm der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in Jugoslawien während der dreißiger Jahre entscheidend zu. So stieg der deutsche Anteil an Jugoslawiens Importen von knapp 14 Prozent 1934 bis 1940 auf 53,7 Prozent. Außerdem gingen 36 Prozent der jugoslawischen Exporte nach Deutschland, während es 1934 nur 15,4 Prozent gewesen waren. Besonders wichtig für das Agrarland Jugoslawien war, daß Deutschland fast zwei Drittel seiner landwirtschaftlichen Exporte abnahm. Seit Ende der dreißiger Jahre war das Deutsche Reich mit Abstand Jugoslawiens wichtigster Handelspartner, woraus sich auch ein zunehmendes Abhängigkeitsverhältnis ergab.

Außenpolitisch war die Belgrader Regierung seit etwa 1938 um eine Entspannung der Beziehungen zu Deutschland und Italien bemüht. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei zwischen Herbst 1938 und Frühjahr 1939 brach nicht nur den stärksten Partner aus der "Kleinen Entente" heraus, sondern ließ auch in vielen der kleineren und mittelgroßen Staaten Zweifel an den Aussichten einer Konfrontationspolitik gegen die nazistisch-faschistischen Allianz wachsen. Die Unfähigkeit oder der Unwille Frankreichs und Englands, wirkungsvoll für die Tschechoslowakei Partei zu ergreifen, warf grundsätzlich die Frage auf, welcher Schutz eigentlich noch im Fall einer deutschen Aggression von ihnen zu erwarten wäre.

Der Kriegsverlauf (der schnelle Untergang Polens, die militärische Niederlage Frankreich im Frühjahr 1940) ließ Länder wie Ungarn und Bulgarien, die sich bis dahin noch knapp bedeckt gehalten hatten, offen an die Seite des "Dreierpakts" Deutschland-Italien-Japan treten. Staaten wie Rumänien, die noch einige Jahre vorher Bestandteil des westlichen Bündnissystems gewesen waren, orientierten sich rasch entsprechend den neuen Kräfteverhältnissen um.

Auch Jugoslawien war in dieser Phase des Krieges heftigem Druck ausgesetzt, sich der nazistisch-faschistischen Allianz anzuschließen. Am 25. März 1941 unterzeichnete schließlich die Regierung Cvetkovic-Macek den Beitritt zum "Dreierpakt", nachdem Ungarn, Rumänien und die Slowakei diesen Schritt im November 1940 und Bulgarien am 1. März 1941 getan hatten. Zuvor hatte die deutsche Seite den jugoslawischen Vorbehalt akzeptiert, von den sich aus dem Pakt eigentlich ergebenden militärischen Verpflichtungen freigestellt zu werden.

Hauptmotiv Belgrads für den Beitritt war die Befürchtung, anderenfalls sehr schnell und total isoliert einem Angriff Italiens (das seit Herbst 1940 schon Krieg gegen Griechenland führte) und vielleicht auch Deutschlands gegenüberzustehen. Doch war die konkrete Schlußfolgerung aus dieser allgemein geteilten Einschätzung der Lage in den herrschenden Kreisen Jugoslawiens so umstritten, daß knapp zwei Tage später, in der Nacht zum

27. März 1941, Teile der militärischen Führung putschten und die Regierung samt dem König für abgesetzt erklärten.

Am 5. April schloß die neue Regierung einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, die zu dieser Zeit noch einen ebensolchen Vertrag mit Deutschland hatte. Nach Lage der Dinge war klar, daß das sowjetisch-jugoslawische Abkommen von deutscher Seite als "unfreundliche Geste" interpretiert werden würde und daß es auch weltweit als Signal einer (vorsichtigen) Umorientierung Moskaus verstanden wurde. Die deutsche Führung plante seit Dezember 1940 konkret den Überfall auf die UdSSR, was in Moskau selbstverständlich nicht unbemerkt geblieben war. (Die These, Stalin habe mit dem deutschen Überfall nicht gerechnet, kann sich nur auf den Zeitpunkt, also Sommer 1941, beziehen; darüber, daß Deutschland angreifen würde, machte sich Stalin keine Illusionen.)

Die neue Belgrader Regierung gab in Berlin und Rom sofort das Versprechen ab, an ihrer außenpolitischen Orientierung werde sich nichts ändern. Der Beitritt zum "Dreierpakt" solle zwar nicht ratifiziert, aber auch nicht aufgekündigt werden. Dennoch entschied Hitler, auf jeden Fall den jugoslawischen Staat anzugreifen und zu zerschlagen. Ohnehin war für Anfang April 1941 ein deutscher Überfall auf Griechenland seit längerem geplant und vorbereitet. Nun wurde diese Planung kurzfristig auch auf Jugoslawien ausgeweitet. Am 6. April begann der deutsche Angriff, unterstützt durch Vorstöße aus Italien und Ungarn. Am 17. April unterzeichnete der jugoslawische Oberbefehlshaber die bedingungslose Kapitulation.

Zerstückelung Jugoslawiens

Der besiegte Staat wurde folgendermaßen aufgeteilt:

Slowenien

wurde zu etwa einem Drittel von Italien und zu zwei Dritteln von Deutschland annektiert. Zunächst war geplant, das Gebiet direkt ans Großdeutsche Reich anzuschließen, doch wurde diese Entscheidung zweimal verschoben und dann nicht weiterverfolgt. Indirekt fand ein Anschluß aber dadurch statt, daß das besetzte Slowenien je zur Hälfte den angrenzenden Verwaltungseinheiten Kärnten und Steiermark unterstellt wurde.

Hitler hatte die Devise ausgegeben, "dieses Land wieder deutsch zu machen", offenbar unter Bezug darauf, daß es schon vor 1000 Jahren zum Deutschen Reich gehört hatte, was aber beispielsweise auch für Nord- und Mittelitalien hätte gesagt werden können. Ethnisch war Slowenien niemals deutsch, sondern im Gegenteil waren Teile Südkärntens und der Steiermark slawisch besiedelt gewesen.

"Dieses Land wieder deutsch zu machen" hieß in der Sprache deutscher Beamter auch: "In fünf Jahren wird es hier keine Slowenen mehr geben." Dafür gab es drei Methoden: Zwangsweise "Eindeutschung" der Bewohner, unter anderem in der Weise, daß nur noch deutsch gesprochen werden sollte; Ansiedlung deutscher Kolonisten; Vertreibung und Zwangsumsiedlung. Geplant war, fast ein Drittel der Bevölkerung (220.000-260.000 Menschen) nach Kroatien abzuschieben, wobei vor allem Intellektuelle, "feindselige Elemente", "politisch Unzuverlässige" und Bewohner bestimmter Zonen vorgesehen waren. Die Listen der zu Vertreibenden waren teilweise von den Verbänden der "Volksdeutschen", also der deutschen Minderheit in Slowenien, aufgestellt worden.

Tatsächlich blieb die Realität hinter den Plänen zurück: Bis Kriegsende wurden nach jugoslawischer Schätzung "nur" 63.000 Slowenen deportiert, und etwa 17.000 weitere flüchteten vor dem Nazi-Terror. Nur etwa 16.000 Deutsche, meist aus dem von Italien besetzten Teil Sloweniens stammend, konnten neu angesiedelt werden.

Kroatien

wurde dem Namen nach ein unabhängiger Staat, der außer Kroatien selbst auch das gesamte Gebiet von Bosnien und Hercegovina umfaßte. In den deutsch-italienischen Absprachen hatte Hitler zunächst verkündet, er sei an Jugoslawien absolut uninteressiert und respektiere dort die Vorherrschaft Italiens, mit der einzigen Ausnahme Sloweniens. Demnach war die italienische Regierung davon ausgegangen, daß Kroatien uneingeschränkt ihr Vasallenstaat werden würde. Doch setzte die deutsche Regierung dann die Teilung Kroatiens in zwei Besatzungszonen durch, wobei der größere Teil (mit Zagreb, Banja Luka und Sarajevo,

sowie mit den meisten Industriegebieten und Bodenschätzen) unter deutsche Kontrolle kam. Als "Kompensation" durfte Italien den größten Teil der dalmatinischen Küste annektieren.

Das faschistische Ustascha-Regime, das in Kroatien in weitgehender Abhängigkeit von den beiden Besatzungsmächten "herrschte", war erst nach dem Einmarsch von diesen eingesetzt worden. In Jugoslawien selbst schon seit Ende der zwanziger Jahre illegalisiert, waren die Ustaschi bis zum Krieg eine zahlenmäßig nicht sehr bedeutende Exilorganisation gewesen, die in erster Linie von Italien beherbergt und unterstützt wurde. Die deutsche Regierung hatte bis 1941 den Versuch favorisiert, ein einheitliches Jugoslawien unter ihre Kontrolle zu bringen, statt auf die Unterstützung der Separatisten zu setzen.

Im Gegensatz zu der geringen Zahl ihrer Exilmitglieder - Schätzungen sprechen von insgesamt 2000, jedenfalls weit weniger als 10.000 - hatte die Ustascha in den letzten Vorkriegsjahren in Kroatien Fuß fassen können, indem sie planmäßig in der Bauernpartei und anderen Organisationen arbeitete und zunehmend Einfluß in nationalistischen und separatistischen Kreisen gewinnen konnte. Aus zeitgenössischen Berichten geht hervor, daß die Proklamation des unabhängigen Staates in der kroatischen Bevölkerung breite Zustimmung fand, die zwar nicht unbedingt der Ustascha galt, aber von dieser doch auch nicht einfach zu trennen war.

Indessen begann mit der Unterordnung der Ustascha unter die Besatzungsmächte, insbesondere mit der Abtretung großer Teile Dalmatiens, auch schon die Frustration nationalistischer Sektoren, die anfangs das neue Regime begrüßt hatten. In kurzer Zeit hatte die Ustascha fast alle Bevölkerungsschichten so gegen sich aufgebracht, daß ein Arbeitspapier des deutschen Generalobersten Löhr (Leiter des Wehrmachtkommandos für Südosteuropa) im Februar 1943 konstatierte: "Die tatsächliche Herrschaftsgewalt der Regierung besteht heute jedoch nur noch innerhalb der Mauern der Landeshauptstadt (...) Terrormaßnahmen, Massenverhaftungen, Verurteilungen, Ermordungen (...) führten zu einer Rechtsunsicherheit, Rechtlosigkeit und in weiten Teilen des Landes durch das Treiben der Banden zu chaotischen Verhältnissen. (...) Durch die Willkürherrschaft der Ustaschen (...) und die Unfähigkeit in der Bekämpfung der Banden hat das kroatische Volk das Vertrauen zur Ustascha-Bewegung und zur Regierung verloren. In der Masse der Bevölkerung besteht ein nicht mehr auszulöschender Haß gegen diese Bewegung."

Bekanntlich ging das Ustascha-Regime schon bald nach seiner Einsetzung im April 1941 mit völkermörderischem Terror gegen die serbische Bevölkerung vor, mit dem klaren Ziel, in allen Gebieten des Staates, wo Serben die Mehrheit waren, die Bevölkerungsverhältnisse radikal zu verändern. Neben Massenmord als extreme Methode wurden auch Vertreibung, Einsperrung in Konzentrationslager und Zwangs"bekehrung" zum Katholizismus betrieben. Löhr sprach in der eben zitierten Denkschrift von 400.000 ermordeten Serben.

Es lassen sich viele deutsche Berichte zitieren, in denen der Ustascha-Terror gegen die Serben in schärfsten Worten kritisiert wurde. Typisch ist ein Referat von Heinrich Himmler (Februar 1942), in dem er die "Greueltaten" der Ustascha gegen die Serben als "wichtigste Ursache für das Aufflammen der Bandentätigkeit", also für den breiten Zustrom zu den Partisanenverbänden, bezeichnete.

Zu interpretieren, daß solche Äußerungen reine Heuchelei waren, weil der Ustascha-Terror nur mit deutscher Zustimmung möglich gewesen sei, wäre zu kurz gegriffen. In weiten Teilen Jugoslawiens war die Kontrolle der Besatzungsmächte tatsächlich äußerst schwach oder überhaupt nicht vorhanden. Eher sind Kritiken wie die eben zitierte als Ausdruck der Schizophrenie und der Schwankungen in der deutschen Politik zu begreifen. So war es die deutsche Wehrmacht gewesen, die das barbarische Prinzip eingeführt hatte, für einen getöteten Deutschen 100 Jugoslawen zu erschießen oder aufzuhängen, das die Ustascha dann exakt übernahm. Zitat aus einem deutschen Armeebefehl vom 28. April 1941, also zu einem Zeitpunkt, wo es noch kaum Partisanenwiderstand gab: "Tritt in einem Gebiet eine bewaffnete Bande auf, so sind auch die in der Nähe der Bande ergriffenen Männer zu erschießen, sofern nicht sofort einwandfrei festgestellt werden kann, daß sie nicht mit der Bande in Zusammenhang gestanden haben."

Auf der anderen Seite gab es tatsächlich auch immer wieder die Erkenntnis, daß solcher Terror kontraproduktiv wirkte, die Ausübung des Besatzungsregimes letztlich eher erschwerte, der Partisanenbewegung Zulauf verschaffte. Das Ergebnis waren widersprüchliche Richtlinien und häufige Wechsel der hauptsächlich verfolgten Taktik.

Serbien,

ungefähr in den Grenzen, die es vor der Verdoppelung seines Territoriums durch die Balkankriege 1912/13 hatte, wurde unter deutsche Militärverwaltung gestellt. Zugleich wurde ein kollaborationsbereites Regime eingesetzt, dem der General Milan Nedic, ein ehemaliger Kriegsminister Jugoslawiens, vorstand. Das Nedic-Regime verfügte über eine Zivilverwaltung mit beschränkten Kompetenzen und über eine eigene kleine Truppe.

Zweifellos waren die Funktionäre, auf die sich dieses Regime stützte, in ihrer großen Mehrheit keine Faschisten und Freunde des Großdeutschen Reichs, sondern Monarchisten und Konservative. Ihre Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht war an zwei Zielen orientiert: Erstens, "die Serben retten"; das bedeutete, einen Rest staatlicher Existenz und den konservativ-monarchistischen Apparats bis zur erhofften deutschen Niederlage zu bewahren und zu einem möglichst gemäßigten Verlauf der Besatzungszeit (ohne größere Angriffe gegen die Bevölkerung) beizutragen. Zweitens, "den Kommunismus bekämpfen"; das bedeutete, gemeinsam mit der Besatzungsmacht zu verhindern, daß die in erster Linie von der KP geführte Partisanenbewegung in Serbien Fuß fassen konnte.

Die meisten Tschetnik-Verbände unterschieden sich vermutlich weder in der politischen Herkunft und Orientierung noch in der Zielsetzung wesentlich vom Nedic-Regime. Personell durchdrangen sich die beiden Bereiche: Im Verwaltungs- und Sicherheitsapparat des besetzten Serbien gab es zahlreiche heimliche Sympathisanten der Tschetniks, und umgekehrt bei diesen V-Leute des Nedic-Apparats.

In Serbien selbst spielten die Tschetnik-Partisanen militärisch keine große Rolle; ihre Hauptkampfgebiete lagen in anderen mehrheitlich von Serben bewohnten Gebieten (Teile Kroatiens und Bosniens sowie Montenegro). Gründe dafür waren: Ganz allgemein waren die Partisanenbewegungen in Serbien relativ schwach. Das mag an der hohen "Effektivität" der direkten deutschen Militärverwaltung wie auch daran gelegen haben, daß andere Landschaften sehr viel günstigere Bedingungen für diese Kampfform boten. Außerdem vertrat die Tschetnik-Spitze generell die Tendenz, sich mit Aktionen gegen die deutsche Armee zurückzuhalten, weil diese regelmäßig Gegenschläge gegen die Zivilbevölkerung zur Folge hatten. Aus der Logik heraus, Serbien über den Krieg hinwegzuretten und mit dem Nedic-Regime zu diesem Zweck zu kooperieren, wurden größere Kämpfe in Serbien für kontraproduktiv gehalten.

Die einzelnen Tschetnik-Verbände waren weitgehend autonom. Ihre Taktik gegenüber den Besatzungsmächten einerseits, gegenüber den sozialistischen Partisanen andererseits, gegenüber den nicht-serbischen Zivilbevölkerungen usw., war uneinheitlich und unkontinuierlich. Nicht nur bestimmte jeder Kommandant seine Politik selbst, sondern er wechselte diese vielleicht auch noch mehrmals im Lauf der Zeit.

In den Gebieten unter italienischer Besatzung gab es (neben einigen autonomen Gruppen) die sogenannten legalen Tschetniks, die von den Italienern bewaffnet und versorgt wurden. Ihre Funktion war die von Söldnern im Dienst der Besatzungspolitik, vor allem der Kampf gegen die sozialistischen Partisanen. Gelegentlich kombinierten sie das mit Plünderungen und Aktionen gegen kroatische oder muslimische Dörfer. Einige Tschetnik-Verbände praktizierten in erster Linie ethnisch motivierten Massenmord, der sich qualitativ vom Ustascha-Terror kaum unterschied. Oft war, wie auch heute, der Weg von der Selbstverteidigung als bedrohte Volksgruppe zu blutigen Rache-Aktionen und von dort zu ganz unprovozierten Massakern nicht weit.

Nach der Kapitulation Italiens im Sommer 1943 übernahm die Wehrmacht teilweise die "legalen Tschetniks" in eigener Regie. Die deutsche Haltung gegenüber den Tschetniks insgesamt war widersprüchlich und wechselhaft. Ansätze deutscher Militärs vor Ort, sich mit manchen serbischen Einheiten zu arrangieren und sie sich nach italienischem Vorbild dienstbar zu machen, wurden mehrfach von scharfmacherischen Anweisungen Hitlers durchkreuzt. Dann wieder wurde der militärischen Führung doch freie Hand gelassen, und es kam zeitweise in manchen Gebieten zu einem faktischen gegenseitigen Nichtangriffsabkommen zwischen Wehrmacht und Tschetniks, gelegentlich auch zur direkten Zusammenarbeit.

Zur Vervollständigung der Aufteilung Jugoslawiens: Montenegro wurde formal ein von Italien abhängiges Gebilde, das noch nicht einmal den Status eines Satellitenstaates hatte. Faktisch war es aber, aufgrund seiner schwer zugänglichen Landschaften und der langen kämpferischen Tradition seiner Bewohner eine uneinnehmbare Hochburg von Tschetniks und sozialistischen Partisanen. Makedonien wurde zum größten Teil an Bulgarien angegliedert, das Mitglied des nazistisch-faschistischen "Dreierpakts" war. Große Teile der

makedonischen Separatistenbewegung IMRO, die den jugoslawischen Staat militant bekämpft hatte begrüßten nicht nur den Anschluß an Bulgarien, sondern arbeiteten auch mit der deutschen Wehrmacht eng zusammen. Der Westen Makedoniens und das Kosovo wurden Albanien zugeteilt, das seit 1939 staatsrechtlich zu Italien gehörte.

Die vage Vorstellung, im Zweiten Weltkrieg habe "Kroatien" gemeinsam mit dem nazistischen Deutschland gekämpft, hingegen "Serbien" auf der Gegenseite, und das wiederhole sich in der heutigen Konstellation, wird den historischen Tatsachen nicht gerecht. Noch ärger wird der Fehler, wenn "die Kroaten" von damals und heute mit dem Ustascha-Regime identifiziert werden. Weder Kroatien noch Serbien waren, als die deutsche Armee Jugoslawien zerschlug, demokratisch strukturierte Staaten, die ihren Bevölkerungen auch nur annähernd die Informations-, Diskussions- und Teilhabemöglichkeiten einer bürgerlichen Gesellschaft geboten hätten.

Wo Wehrmacht und Waffen-SS in den besetzten Gebieten nach Kollaborateuren suchten, da haben sie überall solche Kräfte gefunden. Aber es hat beispielsweise aus der Tatsache, daß russische Einheiten in den deutschen Streitkräften mitkämpften, noch niemand die Formulierung hergeleitet, Rußland oder "die Russen" hätten sich am Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Nazis beteiligt. Für Jugoslawien jedoch wird ein analoger Trugschluß recht häufig gezogen.

Der größte Teil aller Jugoslawen hat damals aktiv, unterstützend oder wenigstens sympathisierend auf Seiten der sozialistischen Partisanenbewegung gestanden - ohne signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Völkern. Das war die "Geschäftsgrundlage" der sozialistischen Föderation, und es bleibt auch wahr, nachdem der so geschaffene Staat im Kampf seiner Völker untergegangen ist.

Kt.

40. Der Weg zum Bürgerkrieg - Eine Chronologie

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:47

September 1989 Durch Änderung der Republikverfassung beansprucht Slowenien explizit das Recht auf einseitigen Austritt aus dem Bundesstaat. Im Februar 1990 lehnt das Oberste Gericht in Belgrad diesen Anspruch als verfassungswidrig ab: Nur mit Zustimmung aller anderen könne sich eine Republik für unabhängig erklären.

20.-23. Januar 1990 14. Parteitag der jugoslawischen KP (BdKJ). Die slowenischen Delegierten fordern eine programmatische Deklaration, die enthalten soll: Aufgabe des Führungsmonopols der Partei; Zulassung eines Mehrparteien-Systems; Durchführung freier Wahlen; Umgestaltung des BdKJ zu einer lockeren Föderation autonomer Republikparteien. Nach einem Eklat verlassen die Slowenen den Parteitag; die kroatischen Delegierten solidarisieren sich mit ihnen. Am 4. Februar spaltet sich die slowenische Partei vom BdKJ ab. Als Ziel wird formuliert, "den stabilen Übergang von Slowenien und Jugoslawien in einen demokratischen europäischen Staat zu organisieren". Auf einer ZK-Tagung Ende März schließen sich auch die Parteiorganisationen Kroatiens, Makedoniens und Bosnien-Hercegovinas der slowenischen Forderung nach Rücktritt der Parteiführung und Dezentralisierung des BdKJ an. Die Partei hat faktisch aufgehört zu bestehen.

April 1990 Erste freie Wahl in Slowenien. Es siegt ein bürgerliches Parteienbündnis; die KP hat dennoch ein beachtliches Ergebnis, indem sie mit 17 Prozent stärkste Einzelpartei wird und ihr Vorsitzender Kucan zum Präsidenten gewählt wird.

Es folgen Wahlen in Kroatien (April und Anfang Mai), in Bosnien-Hercegovina und Makedonien (November), in Montenegro und Serbien (Dezember). Nur in den beiden letzten Republiken kann sich der BdKJ - in Serbien schon in Sozialistische Partei umbenannt - an der Macht behaupten. Die albanische Bevölkerung des Kosovo boykottiert nahezu vollständig die Wahl in Serbien.

Die Wahlen zum Bundesparlament, die eigentlich 1990 fällig gewesen wären, werden ohne Termin auf 1991 verschoben und finden niemals statt. Es gibt nur noch eine einzige relevante Partei mit gesamtjugoslawischem Anspruch: der von Ministerpräsident Markovic gegründete Bund der Reformkräfte, der insgesamt weniger als 10 Prozent der WählerInnen hinter sich hat und nach den Wahlen jede Bedeutung verliert.

September 1990 Das slowenische Parlament beschließt, alle zentralen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu blockieren, solange die serbische Provinz Kosovo, deren Bewohner zu etwa 90 Prozent AlbanerInnen sind, ihre Autonomie nicht zurückerhalten hat. Der Verteidigungsetat der Republik wird drastisch gekürzt; slowenische Wehrpflichtige sollen ihren Dienst nur noch in der Heimat leisten. Slowenien beansprucht das Kommando über seine Territorialstreitkräfte. Das jugoslawische Verteidigungsministerium erklärt diesen Beschluß für illegal, weil er der Beginn zur Gründung eigener Streitkräfte der Republiken wäre. Der frühere Generalstabschef Mirkovic droht, die Armee werde ein Auseinanderbrechen Jugoslawiens nicht zulassen.

5. Oktober 1990 Jugoslawische Truppen besetzen das Hauptquartier der slowenischen Territorialverteidigung. Der slowenische Verteidigungsminister sagt, das Kommando sei schon mehrere Tage vorher verlegt worden. Falls die Bundesarmee das neue Hauptquartier angreifen sollte, werde Slowenien militärischen Widerstand leisten.

23. Dezember 1990 In einem Referendum entscheiden sich 88,5 Prozent der Slowenen dafür, daß ihre Republik ein selbständiger Staat werden soll. Mit dem Referendum verbindet sich der Auftrag an die slowenische Regierung, innerhalb von sechs Monaten alle noch fehlenden Voraussetzungen für die Eigenstaatlichkeit zu schaffen.

20. Februar 1991 Das slowenische Parlament beschließt die Trennung von Jugoslawien und spricht der Bundesregierung jedes Recht ab, in und für Slowenien Entscheidungen zu treffen.

21. Februar 1991 Das kroatische Parlament verkündet den Vorrang der Republikgesetze vor denen der Föderation. Dem Bundespräsidenten wird untersagt, ohne Zustimmung des kroatischen Parlaments den Ausnahmezustand in der Republik auszurufen.

28. Februar 1991 Die Serben der Region um Knin (Krajina) erklären ihre Unabhängigkeit von Kroatien. Unter Führung von Milan Babic wird eine Regierung der Autonomen Krajina gebildet. Nach Angaben von Babic soll diese zukünftig auch große Teile von Bosnien-Hercegovina umfassen. Das serbische Parlament lehnt im April das Ersuchen der Autonomen Krajina, sich Serbien anschließen zu können, ab. Von März bis Mai kommt es in den Gebieten Kroatiens, die mehrheitlich von Serben bewohnt werden, zu zahlreichen militärischen Zwischenfällen, in die zum Teil die Bundesarmee auf Seite der Serben eingreift. Die kroatischen Behörden verlieren praktisch vollständig die Herrschaft über diese Gebiete. Laut Babic handelt es sich insgesamt um rund 10.000 qkm (ein Fünftel Kroatiens) mit 350.000 Einwohnern, von denen über 90 Prozent Serben seien. (letzteres zweifellos stark übertrieben)

12. und 15. März 1991 Krisensitzungen des Staatspräsidiums. Die Armeeführung fordert die Verhängung des Ausnahmezustands und die Mobilisierung von Reservisten. Nur die Armee sei noch in der Lage, eine politische Neuordnung Jugoslawiens zu ermöglichen. Außerdem fordert die Armeeführung für sich das Recht, selbständig, ohne Kontrolle politischer Instanzen, über den Einsatz von Truppen entscheiden zu dürfen. Das Staatspräsidium lehnt diese Forderungen ab.

Auch die serbischen Vertreter verlangen "außerordentliche Maßnahmen" der Armee, was nur von Montenegro unterstützt wird. Der serbische Parteichef Milosevic greift die Gegner der Verhängung des Ausnahmezustands scharf an und beschuldigt sie der Sabotage und Blockade. Er spricht von der Endphase der Agonie Jugoslawiens und kündigt die Mobilisierung der serbischen Miliztruppen an. Serbien werde die Beschlüsse des Staatspräsidiums nicht mehr anerkennen.

6. Mai 1991 Bei einer Demonstration von 30.000 Menschen in der kroatischen Hafenstadt Split wird ein Soldat getötet. Der jugoslawische Verteidigungsminister Kadijevic fordert die Staatsführung auf, "normale Verhältnisse wiederherzustellen". Anderenfalls werde die Armee selbst dafür sorgen.

19. Mai 1991 Referendum in Kroatien. Mit über 90 Prozent - die serbische Minderheit hatte die Abstimmung boykottiert - wird für die Selbständigkeit und Souveränität votiert. Präsident Tudjman erklärt, die Grundlagen Jugoslawiens seien zerstört und es bleibe nur noch die Option eines Bündnisses souveräner Republiken. Falls bis Ende Juni kein Beschluß über die Umwandlung Jugoslawiens in einen Staatenbund erreicht sei, werde Kroatien seine Unabhängigkeit erklären.

29. und 30. Mai 1991 Der Vorsitzende des Europarats, Santer, und der Vorsitzende der Europäischen Kommission, Delors, besuchen Belgrad, um sich für den Erhalt der staatlichen Einheit einzusetzen. Santer droht, Jugoslawien könne nicht mit einer EG-Assoziierung rechnen, "bis es seine inneren Probleme bewältigt hat".

6. Juni 1991 Nach zahlreichen Krisensitzungen des Staatspräsidiums und der Republikführungen stimmen alle Seiten einem Kompromißvorschlag zu, den Makedonien und Bosnien-Hercegovina ausgearbeitet hatten. Das beschlossene Papier steckt, was die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Republiken und Bundesregierung, Recht der Republiken auf eigene Außen- und Verteidigungspolitik usw. angeht, voller Widersprüche und Ungenauigkeiten. Die EG begrüßt den Kompromiß enthusiastisch. Serbien zieht zwei Tage später seine Zustimmung zurück. Kroatien und Slowenien verständigen sich am 15. Juni darauf, bis spätestens 26. Juni ihre Unabhängigkeit zu erklären.

21. Juni 1991 US-Außenminister Baker besucht Belgrad, um noch einmal vor einseitigen Schritten Sloweniens und Kroatiens zu warnen. Die beiden Republiken könnten nicht mit Anerkennung rechnen. Er verweist auf einen entsprechenden dringenden Appell der KSZE, Jugoslawien als Einheit zu erhalten. Ministerpräsident Markovic kündigt an, daß "alle verfassungsgemäßen Mittel" angewendet würden, um die Abspaltung zu verhindern.

25. Juni 1991 Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens. Die Belgrader Regierung bezeichnet die Erklärungen als illegal und kündigt "Maßnahmen zur Sicherung der Landesgrenzen und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Funktionen" an.

An den folgenden Tagen versucht die Bundesarmee, Slowenien mit militärischer Gewalt unter Kontrolle zu bringen. Nach erfolgreicher Gegenwehr der slowenischen Territorialverteidigung kommt es zu einem

Waffenstillstand. Mitte Juli gibt das jugoslawische Staatspräsidium überraschend die Entscheidung bekannt, die Armee aus Slowenien abzuziehen, was bis Ende Oktober tatsächlich geschieht.

Dafür wird die Bundesarmee immer mehr in Kroatien aktiv, um weitere serbische Gebietsgewinne zu ermöglichen. Auch Orte ohne relevante serbische Bevölkerung, vor allem Dubrovnik und andere Küstenstädte, werden von der Bundesarmee heftig angegriffen. Kroatische Streitkräfte blockieren und beschießen ihrerseits zahlreiche Kasernen der Bundesarmee in der Republik. Die heftigsten Kämpfe finden von September bis Mitte November 1991 statt.

Mitte August 1991 Die Regierung Makedoniens fordert die Entlassung der makedonischen Soldaten aus der Armee, da man einen "Bruderkrieg" ablehne. Der jugoslawische Verteidigungsminister droht an, die Armee werde die Rekrutierung in Makedonien selbst in die Hand nehmen, falls sich die dortige Regierung widersetze.

25. August 1991 Die deutsche Bundesregierung droht mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, falls "die Politik der gewaltsam vollendeten Tatsachen mit Unterstützung der Armee" nicht eingestellt werde. Ähnlich äußert sich Kohl am 4. September in einer Regierungserklärung zur Lage in der UdSSR und Jugoslawien. Andererseits wird immer wieder betont, daß es keinen deutschen "Alleingang" geben werde.

8. September 1991 Referendum in Makedonien über die Unabhängigkeit der Republik. Dreiviertel der Wahlberechtigten stimmen zu; die albanische Volksgruppe (etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung) hatte die Abstimmung boykottiert. - Hunderttausende feiern in der Hauptstadt Skopje das Ergebnis. Im Oktober beginnt der teilweise Rückzug der Bundesarmee aus Makedonien. Im Januar 1992 kündigt die Armeeführung den vollständigen Abzug bis Mitte April an.

19. September 1991 Die Regierung von Bosnien-Hercegovina beschließt, keine Soldaten für die Bundesarmee mehr zu stellen. Das wird am 24. September ergänzt durch das Verlangen, die Bundesarmee solle ohne Genehmigung der Republikregierung keine Waffen oder Soldaten mehr durch die Republik bewegen. Hintergrund dieser Forderung ist, daß Bosnien-Hercegovina seit Juli zum Aufmarschgebiet und logistischen Hinterland der Kriegführung gegen Kroatien geworden ist.

Mitte bis Ende September 1991 Nacheinander erklären alle von Serben bewohnten Regionen Bosnien-Hercegovinas ihre "Autonomie". Es handelt sich insgesamt um mindestens 40 Prozent des Territoriums der Republik.

Ende September 1991 Verboten und massiv von der Polizei behindert führen die Albaner der serbischen Provinz Kosovo ein Referendum durch, mit dem der Status einer eigenständigen Republik gefordert wird. Erwartungsgemäß wird über 90 Prozent Zustimmung gemeldet, doch hat das praktisch keinerlei Konsequenzen. Im Oktober bildet das von Serbien aufgelöste Provinzparlament des Kosovo eine Untergrundregierung, deren wichtigste Aufgabe die Vorbereitung freier Wahlen sein soll.

3. Oktober 1991 Das Rest-Staatspräsidium Jugoslawiens erteilt sich das Recht, künftig Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder zu fassen, und übernimmt zugleich "gewisse Funktionen" des Bundesparlaments. Der Vertreter Bosnien-Hercegovinas und Makedoniens sprechen von einem "verfassungswidrigen Putsch".

15. Oktober 1991 Das Parlament von Bosnien-Hercegovina beschließt nach Auszug der serbischen Abgeordneten fast einstimmig die Souveränität der Republik, da die Struktur Jugoslawiens irreparabel zerstört sei. Das bedeutet jedoch noch keine staatliche Unabhängigkeitserklärung. Die Serben bilden ein autonomes Gegenparlament.

Ende Oktober 1991 Verbotene, selbstorganisierte Volksabstimmung unter den rund 400.000 Muslimen der Region Sancak/Novi Pazar ergibt eine große Mehrheit für die Unabhängigkeit von Serbien und Montenegro. Infolge der Repression und terroristischer Übergriffe fliehen vor allem seit Beginn des Krieges in Bosnien Zehntausende Muslime aus dem Sancak.

8. November 1991 Mit der Begründung, Belgrad habe einen Friedensvorschlag nicht akzeptiert, setzt die EG ein erstes Paket von Sanktionen in Kraft. Außerdem wolle man sich bei der UNO um ein Ölembargo bemühen. Die USA schließen sich den Sanktionen zwei Tage später an. Ungefähr 40 Prozent des jugoslawischen Außenhandels entfielen auf die EG und 5 Prozent auf die USA.

10. November 1991 Ein Referendum unter den Serben von Bosnien-Hercegovina über die Vereinigung mit Serbien, Montenegro und den serbischen Gebieten Kroatiens findet breiteste Zustimmung.

18. November 1991 Die kroatischen Verteidiger der monatelang von der Bundesarmee und serbischen Einheiten belagerten Stadt Vukovar in Ostslawonien kapitulieren. Die Bundesarmee verstärkt nun den Druck auf die Nachbarstadt Osijek. In Mitteldalmatien versucht sie, die Hafenstadt Zadar abzuschneiden und zu erobern.

22. November 1991 Abkommen über den Abzug der Einheiten der Bundesarmee aus Zagreb innerhalb von zwei Wochen. Obwohl vielerorts noch gekämpft wird, ist erkennbar, daß die Armee ihren Rückzug aus den meisten Teilen Kroatiens - allerdings nicht aus den von Serben kontrollierten oder beanspruchten Gebieten - eingeleitet hat. Der größte Teil der freiwerdenden Truppen wird nach Bosnien-Hercegovina verlegt.

26. November 1991 Genscher macht deutlich, daß die Bundesregierung nur noch den Europa-Gipfel von Maastricht (9.-19. Dezember) abwarten will und danach die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens einleiten wird. Im Bundestag sagt Kohl einen Tag später, die Bundesregierung wolle die beiden Republiken noch vor Weihnachten anerkennen.

16. Dezember 1991 Die EG-Staaten beschließen einen Bedingungskatalog, der Kriterien für die Anerkennung der neuen Staaten festlegt, beispielsweise die Respektierung bestimmter Minderheitsrechte. Über die Anerkennung von Slowenien und Kroatien soll bis Mitte Januar 1992 entschieden werden.

22. Dezember 1991 Der Präsident von Bosnien-Hercegovina, Izetbegovic, begründet die Entscheidung der Republikregierung (gegen die Stimmen der beiden serbischen Vertreter), bei der EG die völkerrechtliche Anerkennung zu beantragen. "Wir hatten nur die Wahl, gleichberechtigt und unabhängig oder ein Bestandteil Großserbiens zu werden."

9. Januar 1992 Die mehrheitlich von Serben bewohnten Regionen Bosnien-Hercegovinas proklamieren die Gründung eines eigenen Staates, der Teil Jugoslawiens bleiben soll. Im März geben sie sich eine Verfassung.

9. Januar 1992 Der serbische Parteichef Milosevic erklärt, der Krieg in Kroatien sei beendet, da die wesentlichen Ziele erreicht seien. Im großen und ganzen bewahrheitet sich diese Feststellung. Es kommt zu einer weitgehend stabilen Waffenruhe auf Basis der für die Serben günstigen militärischen Situation. Im Frühjahr 1992 werden in den ehemaligen Kampfgebieten UN-Friedenstruppen stationiert.

15. Januar 1992 Die EG erkennt Slowenien und Kroatien an. Die BRD hatte diesen Schritt schon in den letzten Dezembertagen 1991 vorweggenommen. Die USA kündigen die Anerkennung der beiden Republiken erst im April an. Am 22. Mai werden sie, zusammen mit Bosnien-Hercegovina, in die UNO aufgenommen.

25. Januar 1992 Unter Berufung auf den Bedingungskatalog der EG für die Anerkennung beschließt das Parlament in Sarajevo (ohne die serbischen Abgeordneten), Ende Februar ein Referendum über die Unabhängigkeit und Souveränität Bosnien-Hercegovinas durchzuführen. Der Führer der bosnischen Serben, Karadzic, kommentiert dies als "Kriegserklärung an die Serben".

29. Februar und 1. März 1992 Referendum in Bosnien-Hercegovina, von den Serben boykottiert. 63 Prozent der Stimmberechtigten oder 99,4 Prozent aller an der Abstimmung Teilnehmenden votieren mit Ja.

Als Reaktion errichten bewaffnete Serben Straßensperren in Sarajevo und fordern, alle Schritte zur staatlichen Unabhängigkeit zu unterlassen.

18. März 1992 Die Repräsentanten der drei Volksgruppen in Bosnien-Hercegovina einigen sich unter Vermittlung der EG grundsätzlich auf eine "Kantonalisierung" der Republik. Diese soll zwar mit einigen zentralen Kompetenzen erhalten bleiben, aber im Wesentlichen sollen die ethnisch definierten Bezirke - deren Grenzen jedoch noch völlig umstritten sind - autonom sein. Das heißt, es geht praktisch um eine Dreiteilung der Republik. Kroaten und Muslime ziehen wenig später ihre Zustimmung zurück, mit der Begründung, Bosnien-Hercegovina müsse als Einheit erhalten bleiben.

Der gescheiterte Teilungsplan erlebt ein Jahr später kaum verändert als "Vance-Owen-Plan" seine Auferstehung. Diesmal akzeptieren ihn die kroatischen Vertreter sofort, die muslimischen mit Verzögerung und

unter Protest, während die serbischen Politiker ihn ablehnen und sich diese Haltung durch ein Referendum bestätigen lassen.

7. April 1992 Die EG beschließt zu diesem Datum die Anerkennung von Bosnien-Hercegovina, lehnt es aber wegen griechischer Einsprüche ab, auch Makedonien anzuerkennen.

Am gleichen Tag rufen die Serben der Republik ihren eigenen Staat aus.

Anfang April 1992 Eine serbische Offensive bringt Nordostbosnien in ihre Hand, darunter viele Orte, in denen vorher die Bevölkerungsmehrheit muslimisch gewesen war. Niederbrennen von Dörfern, Terror und Vertreibung werden gezielt zur "ethnischen Säuberung" eingesetzt. Der Bürgerkrieg breitet sich über das ganze Territorium von Bosnien-Hercegovina aus.

27. April 1992 Die übrig gebliebenen serbischen und montenegrinischen Abgeordneten des Bundesparlaments proklamieren die Gründung eines neuen Staates Jugoslawien und beschließen eine Verfassung.

20. Mai 1992 Die jugoslawische Armeeführung meldet, sie habe alle ihre Truppen aus Bosnien-Hercegovina "planmäßig abgezogen". Das heißt, die dort kämpfenden Serben haben offiziell mit der Armee nichts mehr zu tun; die Armeeführung lehnt jede Verantwortlichkeit ab. Fakt ist allerdings, daß sie beim Abzug ihre schweren Waffen und ihre Anlagen den Serben übergeben hat und sie auch weiterhin versorgt.

30. Mai 1992 Der UNO-Sicherheitsrat verhängt eine totale Wirtschaftsblockade gegen Restjugoslawien. Damit übernimmt er Beschlüsse, die die EG zwei Tage vorher gefaßt hatte.

3. Juli 1992 Die "Kroatische Gemeinschaft Herceg-Bosna", d.h. die von Kroaten dominierten Gebiete der Republik, bilden eine "außerordentliche Übergangsregierung" und kündigen den Aufbau einer eigenen Verwaltung an. Ihr Führer Mate Boban behauptet, dieser Schritt stehe nicht im Widerspruch zur Souveränität und Integrität von Bosnien-Hercegovina. Tatsächlich handelt es sich aber um die Festigung eigenstaatlicher Strukturen dieser Gebiete. Die Regierung in Sarajevo bezeichnet die Proklamation von Herceg-Bosna als gesetzwidrig.

10. Juli 1992 NATO und WEU setzen Kriegsschiffe ein, um das Handelsembargo gegen Restjugoslawien durchzusetzen. Die BRD ist mit von der Partie. Die Kriegsschiffe sollen anfahrende Handelsschiffe "ansprechen" und nach ihrer Fracht fragen, aber keine Gewalt anwenden, um ihre Weiterfahrt zu verhindern.

13. August 1992 Restjugoslawien erkennt Slowenien als erste der abgespaltenen Republiken an.

19. September 1992 Der UNO-Sicherheitsrat stellt fest, daß der Staat Jugoslawien aufgehört habe zu bestehen. Die Vollversammlung schließt auf Empfehlung des Sicherheitsrats drei Tage später Restjugoslawien aus der UNO aus: Es sei kein Rechtsnachfolger des alten Mitgliedstaats und müsse daher einen neuen Antrag auf Aufnahme in die UNO stellen.

9. Oktober 1992 Der UNO-Sicherheitsrat untersagt militärische Flüge über Bosnien-Hercegovina; ausgenommen sind Flüge der UN-Truppen oder zu ihrer Unterstützung. Der Beschluß geht auf US-Präsident Bush zurück, der eine "Flugverbotszone" vorgeschlagen hatte, wobei es darum geht, die Serben an der Ausnutzung ihrer Luftüberlegenheit zu hindern. Bei eventuellen Verletzungen des Flugverbots soll über Maßnahmen zur Durchsetzung der Resolution beraten werden.

24. November 1992 Die NATO-WEU-Flotte vor der jugoslawischen Küste kann künftig auch Gewalt gegen mutmaßliche Blockadebrecher anwenden. Tatsächlich ist es jedoch bis heute zu keinem Zwischenfall gekommen, bei dem auf See Schußwaffen eingesetzt wurden.

41. Neue Entwicklungen erfordern neue Analysen - Thesen zum Krieg in Jugoslawien und dem Dilemma der Linken

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Westdeutsche Linke allgemein; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:37

1. Das Ende des sozialistischen Bundesstaates Jugoslawien ist kein isoliertes Ereignis, es trat nicht plötzlich und voraussetzungslos ein, und es kann auch nicht im mechanischen Sinn als Ergebnis einer "Zerschlagung" von außen begriffen werden. Vielmehr muß das Schicksal Jugoslawiens im Zusammenhang des allgemeinen und umfassenden Zusammenbruchs der sozialistischen Gesellschaftsformation und der von ihr geprägten Staaten gesehen werden. Es gibt in Osteuropa keinen Staat, der von diesem bis heute nicht abgeschlossenen Zusammenbruch nicht erfaßt wurde. Daher wäre es - selbst ohne Vorliegen spezieller innerer Probleme - schlichtweg ein Wunder gewesen, wenn gerade Jugoslawien als einziges europäisches Land von dieser überall katastrophisch verlaufenden Entwicklung verschont geblieben wäre. Aus einer Reihe von historischen und materiellen Gründen waren aber in Jugoslawien die Faktoren für eine krisenhafte Entwicklung sogar noch weit stärker vorhanden und im voraus sichtbar als in der UdSSR.

2. Die Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei haben sich im Verlauf des Zusammenbruchsprozesses in national definierte Einzelstaaten aufgelöst. Dafür gab es jeweils unterschiedliche historische Voraussetzungen und aktuelle Gründe, und auch die Verläufe der Desintegration unterschieden sich stark voneinander: vom friedlichen und einvernehmlichen Auseinandergehen der beiden Staatsvölker der CSFR auf dem einen Pol bis zum gnadenlosen Bürgerkrieg in Jugoslawien auf der entgegengesetzten Seite. Auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, wo die Prozesse von Desintegration und Neuordnung noch längst nicht vollendet und abgeschlossen scheinen, existieren die unterschiedlichsten Formen, von Nationalkriegen (Kaukasus) und Bürgerkriegen im engeren Sinn des Wortes - als Konflikt innerhalb einer Nation (Tadschikistan) -, bis hin zu verschiedenen Ebenen der konföderativen Zusammenarbeit oder zumindest der friedlichen Koexistenz.

Die inneren Voraussetzungen

3. Zwei wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen den drei zerfallenen Staaten sind jedoch festzuhalten.

Erstens: Sie definierten sich (aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und ihres sozialistischen Anspruchs) explizit als multinational und föderativ. Das Selbstverständnis, nicht nur Staatsbürger zu sein, sondern zugleich einer bestimmten Nation mit bestimmten Rechten (z.B. Gebrauch der eigenen Sprache) anzugehören, wurde beispielsweise durch die Deklaration bei den Volkszählungen (und damit zum Teil auch für die Personalpapiere u.ä.), durch die administrative Gliederung des Staates, durch Bestimmungen in der Verfassung permanent wachgehalten. Dieser ständigen Erinnerung des Staatsbürgers an seine besondere Nationalität widersprach aber eine Frustration in der Realität. Am deutlichsten wird das am Widerspruch zwischen Verfassungstext und politischer Wirklichkeit in der Frage des Rechts auf Lostrennung (UdSSR, Jugoslawien).

Zweitens: Alle drei Staaten waren "eigentlich" schon an ihren inneren nationalen Widersprüchen zerbrochen, bevor sie unter Führung der kommunistischen Partei zu einer erneuten staatlichen Existenz rekonstruiert wurden. Insbesondere in der Sowjetunion und in Jugoslawien verband sich der föderative Zusammenhalt engstens mit einer gemeinsamen kämpferischen und revolutionären Tradition - in der UdSSR die Oktoberrevolution und der Große Vaterländische Krieg; in Jugoslawien der Partisanenkrieg gegen die deutsche Wehrmacht. Die kommunistische Partei mit ihrer politischen Autorität einerseits, mit ihren monopolistischen Herrschaftsmechanismen andererseits, war die wesentliche zentrale Kraft, die die tendenziell auseinanderstrebenden Elemente (Nationalismen, regionale Sonderinteressen) zusammenhielt. Da Partei und Staat hochgradig miteinander verschmolzen waren, war es ganz natürlich und unvermeidlich, daß jede schwere Krise der Partei auch von den ihr zusammengehaltenen Staat in Mitleidenschaft ziehen mußte. Mit dem Autoritätsverlust der Partei stand auch die Autorität des Staates, insbesondere auch des von der Partei begründeten und verwalteten Modells des multinationalen Zusammenlebens auf dem Spiel. Weil es in allen diesen Staaten jahrzehntelang keine legale Opposition gegeben hatte, konnten sich auch nirgendwo

landesweite Alternativstrukturen entwickeln, die beim Autoritätsverlust und Zerfall der kommunistischen Partei eine Art "zweite Linie" hätten bilden können. Als sich dann unter dem Einfluß der Perestrojka sehr rasch oppositionelle Sammlungsbewegungen und Parteien bildeten, blieben diese jeweils auf einen nationalen Rahmen beschränkt.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen im Juni 1989 in China schrieben wir: "Bei einer marxistischen Analyse kann es nicht darum gehen, immer wieder Nachkommen oder Agenten der alten Bourgeoisie zu entlarven, sondern die Produktionsverhältnisse in den nichtkapitalistischen Ländern zu erkennen und die charakteristischen gesellschaftlichen Widersprüche, die ihnen notwendig entsprechen." Das muß übertragen auch für die jetzt zu erarbeitende Analyse gelten. Es reicht nicht der Hinweis auf historische Nationalismen, auf die katastrophalen Auswirkungen der "Schuldenkrise" und der Eingriffe von Weltbank/IWF, auf das Agieren der kapitalistischen Großmächte und insbesondere der BRD - obwohl das selbstverständlich alles Faktoren sind, die zu der Entwicklung beigetragen haben. Sondern es muß auch darüberhinaus untersucht und analysiert werden, aus welchen inneren Widersprüchen heraus der gesamte "Ostblock" innerhalb von rund drei Jahren schlagartig zusammenbrach und warum dabei nationale Konfrontationen bis hin zur Auflösung von Staaten eine so erhebliche Rolle spielen.

Lostrennungs- und Selbstbestimmungsrecht

4. Wenn die jugoslawische Entwicklung als Teil eines globalen Prozesses begriffen wird, mit dem weltweit die 1917 begonnene Ära zu Ende gegangen ist, dann muß folglich auch die Diskussion um das "Selbstbestimmungsrecht" in diesem Kontext geführt werden. Die Umbrüche 1989-91 waren Ergebnis und Ausdruck der Tatsache, daß bestimmte Formen der Gesellschaftsordnung, der ideologischen Sinngebung und auch bestimmte Formen der Herrschaftsausübung ans Ende ihrer Funktionsmöglichkeiten gelangt waren. Selbst die schlichte Annahme, daß die einzige vorstellbare Alternative, nämlich Aufrechterhaltung der Verhältnisse mit allen Mitteln der militärischen und diktatorischen Gewalt, wenigstens hätte funktionieren können, muß in Frage gestellt werden. Im übrigen ist aber auch nicht ersichtlich, was mit einer derartigen "Überlebensstrategie" noch hätte gewonnen werden können. (Beispiel China)

Diese Einwände umfassen noch nicht einmal die moralische Dimension des Problems (wieweit und unter welchen Umständen halten wir als sozialistische Linke die Anwendung von Gewalt und Diktatur gegen Bevölkerungsmehrheiten für legitim?), sondern führen rein auf der realpolitischen, pragmatischen Ebene zu der Schlußfolgerung, daß in der konkreten Situation 1989-91 der Einsatz von Unterdrückungsmitteln zur Rettung der bestehenden Verhältnisse nicht zweckmäßig war, also auch unter keinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen war.

5. Daher ist es nicht mit einer abstrakten Theorie- und Prinzipiendebatte zu verwechseln, wenn über die Akzeptierung oder Ablehnung des "Selbstbestimmungsrechts" im Fall von Slowenien oder - auch wenn dieser Fall durch die Existenz einer serbischen Minderheit etwas komplizierter zu bewerten ist - von Kroatien gesprochen wird. In beiden Republiken gab es Abstimmungen mit großen Mehrheiten für die staatliche Unabhängigkeit. Diese Mehrheiten zu mißachten hätte konkret bedeutet, sie mit massiven Mitteln unterdrücken zu müssen, was die Zentralregierung in Belgrad mit Hilfe der Armee tatsächlich versuchte, ohne damit erfolgreich zu sein. Ein Nein zum "Selbstbestimmungsrecht" in diesen beiden Fällen, das nicht gleichzeitig ein Ja oder wenigstens ein billigendes Stillschweigen zur Repression ist, wäre unlogisch und würde vor den praktischen Konsequenzen des eigenen Denkens zurückweichen.

Andererseits ergeben sich aus der Anerkennung des Rechts auf Lostrennung unmittelbar konkrete Probleme. Wird eine Loslösung unter nationalen Gesichtspunkten betrieben, beinhaltet dies in der Regel eine nationale Ideologie, die sich in der Regel auch auf ethnische Gesichtspunkte bezieht. Die Rechte von Minderheiten in solcherart gegründeten neuen Nationalstaaten sind per se gefährdet, gerade weil der Gründungsakt oftmals die Hervorhebung einer ethnischen Volksgruppe zur Grundlage hat.

6. Ob, wann und in welchem Ausmaß staatliche Gewalt ein vertretbares und gebotenes Mittel der Politik sein kann, sein darf, muß einer gründlicheren Debatte vorbehalten sein. Konkret, pragmatisch haben wir jedenfalls festzustellen, daß die Gewaltanwendung in einem einzigen Fall (China 1989) immerhin ein Fortdauern der bestehenden Verhältnisse ermöglicht hat - falls jemand allein dies schon für einen Erfolg halten will? -, aber daß sie in sämtlichen übrigen Fällen die Situation nur enorm verschlechtert und verschärft hat.

Als 1989 in China die Demokratiebewegung das bestehende Gesellschaftssystem in Frage stellte, wußten wir in unserer Kritik, daß große Teile der Opposition damit Demokratie im bürgerlich-kapitalistischen Sinn meinten. Trotz der damit verbundenen Gefahr, daß China bei einem Sieg dieser Demokratiebewegung einem beschleunigten Prozeß der Rekapitalisierung hätte unterworfen werden können, haben wir die Forderung nach Demokratisierung als berechtigt begriffen. Die Zwangsherrschaft der KP, die die Niederhaltung aller innergesellschaftlichen Widersprüche zum Ziel hat, führt auch dazu, daß sich die dann unter der Oberfläche und im Verborgenen entwickelnden Widersprüche fast zwangsläufig als antagonistisch zum bestehenden System entwickeln. Die Forderung nach Demokratie, nach demokratischer Entscheidung der Bevölkerung, muß sogar die Freiheit auf Irrtum mitenthalten. Das heißt auch, wenn es eine demokratisch legitimierte Entscheidung für ein anderes als ein sozialistisches Gesellschaftssystem gibt, muß das akzeptiert werden. Alles andere würde voraussetzen, daß Sozialisten und Kommunisten für sich beanspruchen, die wahren Vertreter der Demokratie zu sein und ihre Auffassungen auch mit Gewalt gegen die Mehrheit durchsetzen zu dürfen, ihre Herrschaft gewaltsam verlängern zu dürfen.

7. Es gibt für Linke einige gute Gründe, den Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion, wie auch der Tschechoslowakei zu bedauern. Die damit verbundene Destabilisierung erhöht die ohnehin schon gewaltigen Probleme ihrer Nachfolgestaaten, verschärft die wirtschaftlichen und strukturellen Probleme, und schafft Ansatzpunkte für imperialistische Einmischung und Provokation, wobei die BRD eine besonders üble Rolle spielt. Außerdem ist, bei aller Kritik an den konkreten Erscheinungsformen, das Ende des 1917 in Rußland begonnenen alternativen Entwicklungs- und Gesellschaftsmodells eine Niederlage für alle antikapitalistischen und antiimperialistischen Kräfte.

Diese Kritik müßte jedoch klar formuliert werden, statt sich in zweifelhaften Ausfällen gegen "die neuen Kleinstaaten" und "wirtschaftlich gar nicht lebensfähige Gebilde" nach dem Vorbild sozialdemokratischer Ideologen (Glotz u.a.) zu ergehen.

Unter den heutigen Mitgliedsstaaten der UNO sind mindestens 30, die weniger als eine Million Einwohner haben; darunter sind zehn, die sogar weniger als 200.000 Staatsbürger zählen. Welcher Linke wäre aber jemals auf den Gedanken gekommen, sich über die Selbständigkeit und Lebensfähigkeit Islands höhnisch zu mokieren, weil dieser Staat nur etwa 300.000 Einwohner hat? Wer möchte Kuba den Anschluß an die USA empfehlen, nur weil es fast hundert mal kleiner ist als diese? Betrachten wir den Umstand, daß beispielsweise viele der afrikanischen Staaten nach heutigen Kriterien "wirtschaftlich nicht lebensfähig" sind, als Argument gegen ihr Existenzrecht als Staat und Nation?

8. Wenn Linke verächtlich oder besorgt über die "neuen Kleinstaaten" sprechen, dann klingt es oftmals so, als würden wir die Qualität eines Staates hauptsächlich nach seiner Größe bemessen. Aber sind große Staaten unbedingt besser als kleine, am liebsten so groß wie möglich? Geht von großen Staaten eine geringere Gefahr aus als von kleinen? Sind sie weniger anfällig für Nationalismus? Alles das wären törichte, von der Realität längst widerlegte Ansichten.

Mit den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus sind wir daran gewöhnt, die Überwindung der "Kleinstaaterei" und den Zusammenschluß zu großen Nationalstaaten für einen unvermeidlichen historischen Fortschritt zu halten, der einen bedeutenden Schritt näher an die Überwindung von Nationalstaaten überhaupt heranführe. Manches spricht tatsächlich für diese Sichtweise. Andererseits zeigt gerade die deutsche Geschichte, daß unter den realen Bedingungen weltweiter Dominanz kapitalistischer Verhältnisse die Herausbildung großer Nationalstaaten ein sehr widersprüchlicher Fortschritt ist, der besonders im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen auch ungeheure Risiken beinhalten kann. Analog muß man diesen kritischen oder skeptischen Einwand auch gegen den Zusammenschluß von Einzelstaaten zu "supranationalen" Gemeinschaften machen. (Beispiel EG/Schengen-Abkommen)

Die Konkurrenz als

Motor des Nationalismus

9. Linke neigen dazu, Nationalismus als eine irrationale Massenhysterie zu interpretieren, bei der man höchstens noch geteilter Meinung sein kann, ob sie nun eigentlich heilbar ist - und falls ja, mit welchen Mitteln? - oder ob es sich nicht vielmehr um eine Katastrophe handelt, gegen die sich politisch kaum etwas ausrichten läßt. Es werden häufig einseitig die Auswüchse betrachtet, die der Nationalismus unter bestimmten

Umständen annimmt, und übersehen, daß die Wurzeln des Nationalismus und Regionalismus in einem Gesellschaftssystem und einer Weltordnung liegen, die auf individueller und kollektiver Konkurrenz beruhen und damit geradezu eine "natürliche" und unvermeidliche "Begleiterscheinung" sind. Daraus ergibt sich die weitgehende Sinnlosigkeit und teilweise auch die Verlogenheit einer Kritik an der "Überholtheit des Nationalstaats", die den Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse nicht verläßt, wie sie von manchen SPD-Ideologen vorgetragen wird. Es liegt in der Logik der Dinge, daß diese Form der Kritik schnell wieder bei opportunistischer Anpassung an "die Volksstimmung" und "die Sachzwänge" landet, wenn sich die Ideologie an der Wirklichkeit bricht.

Die These von der "Überholtheit der Nationalstaaten" spiegelt darüberhinaus die Sichtweise der großen kapitalistischen Staaten wieder. Insofern ist sie auch ein Reflex auf das Streben dieser Gesellschaften zur Durchdringung der gesamten Welt. Folgt man dieser Sichtweise, wäre das letztendlich die Anerkennung des Anspruchs, daß sich die kleinen Staaten und Nationen dem international agierenden Kapital unterordnen müßten. Das ist die Fortsetzung des auch von der Sozialdemokratie am Anfang des Jahrhunderts geteilten Gedankens, die Welt müßte von den entwickelten kapitalistischen Staaten her kolonialisiert - im Sinn von "entwickelt" - werden.

10. Nach dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" ist es zum Gemeinplatz auch unter den übrig gebliebenen Sozialisten geworden, daß die zentrale Planwirtschaft große Schwächen habe und für das Funktionieren eines effektiven Systems der Produktion und der Bedürfnisbefriedigung untauglich sei. Zumindest einzelne marktwirtschaftliche Elemente seien unerläßlich. Das scheint einerseits durchaus plausibel und angesichts der bekannten Ergebnisse der "realsozialistischen" Planwirtschaften nicht zu widerlegen.

Andererseits sollten die jedem Konkurrenzsystem innewohnenden Probleme aber nicht übersehen werden, die vom entwickelten Kapitalismus auf die Spitze getrieben werden. Schon unter "realsozialistischen" Verhältnissen war festzustellen, daß bereits das geringe Maß an marktwirtschaftlichen Mechanismen, die im Namen der Effektivitätssteigerung zugelassen wurden, dazu führte, daß kollektive Egoismen von Betrieben und Betriebsgruppen, von Wirtschaftszweigen und Regionen entstanden. Im Kampf um Einkünfte und Ressourcen ist sich nicht nur jeder selbst der nächste, sondern er ist auch leicht davon zu überzeugen, daß sein eigenes Wohlergehen recht weitgehend mit dem seines Arbeitskollektivs, seines Betriebs, seiner Region zusammenhängt. Das ist ja, sofern es auch nur die Spur von "materiellen Anreizen" gibt, nicht einfach eine irrationale Wahnvorstellung, sondern wird praktisch so erfahren.

Nicht erst unter kapitalistischen Bedingungen gilt aber, daß dieses eigene Wohlergehen (bzw. Wohlergehen des eigenen Kollektivs) teilweise auf Kosten anderer erreicht und schließlich auch mehr oder weniger bewußt angestrebt wird. Lange bevor sich in der Sowjetunion Nationalismen offen artikulierten, hatten sich regionale Sonderinteressen verfestigt und zur Bildung von entsprechenden Strukturen im Partei- und Staatsapparat geführt. Da die meisten Formen und Methoden kapitalistischer Konkurrenz in diesen Staaten nicht existierten und a priori nicht zugelassen waren, tendierten die Sonderinteressen besonders stark zu halbfeudalistischen, korrupten und kriminellen Zügen (die sogenannten Provinzmafias und Seilschaften beispielsweise). Eine Kritik, die sich darauf beschränkt, die heutige "Renaissance des Nationalismus" im ehemaligen Ostblock als plötzlich von außen hereingebrochenes Unglück zu beklagen, ohne sich über die Formen der Sonderinteressen im "real existierenden Sozialismus" im Klaren zu sein, ist zumindest kurzsichtig.

11. Wir erleben heute, daß die kapitalistische Gesellschaft zur Herausbildung von ideologisierten Regionalismen führt, wo die klassische Formen und Interpretationen von Nationalismus kaum ausgeprägt sind. Beispiel Jugoslawien: Unübersehbar spielen nationale Gegensätze mit historischen Hintergründen eine große Rolle. Ihre ungeheure Verschärfung ist aber vor allem ein Ergebnis des Bürgerkriegs, nicht dessen Ursache. In Slowenien, das am konsequentesten und schnellsten den Weg in die Eigenstaatlichkeit eingeschlagen hatte, spielt Nationalismus eine weit geringere Rolle als in den übrigen Teilen Jugoslawiens.

Oder: Die Spaltung der CSFR hat ihren Ursprung wohl kaum darin, daß sich plötzlich die Tschechen und Slowaken besonders fremd oder gar feindlich geworden wären und deshalb nicht mehr miteinander leben wollten. Sehr viel hat sie hingegen mit der historisch bedingten unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Landesteile zu tun. Oder: In Italien bringen die regionalen "Ligen" neben rassistischer Abgrenzung gegen Immigranten vor allem inner-italienische Widersprüche zum Ausdruck, nämlich die Sonderinteressen des industriell stärker entwickelten Nordens. Oder: In Brasilien gehen die vergleichsweise reichsten Landteile

auf separatistischen Kurs und entwickeln dabei einen eigenen Rassismus. Oder: In China zeichnet sich schon ab, daß es in einigen Gebieten, die in den letzten Jahren privilegiert mit Sonderrechten ausgestattet und dem internationalen Kapital geöffnet wurden, irgendwann Tendenzen zur Lostrennung vom ärmeren Rest geben könnte. Diese Bestrebungen würden sich dann vielleicht, da es absolut keine ethnischen Besonderheiten gegenüber der übrigen Bevölkerung gibt, eine künstliche Legitimationsideologie neu schaffen. (Beispielsweise: Man stamme von japanischen Einwanderern ab, oder man vertrete im Unterschied zur "mongolisierten" Restbevölkerung Chinas noch die "reine Han-Rasse", usw.)

These: Der Glaube, im biologischen und kulturellen Sinn "anders" und "überlegen" zu sein, ist für das Entstehen von solchen Regionalismen zukünftig vielleicht nur noch von untergeordneter Bedeutung. Ausgangspunkt ist jedoch die Ansicht, aufgrund unterschiedlicher ökonomischer Entwicklungsniveaus andere Interessen zu haben als die übrigen Landesteile und Staatsbürger. Das nun ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht "nur" eine Wahnvorstellung, mit denen man sich geistig auseinandersetzen könnte, sondern hat eine materielle Basis in den wirklichen Verhältnissen. Das schließt die Möglichkeit politischer Überzeugungsarbeit nicht aus, aber erschwert sie erheblich. Vermutlich ist der pure Egoismus der relativ Wohlhabenderen, der aufgrund seiner "Selbstverständlichkeit" kaum noch einer ideologischen Rechtfertigung bedarf, sehr viel schwerer aufzubrechen als die primitiven rassistischen Konstruktionen der Vergangenheit.

Andererseits erleben wir in der aktuellen Auseinandersetzung, wie schnell der Nationalismus, selbst dort, wo er sich im Ursprung nicht biologistisch und als überlegen definiert hat, unter bestimmten Bedingungen extreme Formen annimmt, wie schnell in wirtschaftlichen Notlagen und insbesondere unter Kriegsverhältnissen ggf. jede Form der menschlichen Behandlungen gegenüber anderen Nationalitäten aufhört.

Der kapitalistische "Internationalismus" und der kapitalistische Chauvinismus

12. Das kapitalistische Wachstum scheint sich seit Beginn der siebziger Jahre weltweit verlangsamt zu haben. Die lange Rekonstruktions- und Aufschwungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg, die den industrialisierten Nationalstaaten relativ viel Spielraum für eine Wirtschaftsentwicklung bot, bei der man "auf seine Kosten kommen" konnte, ohne sich mit den Konkurrenten allzu sehr ins Gehege zu kommen, scheint abgeschlossen. Das zunehmende Bewußtsein über die grundlegende Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, über deren Krisenhaftigkeit, über ihre harten Konkurrenzmechanismen, über die kraßen Mißverhältnisse der globalen Verteilung von Reichtum und Armut, über die Begrenztheit der wichtigsten Ressourcen, über die katastrophischen Entwicklungen von großen Teilen der Dritten Welt - alles das könnte nach dem Scheitern des sozialistischen Gegenmodells erst einmal dazu führen, daß die kollektiven Egoismen umso brutaler ausgetragen werden.

Die Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse über den ganzen Erdball hat einerseits dazu geführt, die Menschen einander näher zu bringen, Fremdheiten abzubauen, die Schranken der "Kleinstaaterei" zu sprengen, früher kaum zusammenhängende Gebiete miteinander zu vernetzen, Grenzen durchlässiger zu machen. Insofern tendiert die kapitalistische Entwicklung tatsächlich zur Aufhebung des Nationalstaats, und es können ihr progressive Elemente in Hinblick auf die Überwindung nationalistischer und rassistischer Vorurteile, auf die Überwindung provinzieller Borniertheit und Xenophobie, nicht völlig abgesprochen werden. Andererseits verschärft die Entwicklung des Kapitalismus aber auch die Konkurrenz zwischen Individuen und Kollektiven, die Gegensätze nicht nur zwischen bestehenden Staaten, sondern auch zwischen unterschiedlichen Regionen ein und desselben Landes. Die Durchdringung der Welt durch den Kapitalismus schafft enorme Ungleichheiten, verschärft den internationalen Widerspruch zwischen Arm und Reich, und bereitet damit auch die Grundlage für einen extremen Chauvinismus und Rassismus der Bevölkerungen der reichen gegenüber denen der armen Länder. Letzten Endes gibt es, soll die menschliche Gattung überleben, zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und des von ihr produzierten Gesellschaftssystems keine Alternative.

13. Seit den ersten Berichten über Grausamkeiten in serbischen Gefangenenlagern und Massenvergewaltigungen im Sommer 1992 wird im Spektrum der Grünen die Forderung nach einer Militärintervention erhoben und kontrovers diskutiert. In diesem Zusammenhang, da solche Forderung weder angesichts des militärischen Vorgehens gegen Slowenien Anfang Juli 1991 noch angesichts der Kriegführung in Kroatien (Sommer-Winter 1991) aufgekommen waren, waren die Motive der Interventionsbefürworter offenbar ursächlich erst einmal emotionaler Art, nicht politisch prinzipiell. Zum Anlaß der Empörung wurden

bestimmte Erscheinungsformen genommen (die jedoch nicht auf die Praxis der serbischen Seite beschränkt sind, teils auch sachlich angezweifelt werden können), nicht aber das Wesen des Konflikts. Entsprechend unklar blieb, was mit der geforderten Intervention eigentlich erreicht werden sollte.

Mit dem Kriegsverlauf seither hat sich der Schwerpunkt der Argumentation verschoben auf die Rettung der muslimischen Volksgruppe vor einem behaupteten und befürchteten Genocid oder jedenfalls vor dem Untergang als besondere Gruppe mit eigenem Territorium, oder auch auf die Wahrung bzw. Wiederherstellung eines multinationalen Bosniens.

14. Vom Ausgangspunkt her ist die Motivation und Argumentation, "Europa" könne angesichts des Bürgerkriegs in Jugoslawien und insbesondere angesichts der Gefahr für die muslimische Volksgruppe, zwischen den beiden Hauptkriegsparteien "aufgerieben" zu werden, "nicht tatenlos zusehen", nicht a priori zu kritisieren. Es reicht als Gegenargument auch nicht der Hinweis aus, daß es selbstverständlich soundsoviele andere blutige Konflikte in vielen Teilen der Dritten Welt gibt, für die Interventionsforderungen nicht erhoben werden. Der Gedanke, daß es aus europäischer Sicht eine spezielle Betroffenheit und Verantwortlichkeit gibt, wenn ein solcher Krieg "vor unserer Haustür" tobt, ist ebenfalls nicht a priori falsch. Berechtigt ist dies zumal dann, wenn nicht nur allgemein über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gesprochen wird, sondern auf die besondere Problematik "Europa und die Muslime" oder auch weiter gefaßt "Europa und die islamische Welt" Bezug genommen wird - sofern mit der gleichen Intensität dieser Problemkreis auch in der chauvinistischen Behandlung der großen muslimischen Gruppen in der BRD und Frankreich wahrgenommen wird.

Konkret und explizit für die muslimische Seite Partei ergreifen könnte auch, wer dem ganzen Zusammenhang des Nationalismus und des "Rechts auf Lostrennung" skeptisch oder ablehnend gegenübersteht. Denn die Muslime Bosnien-Hercegovinas sind zweifelsfrei von allen Kriegsbeteiligten diejenigen, die den Konflikt absolut nicht gewollt und am längsten an der bundesstaatlichen Einheit Jugoslawiens festzuhalten versucht haben.

15. Problematisch ist selbstverständlich, daß die Interventionsforderung ausschließlich dazu dient, das politisch-ideologische Klima in der BRD für Einsätze der Bundeswehr zu verbessern, umso mehr, da dieser offensichtliche Nachteil durch keinerlei erkennbare Vorteile für die betroffene Bevölkerung in Jugoslawien kompensiert wird. Man kann, wie viele führenden Militärs der NATO, die "Erfolgs"aussichten einer Intervention generell bestreiten. Jedenfalls steht fest, daß es die Bereitschaft zu einer Intervention in der erforderlichen Größenordnung überhaupt nicht gibt. Die Interventionsbefürworter aus dem grünen Spektrum kommen demgegenüber über das empörte Geschrei, "man" müsse doch endlich "etwas tun", nicht hinaus. Weder gibt es konzeptionelle Darlegungen, wie ihrer Ansicht nach eine Intervention durchgeführt werden könnte, welche Kräfte erforderlich wären und wer dafür realistischerweise in Frage käme, noch gibt es Überlegungen, wie es nach dem von ihnen geforderten militärischen Eingreifen politisch weitergehen könnte.

Intervenieren, aber:

Wer und Wie?

16. Wer eine Militärintervention fordert, müßte eigentlich öffentlich darlegen, wem er denn konkret einen entsprechenden Auftrag erteilen möchte und wie nach Lage aller Faktoren diese Intervention aussehen könnte, falls es dazu kommen sollte. Die gelegentlich bei Interventionsbefürwortern von links immer noch anzutreffende Ansicht, es würde in Jugoslawien eine "Polizeiaktion" gegen "Mörderbanden" ausreichen, und es bräuchte nicht viel mehr zu geschehen als die Bombardierung von (serbischen) Artilleriestellungen aus der Luft, ist militärisch wie politisch gleichermaßen hanebüchen; beispielsweise, daß die Artillerie so dezentralisiert verteilt ist, zudem in einem Gelände, das ausreichend Deckung und geschützte Verkehrswege bietet, daß sie mit einem Bombenangriff oder auch mit einem Dutzend nicht auszuschalten wäre. Kuwait und Irak wurden im zweiten Golfkrieg mehrere Wochen lang ununterbrochen bombardiert, und doch wurde in dieser Zeit nur der kleinere Teil der irakischen Geschütze und Panzer zerstört, trotz eines im Gegensatz zu Jugoslawien äußerst offenen Geländes.

Eine Militärintervention, die einen Kampfauftrag gegen eine oder mehrere der kriegführenden Seiten auszuführen hätte, würde nach den veröffentlichten Analysen als Minimum 100.000 Mann benötigen. Da diese bei längerer Dauer der Kämpfe ausgewechselt werden müßten, kann man ohne weiteres auch einen Gesamtbedarf von 200.000 - 400.000 Mann annehmen, wie es einige Experten getan haben. Ein solches

Unternehmen könnte nur ausgeführt werden, wenn die Hauptmächte der NATO den größten Teil der Truppen stellen. Diese haben es aber allesamt - mit der einzigen Ausnahme der Türkei, die aber auf sich selbst gestellt bedeutungslos und handlungsunfähig ist - abgelehnt, Bodentruppen für Kampfeinsätze in Jugoslawien zur Verfügung zu stellen.

Wäre es anders, was aber schon eine irreale und folglich auch irrelevante Fragestellung ist, geben der zweite Golfkrieg und das Vorgehen der UNO in Somalia Anschauungsbeispiele, welche Art von "Hilfe" die Betroffenen, insbesondere die Muslime als Hauptopfer einer beabsichtigten Aufteilung plus "ethnischer Säuberung" Bosnien-Hercegovinas, zu erwarten hätten. Unabhängig von der Frage einer deutschen Beteiligung an einem solchen Unternehmen - die, soweit es Jugoslawien angeht, ernsthaft in der BRD sowieso kaum jemand und im Ausland absolut niemand vorschlägt, die also ebenfalls irrelevant ist - abgesehen also von diesem Punkt, der in den Argumenten der linken Interventionsgegner zumeist die zentrale Rolle spielt, bleibt festzustellen, daß beim Stand der Dinge eine Intervention erstens ausgeschlossen ist und zweitens, wenn es anders wäre, den Hauptbetroffenen kaum etwas nützen würde.

Welche Schlußfolgerungen aus diesen Betrachtungen in Hinsicht auf die Haltung zu diesem Krieg gezogen werden sollten, ist für uns nicht widerspruchsfrei. Es zeigt sich, daß es keine Gradlinigkeit von der Analyse zu den Schlußfolgerungen gibt. Deshalb bieten wir unterschiedliche Abschlüsse an.

17.1. Ein nicht weniger wichtiger Gesichtspunkt fehlt aber fast immer in den Ausführungen der linken Interventionsgegner. Es ist leider ein von unserer Seite nicht aufhebbares Dilemma, daß die Alternative zu einer Militärintervention der UNO im internationalen Faustrecht besteht. Die Tatsache, daß ein Staat oder eine Gruppe, die Opfer einer Aggression, Massenvertreibung usw. werden, keinen internationalen Schutz in Anspruch nehmen können, verweist alle Staaten (tendenziell auch nationale Minderheiten u.ä.) auf die Notwendigkeit der Selbstverteidigung, und stellt zugleich eine Ermutigung für potentielle Aggressoren dar. Wer ehrlich den Grundsatz vertritt, daß militärische Gewalt kein Mittel der Politik mehr sein dürfe, und dieses Argument nicht bloß taktisch vorschiebt, kommt letztlich nicht um die bittere Tatsache herum, daß in Jugoslawien genau der Gegenbeweis geführt wird.

Die inneren Verhältnisse der bestehenden Staaten und Gesellschaften kommen derzeit nicht ohne Institutionen und Gewaltapparate aus, um das Faustrecht zu verhindern bzw. einzudämmen. Es muß sogar konstatiert werden, daß die bürgerlichen Rechtsstaaten in grundsätzlicher Form ein Fortschritt gegenüber früheren gesellschaftlichen Rechtsformen sind. Dies wäre zu übertragen auf die internationalen Verhältnisse. Hieraus ergibt sich für uns jedoch zwingend das zweite Dilemma. Erkennen wir die Notwendigkeit von Gewaltinstitutionen zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Normen (beispielsweise das Tötungsverbot) unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen an - und sehen in ihnen beispielsweise einen gesellschaftlichen Fortschritt gegenüber der Selbstjustiz -, treten diese uns im Konkreten immer wieder als parteiliche Herrschaftsinstrumente entgegen. Auf die Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen übertragen heißt dies, daß die untereinander eingegangene Verpflichtung auf Gewaltlosigkeit einer Institution bedürfte, diese gegen Aggressoren durchzusetzen. Im Konkreten wäre dies - wieder unter den gegebenen Bedingungen - nur denkbar durch den Einsatz der großen Militärmächte, hier insbesondere der NATO, was wir jedoch aus auf der Hand liegenden Gründen weder befürworten oder gar fordern können.

Daraus ergibt sich unmittelbar unser drittes Dilemma. Das Ziel der Ächtung des Krieges als Mittel, politische Ziele durchzusetzen, bedürfte einer weltweiten gleichzeitigen Durchsetzung und Befolgung. Ohne eine solche Gleichzeitigkeit der Entwicklung gäbe es immer wieder Konflikte, die ohne das Einschreiten einer Gewaltinstitution nicht aufhaltbar wären. Zwar können und müssen wir einen vollständigen Gewaltverzicht gerade von den großen Militärnationen fordern, aber dies wäre immer noch kein Patentmittel für einen Krieg wie in Jugoslawien.

Die beklagte "Militarisierung der Außenpolitik" liegt nicht nur und vielleicht nicht einmal primär in den (heute sogar noch realpolitisch irrelevanten) Interventionsforderungen bürgerlicher Politiker, sondern ergibt sich aus dem exemplarischen Nachweis, daß Aggression und Vertreibung sehr wohl funktionieren, und daß die "internationale Gemeinschaft" nicht über effektive Gegenmittel verfügt. Das Fehlen übernationaler "Polizei-Möglichkeiten" einerseits, sowie der Drang der großen imperialistischen Staaten, die "Polizeifunktion" im eigenen Interesse auszufüllen, fördert weltweit die Kriegsrüstung und die Kriegsbereitschaft. Das Zeitalter der Abschreckung hatte eben nicht nur das Element des Schreckens, sondern ihm wohnte auch der Zwang zur

Vermeidung der Eskalation der Konflikte auf die militärischen Ebene hin inne und war somit im abgeleiteten Sinne eine Institution im erwähnten Sinne. Dies ist keine abstrakt abgeleitete logische Schlußfolgerung, sondern kann in der Praxis so beobachtet werden. Das Fehlen einer internationalen "Instanz" kann sich außerdem kriegsverlängernd auswirken, wenn eine Kriegspartei befürchten muß, sie könnte nach einem Waffenstillstand mit diplomatischen Mitteln nie mehr zu "ihrem Recht" kommen, hätte also nur die Wahl zwischen bedingungslosem Akzeptieren der durch den Krieg herbeigeführten Lage oder der Fortsetzung des Krieges.

17.2. Wer den Krieg als Mittel der Politik ablehnt, kann andererseits auch kaum bestreiten, daß es extreme Unterdrückungen sowie diktatorische und barbarische Regimes (Kolonialismus bis hin zum deutschen Faschismus) gibt; diesen Herrschaftsformen gegenüber kann eine militärische und kriegerische Gegenwehr oder ein internationales Eingreifen gerechtfertigt oder ggf. als notwendig zu betrachtet werden, vor allem wenn friedlicher Widerstand nicht erfolgreich möglich ist und war.

Die Ablehnung internationaler Interventionen speist sich keineswegs immer daraus, daß für den konkreten Fall die Rechtfertigung einer Intervention generell bestritten würde, sondern vor allem daraus, daß die Großmächte, die allein als Träger einer solchen Instanz weltweit in Frage kämen, das Mittel des Krieges selbst im Eigeninteresse nicht nur selektiv im eigenen Interesse anwenden, sondern selbst am meisten und mit den schlimmsten Folgen mißbrauchen.

Neben dem Mittel der bewaffneten Gegenwehr und einer Intervention gibt es immer auch wirkungsvolle nicht-militärische Mittel. Es ist zu befürchten, daß die aktuelle Interventionsdebatte dazu führt, daß nicht-militärische Mittel des Widerstands, insbesondere die Mittel des internationalen Drucks und der Ächtung des Krieges und der Kriegsverbrechen mehr und mehr beiseite geschoben, nicht beachtet, als wirkungslos abgetan oder im Extremen als Nichts-tun verteufelt werden. Die Linke entwickelt hierzu selten politische Vorstellungen, politisch praktisch geschieht nur in Ausnahmefällen etwas. Der bekannte Satz Geißlers, daß der Pazifismus mitschuldig am Faschismus sei, hat Einkehr in die linke Debatte gefunden, obwohl die Abschaffung des Krieges als Mittel der Politik überhaupt nur über eine internationale Ächtung des Krieges - angefangen bei den mächtigsten Staaten dieser Welt - erreichbar ist.

Es kann aber nicht behauptet werden, daß nicht-militärische Mittel die kurzfristig wirkungsvollsten wären oder konkret die beste Hilfe für die (potentiellen) Opfer eines Krieges wären, insbesondere nicht bei entsprechend brutaler Kriegsführung. Es dürfte auch kaum sinnvoll sein, wenn die Linke in einer Großmacht, die solche Umstände nicht kennt, allgemeine oder weltweit anzuwendende Kriterien oder Maßstäbe aufstellen wollte, wann eine militärische Gegenwehr erfolgen darf oder zu unterbleiben hätte.

Andererseits hatte die Linke bislang den Krieg gegen brutale Formen der Unterdrückung oder den Faschismus ausdrücklich gerechtfertigt. Es ist nicht einzusehen, warum heute diese Vorstellung zugunsten einer ausdrücklichen Rechtfertigung auch nationaler kriegerischer Gegenwehr ausgeweitet wird. Das internationale Kriegsrecht untersagt zwar den Angriffskrieg, aber erlaubt jede Form der "Verteidigung" bis hin zum Fall im Ausland bedrohter eigener Einrichtungen oder Staatsbürger. Jede Form der Kriegsführung einschließlich des Verteidigungskrieges stellt per se das internationale Faustrecht überhaupt nicht in Frage, sondern führt genauso zum Erfolg des militärisch Stärkeren. Gerade das Recht auf militärische Verteidigung wird heute im allgemeinen zur Rechtfertigung und Fortschreibung des internationalen Faustrechts mißbraucht. Kriegsführung läßt sich überhaupt nur als konkrete Notwehrmaßnahme rechtfertigten. Jede Kriegsführung, auch die eines "gerechten" Verteidigungskrieges, ist im Unterschied zu einer individuellen Notwehrmaßnahme wohl unvermeidlich von einer allgemeinen Brutalisierung bis hin zu Kriegsverbrechen begleitet. Bekanntermaßen wird diese Behauptung selbst in den vermeintlich zivilisiertesten Staaten konkret tabuisiert und in der Regel strafrechtlich verfolgt. Innerhalb der (nicht gewaltfreien) Linken wird das Problem in bezug auf gerechtfertigte Kriege nur allzu gerne unterschlagen und vergessen.

Redaktion ak

42. So sehn"s die anderen: Ein Blick auf die linke Interventionsdebatte

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Westdeutsche Linke allgemein; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:35

Es gehört zu den traditionellen Bemühungen des AK, bei wichtigen Auseinandersetzungen einen Überblick über die verschiedenen Positionen innerhalb der Linken zu geben. Die Bewertung des Krieges in Jugoslawien sowie einer internationalen Intervention gehen aber so weit auseinander, daß wir uns außerstande sehen, einen auch nur einigermaßen systematischen Überblick zu vermitteln. In der taz stehen die prinzipielle Ablehnung und die Befürwortung einer Kriegs-Intervention direkt nebeneinander und, auch der Appell, die eigenen Söhne wieder zu den Waffen zu rufen, durfte nicht fehlen. Bei den Grünen gewinnen die Interventionsbefürworter an Boden. Einige lehnen eine Kriegsbeteiligung der Bundeswehr aus historischen Gründen ab, andere erklären es gerade deswegen zur moralischen Pflicht, noch einmal in Jugoslawien einzumarschieren.

Doch nicht nur bei den Grünen wird gestritten. Für die Ablehnung einer Intervention werden pazifistische oder andere prinzipielle Antikriegspositionen zu Grunde gelegt, außerdem gibt es Einschätzungen, die den Erfolg einer solchen Intervention bezweifeln. Zur Behauptung, es gebe einen durch die serbische Kriegsführung herbeigeführten Genozid an den Muslimen in Bosnien-Herzegowina, gibt es als Gegenextrem die Einschätzung, die Zerschlagung Jugoslawiens bzw. Serbiens sei auch ein Revancheprodukt deutscher Außenpolitik. Teilweise wird für den Erhalt Jugoslawiens eingetreten. Neben solchen Extremen dürften wohl Zwischenpositionen oder mehr oder weniger große Unklarheiten, wie die Sache zu bewerten sei, vorherrschen. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß Zwischenpositionen sich weniger laut zu Wort melden. Allerdings dürfte das ein Grund sein, warum zum Krieg in Jugoslawien zwar viel debattiert wird, aber politisch praktisch so gut wie gar nichts passiert.

Wir werden uns hier darauf beschränken, (zugegebenermaßen ein wenig willkürlich) einige der Positionen kurz darzustellen.

Gesellschaft für

bedrohte Völker

Neben grünen Realpolitikern tritt unter anderem die Gesellschaft für bedrohte Völker massiv für eine Kriegsintervention in Bosnien ein. Gemeinsam mit Grünen, SPD- und CDU-Repräsentanten wurden Demonstrationen veranstaltet. Über die letzte Jahresversammlung der Gesellschaft berichtete die "Frankfurter Rundschau": "Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) will nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa ihre Kampagne für ein militärisches Eingreifen von UN-Truppen in Bosnien verstärken. Auf ihrer Jahresversammlung am Wochenende in Hannoversch Münden sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarz unter starkem Beifall, die GfbV habe die Aufgabe, die europäischen Regierungen zur Intervention zu bewegen. Es sei höchste Zeit, die vom ‚Völkermord` bedrohten Bosnier zu bewaffnen und ihre Feinde zu entwaffnen. In diesem Sinne müsse vor allem auf London und Paris Druck ausgeübt werden, nachdem in Bonn der Interventionsgedanke bereits Unterstützung aus allen Fraktionen erfahren habe, sagte Schwarz, der dem Verteidigungsausschuß des Bundestags angehört.

Der Europaabgeordnete Klaus Wettig (SPD) klagte über die Mehrheitsverhältnisse im Straßburger Parlament. Dort bestehe die gleiche Konstellation wie 1914, als Großbritannien und Frankreich im Gegensatz zu Deutschland auf der Seite Serbiens standen. Während Schwarz dazu riet, mit Hilfe der ehemaligen britischen Premierministerin Thatcher auf die jetzige britische Regierung einzuwirken, äußerte Wettig Skepsis, ob es gelingen werde, England für eine Intervention zu gewinnen. Auch auf Italien könne man mangels handlungsfähiger Regierung nicht zählen (...) Entscheidend komme es auf Deutschland an. Wenn es aber in Bonn darum gehe, die rechtlichen Voraussetzungen für ein militärisches Eingreifen zu schaffen, gingen gerade von seiner Partei die stärksten Widerstände aus, bedauerte Wettig. Die SPD bewege sich nur ‚mit furchtbar kleinen Schritten` vorwärts. Den nächsten Schritt werde sie aber sicher auf dem bevorstehenden Parteitag tun.

Die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Conny Jürgens (Grün-Alternative Liste) forderte, sich aktiv für die Menschenrechte einzusetzen und sich nicht länger ‚bequem zurückzulehnen`. Von den Grünen sei sie enttäuscht. Die GfbV müsse ‚alles tun, damit ein militärisches Eingreifen endlich doch noch stattfindet`.

Schwarz erläuterte, militärisch sei alles ‚ganz einfach`. Vom bosnischen Armeechef habe er 107 Ziele erfahren, darunter sieben Brücken über die Drina, die bombardiert werden müßten. Was man im einzelnen zum Beispiel über Truppenstärken wissen müsse, ‚habe ich alles in meinem Büro liegen`, sagte der CDU-Militärpolitiker (...) Als ärgerlich bezeichnete der Abgeordnete Äußerungen deutscher Generale, die vor einer Intervention in Ex-Jugoslawien unter Hinweis auf hohe Risiken gewarnt hatten (...)

Der wiedergewählte GfbV-Vorsitzende Tilman Zülch kündigte eine neue ‚Kampagnen-Zeitung` (Auflage 200.000) und Seminare in London und Paris an. Vorgeschlagen sei auch ein Marsch auf Sarajewo. Die GfbV-Mitglieder erörterten die Möglichkeit medienwirksamer Aktionen auf der kommenden Menschenrechtskonferenz in Wien. Die GAL-Politikerin Jürgens meinte, vordringlich müßten Kulturschaffende, ‚die aus dem Herzen und nicht aus dem Kopf entscheiden`, sowie Tennis- und Fußballstars angesprochen werden." (FR, 24.5.93)

Die Grünen

Die Grünen gelten bis heute als eine pazifistische Partei. Und so etwas gab es leider selten in diesem oder anderen Ländern der Welt. Es hat sogar Zeiten gegeben, wo grüne VertreterInnen der Friedensbewegung jetzt und sofort ein allgemeines Bekenntnis zur generellen Gewaltfreiheit abverlangen oder abtrotzen wollten. Aktuell kommen aus den Reihen der Grünen die rigidesten und, bezogen auf die Verharmlosung des Mittels Krieg, auch plattesten Attacken gegen den Pazifismus bzw. für eine Intervention in Bosnien-Herzegowina.

Rief der später wieder kassierte GAL-Beschluß für eine Intervention Anfang dieses Jahres noch eine Distanzierung des grünen Bundesvorstands hervor, so konnten die Interventionsbefürworter Anfang Juni einen Punktsieg vermelden. Immerhin beschloß der Länderrat der Grünen im Juni in Bonn, daß es für Bosnien-Herzegowina "keine Alternative zu einem energischen Eingreifen der Vereinten Nationen" gebe, das "über klassische Mittel der Beeinflussung bis hin zur Anwendung von Zwang" (sprich militärischen Mitteln) reichen solle. Die Argumentation des Beschlusses unterscheidet sich allerdings erheblich von den bekannten Pro-Interventions-Stellungnahmen bekannter Grüner, wie im Extrem etwa Conny Jürgens. Die Grünen stellen nun neben das Prinzip der Gewaltfreiheit ein zweites "gleichrangiges Prinzip", den Schutz der Menschenrechte. Dies zweite Prinzip könne auch eine pazifistisch gerechtfertigte militärische Notwehr und Nothilfe erfordern, auch wenn - so das Papier - Militär und Interventionsstreitkräfte niemals in der Lage seien, Konflikte zu lösen. Bezüglich der Bundeswehr wurde eine Beteiligung der Bundeswehr an einer Jugoslawien-Intervention zwar ausgeschlossen, aber andererseits die Forderung erhoben, daß der Bundestag Ausnahmebeschlüsse für Interventionsbeteiligungen fällen können müsse. Weil die Gegenposition weiterhin für eine Abschaffung der Bundeswehr eintrat, wurde dieser Teil als Dissens ins Papier aufgenommen. Der grüne Länderrat fürchtet, daß ein Scheitern der UN-Bemühungen in Bosnien-Herzegowina dem Aufbau von Armeen und des eigenen militärischen "Schutzes" überall Auftrieb geben könnte.

Dieser Versuch einer Vermittlung von Pazifismus bis hin zur Interventionsbefürwortung ist keineswegs unumstritten geblieben. Aus den Reihen des Bundesvorstands und aus Landesverbänden ist die Forderung gekommen, das Papier so nicht stehen zu lassen. Das Thema soll einen Parteitag der Grünen beschäftigen.

IPPNW

Die Verbandsspitze der "Ärzte gegen den Atomkrieg" (IPPNW) tritt gegen jede militärische Außenpolitik ein. "Militäreinsätze haben auf Dauer noch nie Probleme gelöst. Wir brauchen uns daher nicht zu schämen, wenn unsere Bundeswehr da nicht mitmacht", erklärte Horst Eberhard Richter auf der IPPNW-Mitgliederversammlung im Mai. Man soll die enorme Chance, nach zwei verlorenen Weltkriegen andere politische Akzente zu setzen, nicht verspielen. Die IPPNW hat eine internationale "Friedensinitiative" in die Wege geleitet, an der Ärzte von allen Fronten beteiligt sind. Es geht ihnen um einen Dialog des Gesundheitspersonals aus allen Kriegsregionen und um eine Verbesserung der Versorgung Kranker und Verletzter.

Interessant ist, daß die IPPNW eine Befragung aller ihrer 10.000 Mitglieder durchgeführt hat. Man fand es "überraschend", daß sich dabei ein gutes Drittel (36%) für eine Beteiligung der Bundeswehr an Blauhelmaktionen ausgesprochen hat, 8% davon waren sogar für eine Beteiligung an Kampfaktionen. Auf der Mitgliederversammlung hieß es von dieser Richtung, daß eine Blauhelm-Aktion in Bosnien-Herzegowina für eine Deeskalation wichtig sei bzw. die Furcht vor einer internationalen Ächtung zur Deeskalation führen könne. Zwei Drittel der Mitglieder wollen keinerlei Beteiligung der Bundeswehr, auch nicht an Blauhelm-Einsätzen, ein Drittel tritt für die Auflösung der Bundeswehr ein.

Debatte in der "links"

Eine interessante und lesenswerte Auseinandersetzung wird in der "links", Zeitung des Sozialistischen Büros, geführt. Die "links" tritt in ihrer Haupttendenz gegen eine Intervention im ehemaligen Jugoslawien ein, unterstützt und dokumentiert die Positionen und praktischen Aktivitäten des Komitees für Grundrechte (s.u.), bemüht sich andererseits darum, eine differenziertere Diskussion zu führen, die, anders als etwa im ak, Interventionsbefürworter einschließt. In der April-Nummer kommen Gerd Krell und Harald Müller von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung zu Wort. Harald Müller darf mit etwas moderateren Tönen als in der taz für Militär und Intervention werben, Gerd Krell zieht in Berufung auf Einstein gegenüber dem Faschismus seine Grenze zum Pazifismus, ohne konkret Argumente darauf zu verschwenden, warum das für eine Intervention in Jugoslawien auch gelten soll. Nebenbei soll an dieser Stelle bemerkt werden, daß alle drei etablierten Friedensinstitute in der BRD seit zwei Jahren für Bundeswehr-Einsätze im Rahmen der UNO plädieren.

Komitee für Grundrechte

Eine sehr konsequente Haltung nimmt das Komitee für Grundrechte und Demokratie in seinen Stellungnahmen zum Krieg in Jugoslawien und zur Frage einer Intervention ein. Das Komitee tritt prinzipiell gegen jede Form militärischer Außenpolitik ein und begründet dies ausführlich mit einer grundsätzlichen Kritik an jedem Krieg, des weiteren mit Hinweisen auf die Funktion der aktuellen Interventionsdebatte im Rahmen der Diskussionen um eine neue Weltordnung und die gewünschten Militäreinsätze der Bundeswehr sowie mit den Gefahren einer Intervention in Jugoslawien oder Somalia. Das Komitee bemüht sich, mit einer ganzen Reihe von veröffentlichten Positionspapieren und Broschüren Argumentationshilfen zu geben, die in der öffentlichen Auseinandersetzung zu nutzen sind.

Außerdem leistet das Komitee praktische Solidarität mit den Kriegsopfern. Teilweise in Zusammenarbeit mit dem Bund für Soziale Verteidigung wurden im letzten Jahr ein Friedensmarsch in Jugoslawien, Medikamentensammlungen und die Unterstützung von Kriegsflüchtlingen organisiert. Es ist bedauerlich, daß diese Aktionen nicht Ausgangspunkt einer breiteren Unterstützung durch linke Aktivitäten geworden sind. Der Hintergrund dafür liegt darin, daß das Komitee in seinen Stellungnahmen zum Krieg zum einen prinzipiell gewaltfrei argumentiert, während es zum anderen bei Vorschlägen nicht-militärischer internationaler Maßnahmen vergleichsweise sehr realpolitisch ist. Insofern dürften seine Stellungnahmen zum Beispiel in unserem Leserkreis kaum ungeteilte Unterstützung finden, obwohl das wirklich kein Grund sein sollte, seine praktische Arbeit unberücksichtigt zu lassen.

ami-Intervention

Die monatlich in Berlin erscheinende, mehr von Spezialistinnen und Spezialisten geschätzte "antimilitarismus information" (ami) gibt in ihrem monatlich erscheinenden Blatt der Interventionsdebatte größeren Raum. In der Juni-Nummer erscheint nun eine Stellungnahme der ami, die sie - im Unterschied zu ihren sonstigen Gepflogenheiten - ausdrücklich als eine Intervention in die Debatte kennzeichnet. In Abgrenzung zu der ihnen viel zu prinzipiell geführten Debatte in der "links" kommen sie aus ganz anderen Begründungen heraus zu dem Schluß, gegen jede Interventionsbeteiligung der Bundeswehr sowie auch weiterhin für die Abschaffung der Bundeswehr einzutreten zu müssen. Die ami-Stellungnahme versucht gar nicht erst, ein allgemeines Nein oder Ja zur einer Intervention in Somalia oder Jugoslawien grundsätzlich zu erörtern. (Allerdings sei in Somalia eine Beteiligung der Bundeswehr bestenfalls sinnlos und Jugoslawien sowieso ein Vorwand für anderes, weil es konkret gar nicht um eine Bundeswehrbeteiligung gehe.) Die ami entwickelt ihre strikte Ablehnung anhand der Debatte um die mit militärischen Interventionsmitteln auszurüstende "neue Weltordnung" und insbesondere aus der Diskussion um die "neue Verantwortung" der BRD, die künftig militärische Mittel einschließen soll.

Dem müsse auch quer über den Graben prinzipieller Positionen hinweg gemeinsam etwas entgegengesetzt werden. Dem, finde ich, sollte man sich unbedingt anschließen.

HH

43. Der (anti-)deutsche Blickwinkel. "Konkret" und der Krieg in Ex-Jugoslawien

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:15

Vom "Zynismus als Alterskrankheit des Linksradikalismus" spricht die Gruppe AVANTI in einem Flugblatt zum Hamburger Konkret-Kongreß: "Der konkret-mainstream gefällt sich in zynischen Kommentaren zur Weltlage, um sich und dem Publikum bleibende Radikalität vorzutäuschen - eine Radikalität, die bequemerweise keine praktischen Konsequenzen erfordert." Die Behandlung des jugoslawischen Bürgerkriegs in konkret bietet für diesen Vorwurf etliche Belege. Im folgenden ein (natürlich unvollständiger) Rückblick auf einschlägige Artikel seit den slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitserklärungen im Juni 1991.

Den Anfang machte der Herausgeber selbst. In seinem Kommentar "Serbien muß sterbien" (konkret 8/91) bezeichnete er "die Wiederherstellung Europas in den Grenzen von 1941" als unmittelbares Ziel deutscher Politik. Um die "wirtschaftliche und politische Dominanz des vierten deutschen Reichs über das ganze christliche Osteuropa auszudehnen", werde "ein deutsches Recht auf slowenisch-kroatische Selbstbestimmung" reklamiert. Zum Beleg zitiert Gremliza drei Passagen aus Kommentaren der FAZ, zwei davon aus der Feder ihres Herausgebers Johann Georg Reißmüller: "Der Ton, den ihre leitenden Redakteure dabei anschlagen, wird in besseren Familien gegenüber dem Personal gebraucht: Hans-Dietrich, Sie können jetzt den Balkanspieß auftragen!" Mildernde Umstände für Genscher, den vermeintlichen Erzschurken - er ist nur der Handlanger des Frankfurter Zentralorgans, "keine Zeitung unter anderen", so Gremliza, sondern "eine Art reziproke ‚Prawda`: in ihr steht nicht, was die Politik der Gesellschaft zu sagen hat, in ihr steht, was die gesellschaftliche Herrschaft den Politikern zu sagen hat." Die Arbeit sparende Methode, die deutsche Jugoslawienpolitik nach Reißmüllers Kommentaren zu beurteilen, wird auch in späteren Ausgaben von konkret beibehalten.

Im September kommentierte Wolfgang Pohrt den - gemessen an den später zu beklagenden Opfern - relativ glimpflichen Ausgang der Intervention der jugoslawischen Bundesarmee in Slowenien mit leichtem Bedauern. Ein "außenstehender Beobachter" müsse den Eindruck gewinnen, "daß man bei der jugoslawischen Bundesarmee offenbar kein Blut sehen kann". - "Vermutlich zum ersten Mal in der Militärgeschichte nahm eine in Bedrängnis geratene reguläre Armee lieber eigene Verluste hin, als im Kampf gegen paramilitärische Verbände rücksichtslos ihre schweren Waffen einzusetzen."

Der so eingestimmten Leserschaft konnte dann einen Monat später eine besondere Zumutung geboten werden: Die Dokumentation einer Rede von Slobodan Milosevic, die, wie die konkret-Redaktion fand, "in ihrer Klarheit und Vernünftigkeit verstehen läßt, warum die Deutschen mit ihrer antiserbischen Hetze so allein dastehen." Vermutlich aus diplomatischen Gründen erwähnt Milosevic weder Genscher noch Reißmüller, sondern widmet sich exklusiv den slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitserklärungen - "illegale und einseitige Akte...; die den Frieden und grundlegende Rechte anderer Nationen verletzen." "Die jugoslawische Krise", so Milosevic, sei "die Folge einer einseitigen sezessionistischen Politik, zunächst betrieben von Slowenien, dann von Kroatien". Der von Milosevic behauptete "Unterschied zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und einseitiger Sezession" wird in diesem Dokument der "Klarheit und Vernünftigkeit" nicht einmal vage angedeutet. Milosevic` Veto gegen "illegale Versuche ..., einseitig die äußeren Grenzen Jugoslawiens zu verändern", ist ein Veto gegen das Recht auf Lostrennung, das nun einmal ein "einseitiges" Recht ist. (Daß über die Modalitäten der Lostrennung einvernehmliche Regelungen anzustreben sind, ist ein nachgeordnetes Problem.)

In konkret 1/92 enthüllt Wolfgang Pohrt, daß die Richtlinien deutscher Politik wieder einmal von einem Halbirren diktiert werden. "Tödliche Liebschaft" ist sein Artikel überschrieben, der "Johann Georg Reißmüllers unglückliche Liebe zu den Serben" behandelt. Aus seinen Kommentaren sei zu erkennen, "daß er mit ans Psychopathische grenzendem Haß verfolgt, was er insgeheim bewundert. Reißmüller mag die Serben, wie er sie sieht, aber er kann nicht sein wie sie, genauer: Er kann es sich als Deutscher nicht leisten, so wie sie zu sein, obwohl ihn dies ungeheuer reizen würde."

Nachdem die UNO im Mai 1992 Sanktionen gegen Serbien beschlossen hatte, verzichtete Pohrt darauf, den vermeintlichen Urheber des "deutschen Sieges" beim Namen zu nennen. Der Frankfurter Hetzer und seine Mittäter sind der konkret-Leserschaft hinlänglich bekannt gemacht worden; es reicht, ihre Taten zu rekapitulieren: "Erst hatte man Kroaten, Serben, Muselmanen etc. wie Kampfhunde aufeinander scharf gemacht ... Dann schloß man die Verhetzten in der Arena ein, und was kommen mußte, ließ nicht lange auf sich warten. Wo Sarajewo war, ist ein Friedhof und ein Trümmerhaufen, der zu Ehren seines Urhebers einmal ‚Genscher-City` heißen wird." (7/92) Wenn`s der (eigenen) Sache nützt, bedient sich auch der antideutsche Polemiker rassistischer Stereotype. Wo andere vor ihm Herrenmenschen und Sklavenvölker unterschieden, benutzt Pohrt das Bild von den willenlosen Kampfhunden und ihren skrupellosen Scharfmachern.

Derselbe Autor kommt einen Monat später auf einen Vorwurf zurück, der in konkret immer mal wieder mehr oder weniger offen erhoben wird: Der Zusammenbruch des Realsozialismus hätte vermieden werden können, wenn die jeweiligen Regierungen entschlossener gegen die Oppositionsbewegungen durchgegeriffen hätten. "Über das Versagen der Kommunisten und den weltweiten Sieg des Bandenwesens" schreibt Pohrt, ohne die (mentalitätsbedingten?) nationalen Besonderheiten dieser Entwicklung zu vernachlässigen: "Hier wie dort hieß die Aufgabe Kapitalvernichtung, nur zerlegen deren Opfer in der Zone im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen Rohr für Rohr ihren alten Arbeitsplatz, während man in Jugoslawien offenbar die Fabrik wenigstens explodieren sehen wollte, wenn schon alles vor die Hunde ging."

Daß es über die Beurteilung des jugoslawischen Bürgerkrieges doch noch Ansätze einer Kontroverse gab, ist dem ehemaligen konkret-Redakteur Oliver Tolmein zu verdanken. Sein Beitrag "Männerphantasie Frauen-Kriegs-Bewegung" (4/93) ist eine Replik auf den Artikel "Deutsche Frauen an die Front" von konkret-Redakteur Wolfgang Schneider im Märzheft. Der scharfe Ton, den Tolmein stellenweise anschlägt, veranlaßt die Redaktion, in einer Fußnote die vor zwei Jahren bei seinem Ausscheiden gefundene Sprachregelung zu zitieren: "daß er gekündigt habe, ‚nachdem er sich in der seit langem währenden Diskussion der Redaktion über die politische und sprachliche Qualität einiger Autoren und ihrer Manuskripte nicht hatte durchsetzen können.`" Auch wer diese Spitzenleistung linker Diplomatie inzwischen vergessen haben sollte, wird sicherlich noch wissen, daß sich wenige Wochen vorher "die Mehrheit der Redaktion selbst in die Reihen der deutschen Kriegsbefürworter eingereiht" hatte.

Tolmein erinnert an die Billigung der "Operation Wüstensturm" durch seine ehemaligen Kollegen Gremliza, Pohrt und Schneider, um zu zeigen, daß konkret nicht etwa aus prinzipiellen Gründen so scharf gegen eine militärische Intervention in Ex-Jugoslawien Front macht. Schneiders Polemik gegen die Interventionspropaganda grüner Frauen greift deren zum Teil erheblich übertriebenen Angaben über die Zahl der Vergewaltigungsopfer auf. Sein Jonglieren mit den sich widersprechenden Zahlen dient ihm aber dazu - so der Vorwurf von Tolmein - "als ‚Greuelnachrichten` suggestiv abwerten zu können, was tatsächliche Verbrechen sind." An den Realitäten des jugoslawischen Krieges sei Schneider - und die konkret-Redaktion insgesamt - nicht interessiert. Statt "Aufklärung" werde "Instrumentalisierung" betrieben: "Der Blick blieb auf Deutschland gerichtet ... Die antinationale Orientierung wird zur Fixierung, der alles vordringlich ein deutsches Problem zu sein scheint ..." Tolmein geht es dagegen um die Frage, "ob und inwieweit die verschiedenen Seiten, vor allem die kroatische und die serbische, von faschistischen Strukturen und Taten geprägt sind. (...) Faschismus wiederum kann durchaus mit Waffengewalt bekämpft werden - ob wir uns dafür engagieren sollen, ob eine (von den USA oder der UNO betriebene) Militärintervention sinnvoll ist, weil es andere, aussichtsreichere Wege nicht gibt, ist dann eine taktische, keine prinzipielle Frage."

Wolfgang Schneider antwortet im selben Heft mit einer Flut persönlicher Beleidigungen: Tolmeins Kritik sei "symptomatisch für den kläglichen Zustand, in dem sich Wahrnehmungs- und Reflexionsvermögen eines Gutteils der deutschen Restlinken mittlerweile befinden", "politische Dummheit", "ohne jeden Sinn und Verstand", "vollkommener Blödsinn", "Quatsch", "nur noch albern", "ein extremes Beispiel schlampigen Denkens".

Gipfel der mehr als zwei Seiten umfassenden Anpöbelei ist die verbale Hinrichtung des Kritikers mit Hilfe eines für passend gehaltenen Zitat aus Sternbergers "Wörterbuch des Unmenschen". Tolmein hatte geschrieben, Voraussetzung für eine gesicherte Einschätzung der Kriegsparteien sei "das Wissen um die Realität in den Bürgerkriegs-Gebieten". Ohne einen Gedanken auf Tolmeins politisches Anliegen zu verschwenden, eilt Schneider zum Bücherschrank, blättert und wird sogleich fündig. Stichwort "Wissen um"; die "Darumwisser" ... "sind nicht Unmenschen von der gewaltsam tätigen, sondern eher von einer ... zugleich verblasen

hochmütigen und hochmütig verblasenen Art ... Das Darumwissen ist das sprachliche Merkmal einer Ersatzreligion wie einer Ersatzwissenschaft. Der Mensch aber muß an so viel falschem Qualm ersticken." Am Ende steht Tolmeins Exkommunikation aus der antideutschen Glaubensgemeinschaft. Schneider: ",Nie wieder Deutschland!`? Es war wohl doch alles nicht so gemeint."

Js.

44. Von Separatisten und Friedensfeinden. Das "Neue Deutschland" zum Konflikt in Jugoslawien

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak356/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:48

"In Kosovo glimmt die Lunte am Pulverfaß" titelt der "Neue Deutschland"(ND)-Kommentator Gerd Prokot am 19.6.93 richtig. Doch wer zündelt da? "Die auf einen vernünftigen Interessenausgleich bedachten Stimmen in Belgrad und Prestina haben es immer schwerer, sich gegen die Nationalisten auf beiden Seiten Gehör zu verschaffen", wobei die Verantwortlichen schnell ausgemacht sind, denn "mit einer weitgehenden Autonomie wollen sich die Radikalen in Kosovo schon nicht mehr zufrieden geben; ihr Ziel ist ein eigener Staat, der sich über kurz oder lang mit dem ‚Mutterland` Albanien vereinigen könnte."

Nun weiß man schon, wer die eigentlich Verantwortlichen sind und wer im Zaum gehalten werden muß: "Noch haben alle Seiten ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo. Es könnte sofort erlöschen, sobald der Krieg in Bosnien wie auch immer zu Ende geht. Jetzt müssen Vorkehrungen getroffen werden. Sie können nicht darin liegen, daß die separatistischen Kräfte durch Versprechungen, die man nicht einlösen kann, zum Losschlagen zu ermutigen. Eine Wiederholung der Fehler, die mit der übereilten Anerkennung Kroatiens begangen wurden, wäre fatal." Eine Lösung kann sich der Autor nur so vorstellen: "Was in Kroatien und Bosnien versäumt wurde, kann in Kosovo nachgeholt werden, vorausgesetzt, die Belgrader Führung stimmt zu, denn die Provinz ist integraler Bestandteil der jugoslawischen Föderation."

Die Wortwahl ist nicht zufällig und begleitet einen großen Teil der Berichterstattung und Kommentierung des Konflikts zwischen den verschiedenen Parteien. Zunächst werden ganz "unparteiisch" auf beiden Seiten Nationalisten entdeckt, die von den "vernünftigen Kräften" nicht "im Zaum zu halten" sind. Im nächsten Schritt aber sind es die Radikalen, die sich nicht zufrieden geben wollen und damit die Unruhe- und Brandstifter sind; die Radikalen wollen einen eigenen Staat; die Radikalen wollen möglicherweise diesen dann an eine fremde Macht verkaufen.

Mit dieser Art Kommentierung bereitet sich das ND schon auf den wahrscheinlich nächsten Konflikt vor und hat natürlich auch schon seine Verantwortlichen. Was macht es da, daß es keine Logik gibt, wenn die Kosovo-Albaner gerade dann zuschlagen sollten, wenn der Krieg in Bosnien zu Ende ist und damit die serbischen Kräfte sich voll auf andere "Aufgaben" konzentrieren können? Anders herum stimmt die Logik: Sind die "Aufgaben" in Bosnien erledigt, wird sich die serbische Seite verstärkt den "inneren Problemen" zuwenden können, wobei der Kosovo ganz oben an steht. Dafür hat das ND dann aber schon die Linie parat: Die Radikalen schüren, die Zentralgewalt in Belgrad wehrt sich gegen Separatisten und wer sich vom Ausland auf die albanische Seite stellt, gießt Öl ins Feuer.

Vier Elemente beherrschen die gesamte Kommentierung des Jugoslawienkonflikts im ND. Erstens die verbale Anerkennung des Lostrennungsrechtes, was aber nicht einseitig geschehen dürfe. Zweitens die Behauptung, die Konflikte könnten nur im Inneren, allein zwischen den Konfliktparteien gelöst werden. Drittens der Vorwurf an die EG, sie sei unfähig in der Friedensvermittlung, bei gleichzeitiger Forderung nach KSZE- und UNO-Konferenzen. Viertens die Suggestion, die da unten sind alle wahnsinnig, weshalb man auch keine Verantwortlichen mehr ausmachen könne.

Am 28.6.91 schrieb Marko Winter: "Selbstredend widersprechen die einseitigen Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens der Bundesverfassung." Selbstredend war dies schon eine Lüge, denn es gab das Lostrennungsrecht für die Mitgliedsstaaten der Föderation. Er hätte doch beim alten realsozialistischen Sprachgebrauch bleiben sollen, daß die einseitige Lostrennung "dem Geist der Verfassung" widerspreche. Die Behauptung, daß es der Verfassung widersprechen würde, wurde in den folgenden Monaten aufgegeben. Winter und andere KommentatorInnen versteiften sich dann auf die Frage der "Einseitigkeit". Nun schlugen sie, bis heute gültig, folgenden Ton an: "Das vielzitierte Recht der Völker auf Selbstbestimmung muß, daran lassen die aktuellen Geschehnisse keinen Zweifel mehr, auch das Recht auf Lostrennung einschließen. Anzuzweifeln ist aber, ob dieses Recht auch einseitig und auf Kosten anderer Völker durchgesetzt werden kann." (Marko Winter, ND, 7.9.91)

Selbstredend - um einmal bei dieser Formulierung zu bleiben - darf kein Recht der einen Partei auf Kosten der anderen durchgesetzt werde. Dennoch ist selbst dieser schwerwiegende und durchaus zu berücksichtigende Einwurf im Endeffekt eine Zurücknahme des eben gerade eingeräumten Rechts dann, wenn man es zum alles entscheidenden Maßstab macht; denn wenn sich getrennt werden soll, dann gibt es offenkundig zwischen den Parteien Konflikte, dann ist in der Regel auch davon auszugehen, daß es keine allgemein gültige gerechte Lösung gibt, daß es eben auch Verluste, Einschränkungen, eben Kosten gibt. Nicht akzeptabel ist der erste Teil des Einwandes. Wenn ein Recht auf Loslösung eingeräumt wird, dann kann es in der Regel überhaupt nur dann angewandt werden, wenn es einseitig gültig ist, sonst ist es die alte realsozialistische Masche, demokratische Rechte in die Verfassung zu schreiben, ihre Anwendung jedoch von der Zustimmung der zuständigen Parteileitung abhängig zu machen. Weiter als die hier zitierte Auffassung zum Lostrennungsrecht sind die ND-Kommentatoren bis heute nicht gekommen. (Darüber hinaus fand lediglich eine Debatte im Diskussionsteil um die Differenz zwischen Lenin und Luxemburg statt, die aber hier keinen Eingang findet, da sie in diesem Sinne keine ND-Meinung transportierte.)

Am 5.10.91 schreibt wieder Marco Winter: "Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß die jugoslawische Krise nicht von außen, sondern allein durch die jugoslawischen Völker selbst beendet werden kann." Nun hat nicht nur die Entwicklung in den folgenden Monaten diese Behauptung Lügen gestraft, sondern in dieser Aussage steckt ein völliges Unverständnis der Situation, wenn er dies nicht einfach als Wunsch äußern wollte: Die Krise sollte von den jugoslawischen Völkern selbst beendet werden. Unverständnis insofern, als die Krise ja gerade durch die Widersprüche im Innern entstanden ist. Bis zur Mitte des Jahres 1991 hatte nicht einmal Markus Winter den Vorwurf gemacht, diese Krise sei von außen herbeigeführt worden. Noch am 28.6.91 schrieb er: "Entgegen allen Aufrufen zur Vernunft und zur Lösung der Verfassungskrise auf dem Wege des Dialogs haben sich die Führungen Kroatiens und Sloweniens am 25. Juni sogar vorfristig entschlossen, einseitig ihre Lostrennung von Jugoslawien zu erklären. Ungehört blieben Appelle der KSZE-Außenministerkonferenz, der EG, der USA, der UdSSR und der Weltbank." Bis zu diesem Zeitpunkt war für Marko Winter und das ND die Einmischung der genannten Institutionen und Staaten von außen durchaus erwünscht, und zwar weil sie alle auf die Beibehaltung des Bundesstaates setzten und in diesem Sinne Druck auf die "Separatisten" ausübten. Dieser Druck reichte dann aus, Kroatien und Slowenien eine dreimonatige Aussetzung des Inkrafttretens der Unabhängigkeitserklärungen aufzuzwingen, um nochmals in Verhandlungen den Bundesstaat zu retten. Die innere Krise verschärfte sich zusehens, die inneren Konfliktparteien bekamen keinen Konsens zustande und die internationalen Institutionen waren hilflos. Unter diesen Umständen den Schluß zu ziehen, die Krise sei nur durch die beteiligten Konfliktparteien zu lösen, ist - gutgemeint - Wunschdenken, wenn die folgende Entwicklung mit betrachtet wird, ist sie jedoch Parteinahme für den stärkeren Part in dieser Auseinandersetzung.

Das ND ist von seiner Herkunft her durchaus dafür prädestiniert, die Einmischung internationaler Institutionen in einen solchen Konflikt zu fordern. Wie schon erwähnt, wurde dies auch solange wohlwollend begleitet, wie diese Institutionen alles taten, um den Status quo, d.h. im Jahre 1991 den Bundesstaat, zu retten. Die Kritik setzte von dem Zeitpunkt ein, als übereinstimmend die EG und die USA Partei für die "Separatisten" ergriffen. Ab jetzt gab es nur noch die EG, die im Auftrag Bonns "den Jugoslawen vorzuschreiben versucht, wie sie ihre Staatskrise zu lösen haben" (Ralph Hartmann, Mitarbeiter bei Hans Modrow im Bundestag, ND, 10.8.91) oder die "wegen des Bonner Anerkennungsticks die Bosnier (in das Unabhängigkeitsreferendum) getrieben hat". (Frank Wehner, ND, 1.3.93) Es ist eine Sache, die Interessen der Großmächte, hierbei speziell die üble Rolle der BRD, anzuklagen. Nur macht man sich unglaubwürdig, wenn man monatelang die Einmischung fordert, wenn begrüßt wird, um bei Ralph Hartmann zu bleiben, daß Kroatien und Slowenien von außen vorgeschrieben werden soll, daß die Krise nur durch Verbleiben im Bundesstaat zu lösen sei, einige Monate später eine solche Politik jedoch als Einmischung zurückzuweist. Die Aufforderung an die Großmächte beinhaltet ja geradezu die Einmischung, die Willigmachung der Konfliktparteien durch Pressionen. Dennoch haben diese Kommentatoren natürlich Recht, wenn sie auf die Unfähigkeit der EG hinweisen, deeskalierend auf den Konflikt einzuwirken. Richtig ist auch die Kritik, daß die BRD durch massives Drängen ihre eigenen Ambitionen in den Vordergrund spielte und damit der EG diese Rolle noch schwieriger machte. Nur fehlt in allen Kommentaren des ND jegliche Idee, was hätte auf den Konferenzen anders laufen müssen.

Die Quintessenz bleibt immer, am Status quo nicht zu rütteln. Jede Veränderung bringt Unruhe. In diesem Sinne spiegelt sich in all diesen Kommentaren "Uraltdenken" wieder, das nicht erfassen kann und will, daß die so offenkundig zusammengebrochene Ordnung nicht durch krampfhaftes Festhalten zu retten ist, sondern

Vernunft in diesem Fall wirklich darin bestanden hätte, die zentralen Konfliktparteien so schnell wie möglich zu trennen, um sich dann den so neu entstandenen inneren Verhältnissen zu widmen.

Das ND ist nun nicht das Zentralorgan der PDS. Über die Politik der PDS in dieser Frage kann wenig gesagt werden, da es eine solche im eigentlichen Sinne nicht gibt. Es ist davon auszugehen, daß die Kommentierung im ND auch die mehrheitliche Meinung der PDS widerspiegelt. Übereinstimmend ist sie in jedem Fall mit den Erklärungen von Hans Modrow als außenpolitischem Sprecher der Bundestagsgruppe der PDS und seinem schon erwähnten Mitarbeiter Ralph Hartmann. In einer Erklärung vom 29.6.92 schreibt Hans Modrow: "Die PDS/Linke Liste im Bundestag setzt sich für eine ausgewogene, alle Seiten und Zusammenhänge kritisch betrachtende Analyse und Haltung ein. Erneut fordert sie die Bundesregierung und ihre Partner auf, ihre Position zum Jugoslawienkonflikt neu zu bestimmen und folgende Eckpunkte zugrunde zu legen:

1. Beendigung der Politik einseitiger Parteinahme und Umkehr zu einer unparteiischen und ehrlichen Vermittlung zwischen den Konfliktparteien.

2. Striktes Verbot jeglicher Waffenlieferungen in das gesamte Territorium der ehemaligen SFRJ.

3. Kategorische Aufforderung an alle Konfliktparteien, die Kämpfe sofort und bedingungslos einzustellen.

4. Bei Fortdauer des Bürgerkriegs Verhängung von Sanktionen gegen alle an ihm beteiligten Seiten.

5. Strikte Respektierung der Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und der Grenzen der Nachfolgestaaten der SFRJ.

6. Einberufung einer Jugoslawienkonferenz im Rahmen der UNO mit dem Ziel, eine einvernehmliche Regelung aller aus der Auflösung der SFRJ resultierenden Fragen herbeizuführen."

Da hört sich vieles vernünftig an und ist stark geprägt vom Gedanken, Krieg zu verhindern. Auf diesen Aspekt und den der Betrachtung der Politik der Bundesregierung wird die Politik beschränkt. So richtig es ist, auf die militärischen Ambitionen der BRD hinzuweisen, darf man sich nicht um eine Haltung zum Konflikt in Jugoslawien selbst drücken. Hans Modrow selbst schreibt ja, daß eine umfassende Analyse aller Seiten notwendig ist, um friedensstiftend einzugreifen. Nur gibt es beispielsweise keine "ausgewogene, alle Seiten und Zusammenhänge kritisch betrachtende Analyse" aus seinem Büro. Statt dessen gibt es (ebenfalls vom 29.6.92) eine Studie von Ralph Hartmann, in der er zum bevorstehenden Konflikt in Kosovo ausführt: "Die größte Bedrohung geht nach wie vor von Kosovo, dem zur Republik Serbien gehörenden und zu 90% von Albanern bewohntem autonomen Gebiet aus. Unterschiedlichste Kräfte, Nationalisten innerhalb des Gebiets, Anhänger großalbanischer Aspirationen in Tirana, Politiker und Medien in Kroatien und insgeheim in einigen EG-Staaten schüren die Unzufriedenheit unter der albanischen Bevölkerungsmehrheit und favorisieren eine Abspaltung Kosovos von Serbien. Die im Juni in dem Gebiet durchgeführten separaten Wahlen bedeuten einen weiteren Schritt auf dem Weg der Sezession." Kein Wort zur quasimilitärischen Besetzung, kein Wort zur Auflösung des Parlaments, kein Wort zur Auswechslung der Führungskräfte in den staatlichen Betrieben. (ND, 4.1.92, Marko Winter: "Der Generaldirektor dieses Betriebes..., Peter Kostic, macht aber auch kein Geheimnis daraus, daß Leitungsposten in Betrieben, Banken und im Außenhandel, die früher fast ausschließlich mit Albanern besetzt waren, neu verteilt werden mußten. Die alten Leiter hätten nach dem Motto gehandelt, alles könne heruntergewirtschaftet und ausgeraubt werden, da es nicht ihnen, den Albanern, gehöre.")

Ist das wirklich die ausgewogene und unparteiische Analyse mit der friedensstiftend eingegriffen werden könnte? Wer bei so kraß vor Augen liegenden Unterdrückungsverhältnissen die Gefahr nur von den Unterdrückten, angetrieben von äußeren Mächten, ausgehend sieht, verwechselt Frieden mit Ruhe und muß sich nicht wundern, wenn der Kessel eines Tages unter Volldampf platzt.

he., Hamburg

45. Friedensmission gegen ethnische Säuberungen in Deutschland

"Parodistische Simulation" einer Resolution des UN-Sicherheitsrats - von Jürgen Link

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:04

Der Sicherheitsrat

- erinnert an die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta, denen zufolge - in Verbindung mit den Verträgen von Potsdam - alle Nazi-Organisationen und alle Nazi-Nachfolgeorganisationen effektiv aufzulösen sind;

- stellt fest, daß die deutsche Regierung keine effektiven Maßnahmen ergriffen hat, dieses Grundprinzip der UNO-Charta zu gewährleisten und also gegen ihre Verpflichtungen als UNO-Mitglied in besonders grober Weise verstoßen hat und ständig weiter verstößt;

- erklärt insbesondere seinen Abscheu gegenüber der seit über einem Jahr anhaltenden nahezu unbehelligten Einschüchterungs-, Brand- und Mordkampagne deutscher Nazibanden gegen Minderheiten, insbesondere Einwanderer und Flüchtlinge;

- bekräftigt seine Beschlüsse, nach denen die deutsche Regierung ihre Politik der ethnischen Säuberungen, insbesondere gegen Roma und Sinti sowie Schwarzafrikaner unverzüglich einstellen und die Genfer Flüchtlingskonvention voll respektieren muß;

- fordert die deutsche Regierung ultimativ auf, ihre kläglichen Ausflüchte angesichts der barbarischen Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Einwanderer unverzüglich einzustellen und insbesondere die Rechtfertigung der nazistischen Gewalttäter durch die Tatsache ihrer Arbeitslosigkeit umgehend zu beenden;

- äußert seinen Ekel angesichts der Tatsache, daß offizielle und offiziöse deutsche Stellen in aller Öffentlichkeit verschiedene Grade von Legitimität der Morde konstruieren, je nachdem ob es sich um lange eingewanderte Menschen oder "nur" um sogenannte "Scheinasylanten" handle;

- beschließt, um diesen Forderungen der Völkerfamilie Nachdruck zu verleihen, ein Ultimatum von dreißig Tagen, gerechnet ab heute, sowie ab sofort die folgenden vorläufigen und abgestuften Sanktionen:

- Um die Logistik der hochbeweglichen nazistischen Mörderbanden lahmzulegen, gilt ab sofort bis zu einem neuen Beschluß des Sicherheitsrates ein absolutes Fahrverbot auf allen deutschen Autobahnen und Bundesstraßen, das von alliierten Luftstreitkräften in Absprache mit dem Generalsekretär überwacht wird;

- Da Teile der deutschen Sicherheitskräfte ganz offensichtlich mit den Mördern sympathisieren, untersagt die Weltgemeinschaft diesen deutschen Sicherheitskräften ab sofort jede weitere Tätigkeit beim Schutz von Einwanderern und Flüchtlingen. Dieser Schutz wird ab sofort von UNO-Streitkräften übernommen, die zunächst und bis auf weiteres nur zu friedenserhaltenden Maßnahmen ermächtigt sind; die deutsche Regierung wird verpflichtet, mit den UNO-Streitkräften vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und ihnen alle notwendigen Fazilitäten, insbesondere die Hoheit auf vom Generalsekretariat festzulegenden Flughäfen einzuräumen;

- Der Sicherheitsrat akzeptiert besonders dankbar das Angebot der Türkei, Eliteeinheiten für die Sicherung der Fluglogistik der alliierten Streitkräfte in Deutschland bereitzustellen;

- Er begrüßt ferner besonders dankbar das Angebot mehrerer Mitgliedsländer, deren Staatsangehörige wegen ihrer Abstammung und Hautfarbe zu den besonderen Zielscheiben der nazistischen Banden geworden sind, Truppen für diese Friedensmission nach Deutschland zu entsenden; er begrüßt insbesondere das entsprechende Angebot Vietnams, das nach seiner Wiedervereinigung seine dadurch gewachsene Verantwortung mustergültig wahrnimmt;

- er bedankt sich herzlich für entsprechende Angebote aus Rußland, stellt sie aber aus historischen Gründen vorläufig zurück, um alle Möglichkeiten einer Deeskalation optimal ausschöpfen zu können;

- Der Sicherheitsrat ermächtigt die zur Überwachung des Fahrverbots eingesetzten Luftstreitkräfte bei Verstößen gegen Buchstaben und Geist dieser Resolution, Autobahnen und Bundesstraßen mittels chirurgisch eingesetzter Präzisionsraketen (Luft-Boden-Raketen) verkehrsuntauglich zu machen; Angriffe gegen Fahrzeuge und Menschen gehören noch nicht zu den von dieser Resolution gedeckten Maßnahmen in der Phase vor Ablauf des Ultimatums;

- Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Entschlossenheit, nach Ablauf des Ultimatums erneut zusammenzutreten und aufgrund eines Berichts des Generalsekretärs darüber zu befinden, ob seine Beschlüsse von Deutschland vollinhaltlich und ohne jede Winkelzüge und Täuschungsmanöver erfüllt worden sind oder nicht; sollte er zu einem negativen Votum kommen, so erklärt er bereits jetzt, daß er dann zu friedensschaffenden Maßnahmen in Deutschland schreiten wird, wobei die Völkerfamilie ermächtigt wird, alle notwendigen Mittel zum effektiven Schutz der verfolgten Minderheiten und zur effektiven Ausschaltung aller Nazibanden zu ergreifen.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des DISS (Duisburg) aus: Siegfried Jäger/ Jürgen Link: Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg (DISS-Studien) 1993

46. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:31

Leserbriefe

Sehr gut

Betr.: Berliner Autonome auf neuen Wegen (ak 355, S. 32)

Euer Beitrag "Berliner Autonome auf neuen Wegen" hat mir sehr gut gefallen.

Kleine formale Kritik an einem Satz: "Ca. 100 Menschen warteten vergeblich am Rosenthaler Platz (Ostberlin) auf die Abschlußkundgebung, die nun ausfiel." Nach meiner Schätzung warteten auf dem Rosenthaler Platz nicht "ca. 100 Menschen", sondern mindestens 600 bis 800 Menschen!

Mit anarchistischem Gruß

Joachim

Nachschlag

Betr.: Öffentliches Gelöbnis der Saarland-Brigade verhindert (ak 355, S. 16)

Da müssen Bundeswehr-Offiziere und die ihnen angeschlossenen Parteien aber ganz schön viel Schaum vor dem Mund gehabt haben. Nachdem die alleinige Ankündigung der "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern", eine Protestkundgebung durchzuführen, die Saarlandbrigade veranlaßte, ihre öffentliche Gelöbnisfeier aus dem Stadtpark der saarländischen Kleinstadt Merzig zurück in die Kaserne zu verlegen, wird jetzt nachgekartet. In einer Sitzung des Kreistagsausschusses Anfang Juni behaupteten FDP- und CDU-Mitglieder unisono, die 3. Welt-Organisation hätte eine Störung des Gelöbnisses geplant. Deshalb sei die Bundeswehr wieder zurück in die Kaserne gegangen. Außerdem müsse man jetzt die finanzielle Unterstützung des Kreistages für die "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern" überdenken.

Dies ist in der Tat kurios: Aufgrund ihrer regionalen Verankerung und Kompetenz hat es die 3. Welt-Organisation fertiggebracht, eine bisher von allen Parteien (CDU, FDP, SPD) mitgetragene Förderung von 20.000 DM pro Jahr zu erhalten.

Auffallend bei diesen Attacken ist die Fixierung und namentliche Nennung des vermeintlichen Leiters (Roland Röder) der Aktion 3. Welt. Er soll den Rückzug der Bundeswehr in die Kaserne mit der Bemerkung "Wir haben einen Sieg errungen" quittiert haben. Ein Strickmuster, das Konservative vorzüglich beherrschen: einer möglichst breiten Bevölkerungsgruppe Angst (Störung von Ruhe, Frieden, Eintracht, Harmonie) suggerieren und diese Angst an bestimmten Gruppen von Personen bzw. Organisationen festzumachen. Wie hieß es doch in dem ak-Artikel der letzten Ausgabe: "Wer hier aus der Reihe tanzt, läuft Gefahr, sich alsbald außerhalb der Gesellschaft wiederzufinden. Gerade jenseits großstädtischer Regionen fehlt der Schutz der Anonymität."

Ein Beispiel für die Stellung der "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern" bietet dann der Abdruck von deren Presseerklärung im vollen Wortlaut in der konservativen Saarbrücker Zeitung. Diese ist, wohl in Anspielung auf die Namensgebung mancher saarländischer Karnevalsvereine, mit "Mir gänn oss net" übertitelt. Die Aussage von FDP und CDU wird als verleumderische Unterstellung bezeichnet. Und mit dem Verweis auf die aktuellen Ereignisse in Solingen heißt es: "Wer vor dem Hintergrund von Solingen, Mölln, Rostock immer noch mit dem Fallschirmjägerlied ‚Rot scheint die Sonne` ein Nazilied im Repertoire habe, habe ihrer Meinung nach das Recht auf öffentliche Selbstdarstellung verwirkt. Dies verlange der Respekt vor den damaligen und heutigen Opfern des deutschen Faschismus. Ebenfalls kein Verständnis zeige die Aktion 3. Welt Merzig-Wadern für die jährlichen Militärübungen in der Türkei und teilweise in Türkisch-Kurdistan. Im Schatten dieser deutsch-türkischen Militärkooperation betreibe die Türkei ihre Ausrottungspolitik gegenüber Kurden und zwinge sie zur Flucht in die Bundesrepublik." Nach dem Verweis auf die besondere Rolle der Saarlandbrigade beim Somaliaeinsatz wird den Quacksalbern von CDU und FDP durch deren Fixierung auf den vermeintlichen LeitER "ein merkwürdiges Organisationsverständnis mit männlich-autoritärem Einschlag" attestiert.

Mittlerweile gab es mehrere Leserbriefe, die die Kritik der Aktion 3. Welt bestätigten und insbesondere die drohende Sperrung finanzieller Mittel als Maulkorberlaß brandmarkten. Die Bundeswehr selber hält sich jedoch öffentlich weiterhin bedeckt

Winfried Meyer

47. Quelldatei 41.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:41

Chile

In enger Zusammenarbeit mit CIA und Pentagon putschte sich vor zwanzig Jahren, am 11. September 1973, in Chile das Militär an die Macht. Das Ziel dieser Allianz war der Sturz der demokratisch-sozialistischen Regierung unter Salvador Allende und die Zerschlagung aller Volksorganisationen des Landes, deren Widerstandskraft einer auf die Interessen des Kapitals ausgerichteten Modernisierung der chilenischen Wirtschaft im Wege stand. Für Chile wie die anderen Ländern Latein- und Südamerikas galt (und gilt): In ihrem "Hinterhof" hat noch allemal die USA das Sagen. - Dem Thema "Chile - 20 Jahre danach" sind die rund zwanzig Beiträge der neuesten ila-Ausgabe gewidmet.

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 166 (Juni 93). 68 S., 7.00 DM

Cuba

Cuba libre informiert über die Wahlen in Cuba und bringt Darstellungen innercubanischer Positionen. Rafaél Fernandez, Wissenschaftler im Amerika-Zentrum, setzt sich mit den Einschätzungen von Kritikern der cubanischen Entwicklung auseinander; Raúl Suárez, Leiter des Ökumenischen Rats von Cuba, bringt die "Ansichten eines Christen" zur Kenntnis.

Cuba Libre. Nr. 2 (Juli 93). 52 S., 5.00 DM

Kurdistan

Zum "Völkermord mit deutscher Hilfe" in Kurdistan hat die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eine "unvollständige Bilanz" vorgelegt. Neben einem Reisebericht stehen Beiträge zu Fluchtgründen und zur Asylrechtsprechung am Beispiel der KurdInnen in der BRD, deutschen Rüstungsexporten in die Türkei, der Diffamierung und Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfes und ein Blick hinter die Kulissen des Massentourismus in der Türkei.

Kurdistan ist nah. Immer wieder: Völkermord mit deutscher Hilfe. Hg.: PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. 24 S. (Bezugsadresse: Abgeordnetenhaus von Berlin, Fraktion der PDS, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin)

Roma

Der Dokumentation zur "Situation der Roma in Europa und Deutschland seit der Wiedervereinigung" vorangestellt ist eine knappgefaßte "Geschichte der Roma" von ihren Ursprüngen bis zur heutigen Situation. Im Hauptteil werden auf 170 Seiten Dokumente staatlicher und überstaatlicher Institutionen und ein umfangreicher Pressespiegel der Jahre 1990-93 publiziert.

Roma UND Deutschland. Situation der Roma in Europa und Deutschland seit der Wiedervereinigung. Eine Dokumentation des Roma National Congress. 192 S. Bezug über RNC - European Central Office, Simon-von-Utrecht-Str. 85, 20359 Hamburg. (Ein Preis ist nicht angegeben)

Antirassismus

Im Juni fand in Köln die Konferenz von "UNITED for Intercultural Action - European network against nationalism, racism, fascism and in support for migrants and refugees" statt. UNITED wird derzeit unterstützt und/oder arbeitet direkt zusammen mit ca. 45 auch oder hauptsächlich antirassistisch engagierten Organisationen und Institutionen vorwiegend aus den Niederlanden, Belgien, Österreich und Großbritannien; aus der BRD nehmen teil die Antirassistische Initiative Berlin und der Kölner Appell. Der englischsprachige Kongreßbericht enthält ein knappes Protokoll des Tagungsverlaufs und Selbstdarstellungen der teilnehmenden Organisationen.

Practical European Networking against Racism, Nationalism and Fascism. Report. 34 S. (kein Preis angegeben). Bezug über: UNITED, Postbus 413, 1000 AK Amsterdam, Niederlande

Erziehung nach Auschwitz

Die Frage nach der "Erziehung nach Auschwitz" stand im Zentrum einer Vortragsreihe, die im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens an der Hamburger Universität im Wintersemester 1991/92 durchgeführt wurde. Die Beiträge dieser Reihe sind, vermehrt um weitere Texte, jüngst unter dem Titel Echo des Holocaust erschienen. - "Das Echo des Holocaust hallt durch Deutschland. Es zu vernehmen, heißt es aufzunehmen, den ihm innewohnenden Anspruch zu hören und an ihm sich abzuarbeiten." Wer sich von diesen sehr gespreizt daherkommenden Vorwortsätzen nicht abschrecken läßt und keine breitere Erörterung der Problematik erwartet, daß eine zu eng gefaßte "Erziehung nach Auschwitz" den Nationalsozialismus auf "Auschwitz" reduzieren könnte, wird einigen Gewinn aus dieser Publikation ziehen. Denn in ihr versammelt sind Zeugnisse Überlebender neben Erörterungen aus der Sicht (mit dem "Instrumentarium") der Pädagogik, Psychologie, Psychoanalyse, Theologie und Soziologie, verfaßt von AutorInnen aus fünf Nationen, so daß auf diese Weise ein Überblick nicht nur darüber geschaffen wird, wie eine "Erziehung nach Auschwitz" beschaffen sein könnte, sondern auch, welch verschiedene Wege das im Vorwort dekretierte "Abarbeiten" am "Echo des Holocaust" nehmen kann.

Helmut Schreier, Matthias Heyl (Hg.): Das Echo des Holocaust. Pädagogische Aspekte des Erinnerns. Hamburg (Verlag Dr. Krämer) 1992. 273 S., Kart., 38.00 DM

Antifa

Das in Berlin herausgegebene Antifaschistische Info-Blatt ist schon längst kein "Blatt" mehr, sondern hat sich zu einer informationsreichen "Fachzeitung" für die antifaschistische Theorie und Praxis entwickelt. Die Mai/Juni-Ausgabe z.B. enthält Berichte über u.a. die berüchtigte Berliner "Freiwillige Polizeireserve", über das kaum untersuchte Thema "Frauen in der faschistischen Skindheadszene und - detailliert - die "Deutsche Liga für Volk und Heimat". Eher antifaschistisch-praktisch interessierte Temperamente können sich an den (meist gut identifizierbar und mit Namen dargebotenen) Nazi- und Skinfressen erfreuen.

Antifaschistisches Info-Blatt. Nr. 22 (Mai/Juni 1993). 52 S., 4.00 DM. (Bezug, wenn der örtliche Buchhandel schläft, über: L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin)

Blauhelme

Seit der Implosion der realsozialistischen Länder haben die Blauhelm-Einsätze der UNO sprunghaft zugenommen. Vielfach wird gefordert, ihre Interventionsmöglichkeiten auszudehnen. Die BRD versucht über diesen Weg, ihren militärischen Handlungsspielraum zu erweitern. Am Beispiel Angolas, der Westsahara und Kambodschas wird erörtert, ob die Blauhelme tatsächlich weltweit Frieden und Menschenrechte durchsetzen können.

Dritte Welt. Nr. 2 (April-Juni 1993). 36 S., 6.50 DM

48. Quelldatei 42.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:42

Kalender

Otto Pankok

Jenen von Pazifisten oft verwendeten Holzschnitt, der einen Christus zeigt, der ein Gewehr zerbricht, und die düster-liebevollen "Zigeuner"-Bilder kennen viele. Aber wer ist der Künstler? Zahlreiche Ausstellungen in Nordrhein-Westfalen bieten die Gelegenheit, den radikalen Bürger und Antifaschisten Otto Pankok, dessen Geburtstag sich im Juni zum hundertsten Male jährte, genauer kennenzulernen. Pankok war in den zwanziger Jahren Mitglied der expressionistischen Künstlervereinigungen "Aktivistenbund" und "Junges Rheinland", lebte Anfang der Dreißiger eine Zeitlang mit Sinti zusammen. Seine "Stellungnahme im Kampf gegen alles, was das Leben gemein, sinnlos und eng macht" war der 1933/34 geschaffene Zyklus "Passion", dessen Buchausgabe 1936 sofort von den Nazis verboten wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm der dann immerhin schon fast Sechzigjährige an der frühen westdeutschen Friedensbewegung teil.

Ausstellungen bis zum 6.8. im Otto Pankok-Museum Hünxe-Drevenack; in der Städtischen Galerie Schloß Oberhausen bis 18.7., im Kunstmuseum Düsseldorf bis 11.7.

Jüdische Gegenwart

Im Rahmen der Sommer-Akademie der Evangelischen Akademie Hamburg spricht am

13.7., 19 Uhr, Leo Trepp über "Die amerikanischen Juden"

14.7., 19 Uhr, Susanne Heschel über "Frauen im Judentum". Zuvor, um 18 Uhr, zeigt Hanna Lehming "Frauenbilder aus Israel" (Dia-Vortrag)

Evangelische Akademie, Esplanade 15, Hamburg

Midsummer commotion

This summer in central London, CAM (Campaign Against Militarism) is organising a fortnight of action against militarism and war. Events include: "Towards 2000" - a week of political discussion and debate about militarism in the nineties; "Where will the West strike next?" - demonstration against war; "WAR Against War" - anti-war, anti- racist festival.

23 July to 7 August. For Details write to: Robert Knight, CAM, 92 Cromer Street, London WC1H 8DD

49. Quelldatei 43.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:43

"ICH BIN WÜTEND. Solingen, 29. Mai 1993. Fünf unschuldige Frauen und Mädchen sind lebend verbrannt, nur weil sie Ausländer sind. Mit dieser Postkarte will ich wissen lassen, daß ich empört bin."

Das niederländische Radioprogramm "The Breakfast Club" hatte prompt auf die Morde in Solingen reagiert und eine Postkartenaktion gestartet, deren Resonanz die Initiatoren nicht vorhergesehen hatten: Innerhalb von drei Wochen hatten 1,1 Millionen NiederländerInnen die Karten unterzeichnet an den Sender zurückgesandt. Mit einem Konvoi aus drei Bussen und einem Lastwagen wurde die achtzig Postsäcke mit den Karten am 23. Juni nach Bonn transportiert.

Kanzleramtsminister Bohl, zum Empfang der niederländischen Delegation abgeordnet, fand die Aktion sehr sympathisch: Es sei eine Unterstützung all derer, die über den Fremdenhaß schockiert sind. Man möge ihm nur glauben, auch in Deutschland sei man empört über Solingen. Eine dieser Karten nun aber selbst zu unterzeichnen, nein, das ginge ihm zu weit: "Aus Prinzip nicht."

Der bundesdeutschen Presse war diese Kerzendemonstration auf niederländische Art anscheinend keiner Beachtung wert. Aber auch die niederländische "Volkskrant" - "Das Herz ist erleichert, die Empörung ist raus" - konnte sich für diese immerhin beachtenswerte Initiative nicht recht erwärmen.

50. Die Wiederkehr

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/carlo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:carlo

der Proletarität

Auf dem Konkret-Kongreß am 12.6.1993 in Hamburg hat der Sozialwissenschaftler Karl Heinz Roth ein beeindruckendes Referat gehalten, in welchem er den Versuch unternimmt, den seit Anfang der achtziger Jahre stattfindenden weltweiten Umbruch der kapitalistischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse auf einen konkreten Begriff zu bringen. Roth sieht weltweit das "toyotisierte" Akkumulationsmodell auf dem Vormarsch, das alle bisherigen Formen eines klassenpolitischen Status quo an den Rand drängen wird - gerade auch im wiedervereinigten Deutschland. Eine radikale Sanierungsstrategie werde sichtbar, "die auf die weitere Steigerung der Kapitalintensität verzichtet und eine sprunghafte Erhöhung der Ausbeutungsraten auf die Tagesordnung setzt". Die Folge ist "tendenziell ein neues Proletariat in einer kapitalistischen Welt".

Roth erörtert die neuen Chancen für einen sozialistischen Neuanfang der Linken und plädiert dafür, die "neue Proletarität" als primären Bezugspunkt sozialistischer Politik anzunehmen.

Seite 22

51. Demonstration

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/demo-wi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:demo-wi

in Wiesbaden

10. Juli 11 Uhr Luisenplatz

Auszug aus einem Aufruf zur bundesweiten Demonstration:

"Wir wollen unsere Trauer um Wolfgang auf die Straße tragen und unser Wissen darüber, was für ein Mensch er war.

Wir wollen die Demonstration in Wiesbaden machen, weil Wolfgang Grams und auch Birgit Hogefeld von hier sind, weil einige ihn noch von früher kennen und mögen, weil er immer ein Teil von uns geblieben ist und auch bleibt, trotz unterschiedlicher Entscheidung und Wege.

Er hat mit uns und vielen anderen auf der Welt zusammen gekämpft. Dafür, daß es ein menschenwürdiges Leben geben kann und daß die Verbrechen des Imperialismus einmal ein Ende haben. Darin sind wir mit ihm verbunden...

(Informationen im Infoladen Wiesbaden, Tel. 0611/440664)

52. Israel: Ein Jahr

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/is.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:is

Friedenspolitik

Binnen eines Jahres werde der israelisch-palästinensische Konflikt gelöst sein, versprach Rabin bei seinem Amtsantritt. Seither reißen die israelischen Friedensinitiativen nicht ab. Nach der Massenverbannung im Dezember letzten Jahres sind nun seit April Westbank und Gazastreifen total von Israel und Ost-Jerusalem abgeriegelt. Während Israel seither auch die neunte und zehnte Runde der Nahostgespräche ergebnislos überstanden hat, wächst das Elend in den besetzten Gebieten. Die palästinensische Bevölkerung, über Jahrzehnte von der Besatzungsmacht in die Abhängigkeit von Israel gezwungen, hat durch die Abriegelung einen wesentlichen Teil ihrer Einkommensquellen verloren.

Seite 13

53. Quelldatei italia.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/italia.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:italia

Kambodscha

Wider Erwarten konnten die von der UNO beaufsichtigten Wahlen in Kambodscha ohne größere Zwischenfälle und mit einer hohen Beteiligung durchgeführt werden. Der Rote Khmer konnte oder wollte den Urnengang nicht entscheidend stören, so daß er nun politisch stark geschwächt ist. Seite 11

Uruguay

Acht Jahre nach der Demokratisierung steckt Uruguay in einer tiefen institutionellen Krise. Eine gegen Linke gerichtete Anschlagserie erinnert an die Todesschwadrone, die Anfang der 70er hunderte von Linken und GewerkschafterInnen ermordeten oder "verschwinden" ließen. Seite 10

Italien

Unübersichtlich ist die Lage nach den italienischen Teilkommunalwahlen: Während der Höhenflug der regionalistischen Lega Nord anhält, scheinen die mit der Christdemokratie liierten "Blockparteien" am Ende. Erfolge gab es auch für die aus dem PCI hervorgegangenen Parteien. Ein Hoffnungsschimmer?

Seite 7

(Nord-)Irland

Eine seltsam einseitige Friedensbewegung hat sich in der Republik Irland konstituiert. Ihr berechtigter Protest dagegen, daß bei Anschlägen der IRA mehrfach auch Kinder getötet wurden, ist selektiv. Zivile Opfer der britischen Armee und loyalistischer Paramilitärs werden bewußt nicht wahrgenommen.

Seite 6

54. Neutralität - ein Begriff mit neuen Inhalten?

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/neutral.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:neutral

Die Anfang der 80er Jahre von Teilen der Friedensbewegung propagierten Vorstellungen von Neutralität und Blockfreiheit haben mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus neue Attraktivität gewonnen. "Überall wünschten sich die AktivistInnen der Wende eine Austrifizierung ihres Landes", schreibt unser Gastautor Hannes Hofbauer. Seine Bilanz der österreichischen Neutralität, die von den dominierenden Kräften des Landes weder erkämpft noch gewollt war, räumt mit verklärenden Vorurteilen auf. Für die Staaten Osteuropas müßte der Begriff Neutralität mit neuen Inhalten gefüllt werden. Denkbar wäre "ein ostmitteleuropäisches Neutralitätsbewußtsein, verstanden als Strategie der Selbstbehauptung gegen das ökonomische - und bald auch militärische - Vordringen Westeuropas." Auch in Westeuropa kann der Autor sich jenseits der Wachstumsregionen einen Trend vorstellen, "der nicht nationalistische Provinzialität auf seine Fahnen schreibt, sondern regionales Selbstbewußtsein gegen den EG-Zentralismus."

Seite 8

55. SPD im Kampfeinsatz für den Rechtsstaat...

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/spd.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:spd

... oder im Rechtseinsatz für den Kampfstaat? Oder womöglich im Rechtskampf für den Staatseinsatz? Mit ihrem Anliegen, die in Somalia stationierten Bundeswehrsoldaten wegen der dort inzwischen stattfindenden militärischen Auseinandersetzungen zurückzuziehen, ist die SPD zum dritten Mal innerhalb eines knappen Jahres zum Bundesverfassungsgericht (BVG) gerannt, um sich dort über ihre politische Handlungsunfähigkeit in Sachen Bundeswehreinsatz "out of area" hinweghelfen zu lassen und durch oberste Rechtsprechung endlich serviert zu bekommen, daß Bundeswehreinsätze im Rahmen von UNO-"Friedens"missionen absolut grundgesetzkonform seien. Dann erst wird nämlich auch der SPD-Basis liebe Seele endlich Ruh' haben, und die verantwortungsbewußte Parteiführung wird drangehen können, ihren Hühnerhaufen endlich mit gutem Gewissen als regierungskompatibel zu deklarieren. Nach der jüngst ergangenen Entscheidung des BVG, über den weiteren Einsatz der Bundeswehr in Somalia könne (vorerst) der Bundestag mit einfacher Mehrheit befinden, schwant es dem SPD-Abgeordneten Albrecht Müller, daß ein Teil der eigenen Bundestagsfraktion "da hingegangen ist, um zu unterliegen". Einige Genossen wie die Außenpolitiker Voigt und Gansel hätten "deutlich zu erkennen gegeben, daß sie Kampfeinsätze in Wahrheit wollen". (FR, 25.6.)

Womit der brave Müller zweifelsohne Recht hat. Für das SPD-Management hingegen beginnt jetzt das Zittern, ob das BVG womöglich so fies ist und die anhängigen SPD-Klagen hinsichtlich der Verfassungskonformität des Adria-Einsatzes der Bundesmarine (vom August 1992), der AWACS-Überwachungsflüge über Ungarn (eingereicht im April) und eben auch des neuen deutschen Afrika-Korps in Somalia (Juni) erst nach dem für November angesetzten SPD-Parteitag entscheidet. Das birgt die Gefahr, daß dort die Kür des neuen Parteivorsitzenden Scharping zum überzeugenden Herausforderer von Kanzler Kohl durch nervende Diskussionen über die Haltung der SPD in der Frage des Bundeswehreinsatzes gestört wird.

Fortsetzung Seite 3

56. VDA / Verein für das Deutschtum im Ausland

Vorankündigung! Ein Organisationsprofil

CD-Datei: daten/aksuche/ak356/vda.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:356:vda

Herausgegeben von LUPE e.V.

in Kooperation mit dem Buntstift e.V.

In einer Zeit, wo in der Bundesrepublik "Deutsch sein" wieder eine besondere, mörderische Bedeutung erfahren hat und neofaschistische Gruppen offen agieren und mobilisieren können, wundert es wenig, daß die traditionellen "Deutschtümler" politische Reputation bekommen und als politisch anerkannte Kraft von der Bundesregierung als "ausführendes Organ" der Regierungspolitik eingesetzt werden. Gemeint ist der "Verein für das Deutschtum im Ausland/VDA", der zu den Organisationen gehört, denen es gelungen ist, ungebrochen Deutschtumspolitik im Interesse der deutschen Wirtschaft zu betreiben. Im vorliegenden Buch zeichnen die HerausgeberInnen durch Aneinanderreihung von verschiedensten Quellen die über 100jährige Geschichte des Vereins und seiner Deutschtumspolitik, seine Projekte und seine Eingebundenheit ins rechte und rechtsextremistische Lager ebenso wie seine Verzahnung mit den Regierungsparteien und Bundesministerien nach.

Das ca. 200 Seiten umfassende Buch kann gegen Voreinzahlung des Unkostenbeitrags in Höhe von 20 DM (zuzüglich 1,50 DM Porto) auf das Konto 484793-108, BLZ 10010010, Postgiroamt Berlin, Stichwort: Organisationsprofil VDA, oder durch Zusendung eines entsprechenden Schecks an: LUPE e.V., Postfach 360123, 10971 Berlin, bestellt werden.